



18. bis 20. Heft | 7. September 1911.

WILHELM SCHRÖDER · ZUM SOZIALDEMOKRA- TISCHEN PARTEITAG 1911

LS der Parteivorstand zum erstenmal die Tagesordnung des dies-jährigen Parteitags veröffentlicht hatte, erhielt sie in einem Partei-blatt das Zeugnis der Dürftigkeit. Den Geschäftsberichten, der Reichs-versicherungsordnung und den Reichstagswahlen wurde dann die Mai-feier als Gegenstand der Tagesordnung hinzugesellt. Aber das ist nun wirklich wahr, daß in den Verhandlungsgegenständen eigentlich Neues auf dem Parteitag kaum geboten wird.

Was die Reichsversicherungsordnung betrifft, so hegt die sozial-demokratische Arbeiterschaft die feste Absicht das gegen ihre positive Tätig-keit gerichtete Attentat nach Kräften zu vereiteln; und in diesem Verhalten kommt ihr wenigstens in den größeren und mittleren Städten der Umstand zu-statten, daß eine Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes gegen ihren Willen auf Schwierigkeiten über Schwierigkeiten stößt. Man braucht die Macht-stellung des organisierten Proletariats nicht über Gebühr hoch einzuschätzen, aber so viel bedeutet es dennoch im öffentlichen Leben Deutschlands, daß die Hoffnungen auf *Reinigung* der Krankenkassen, die Graf Westarp und seine *reichsverbändlerischen* Mitstreiter hegen, alles in allem elend in die Brüche gehen werden. Zur Kennzeichnung der politischen Situation dient es aber immerhin, daß Regierung und herrschende Parteien nicht Putsche und Aus-brüche revolutionärer Leidenschaft sondern im Gegenteil das gesetzmäßige posi-tive Mitwirken der sozialdemokratischen Arbeiterschaft an den sozialpolitischen Einrichtungen zu fürchten scheinen und eine solche Betätigung nach Möglich-keit, wenn auch ohne Erfolg, zu unterbinden suchen.

Das alte Wort von der Gesetzlichkeit der *Ordnungsfeinde*, die die Interessenten der *Ordnung* von heute tötet, trifft im Grund übertriebenermaßen auch auf die Maifeier zu, die auf die Tagesordnung des Parteitags gestellt ist. Den Kapitalisten zum Trotz sollte die Arbeitsruhe der Maifeier das Gepräge geben. Es wäre erhebend gewesen, wenn, anfangs vielleicht nur an den Hauptsitzen der Sozialdemokratie, alle Räder stillgestanden hätten, dann aber bald mit der wachsenden Macht der organisierten Arbeiterschaft die erdrückende Mehrheit des Proletariats aller Kulturländer am 1. Mai die Arbeit ruhen ließe. Wie hat

sich die Entwicklung aber in Wirklichkeit gestaltet? In den 22 Jahren, die seit dem Pariser Kongreß vergangen sind, hat vor allem in Deutschland die Organisation des Proletariats einen Aufschwung genommen, der alle damaligen Erwartungen übertraf. Und doch war die Freude an der Maifeier gerade in deutschen Landen immer sehr gemischter Natur. An die erste mit Arbeitsruhe begangene Feier von 1890 knüpften sich für die damaligen Verhältnisse unerhörte Massenaussperrungen, die der Arbeiterschaft gewaltige Opfer auferlegten. Der Parteitag zu Halle /1890/ beschloß dann, daß die Feier am ersten Sonntag im Mai vor sich gehen solle. Die Sonntagsfeier fällt auch ganz gut aus; wo Umzüge gestattet werden, nimmt fast die gesamte Arbeiterschaft daran teil. Dann verlegt der Parteitag von 1892 die Feier wieder auf den 1. Mai, und von nun an ist der Erörterungen über die Angelegenheit kein Ende. Große Gewerkschaftsorganisationen, wie die der Buchdrucker und der Metallarbeiter, nehmen eine Haltung zu ihr ein, die alles andere als freundlich ist, und schließlich heißt der Parteitag zu Leipzig /1909/ eine zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* getroffene Vereinbarung gut, die im wesentlichen die pekuniäre Entschädigung oder Unterstützung der Gemaßregelten ordnet und an der im Grunde genommen niemand rechtes Wohlgefallen hat. Was nun die Arbeitsruhe betrifft, so wiesen an den Vormittagen die Volksversammlungen und an den Abenden die Familienfeste mit Tanzkränzchen gewiß einen vorzüglichen Besuch auf. Aber von der Beteiligung der Mehrheit der organisierten Arbeiter, geschweige denn des Gesamtproletariats an der Arbeitsruhe konnte denn doch bislang nirgendwo die Rede sein, und davon wird auch in der nächsten Zukunft wohl nicht gut gesprochen werden können: trotzdem daß oder vielleicht auch gerade weil ein immer beträchtlicher werdender Teil der Arbeiterbevölkerung den gewerkschaftlichen Organisationen zuströmt. Denn mit der wirtschaftlichen Macht dieser Organisationen ist nun einmal auch deren Verantwortungsgefühl gewachsen, das einesteils, wie bei den Buchdruckern, vor einer Verletzung der mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge zurückschreckt, andernteils aber, wie bei den Metallarbeitern, den Unternehmern nicht das Vergnügen bereiten will sich auf einen auf Tag und Stunde im voraus angekündigten Kampf einrichten zu können. Man kann dies, je nach Temperament, gutheißen oder bedauern, muß aber damit rechnen, daß diese Rücksichtnahme auf die formelle Ordnung vorhanden ist und mit der wachsenden Stärke der Gewerkschaften eher zu- als abnimmt. Dieser Tatsache entsprechend wird denn auch dem diesjährigen Parteitag kaum etwas anderes übrig bleiben als sich mit den der Maifeier anhaftenden Schönheitsfehlern auf gute Manier abzufinden. An den von manchen Gewerkschaftsführern gewünschten Bruch mit dem Herkommen ist freilich auch nicht zu denken.

Auf der andern Seite müssen allerdings unsere parteigenössischen Redakteure sich an die leidige Tatsache gewöhnen, daß nach der gewerkschaftlichen Seite hin ein immer größeres Maß von Macht und Einfluß hinübergleitet, und daß es daher aus diesem Grund schon unklug ist das Gewicht vermeintlicher Gründe gegen gewerkschaftliche Maßnahmen durch Scheltworte zu verstärken, wie sie von der *Generalkommission der Gewerkschaften* dieser Tage getadelt worden sind. Das Schwergewicht der $\frac{2}{4}$ Millionen Gewerkschafter, für deren Interessen in erster Reihe die Mitglieder der *Generalkommission* verantwortlich sind, läßt sich nun einmal weder durch Hinweise auf das Beispiel der russischen Revolution noch durch sonstigen verbalen Elan aufheben. Was nun aber die Tatkraft

in sozialen Kämpfen betrifft, so sind die Gewerkschaftsführer wohl immer noch der nicht ganz von der Hand zu weisenden Meinung, daß jede Gewerkschaft schon Gelegenheit hatte diese Tatkraft an ihren Mitgliedern scharf zu erproben, und daß die hierbei gemachte Erfahrung der deutschen Arbeiterschaft nicht gerade das schlechteste Zeugnis ausstellt.

Doch zurück zum Parteitag. In dem zu Beginn dieses Artikels erwähnten Blatt wurde getadelt, daß die Tagesordnung im Grunde genommen nur einen Punkt von Belang enthalte, nämlich die bevorstehenden Reichstagswahlen, daß aber diesem Punkt übertriebene Bedeutung beigelegt werde. Diese Konzentrierung des gesamten Parteilebens auf die Wahlen lasse sich »von keinem Punkt« aus rechtfertigen. Vorzeitige Erschöpfung unserer agitatorischen Kräfte und Übersättigung der Massen könnten uns leicht einen gewissen Streich spielen; aber auch das Parteileben im ganzen müsse darunter leiden, wenn es so unnatürlich lange förmlich im Bann des ausschließlichen Gedankens an die bevorstehende Reichstagswahl stehe. Das mag nun bis zu einem bestimmten Grad seine Richtigkeit haben. Dennoch wird die Sozialdemokratie nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß vom Ausfall der Reichstagswahlen des nächsten Winters sowohl für sie wie für die gesamte deutsche Politik außerordentlich viel abhängt. Oder sagen wir richtiger: von den Schlußfolgerungen, die die Partei aus dem Ausfall der Wahlen zieht.

Hat der Ausfall verschiedener Reichstagswahlen von der Gunst, die die Bevölkerung der Sozialdemokratie entgegenbringt, beredtes Zeugnis abgelegt, so gibt der vom Parteivorstand erstattete Jahresbericht im Zusammenhang ein überaus günstiges Bild. Die Zahl der organisierten Mitglieder der Partei ist von 722 830 auf 835 562 gestiegen; die Einnahmen der Parteikasse stellen sich auf 1,3 Millionen Mark und erreichen damit eine Höhe, wie sie noch in keinem Jahr vorher zu verzeichnen war. Die 35 644 Mitglieder- und 13 163 öffentlichen Versammlungen, die die Partei im letzten Geschäftsjahr gegenüber 29 826 Mitglieder- und 13 814 öffentlichen Versammlungen im vorigen Jahr der preußischen Wahlrechtsagitatio abhielt, geben Zeugnis davon, daß das äußere Leben der Partei auf der alten Höhe geblieben ist. Statt 23 Millionen Flugblätter und 2½ Millionen Broschüren und Agitationskalender im Jahr 1909-1910 sind deren 33 Millionen und 3 Millionen im Jahr 1910-1911 verteilt worden. Wenn auch infolge des Mangels an öffentlichen Wahlen die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsmandate in Deutschland sich nur von 186 auf 188 vermehrte, so legte der Ausfall zahlreicher Gemeindevahlen um so beredteres Zeugnis von der Ausbreitung des Glaubens an die Partei ab. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindeverordneten stieg in dem einen Jahr von 7729 auf 8910, wozu noch 249 sozialdemokratische Vertreter in den Magistraten und Gemeindevorständen kommen.

Alle diese Zahlen zeigen eine Entwicklung, die quantitativ für die kommenden Reichstagswahlen das beste verspricht. Mit der Gewißheit, daß bei diesen Wahlen die rote Flut anwachsen wird, rechnet man auch mehr oder minder bestimmt in den anderen Parteien. Die Mehrheit der letzten Reichstagsperiode hat große Massen der bürgerlichen Wähler tief enttäuscht und durch diese Enttäuschung Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen geleitet. Die Agitation unserer Partei zu den Wahlen macht sich somit fast von selber und bedarf auch auf dem Parteitag kaum tiefgründiger Erörterung.

Unendlich viel bedeutsamer als diese Frage der Agitation, wie wir einen Reichstagswahlsieg erringen, ist denn auch die Frage der Politik, wie wir diesen Sieg auszunutzen, wie wir mit den uns vom Volk anvertrauten Pfunden zu wuchern verstehen. Als die Sozialdemokratie 1903 den berühmten Dreimillionensieg hinter sich hatte, enttäuschte sie 3 Jahre hindurch die Öffentlichkeit durch eine Reihe unerträglicher innerer Zänkereien, die erst nach den Mandatsverlusten bei den Wahlen vom Januar 1907 verständigerer Betätigung wichen. Eine aufwärtsstrebende Partei macht politische Fehler, um aus ihnen zu lernen, daher mögen wir hoffen, daß auch die Sozialdemokratie zu einer Wiederholung begangener Mißgriffe nicht mehr kommen wird. Davon, ob die Partei im ganzen aus früheren Beispielen lernen wird, ob sie die Überzeugung gewinnt, daß sie das Rechte tut, wenn sie die reformistische Tat über das radikale Wort stellt, davon hängt außerordentlich viel für ihre eigene Zukunft und für den Einfluß ab, den sie nach den Wahlen auf die Entwicklung des politischen Lebens gewinnen wird.

Weniger daheim als auswärts sehen wir, daß die Sozialdemokratie diese und jene liebe Gewohnheit für eine Weile aufgibt, sofern mit dieser Entäußerung nur ein politischer Fortschritt im ganzen verbürgt zu sein scheint. Blicken wir, um nur ein Beispiel zu nennen, auf Belgien. *Vorwärts* und *Leipziger Volkszeitung* beklagten Ende Juli dieses Jahres gemeinsam, daß nicht nur einzelne Sünder, wie dies zeitweilig in Süddeutschland geschehen, sondern mit den anerkannten Führern der Partei die sozialdemokratische Bevölkerung ganzer Städte sich nicht nur nicht vor kordialer Berührung mit dem Träger der Krone scheut sondern ihm und seiner Gattin sogar die Gefühlsäußerungen darbringt, die man in der Sprache des Monarchismus *Ovationen* nennt. Es gilt in Belgien den Sturz der konservativ-klerikalen Regierung zugunsten einer liberal-sozialistischen, ein Vorhaben, das vom Monarchen anscheinend begünstigt wird. Ob dieser Plan gelingen wird, steht ja noch dahin. Aber das Vorgehen der Sozialdemokratie in Belgien ist darum nicht minder bemerkenswert. Ebenso wenig wie die Interessenten der monarchischen Verfassung durch Halsstarrigkeit oder durch Konzessionen an der Tatsache etwas ändern können, daß auch die Institution der Monarchie eines Tages das Schicksal aller Institutionen teilen wird, ebenso wenig ist die Sozialdemokratie in der Lage durch starre Intransigenz deren gegenwärtigen Bestand aus der Welt zu schaffen. Gerade unter vorgeschrittenen politischen Verhältnissen wird die Sorge, wie die monarchische Verfassung in eine republikanische verwandelt werden könne, die Sozialdemokratie so ziemlich in letzter Linie beschäftigen: Das zeigt das Verhalten unserer Parteigenossen in so ziemlich allen Ländern mit parlamentarisch-konstitutionellem Regiment; hat es doch überall in diesen Ländern für hervorragende Parteigenossen Gelegenheit gegeben mit dem Träger der Krone in persönliche Berührung zu treten, und finden doch die meisten Sozialdemokraten in diesen Ländern den bei uns sich zeigenden Abscheu vor einer gesellschaftlichen Begegnung mit einem Monarchen ebenso seltsam wie uns gewisse Ritualvorschriften anmuten.

Diese Abschweifung mag mit dem Parteitag und der Tagesordnung der nächsten Reichstagswahlen anscheinend wenig zu tun haben. Aber zur Weisung des Weges kann sie vielleicht doch dienen. Zurzeit beruht die ganze Hoffnung der Konservativen darauf, daß die Sozialdemokratie nicht nur radikal bleiben sondern nach Möglichkeit noch an Radikalismus gewinnen möge. Alle Augenblicke

wird den Reformisten in Blättern wie die *Post* und die *Deutsche Tageszeitung* das schmeicheilhafte Zeugnis gegeben, daß gerade sie für den Bestand der heutigen Ordnung gefährlich sind. Im *Tag* wartete der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt am 16. August mit einer verzückten Schwärmerei auf, worin er schildert, wie die 140 Mann starke sozialdemokratische Fraktion des nächsten Reichstags immer radikaler auftritt, immer entschiedener alle Zugeständnisse ablehnt, immer mehr sich zu positivem Wirken unfähig zeigt und so den Linksliberalismus immer schärfer antreibt als reuiger Sünder den Konservativen zu Füßen zu sinken. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 140 Mann stark ist, wird sie hoffentlich Herrn Dr. Arendt diesen Gefallen nicht tun. Aber sie wird die eine von diesem Wortführer der Rechten hervorgehobene Tatsache zu beherzigen haben, daß in der nächsten Zukunft keine einzige politische Partei im Reich an die Alleinherrschaft denken kann.

Wer in unserer Partei davon überzeugt ist, daß die Herrschaft des Konservatismus und Klerikalismus im Reich wie in den zwei größten Bundesstaaten schon der Bevölkerungszusammensetzung nicht mehr entspricht und daher unerträglich geworden ist, muß sich damit abfinden, daß ein Sturz dieser Herrschaft nur möglich ist, wenn der bürgerliche Liberalismus und die Sozialdemokratie zusammengehen. Man mag als Sozialdemokrat an diesem Liberalismus ebensoviel auszusetzen haben wie er an uns, man mag imstande sein alle seine Sünden an der Schnur herzuzählen: über die Tatsache kommen beide Richtungen in der deutschen Politik nicht hinweg, daß Scharfmacher und Reaktionäre Triumphe feiern und ihre Herzenswünsche erfüllt sehen werden, wenn Liberalismus und Sozialdemokratie für die nächsten Jahre nicht einen *modus vivendi* finden, wenn sie sich nicht fähig zeigen das Reich und die Bundesstaaten einem Zustand entgegenzuführen, der einigermaßen den zeitgemäßen Bedürfnissen entspricht. Es hängt manches davon ab, ob der Parteitag von Jena die ultraradikale Hysterie unbeachtet läßt und der Forderung des Tages sichern Blickes gerecht wird.

XX

LEO ARONS · DER KURS DER POLITIK IN PREUSSEN

WÄHREND in den größeren deutschen Bundesstaaten die Sozialdemokratie auf Grund eines dem Reichstagswahlrecht mehr oder weniger angenäherten Wahlrechts auch parlamentarisch an der Landespolitik mitwirkt, während dieser dem Lande noch mehr als der Partei förderliche Zustand durch das vom Reichstag verbesserte Wahlgesetz auch für das Reichsland Elsaß-Lothringen herbeigeführt ist, ist im größten und einflußreichsten Bundesstaat die Sozialdemokratie vom Parlament fast ausgeschlossen. Freilich ist es den Sozialdemokraten gelungen selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht bei den letzten Wahlen 7 Mandate zu erobern; aber was besagen 7 Mandate bei im ganzen 443, von denen die beiden konservativen Parteien über 212 verfügen, das Zentrum über 104, während sämtliche liberale Fraktionen, einschließlich der 65 Nationalliberalen, nur 101 Sitze innehaben? Gewiß war die Anwesenheit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag nicht bedeutungslos, und ihre außerordentlich fleißige Beteiligung an allen Verhandlungsgegenständen hat in hohem Maß dazu bei-

getragen die so dringend nötige Aufklärung der Volksmassen über die preußischen Zustände zu fördern. Von einer wirksamen Beeinflussung der Politik durch sie kann aber selbstverständlich nicht die Rede sein: War es ihnen mangels genügender Unterschriften doch nicht einmal möglich ihren Wahlrechtsantrag einzubringen. Der Zustand, daß die an Zahl ihrer Anhänger weitaus stärkste Partei des Landes von der parlamentarischen Mitarbeit so gut wie ausgeschlossen ist, läßt sich ohne schwere Gefahr für das gesamte Staatsleben nicht aufrechterhalten, sobald diese Partei die parlamentarische Mitarbeit fordert; und daß es der preußischen Sozialdemokratie mit dieser Forderung ernst ist, hat sie nicht nur durch die Wahlbeteiligung bewiesen, bei der sie trotz der öffentlichen Stimmabgabe bei weitem die höchste Wählerziffer aufbrachte (rund 599 000 gegen 499 000 des Zentrums und 418 000 der beiden konservativen Fraktionen zusammengekommen¹⁾); das bewiesen vor allen Dingen die mächtigen Straßendemonstrationen gerade durch die musterhafte Ruhe und Besonnenheit, die auch durch Übergriffe der Polizeiorgane nicht erschüttert wurde.²⁾

So steht denn nach wie vor die Wahlrechtsfrage dermaßen im Mittelpunkt der gesamten preußischen Politik, daß alles andere dagegen fast völlig zurücktritt: Erklärte doch auch die erste Thronrede an den neu gewählten Landtag /20. Oktober 1908/ die Wahlreform für »eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart«; wie wenig ein Königswort in konservativen Preußen gilt, werden wir noch sehen.

In gewissen, sogenannten *radikalen* Kreisen der Partei ist es Sitte geworden sich über die preußische Rückständigkeit gegenüber den stetigen Fortschritten in anderen deutschen Bundesstaaten damit zu trösten, daß jene Fortschritte nur möglich seien, weil namentlich in den süddeutschen Staaten die Industrialisierung noch nicht so weit vorgeschritten sei, um die Klassengegensätze in aller Schroffheit zur Geltung zu bringen, während in Preußen gerade die Machtstellung des Industrieproletariats die augenblicklich noch an der Herrschaft befindlichen Klassen von jedem Zugeständnis politischer Rechte zurückhalte. Es verlohnt sich nicht näher auf diese Redewendungen einzugehen, die ein bedenkliches Gegenstück zu den Beschwichtigungsversuchen höfischer Schmeichler gegenüber schwachen Fürsten darstellen. Es genügt einmal auf das industriereiche Sachsen zu verweisen, wo im Jahr 1896 ein Versuch mit der Einführung des preußischen Dreiklassenwahlsystems in nicht unerheblich gemilderter Form gemacht wurde, der die Sozialdemokratie aus dem Landtag fegte: im Jahr 1909 sah sich die Regierung genötigt zu einem, freilich durch Pluralstimmen entstellten, Wahlsystem zurückzukehren, das der Sozialdemokratie alsbald mehr als ein Viertel sämtlicher Landtagssitze brachte; sodann auf die beiden Mecklenburg, wo allen Bemühungen zum Trotz noch nicht einmal die ständische Verfassung durch eine, wenn auch nur scheinkonstitutionelle ersetzt werden kann; und in Mecklenburg kann man nicht von einer starken Industrialisierung, nicht von einer bedrohlichen Machtstellung der Sozialdemokratie sprechen. Man wende nicht ein, Mecklenburg sei eben von

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Lehren der preußischen Landtagswahlen 1908 für die Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 83 ff.

²⁾ Siehe meinen Artikel *Der Stand der preußischen Wahlrechtsbewegung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1178 ff. Die Veröffentlichung dieses Artikels, der an den wichtigsten Punkt der preußischen Politik anknüpfend ein Bild des Kurses der preußischen Politik zu geben suchte, veranlaßt mich hier von der Erörterung der Wahlrechtsfrage selbst abzusehen.

Preußen umschlossen; das gleiche trifft ja doch auch auf Oldenburg zu, das im Herbst nach einem allgemeinen, direkten Wahlrecht wählen wird, das nur durch ein doppeltes Stimmrecht aller über 40 Jahre alten Wähler ungleich ist.³⁾

Der Hinweis auf Mecklenburg mag manchem als ein nicht übel angebrachter Scherz erscheinen. Er ist weit mehr. Er enthält im Kern die Antwort auf die Frage: Woher rührt die politische Rückständigkeit im preußischen Staat im Gegensatz zu seinem riesenhaften wirtschaftlich-kulturellen Fortschritt und zu der politischen Entwicklung der übrigen großen deutschen Bundesstaaten? Mecklenburg ist — abgesehen von der freien Stadt Lübeck — der einzige deutsche Staat, der ganz östlich der Elbe liegt. Östlich der Elbe liegt aber auch die an Fläche und Einwohnerzahl überwiegende Hälfte des preußischen Staates, und hier hat sich, wie in Mecklenburg, nur durch die Umstände modifiziert, ein tüchtiger Rest von Feudalismus erhalten. Im nordöstlichen Gebiet jenseits der Elbe hat das Deutschtum erst zur Zeit eines bereits festgefügteten Deutschen Reiches wieder dauernd Fuß gefaßt: in ständigem Kampf gegen Slawen, die teils zurückgedrängt, teils unterworfen wurden. Wie sich auf Grund dieser Verhältnisse auch die Lage der angesiedelten deutschen Bauern wesentlich ungünstiger gestaltete als in den südlich und westlich gelegenen Teilen Altdeuschlands, hat Knapp in seinem Werk *Die Bauernbefreiung in den älteren Teilen Preußens* treffend geschildert. Dazu kommt, daß der Aufstieg aus dem tiefsten Elend des Feudalismus im Westen durch die Nachbarschaft blühender Kulturländer gefördert, im Osten durch die russische Nachbarschaft eher gehemmt wurde. In seiner vortrefflichen Biographie des Freiherrn vom Stein sagt Max Lehmann von der Zeit um das Todesjahr Friedrichs des Großen:

»Die Kultur dieser westlichen Provinzen, ältern Ursprungs und beständig beeinflusst von den wirtschaftlich so hoch stehenden Niederlanden, übertraf bei weitem die östlichen Provinzen des preußischen Staates, die noch tief im Feudalismus steckten . . . auch der gemeine Mann erfreute sich hier [im Westen] eines höhern Grades von Kultur und Wohlstand.«⁴⁾

Die Folgen des so lange heftigsten, mit rücksichtslosester Energie durchgeführten und aufrechterhaltenen Feudalismus auf die Bevölkerung sind noch lange nicht verwischt. Auf Grund von Schilderungen des Professors Freiherrn von der Goltz aus dem Jahr 1872 schreibt Knapp über die Arbeiter auf den herrschaftlichen Gütern:

»Das scheue Wesen, die körperliche Verkommenheit, der stumpfe Ausdruck und die Roheit der Gesichtsbildung können nur von dem übersehen werden, der an nichts anderes gewöhnt ist. Für jeden Besucher aus dem Westen erscheinen sie, auch wenn sie wie in Pommern unzweifelhaft niederdeutscher Abstammung sind, als Angehörige einer andern Rasse; ihr Abstand vom Rittergutsbesitzer, der sich wie ein geborener Herrscher bewegt, ist so groß wie er sonst nirgends zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beobachtet wird. In den westlichen Ländern, wo sich bei zersplittertem Grundbesitz sehr häufig die äußerste Armut der kleinen Leute findet, gibt es gewiß oft ärmere Landarbeiter, aber nirgends solche, die so in jeder Beziehung den Eindruck der Unfreiheit machen; der ärmste Holzknecht auf dem Schwarzwald, der letzte Wildheuer im Kanton Uri gehören einer höhern Stufe an als unsere Insten in den ausgedehnten Provinzen des Ostens.«⁵⁾

Und gerade diese östlichen Provinzen mit ihren als »geborene Herrschere« auf-

³⁾ Siehe Hug *Der Kurs der Politik in Oldenburg* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 962 ff.

⁴⁾ Siehe Lehmann *Freiherr vom Stein*, 1. Band, /Leipzig 1902/, pag. 90.

⁵⁾ Siehe Knapp *Die Bauernbefreiung in den älteren Teilen Preußens*, 1. Band /Leipzig 1882/, pag. 309.

tretenden Rittergutsbesitzern und ihrer in demütiger Ergebung in die Abhängigkeit aufgezogenen Bevölkerung geben dem preußischen Staat ihr Gepräge, ja, sie werden häufig als das eigentliche Preußen angesehen, die übrigen Provinzen ihnen gegenüber benachteiligt, mindestens zwecks Rücksichtnahme auf jene in ihrer wirtschaftlichen und namentlich politischen Entwicklung zurückgehalten. So erwähnt Lehmann aus früheren Zeiten die Bestrebungen der »brandenburgischen Dynastie und Beamtenschaft an mehr als einer Stelle, nicht eben zum Vorteil des Gemeinwesens, ostelbische Begriffe und Institutionen hierher [in den Westen] zu übertragen«⁶⁾, und sehr häufig wird in der Gegenwart — auch von seiten der Regierung — als Begründung für die Ablehnung von Anträgen in der Richtung einer freien Ausgestaltung, zum Beispiel der Selbstverwaltung, die Rücksichtnahme auf die östlichen Provinzen angeführt; im besonderen haben die Städte unter der Bevorzugung des östlichen Großgrundbesitzes auf das schwerste zu leiden. Reiches Material liefert die ausgezeichnete Denkschrift des Professors Preuß zur Verwaltungsreform.⁷⁾ Es darf hier wohl erwähnt werden, daß noch Friedrich der Große die westlichen Provinzen als einen Ballast ansah, dessen Preußen sich am besten entledigte: »In der Tat wollte Friedrich II. im Zeitalter des zweiten schlesischen Krieges Ostfriesland den Wittelsbachern abtreten und Emden an die Engländer verkaufen, während des 7jährigen Krieges seine rheinischen Besitzungen den Franzosen überlassen, nach dem Hubertusbürger Frieden sie gegen Sachsen eintauschen. Es ist nicht dazu gekommen, aber man versteht, daß er Untertanen, deren er sich am liebsten entäußert hätte, nunmehr als eine Art Halbpfeußen behandelte.«⁸⁾

So wichtig für den Politiker die Kenntnis der historischen Entwicklung ist, noch wichtiger ist es für ihn die Ergebnisse dieser Entwicklung in den zurzeit gegebenen Verhältnissen greifbar festzustellen. Ich will mich hier auf einen einzigen Punkt beschränken. Der preußische Osten ist charakterisiert durch seine G u t s b e z i r k e, die in fast jedem preußischen Gesetz neben den Landgemeinden genannt werden müssen, und die mit vollem Recht als das Bollwerk der Reaktion in Preußen bezeichnet worden sind. In den Gutsbezirken gibt es keinerlei Gemeindeverfassung; im *Handbuch der Verfassung und Verwaltung* vom Grafen Hue de Grais heißt es:

»Für die Gutsbezirke stehen mit den aus der Natur der Sache folgenden Maßgaben dem Gutsbesitzer alle Rechte und Pflichten der Gemeinde zu. Insbesondere tritt er in Person oder durch einen als Stellvertreter zu bestellenden Gutsvorsteher an die Stelle des Gemeindevorstehers. Die Gemeindeversammlung fällt hier fort.«⁹⁾

Mit vollem Recht schrieb ein Berliner Universitätslehrer im Jahr 1894:

»Die Lage der ländlichen Bevölkerung in diesen Kreisen ist geradezu unwürdig, und die Verwaltung ist schlecht In den Gutsbezirken, in denen die Bevölkerung niemals mit Gemeindeangelegenheiten befaßt wird, niemals den Wert gemeinsamer Verwaltungstätigkeit kennen lernt, da wird der Geist großgezogen, welcher in den einen die Anschauung aufkommen läßt, als ob sie zum Herrschen geboren wären, und in den anderen das dumpfe Dahinleben in politischer Beziehung, welches es als natürlich betrachtet am Tag der Wahl den Stimmzettel abzugeben, den der gnädige Herr in die Hand gedrückt hat.«¹⁰⁾

Die Zahl dieser Gutsbezirke ist nun keineswegs gering. Nach der Volkszählung von 1910 gab es in der ganzen Monarchie deren 15 368 mit 2 037 781 Ein-

⁶⁾ Siehe Lehmann, loc. cit., pag. 88.

⁷⁾ Siehe Preuß *Zur preußischen Verwaltungsreform* (Berlin 1910).

⁸⁾ Siehe Lehmann, loc. cit., pag. 91.

⁹⁾ Siehe Graf Hue de Grais *Handbuch der Verfassung und Verwaltung*, 11. Auflage (Berlin 1897), pag. 100.

¹⁰⁾ Siehe Jastrow *Sozialliberal*, 2. Auflage (Berlin 1894), pag. 105.

wohnern; das ergibt bei einer Gesamtbevölkerung von 40,16 Millionen, daß 5,6 % der Bevölkerung in Gutsbezirken leben; rechnet man die städtische Bevölkerung mit 18,86 Millionen von der Gesamtbevölkerung ab, so ergibt sich, daß von der nichtstädtischen Bevölkerung 9,6 % in Gutsbezirken wohnen. Diese an sich schon bedenklichen Zahlen geben aber keinen richtigen Begriff von der politischen Bedeutung der Gutsbezirke. Die Gutsbezirke sind nämlich sehr ungleichmäßig über die verschiedenen Provinzen verteilt. In der folgenden Tabelle sind nach der Zählung von 1910 für die einzelnen Provinzen die Einwohnerzahlen der Landgemeinden und der Gutsbezirke aufgeführt; in der letzten Spalte ist berechnet, wieviel Prozent der gesamten ländlichen Bevölkerung unter der Herrschaft von Gutsherren dahinleben.

Provinz	Es wohnen		Gesamtbevölkerung von Landgemeinden und Gutsbezirken	Gutsbezirksbevölkerung in % der gesamten ländlichen
	in Landgemeinden	in Gutsbezirken		
Ostpreußen	1 131 015	275 854	1 406 869	19,6
Westpreußen	888 309	217 978	1 106 287	19,7
Brandenburg	1 789 327	243 057	2 032 384	12,0
Pommern	627 643	349 754	977 397	35,8
Posen	991 038	387 048	1 378 086	28,1
Schlesien	3 029 844	377 533	3 407 377	11,1
Sachsen	1 486 028	83 591	1 569 619	5,3
Schleswig-Holstein	766 928	75 759	842 687	9,0
Hannover	1 753 190	15 803	1 768 993	0,9
Westfalen	2 330 495	1 743	2 332 238	0,1
Hessen-Nassau	1 119 044	9 670	1 128 714	0,9
Rheinprovinz	3 294 183	—	3 294 183	—
Hohenzollern	60 451	—	60 451	—

Es zeigt sich, daß die Gutsbezirke westlich der Elbe keine Rolle spielen. In der weitaus größten westlichen Provinz, der Rheinprovinz, gibt es überhaupt keine Gutsbezirke; ebensowenig in den Hohenzollernschen Landen. In Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau bleibt die Einwohnerzahl der Gutsbezirke unter 1 % der gesamten ländlichen. Erst in der Provinz Sachsen, die von der Elbe durchflossen wird, finden wir mit 5,3 % einen erheblichen Betrag. Und so genau ist die Elbe die Grenze, daß im Regierungsbezirk Erfurt, der ganz westlich der Elbe liegt, noch nicht einmal 2 % erreicht werden. In den alten ostelbischen Provinzen Preußens aber steigt die Zahl sofort über 10 %, um in Pommern, dem *Junkerparadies*, 36 % zu erreichen. Die an sich nicht unbedeutenden Ziffern für Schlesien und Brandenburg würden noch erheblich höher sein, wenn aus der Bevölkerungszahl der Landgemeinden die großen Industriegemeinden ausgeschieden würden, die, ohne als Städte anerkannt zu sein, rein städtischen Charakter tragen. In diesen 7 alten östlichen Provinzen, die weit über das Maß ihrer Einwohnerzahl hinaus durch die Wahlkreiseinteilung bevorzugt sind, herrschen — nicht nur durch das Dreiklassenwahlrecht — die Konservativen; von den 152 Konservativen des preußischen Abgeordnetenhauses haben 129 ihren Wahlkreis in diesen Provinzen; von den 60 Freikonservativen immerhin noch 36. Aber auch von den 62 Konservativen im Reichstag kommen, auf Grund des gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt, 51 aus den alten ostelbischen Provinzen Preußens; dazu 15 von den 25 Freikonservativen.

Ganz besonders charakteristisch für die politischen Verhältnisse Preußens ist es, daß die Gutsbezirke zum großen Teil entgegen dem ausgesprochenen Willen der Gesetzgebung bestehen bleiben. Als im Jahr 1891 durch die Landgemeindeordnung »das große Werk der Selbstverwaltung« gekrönt wurde, mußten auch die Rechtsverhältnisse der Gutsbezirke zur Sprache kommen. Wie ängstlich aber die Regierung hierbei zu Werke ging, wie sie es vermied gegen die Gutsbezirke vorzugehen, die doch ein Hohn auf die Selbstverwaltung sind, geht aus den Motiven zum Landgemeindeordnungsentwurf klar hervor. Hier heißt es:

»Die Gutsbezirke können ohne erhebliche Nachteile für das Gemeinwesen nicht allgemein beseitigt werden. . . Auf der Einheit des Besitzes beruhend, bieten die Gutsbezirke unter normalen Verhältnissen durch die Haftbarkeit des Gutsbesitzers für die Aufbringung der vorbezeichneten Lasten, durch das in dem Stand der Großgrundbesitzer durchweg vorhandene Maß von Intelligenz und Gemeinsinn sowie durch das der Regel nach in gewissem Grad stattfindende Zusammenfallen der Privatinteressen des Gutsbesitzers mit den Rücksichten des Gemeinwohls eine ausreichende Gewähr für eine auch in der Zukunft zu erwartende gedeihliche Wirksamkeit auf dem kommunalen Gebiet.« Und trotz dieser offensichtlichen Abneigung etwas gegen das Bollwerk der Konservativen zu unternehmen sah sich die Regierung genötigt Bestimmungen in die Landgemeindeordnung aufzunehmen, wonach Gutsbezirke, wo es im öffentlichen Interesse geboten erscheint, mit anderen Gemeinden zusammengelegt oder in selbständige Landgemeinden verwandelt werden können; widersetzten sich die Beteiligten, so kann ihre Zustimmung durch die Behörden, in letzter Instanz durch den Minister des Innern, ergänzt werden. Nach den Motiven trafen die Voraussetzungen für ihre Beseitigung im öffentlichen Interesse bei vielen Tausenden der damals bestehenden Gutsbezirke zu. Die Motive führen aus, daß 1440 Gutsbezirke nach ihrem Umfang (unter 125 Hektar), 1990 nach dem Steuerwert (bei mehr als 125 Hektar Fläche weniger als 225 Mark jährlicher Grund- und Gebäudesteuer) verwaltungstechnisch ungeeignet seien. In anderen sei das Grundeigentum, die anerkannte Grundlage des Gutsbezirks zu sehr zersplittert; auf der andern Seite gab es im Jahr 1889 in den östlichen Provinzen 1038 Gutsbezirke mit mehr als 300 Einwohnern, darunter 216 mit zwischen 500 bis 1000 Einwohnern, 43 mit mehr als 1000 Einwohnern; daß so bevölkerte Gebilde ohne weiteres in Landgemeinden umgewandelt werden müßten, liegt auf der Hand. Bei 4945 Gutsbezirken stellten die Motive fest, daß sie mit Gemeindebezirken derart im Gemenge liegen, daß eine Sonderung der kommunalen Interessen der Landgemeinden und Gutsbezirke überhaupt nicht mehr tunlich sei. Die Landgemeindeordnung wurde Gesetz: Aber mit dem Verschwinden der Tausende nicht leistungsfähiger oder sogar die Verwaltung störender Gutsbezirke hatte es gute Wege. Von den im Jahr 1889 in den östlichen Provinzen gezählten 15 612 Gutsbezirken bestanden im Jahr 1910 noch 14 388; statt vieler Tausende, die sofort hätten beseitigt werden müssen, verschwanden im Jahresdurchschnitt nur 58 bis 59. Und auch diese sind wohl meist der vordringenden Industrie und namentlich der Güterparzellierung zum Opfer gefallen, wie sie neben den Privaten ja auch die Regierung gelegentlich ihrer Germanisierungspolitik in den Ostmarken treibt; so verringerte sich die Zahl der Gutsbezirke von 1889 bis 1910 in Posen und Westpreußen um 14,4 und 16,7 %, dagegen in Pommern und Brandenburg nur um 5,2 und 3,1 %. Gegen den Willen der Konservativen wagen preußische Behörden nicht einmal die von ihnen selbst als notwendig anerkannten Gesetzesvorschriften zu ver-

wirklichen. Kein Wunder, daß die machtbewußten Konservativen sich ohne Bedenken auch gegen die so dringende Änderung des Wahlsystems zum Abgeordnetenhaus wenden; trotz des oben wiedergegebenen Ausspruchs des Königs in der Thronrede vom 6. Oktober 1908 erklärte bereits im Januar 1909 bei Beratung des freisinnigen Antrags auf Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts der Führer der Konservativen in aller Feierlichkeit:

»Deswegen habe ich namens meiner Fraktion die Erklärung abzugeben, daß wir an den Grundlagen unseres bewährten preußischen Wahlrechts nicht gerüttelt und nicht geschüttelt sehen wollen. Wenn die königliche Staatsregierung uns eine Vorlage bringen wollte, die an den Grundlagen dieses Wahlrechts rüttelt, so würde das allerdings für das Verhältnis der königlichen Staatsregierung zu uns und auch für das Verhältnis der Konservativen im Lande zur königlichen Staatsregierung von der einschneidendsten Bedeutung sein.«

Im Juli des gleichen Jahres erlag der für die Thronrede von 1908 verantwortliche Ministerpräsident, der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow, den Machenschaften der Konservativen im Reichstag. Die von seinem Nachfolger Bethmann Hollweg im Februar 1910 dem Landtag unterbreitete Vorlage rüttelte gewiß nicht an den Grundlagen des Dreiklassenwahlsystems; trotzdem verfiel sie der Ablehnung. Bis heute hat die Staatsregierung einen weiteren Versuch das königliche Versprechen einzulösen nicht unternommen; zu einer energischen Politik gegenüber den Konservativen, wie ich sie in meinem Aufsatz *Die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung* skizzierte¹¹⁾, vermag sich die preußische Regierung nicht aufzuraffen. Es verlautet, daß man das Ergebnis der Reichstagswahlen abwarten wolle, ehe man mit einer neuen Vorlage an den Landtag trete.

Die außerordentliche Machtstellung der Konservativen in Preußen wird noch verstärkt durch das Zentrum. In noch höherem Maß als im Reich dient hier das Zentrum den Konservativen als Flankendeckung. Ist das Zentrum im Reichstag durch die Rücksicht auf seine Wähler aus der freien Bauernschaft des Südens und namentlich aus der Industriearbeiterschaft in dem unbedingten Zusammengehen mit den Konservativen gehemmt, so fällt diese Hemmung, soweit der Süden in Betracht kommt, für das Zentrum im preußischen Landtag fort; die Rücksichtnahme auf die Industriearbeiterschaft ist durch das Dreiklassenwahlssystem stark herabgemindert; der Einfluß der 31 Zentrumsabgeordneten, die in den östlichen Provinzen Preußens gewählt und fast ausnahmslos konservativ sind, macht sich naturgemäß in der Fraktion von insgesamt 104 Köpfen stark geltend. Immer wieder hört man von konservativer und von Zentrumsseite im preußischen Landtag betonen, daß beide Parteien durch ihre *ideellen Ziele* auf einander angewiesen seien. Nun ist es richtig, daß das preußische Zentrum sich theoretisch auf die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems und seinen Ersatz durch das Reichstagswahlrecht festgelegt hat; freilich verweigerten im Jahr 1907 bereits 13 Zentrumsabgeordnete ihre Unterschrift unter den Antrag der eigenen Fraktion auf Einführung des Reichstagswahlrechts für den preußischen Landtag. Wichtiger ist es, daß bei der Beratung des Wahlrechtseurwurfs der preußischen Regierung das Zentrum völlig versagte.¹²⁾ Dazu kommt, daß es sich in bekannter diplomatischer

¹¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, I. Band, pag. 149 ff.

¹²⁾ Siehe meinen Artikel *Wahlrechtsvorlage und Herrenhaus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, I. Band, pag. 407 ff.

Weise dem Vorgehen der übrigen Parteien in der Wahlrechtsfrage dadurch zu entziehen weiß, daß es die unumgängliche Neueinteilung der Wahlkreise als unannehmbar bezeichnet. Praktisch deckt also auch in der Wahlrechtsfrage das Zentrum die konservative Partei.

»Kaisers alten Landen
Sind zwei Geschlechter nur entstanden,
Sie stützen würdig seinen Thron:
Die Heiligen sind es und die Ritter;
Sie stehen jedem Ungewitter
Und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn.«



WIE jede unbefangene Prüfung der politischen Verhältnisse in Preußen, von welchem Punkt auch immer sie ausgeht, so führt auch diese zu der Feststellung, daß es sich in Preußen in erster Linie noch um die Überwindung der Reste des alten Feudalstaats handelt, wie er in Mecklenburg noch in aller Form besteht: »moderner verfassungsmäßiger Kulturstaat gegen klerikal-konservativen Bürokratismus.«¹³⁾ In den großen westeuropäischen Kulturstaaten hat die Bourgeoisie diese ihre eigentliche politische Aufgabe gelöst. In Preußen hört man aus bürgerlichen Kreisen häufig den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie mit ihren radikalen Forderungen ein freies und energisches Auftreten der liberalen Parteien hindere. Der Vorwurf ist in dieser Form und aus diesem Mund völlig unberechtigt.¹⁴⁾ Von den Tagen der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung an hat sich die liberale preußische Bourgeoisie jeden durch äußere Verhältnisse gebotenen Fortschritt mit leichter Mühe wieder entreißen oder doch stark schmälern lassen; nach dem kurzen Aufschwung von 1848 ließ sie ein Jahrzehnt schwärzester Reaktion über sich ergehen; ihre parlamentarische Machtstellung am Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wußte sie nicht auszunutzen; den Bismarckschen Erfolgen in der äußern Politik gegenüber versank sie auch in der inneren Politik in Untätigkeit: alles, bevor die Sozialdemokratie als Macht auf der politischen Bühne erschien. Drängt jetzt die Not des Augenblicks die liberale Bourgeoisie zu energischem Auftreten, so ist nicht daran zu denken, daß sie nun, nachdem die Sozialdemokratie erstarkt ist, allein oder gar im Kampf nach zwei Fronten ihre historische politische Bestimmung erfüllt. Aber ebensowenig ist es zurzeit der Sozialdemokratie allein möglich die mächtigen Widerstände gegen den Fortschritt in Preußen zu brechen. Die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Kampfes für gemeinschaftliche Interessen von liberaler Bourgeoisie und sozialdemokratischen Massen muß sich jedem besonnenen Politiker aufdrängen. Erst auf dem der Reaktion abgerungen freien Feld kann und wird sich der weitere Kampf zwischen liberaler

¹³⁾ Siehe Maurenbrecher *Auf dem Weg zur Macht in den Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 2. Band, pag. 878. X Inwieweit die altpreußische Tüchtigkeit, die sich unter dem feudal-bürokratischen System zur Blüte entwickelte, für die Entstehung des neuen Deutschen Reiches, dessen Geburt auch der deutschen Sozialdemokratie ihre führende Stellung in der sozialistischen Internationale ermöglichte, förderlich und notwendig war, das kann hier nicht erörtert werden. Daß die stramme, in der Welt einzig dastehende Disziplin, die dem Preußen in Fleisch und Blut übergegangen ist, der deutschen Sozialdemokratie bei der Schaffung und Leitung ihrer Organisation in hohem Maß zustatten gekommen ist, wird nirgends bestritten. Hoffentlich verfällt die Sozialdemokratie nicht in die Verkücherung, der mit der Zeit die preußische Bürokratie auch infolge der zu weit getriebenen Zentralisation verfallen ist. »Die Mühle klappert noch wie früher, aber sie liefert nicht mehr entsprechendes Mehl.« An dieses Wort des Freiherrn von Zedlitz zur Verwaltungsreform in Preußen sei auch in diesem Zusammenhang erinnert.

¹⁴⁾ Siehe meine Ausführungen auf dem preußischen Parteitag von 1907, in dem Protokoll dieses Parteitages (Berlin 1907), pag. 46.

und sozialistischer Weltanschauung, der keinen Augenblick vergessen werden soll, abspielen. Nichts hat die preußische klerikal-konservative Reaktion, die wie ein schwerer Bann auf dem deutschen Vaterland lastet, zu fürchten, solange diese Erkenntnis nicht Gemeingut der liberalen Bourgeoisie wie der sozialdemokratischen Arbeiterschaft geworden ist; daher das eifrige, vor keiner Verleumdung, keinem Gewaltmittel zurückschreckende Bemühen jener klerikal-konservativen Kreise die Sozialdemokratie auch vor der liberalen Bourgeoisie als eine geächtete Partei hinzustellen. Vor einem Jahr schrieb ich in dieser Zeitschrift bei der Erörterung der Vorbedingungen für die gemeinschaftliche Kampfstellung von Liberalismus und Sozialdemokratie:

»Ebenso wie innerhalb der Sozialdemokratie die *revolutionäre* Richtung überwunden werden muß, die auch bei den augenblicklichen Verhältnissen in Preußen immer nur von der *einen reaktionären Masse* zu sprechen weiß, ebenso muß bei den National-liberalen der Flügel überwunden werden, der — namentlich in den Industriebezirken des Westens — den Namen *nationalliberal* nur als *nom de guerre* führt, weil die Bezeichnung *freikonservativ* oder gar *konservativ* zu wenig beliebt ist.«¹⁵⁾

Der zweite Teil dieser Forderung scheint sich zu erfüllen. Die Vorgänge, die sich an den Konflikt Rießer-Röttger im *Hansabund* knüpften, deuten darauf hin; der angedrohte Vorstoß der Konservativen gegen den Westen müßte im gleichen Sinn wirken. Wie weit innerhalb der Sozialdemokratie die Bedingungen erfüllt sind, vermag ich nicht zu entscheiden. In seinem Vortrag über Verfassungswesen rief Lassalle im Jahr 1862 den Versammelten zu:

»Die Fürsten, meine Herren, sind viel besser bedient als Sie: Die Diener der Fürsten sind keine Schönredner, wie es die Diener des Volkes oft sind. Aber es sind praktische Leute, die den Instinkt haben, worauf es ankommt.«

Und er schließt seinen Vortrag mit den Worten:

»Das Fürstentum, meine Herren, hat praktische Diener, nicht Schönredner, aber praktische Diener, wie sie Ihnen zu wünschen wären.«

Die heutigen Volksführer sind gewiß keine Schönredner im alten akademischen Sinn: Wie auf anderen Kunstgebieten hat sich auch hier ein völliger Wandel vollzogen. Und doch sind die Volksführer auf dem Gebiet der preußischen Politik zum großen Teil Schönredner geblieben, wenn sie auch heute statt der veralteten akademischen Schönheit vielfach einem blutigen Impressionismus huldigen. Möge das preußische Volk sich statt ihrer praktische Diener suchen, die — um mit Lassalle zu sprechen — den Instinkt haben, worauf es ankommt: Das Muster eines solchen hat die Sozialdemokratie nur allzu früh in Ignaz Auer verloren.

Eine bedeutsame Entscheidung für die preußische Politik werden die nächsten Reichstagswahlen bringen. Durch die weitesten Kreise des deutschen Volkes dringt die Überzeugung, daß es den entschlossensten Kampf gegen den *schwarzblauen* Block gilt. Auch für die Sozialdemokratie ist es diesmal nicht die Hauptsache nur möglichst viele Stimmen zu zählen sondern mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dem *schwarzblauen* Block möglichst viele Sitze entrissen werden. Leider ist an eine Vereinbarung der gemeinschaftlichen Gegner dieses Blocks für die Hauptwahl nicht zu denken. Um so mehr ist es Pflicht der verantwortlichen Führer bei den Hauptwahlen schon die Stichwahlentscheidung nicht außer Auge zu lassen. Ich denke dabei nicht an die sogenannten *falschen* Stichwahlen sondern an die Art, wie der Kampf geführt werden sollte. Über die nächsten preußischen Landtagswahlen selbst wird erst später zu

¹⁵⁾ Siehe meinen in Note 2 zitierten Artikel, pag. 1181.

sprechen sein, nachdem die neue preußische Wahlrechtsvorlage erledigt sein wird, deren Gestaltung, wie oben erwähnt wurde, von dem Ausfall der Reichstagswahlen abhängen soll. Im Augenblick heißt es auch im Interesse der preußischen Politik mit allen Kräften auf die ebenso machtvolle wie besonnene Vorbereitung zu den Reichstagswahlen hinzuwirken; von ihnen wird es zum großen Teil abhängen, ob der Ruf *Das Reichstagswahlrecht auch für den preußischen Landtag!* Erfolg haben wird.

XX

EDMUND FISCHER · DER KURS DER POLITIK IN SACHSEN



N keinem andern der deutschen Bundesstaaten hat der politische Kurs in den letzten 2 Jahren eine so starke Verschiebung erfahren wie in Sachsen. Wenn man die politischen Richtlinien in *rechts* und *links* einteilt, muß man diese Verschiebung als eine solche nach links bezeichnen. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß Sachsen nun etwa eine fortschrittlichere Politik aufweise als die anderen Bundesstaaten oder nun in liberalen oder gar demokratischen Bahnen sich bewege. Es soll vielmehr damit nur zum Ausdruck gebracht werden, daß in Sachsen bis vor wenigen Jahren eine stark reaktionäre Politik herrschte, der ein jähes Ende bereitet wurde, und daß die Politik seither in fortschrittlichere Bahnen gedrängt worden ist. Die Änderung wurde durch eine Verschiebung des Stärkeverhältnisses der Parteien im Landtag bewirkt, wie sie durch folgende Gegenüberstellung veranschaulicht wird:

Partei	Zahl der Abgeordneten im Landtag		
	1907	1909	Gewinn respektive Verlust
Konservative	46	27	— 19
Nationalliberale	31	28	— 3
Sozialdemokraten	1	25	+ 24
Freisinnige	3	8	+ 5
Reformer	1	2	+ 1
Wilde	—	1	+ 1

Die Zahl der Landtagsmitglieder ist allerdings um 9 vermehrt worden, sie beträgt jetzt 91 gegen 82 im Jahr 1907 und zuvor. Aber die Verschiebung der Parteistärke ist ganz gewaltig. Jahrzehnte hindurch hatten die Konservativen allein die Mehrheit im Landtag, und auf diese konservative Majorität stützte sich die Regierung. Die Politik Sachsens bewegte sich deshalb stets in streng konservativer Richtung. Nun aber ist die konservative Mehrheit völlig beseitigt. Die 2 *Reformer* traten zwar den Konservativen bei, der *Wilde* schloß sich dagegen den Nationalliberalen an. Die Nationalliberalen — die nun die stärkste Fraktion im Landtag bilden —, die Freisinnigen (fortschrittliche Volkspartei) und die Sozialdemokraten hatten jetzt zusammen 62 Vertreter, und dieser Mehrheit gegenüber bildeten die einstmals mächtigen Konservativen nur eine Minorität von 29 Mitgliedern. Auf die Konservativen konnte sich die Regierung nun nicht mehr stützen, und die Politik mußte daher eine andere Richtung einnehmen.

Große entscheidende Fragen standen in der letzten Session des Landtags, das

heißt in der ersten unter der neuen Zusammensetzung, nicht zur Verhandlung. Aber das ändert nichts an der großen Bedeutung der Mehrheitsbildungen der Linken. Man kann getrost sagen, daß die Arbeiten dieses Landtags den Stempel der liberal-sozialdemokratischen Mehrheit tragen. Wie der Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mitteilt, kam eine ganze Anzahl Mehrheitsbildungen der Linken unter Beteiligung der Nationalliberalen zustande. So bei der Frage der Übernahme der Pensionen für die Nadelarbeitslehrerinnen, wo Sozialdemokraten und Liberale diese Forderung gegen die Regierung und die Konservativen hochhielten und einen Erfolg erzielten. Auch bei den Anträgen für die Reform des Forst- und Feldstrafgesetzes kam eine Mehrheit der Linken gegen die Regierung zustande. »Ähnliches war auch in einigen anderen Fällen zu beobachten«, sagt der offizielle Bericht der sozialdemokratischen Fraktion. Auch die Zuziehung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion wurde von einer Mehrheit beschlossen, die aus Sozialdemokraten und Liberalen bestand, wenn auch ein kleiner Teil der Nationalliberalen mit den Konservativen dagegen stimmte. Ebenso wichtig ist es, daß in den Deputationen meistens die Sozialdemokraten und Liberalen zusammen stimmten. So kam in der Gesetzgebungsdeputation bei Beratung des Berggesetzes eine aus Nationalliberalen, Sozialdemokraten und Freisinnigen bestehende Mehrheit für die Wiederwahl der Sicherheitsmänner und die Kuvertwahl für diese zustande. Die selbe Mehrheit trat bei dem Gesetz über die höheren Mädchenschulen für die Aufrechterhaltung des Prinzips der allgemeinen Volksschule für die ersten 3 Schuljahre ein, womit ein partieller Erfolg erzielt wurde. Auch in der Petitionsdeputation kamen mehrfach auf diese Weise Anträge einer Mehrheit der Linken zustande. Daß die Nationalliberalen auch weitergehende Anträge der Sozialdemokraten ablehnten, und so gelegentlich auch eine national-liberal-konservative Mehrheit in die Erscheinung trat, ist für die Richtung, in der sich die Landtagsverhandlungen bewegten, nicht ausschlaggebend. Das geschieht gelegentlich auch in Baden und selbst in England, ohne daß man deshalb dort von einer liberal-konservativen Mehrheit reden kann. Tatsache ist es, daß im sächsischen Landtag nur 2 Mehrheitsbildungen möglich sind: eine konservativ-nationalliberale und eine liberal-sozialdemokratische, daß aber auch die Nationalliberalen sich gar nicht mehr mit den Konservativen zusammenschließen können, ohne sich selbst aufzugeben. Das Lebensinteresse der in der nationalliberalen Partei Sachsens organisierten Industriellen bedingt es, daß sie die Politik der Konservativen nicht mehr mitmachen, und daß sie fortschrittliche Tendenzen verfolgen. Die Großindustriellen bilden aber auch nur einen kleinen Teil der nationalliberalen Partei, deren Kerntuppen heute aus Intellektuellen, Lehrern, Staats- und Privatbeamten, Angehörigen freier Berufe aller Art usw. bestehen, die heute zum weitaus größten Teil Interessenverbänden angehören und, aus ihrem materiellen Interesse heraus freieren, fortschrittlicheren Anschauungen huldigen als die gleiche Schicht vor etwa 20 oder 15 Jahren. Würde die nationalliberale Partei es wagen sich ohne große Not mit der konservativen Partei zu einer geschlossenen Mehrheit im Landtag zu vereinigen, so wäre ihr Ende besiegelt. Denn der Ausfall der letzten Landtagswahl hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch die hinter den Nationalliberalen stehenden Wähler einen radikalen und dauernden Bruch mit der konservativen Politik verlangen. Andererseits ist von den Konservativen nicht zu erwarten, daß sie den Nationalliberalen solche Konzessionen machen werden, die eine feste Mehrheitsbildung ermöglichen könnten. Das

verbietet schon ihr wirtschaftliches Interesse. Was die Konservativen von den Nationalliberalen verlangen, hat der Führer der konservativen Landtagsfraktion, Geheimer Hofrat Opitz-Treuen in der *Konservativen Monatsschrift* deutlich gesagt. Er führt dort aus, daß, »wie sich die Verhältnisse nun einmal in Sachsen entwickelt haben, eine linksliberale Partei die Existenzberechtigung mehr und mehr verliert«, ja man könnte sagen, »schon jetzt nicht mehr hat«. Die Gründe hierfür liegen zum Greifen nahe:

»Was nur irgend an liberalen Forderungen Staat und Gesellschaft gegenüber erhoben werden kann, das besorgt die Sozialdemokratie. Dabei vertritt sie diese Forderungen meist noch weit geschickter als die liberalen Parteien und mit dem ganzen Gewicht einer Partei, die schon jetzt zahlenmäßig stärker ist als alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen, und die zur Verwirklichung ihrer Absichten jederzeit mit gewaltsamen Umwälzungen zu drohen gepflegt hat. Es liegt angesichts dieses Umstands auf der Hand, daß es in Sachsen zur Verwirklichung liberaler Forderungen neben der sozialdemokratischen doch wahrlich nicht noch weiterer Parteien bedarf, daß vielmehr im Gegenteil schon lange der Zeitpunkt gekommen ist, wo die staaterhaltenden Parteien sich zusammentun müssen, um einer überstürzten Entwicklung nach links entgegenzutreten.«¹⁾

Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als die Liberalen sollten auf ihre liberalen Forderungen verzichten und einer liberalen Entwicklung entgegenwirken. Mit einer andern Stellungnahme würden ja auch die Konservativen ihre eigene Existenz untergraben und ihren Interessen entgegenarbeiten. Daß aber die Nationalliberalen auf solche Forderungen nicht eingehen können, liegt auf der Hand. Ich kenne die Führer der Liberalen in Sachsen zu lange und zu gründlich, um auf deren liberale Grundsätze ein allzu großes Gewicht zu legen, um mich von ihren liberalen Beteuerungen auch nur im geringsten heirren zu lassen. Den meisten dürfte die jetzige Situation gar nicht behaglich sein, und sie mögen auch alle den geheimen Wunsch hegen wieder gemeinsam mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie vorgehen zu können. Aber alle Ereignisse der letzten 2 Jahre haben auch gezeigt, daß sie dies gar nicht zu tun vermögen, wenn sie nicht von der Bildfläche verschwinden wollen.

Jedenfalls steht augenblicklich die Tatsache fest, daß die sächsische Regierung im Landtag im wesentlichen mit einer Mehrheit rechnen muß, die sich aus Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammensetzt. Die Regierung hat dieser veränderten Situation auch teilweise Rechnung getragen, was schon durch die fortgesetzten und scharfen Angriffe der konservativen Presse gegen die sächsische Regierung bestätigt wird. Die geradezu sinnlose Wut der *Deutschen Tageszeitung*, der *Kreuzzeitung* und der konservativen Blätter in Sachsen darüber, daß die Regierung zur Vorbesprechung der geplanten Reform der Gemeindesteuergesetzgebung auch Sozialdemokraten hinzugezogen hat, läßt sich nur daraus erklären, daß die Konservativen solche an und für sich wenig bedeutungsvollen Dinge mit Recht als Erscheinungen eines völlig geänderten Kurses der Regierung ansehen. Diese hat sich durch die Angriffe aber auch nicht davon abhalten lassen auch nachher wieder bei ähnlichen Anlässen das gleiche Verfahren einzuschlagen. Und es bleibt ihr auch gar nichts anderes übrig als mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, wenn sie nicht auf einen direkten Konflikt mit der Mehrheit des Landtags und folglich mit der übergroßen Mehrheit des sächsischen Volkes hinarbeiten

¹⁾ Siehe Opitz-Treuen *Zur innern Lage im Königreich Sachsen in der Konservativen Monatsschrift*, 1911, 1. Band, pag. 477.

will. Seit dem Schluß des letzten Landtags hat auch nochmals eine kleine Verschiebung der Machtverhältnisse im Landtag stattgefunden. Die sozialdemokratische Fraktion ist auf 26 Mitglieder angeschwollen, und die konservative Minorität ist abermals geschwächt worden.

Der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags fällt in dieser Situation eine außerordentlich bedeutungsvolle und Erfolg versprechende Aufgabe zu. Ihr Einfluß ist zurzeit anerkanntermaßen ziemlich groß. Ohne ihre Mitwirkung sind die Liberalen völlig zur Ohnmacht verdammt. Aber ohne Hilfe der Liberalen können auch die Sozialdemokraten keinerlei, auch nicht die kleinste Forderung durchsetzen. Ohne ein Zusammenwirken der Liberalen und Sozialdemokraten ist also Sachsen zum Stillstand, das heißt zur Reaktion verdammt, weil Stillstand Rückgang ist.

Die Sozialdemokratie ist eine Minorität im sächsischen Landtag und kann es unter dem bestehenden Pluralwahlrecht zu keiner Majorität bringen, ja kaum zu einer wesentlich stärkern Vertretung. Die Minoritätstaktik einer kleinen, aufstrebenden Partei, die noch keinerlei direkte Erfolge erzielen kann, ist die Kritik, die Negation, wodurch ihr nicht nur immer neue Anhänger zugeführt werden sondern auch die Mehrheit gezwungen wird — will sie nicht ihre Wähler verlieren — der Kritik bis zu einem gewissen Grad Rechnung zu tragen. Auf diese Art kann auch eine kleine Partei positive Erfolge erzielen. Diese Phase der Entwicklung hat die Sozialdemokratie aber ganz besonders in Sachsen längst überschritten. Sie ist keine kleine Partei mehr sondern die stärkste aller Parteien. Ihre Kritik allein gibt ihr keine Werbekraft mehr, die Wähler und Anhänger wollen greifbare Erfolge sehen. Nichts als Kritik stumpft auf die Dauer ab und bleibt wirkungslos, vor allem auch in einem Parlament, das gar nicht zu befürchten hat, daß die kritisierende Partei eine Mehrheit werden oder auch nur eine wesentlich stärkere Vertretung erlangen könnte. Würde sich die sozialdemokratische Fraktion im sächsischen Landtag auf den Isolierschemel setzen und von hier aus nur unentwegte Pfeile der Kritik nach der Regierung und den gegnerischen Parteien schleudern, sie würde sehr bald der Lächerlichkeit verfallen, weil sie sich selbst lahmgelegt hätte. Sie würde damit aber auch jeden Fortschritt aufhalten und somit den Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenwirken. Denn jedes Stückchen Fortschritt ist ein Schritt näher dem Ziel, und der Fortschritt wird stets und überall nur stückweise erzielt. Die jetzige sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat in der letzten Session auch keineswegs eine intransigente Haltung eingenommen, sie hat im Gegenteil viel häufiger und enger mit den liberalen Parteien zusammengearbeitet als dies außerhalb Sachsens wahrgenommen worden ist. Dieses Zusammenarbeiten machte den Eindruck eines stillen Kompromisses und war es auch. Ganz selbstverständlich sogar. Ohne daß irgendwelche Abmachungen getroffen wurden, kam der *Kompromiß* in der Regel zustande; denn ohne Kompromisse können Parlamentsfraktionen, die nicht allein eine Mehrheit darstellen, einmal nichts erreichen. Die Reichstagsfraktion hat dies im letzten Winter von neuem erfahren, und sie hat dann — bei der Schaffung der Verfassung für Elsaß-Lothringen — den sozialdemokratischen Fraktionen der Einzellandtage die Wege zum praktischen Erfolg gezeigt: Sie hat offiziell mit der Regierung und den Mehrheitsparteien verhandelt — und auch gehandelt —, sie hat einen *Kompromiß* geschlossen, um für Elsaß-Lothringen das allgemeine und gleiche

Wahlrecht zu erreichen. So wird die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktionen in allen Landtagen sein müssen, in denen sie für Mehrheitsbildungen in Betracht kommen, ganz besonders aber in Sachsen, wo die Fraktion eine ausschlaggebende Stellung erreicht hat.

Der sächsische Landtag wird sich im nächsten Winter mit der bedeutungsvollen Schulreform und der Reform der Gemeindesteuergesetze zu beschäftigen haben. Dringend notwendig ist auch eine Reform der Städte- und Landgemeindeordnung geworden. Bei allen diesen Gesetzen und Fragen bewegen sich die Anschauungen und Interessen der Liberalen und Konservativen in entgegengesetzten Richtungen. Soll aber etwas Brauchbares, soll ein Fortschritt auf diesen so wichtigen Gebieten zustande kommen, so ist ein Zusammenarbeiten von Liberalen und Sozialdemokraten geboten. Die Tagung des Landtags wird allerdings möglicherweise mit einem Konflikt zwischen den Sozialdemokraten und Liberalen beginnen: zur Freude der Konservativen. Mit Recht verlangen die Sozialdemokraten wieder die Stelle eines Vizepräsidenten, die die Nationalliberalen nur unter der Bedingung gewähren wollen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Präsidiums der durch § 117 der Verfassung vorgeschriebenen Eröffnung des Landtags im Schloß beiwohnen. Wenn nun die Nationalliberalen diesmal wieder auf dieser Bedingung bestehen, werden voraussichtlich, was bereits wiederholt angekündigt worden ist, die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht für den liberalen Präsidenten stimmen, wodurch dieser nur mit einer winzigen Mehrheit gewählt werden könnte. Aber dieser Gegensatz ist ja der allergeringste, der zwischen der nationalliberalen Partei und der Sozialdemokratie besteht und so bedeutungslos, daß er kein Hindernis des parlamentarischen Zusammenarbeitens bilden kann. Dagegen ist es unverständlich, wie die sozialdemokratische Fraktion auf die wichtige Vertretung im Präsidium deshalb verzichten kann, bloß weil ihre Mitglieder des Präsidiums der Eröffnung des Landtags im Schloß beiwohnen sollen. Ein Landtag kann selbstverständlich nicht eröffnet werden, wenn nicht einmal das Präsidium vertreten ist. Wenn die Sozialdemokraten zu der Eröffnung des Landtags gingen, wie die Verfassung vorschreibt, würden sie aber auch noch keineswegs *zu Hofe* gehen sondern zur Parlaments-eröffnung. Und sie verstoßen dann so wenig gegen ihre sozialdemokratischen Grundsätze wie durch die Leistung des Verfassungseids, durch den sie dem König Treue schwören. Übrigens sind auch die sozialdemokratischen Abgeordneten in Württemberg bei der Eröffnung des Landtags im Schloß gewesen, ohne daß ihre Gesinnung oder der Charakter der Partei dadurch Schaden gelitten haben.

In Sachsen könnte die Sozialdemokratie durch Teilnahme am Präsidium zweifellos an Einfluß gewinnen. Aber auch ohne das kann sie selbstverständlich durch eine Mehrheitsbildung mit den Liberalen die gestürzte konservative Macht völlig zertrümmern, eine fortschrittlichere freiere Gesetzgebung als die bisherige erzielen und den politischen Kurs immer mehr nach links drängen. Die sächsischen Liberalen sind natürlich keine Demokraten, und nichts ist bei ihnen so zuverlässig wie ihre Unzuverlässigkeit. Aber das ist bei den Nationalliberalen in Baden auch nicht anders. Es handelt sich für die Sozialdemokratie auch meistens nur darum stets solche Situationen zu schaffen, in denen die Liberalen beweisen müssen, daß sie es mit ihren Versprechungen und Forderungen ernst meinen, die Liberalen also vor die Notwendigkeit zu stellen

für ihre eigenen Forderungen, die Verwirklichung ihrer Grundsätze auch dann zu stimmen, wenn sich dafür im Landtag eine Mehrheit findet. Auf diese Weise drängen sie die Liberalen nach vorwärts und zwingen sie auch für eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Forderungen zu stimmen, die sie ihren Wählern gegenüber gar nicht verwerfen dürfen. Für eine solche Politik ist in Sachsen der Boden geebnet. Was mit ihr erreicht werden kann, hat die letzte Landtagssession erkennen lassen, das zeigt ferner auch die politische Entwicklung Sachsens in der jüngsten Zeit. Für die Sozialdemokratie und ihre Ziele können daraus nur Vorteile erwachsen.

XX

FRIEDRICH LESCHE · DER KURS DER POLITIK IN DEN HANSESTÄDTEN



REPUBLIKEN wie Hamburg, Lübeck und Bremen zeigen deutlicher noch als Monarchien, daß die über den Parteien schwebende Staatsgewalt nur eine Fiktion ist. In diesen Stadtstaaten herrscht offensichtlich der Besitz, auf Grund von Privilegien, die ihm in den Staatsgrundgesetzen verliehen sind. Die Masse der weniger Besitzenden und Besitzlosen darf nur durch eine von vornherein kontingentierte Zahl von Vertretern mitraten, aber keinen entscheidenden Einfluß ausüben. Gleichwohl kommt der Anwesenheit der Sozialdemokratie in den Parlamenten der Hansestädte eine erhebliche Bedeutung zu: Schon die Furcht vor deren Kritik wirkt befruchtend auf die Erledigung der Staatsgeschäfte, auch hat sie schon manche reaktionäre Maßnahme hintangehalten.

In der Hamburger Bürgerschaft herrscht seit der Wahlrechtsänderung vom Jahr 1906 der Block der 3 alten Fraktionen: der Rechten, des linken Zentrums und der Linken. Scharfe politische Grenzlinien zwischen ihnen gibt es überhaupt nicht, und nur sehr selten treten die divergierenden Interessen der Alliierten in die Erscheinung, so daß man mit Recht von einer Beherrschung der Bürgerschaft durch die (durch den Wahlrechtsumsturz mit einander verbundenen) alten Fraktionen sprechen kann. Außerhalb dieses Blocks stehen die sogenannten *Vereinigten Liberalen*, die sich aus dissentierenden Mitgliedern jener Fraktionen bei Gelegenheit der Wahlrechtsverschlechterung bildeten. Sie stehen politisch auf dem Boden der fortschrittlichen Volkspartei. In sozialpolitischen Angelegenheiten sind sie ziemlich fortgeschritten, weshalb sie auch nicht selten als *Schrittmacher der Sozialdemokratie* bezeichnet werden. Bei den Wahlen nach jener Wahlrechtsänderung haben sie recht gut abgeschnitten: sie verfügen über 29 von 160 Sitzen. Obgleich sie es für nötig halten von Zeit zu Zeit zu betonen, daß auch sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, stellt sie doch die Praxis der Politik meistens an die Seite der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat von den 160 Sitzen nur 20 inne.

An eine wesentliche Verschiebung in der Zusammensetzung der Bürgerschaft ist nicht zu denken: Das geltende Wahlrecht schließt sie aus. Hamburg hat jetzt ein mit einem Proportionalwahlsystem kombiniertes Klassenwahlrecht, das in seinen Wirkungen durchaus plutokratisch ist. Von den 152 Mandaten der Stadt Hamburg — 8 entfallen auf die Landbezirke — gehören 128 den Wählern der 1. Klasse (Wähler, die in den letzten 3 Jahren vor der Wahlrechtsänderung durchschnittlich über 2500 Mark Einkommen versteuert haben)

und 24 den Wählern der 2. Klasse (die damals 2500 Mark und darunter versteuerten). Die minderbemittelten zwei Drittel aller Bürger haben also ungefähr den fünften Teil des Einflusses, den das eine Drittel der Bessergestellten zugesichert bekommen hat. Bei den Wahlen zu den Behörden — die, von einigen Ausnahmen abgesehen, aus Deputierten des Senats und der Bürgerschaft gebildet werden — werden die Sozialdemokraten grundsätzlich ausgeschlossen. Es ist klar, daß die Bevölkerung sich bei diesem Zustand nicht beruhigen kann. Die Frage der Änderung des Wahlrechts bleibt daher dauernd Gegenstand von Verhandlungen.

Seit November vorigen Jahres hat auch Hamburg seine *Finanzreform*. Auf Antrag des Senats wurde seinerzeit aus 6 Mitgliedern des Senats und 13 Mitgliedern der Bürgerschaft eine *Steuererfindungskommission* gebildet. Die hamburgischen Finanzen, an sich gesund, haben in den letzten Jahrzehnten eine gewaltige Steigerung erfahren. Die Ausgaben stiegen von 65,3 Millionen im Jahr 1893 auf 140,6 Millionen im Jahr 1909, und für 1911 schließt das Budget nach dem Voranschlag in Einnahme und Ausgabe mit 161,8 Millionen im ordentlichen Etat ab, wozu noch 53 Millionen im außerordentlichen Etat kommen. Es rächt sich jetzt, daß früher zu sehr gespart wurde. Hamburg war mit seinen Verkehrsverhältnissen und der so notwendigen Sanierung der innern Stadt arg in Rückstand geraten. Statt nun dem Defizit mit einer geringen Erhöhung der Einkommensteuer und der Einführung einer Vermögenssteuer, die Hamburg noch nicht hat, zu begegnen, schickte man die oben erwähnte Kommission auf die Steuersuche. Anfang April kam sie mit ihren Vorschlägen: Danach sollten durch Zuschläge zur Erbschaftssteuer 700 000 Mark einkommen, durch Besteuerung der Konsumvereine 150 000, durch Erhöhung diverser Stempelsteuern 380 000, durch Erhöhung der Gerichtskosten 800 000, der Baupolizeigebühren 280 000, des Wassergeldes 1 200 000, durch Überweisung der Zinsen des Reservefonds der Feuerkasse 540 000, durch eine Lustbarkeitssteuer 1 100 000, durch Erhöhung der Kaigebühren 1 250 000 und des Tonnengeldes 600 000, zusammen 7 Millionen Mark. Die Konsumvereinssteuer wurde in der Form einer Umsatzsteuer trotz heftigster Gegenwehr schließlich mit 13 Stimmen Mehrheit beschlossen; die Erhöhung des Wassergeldes wurde abgelehnt, die Frage der Lustbarkeitssteuer sowie der Erhöhung der Kaigebühren und des Tonnengeldes einem Ausschuß überwiesen; alle übrigen Vorschläge wurden akzeptiert. Da das Gesamtergebnis indessen bisher statt der 7 Millionen nur 2,8 beträgt, wird auch der von der Sozialdemokratie und den *Vereinigten Liberalen* gestellte Antrag auf Einführung einer Vermögenssteuer beraten werden müssen. Bezeichnend ist die Annahme der Konsumvereinssteuer, die sich als eine Bestrafung der Organisation der Warenverteilung darstellt, und auf der andern Seite der Widerstand gegen die Erhöhung der Kaigebühren und des Tonnengeldes. An dieser Erhöhung hielt neben dem Senat nur noch die Sozialdemokratie fest. Auch die *Vereinigten Liberalen* stellten in diesem Fall die steuerpolitische und soziale Gerechtigkeit zurück. Sie meinten dabei dem Prinzip der Verkehrsfreiheit ihre Reverenz machen zu müssen. Sie übersehen dabei ganz, daß es sich bei der Erhöhung dieser Gebühren lediglich darum handelt eine angemessene Verzinsung und Amortisation des vom Staat für die Herstellung der Hafenanlagen hergegebenen Kapitals herbeizuführen, und daß das Verfechten des Prinzips der Verkehrsfreiheit hier nur einer Subventionierung der reichen in- und ausländischen Kaufmannschaft gleichkommt; denn bei der ver-

hältnismäßig geringen Erhöhung dieser Gebühren würde deren Abwälzung kaum möglich sein. Die logische Konsequenz der Auffassung der Mehrheit wäre schließlich die Beseitigung jeder Gebühr.

In seinen Verkehrsverhältnissen leidet Hamburg unter dem mangelhaften Ausbau des Straßenbahnnetzes, wengleich demnächst durch Fertigstellung des Elbtunnels und der Hochbahn mancher Mangel gehoben sein dürfte. Die Überlassung des Straßenbahnverkehrs an eine Privatgesellschaft war ein schwerer Fehler, da diese neue Linien nur dann eröffnet, wenn sie an sich rentabel sind. Das dringende kommunalpolitische Bedürfnis nach der Eröffnung neuer Linien will die Gesellschaft aber nur befriedigen, wenn ihr die Konzession, die im Jahr 1922 abläuft, bis 1937 verlängert wird. Da die Mehrheit der Bürgerschaft der Verstaatlichung des Verkehrs abhold ist, so wird die Pressuren der Gesellschaft wohl auch Erfolg haben. Auf dem Gebiet des Schulwesens spielt nach wie vor die Frage der Abschaffung der Vorschulen eine bedeutende Rolle. Bis jetzt hat der Senat sie immer verhindert. Ob er diesmal dem Beschluß der Bürgerschaft zustimmt, ist fraglich. Dem Verlangen der Sozialdemokratie, die mit Rücksicht auf die Entwicklung des Volksschulwesens einen Sitz in der Oberschulbehörde forderte, wurde nicht entsprochen. Besonders schlimm steht es mit der hamburgischen Sozialpolitik. Auf diesem Gebiet wird Hamburg von keinem andern Bundesstaat an Rückständigkeit übertroffen. Der Einfluß der *Arbeitgeberzeitung*, die ja hier herausgegeben wird, macht sich in geradezu verhängnisvoller Weise bemerkbar. Nur widerwillig findet man sich mit den Fortschritten der Reichsgesetzgebung ab. Von einem eigenen Vorgehen ist nirgends die Rede. Anträge der Sozialdemokratie auf Errichtung einer Arbeiterkammer, einer staatlichen Rechtsauskunftsstelle, auf Einführung der Arbeitslosenversicherung, der Lohnklausel bei Ausschreibung von Submissionen usw. wurden abgelehnt, oder man verwies auf den Weg der privaten Initiative, so in der Frage der Rechtsauskunftserteilung und des paritätischen Arbeitsnachweises. Allerdings hat man vor kurzem doch schließlich die Arbeitsnachweisangelegenheit einem bürgerschaftlichen Ausschuß zur Beratung überwiesen. Diesen Ausschuß beschäftigen auch Anträge der *Vereinigten Liberalen* und der Sozialdemokraten auf Herabsetzung der Stellenvermittlergebühren, die, entgegen dem Sinn des Reichsgesetzes, im Interesse der mittelständischen Stellenvermittler von der Polizeibehörde geradezu exorbitant hoch festgesetzt sind. Gerade dieses Beispiel zeigt die Sozialpolitik Hamburgs in charakteristischem Licht.

Was im vorstehenden über den Kurs der Politik in Hamburg gesagt ist, gilt im wesentlichen auch für die beiden Schwesterstädte Bremen und Lübeck. Auch in diesen beiden Republiken besteht ein Klassenwahlrecht. Die Bremer Bürgerschaft besteht aus 14 Vertretern der 1. Klasse (Gelehrte), 40 Vertretern der 2. Klasse (Kaufmannskonvent), 20 Vertretern der 3. Klasse (Gewerbekonvent), 52 Vertretern der 4. Klasse (sonstige Bürger Bremens), 4 Vertretern der 5. Klasse (Vege sack), 8 Vertretern der 6. Klasse (Bremerhaven), 8 Vertretern der 7. Klasse (Großlandwirte) und 4 Vertretern der 8. Klasse (sonstiges Landgebiet). Die Bezirkseinteilung führt dann dazu, daß der Kaufmannschaft und der Großindustrie die meisten von den 52 Sitzen der 4. Klasse zufallen, so daß ihre Herrschaft unantastbar ist. Verschiedene Versuche dieses aus dem Jahr 1854 stammende Wahlrecht zu modernisieren sind gescheitert. Seit 1908 sitzt

eine Kommission und berät über einen von linksliberaler Seite eingebrachten Antrag in Zukunft 50 Vertreter aus privilegierten Wahlen und 100 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen. Ob dabei etwas herauskommt, ist noch sehr zweifelhaft. In L ü b e c k werden von zirka 2000 Bürgern 1. Klasse 105 Vertreter, von zirka 8000 Bürgern 2. Klasse 15 Vertreter gewählt. Die von den 12 sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitgliedern wiederholt gestellten Anträge auf Abänderung dieses Klassenwahlrechts wurden abgewiesen. Bei der Einbringung und Vertretung sozialpolitischer Anträge machten die sozialdemokratischen Bürgerschaftsvertreter dort die gleiche Erfahrung wie in Hamburg: Neben kleinen Erfolgen meistens grundsätzliche Abweisung. Aber in Lübeck sowohl wie in Bremen wächst der Unmut, und nicht nur in der Arbeiterschaft sondern auch unter den Kleinbürgern. Diese Stimmung wird auch in den Reichstagswahlen ihren Niederschlag finden.

Bei den Reichstagswahlen hat man in allen drei Hansestädten mit einer erheblichen Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu rechnen. Die Frage einer Wahlkoalition scheidet für unsere Partei automatisch aus, wo sie allein schon in der Mehrheit ist. Doch haben auch die Sozialdemokraten der Hansestädte natürlich ein lebhaftes Interesse nicht nur an dem Wachstum der eigenen Partei sondern auch an der Zusammensetzung des Reichstags überhaupt. Und dies nicht nur als Angehörige des Reichs sondern auch als Bürger der Hansestädte. Denn eine Änderung des Kurses der Reichspolitik kann selbstverständlich nicht ohne bedeutenden Einfluß auch auf den Kurs der Politik in den drei Stadtrepubliken selber bleiben.

XX

KARL LEUTHNER · DER ZWANG ZUM POSITIVEN



IN seiner dogmatisch-abstrakten Form ist der Radikalismus eine statistische Illusion. Er will die gedanklichen Voraussetzungen der historischen Ausnahmiszustände, der Revolutionen, in Regeln des alltäglichen Handelns umsetzen und bezieht sich zugleich auf das Recht der Massen. Allein die Revolutionen waren bisher stets das Werk von Minderheiten, und gerade die erfolgreichsten waren es am meisten. Wie die Despotieen in der Regel leichten Überbau über den tragenden Gesellschaftsfundamenten darstellen, so fegt der Sturm der Staatsumwälzungen über die unbewegten Tiefen der Volkheit hin. Trotzdem spricht die Revolution im Namen der Mehrheit und glaubt sich eins mit dem Willen der Nation. Ihr Pathos ist das der befreiten, der Selbstbestimmung zurückgegebenen Volkssouveränität: das des Absolutismus entspringt den historischen Rechten. In Wahrheit ist in den Diskussionen beider die Volksmasse der große Unbekannte, das dunkle geheimnisvolle Etwas. Wenn dann auch die überlieferten Gewalten es lernen auf die Nation ihre Rechte zu beziehen, reden beide vielfach von ihr wie die Priester kriegsführender Völker von dem einen siebringenden Gott, der doch jedem der Streitenden der vaterländische Gott sein soll. In der Realität hat die erfolgreiche Revolution einen beschränkten Schauplatz und bestimmte, unter außerordentlichen Umständen vollzogene Ereignisse zur Voraussetzung. Als Eroberin der öffentlichen Gewalt beherrscht sie später den Staat nicht mit ihren eigenen Kräften sondern mit dessen ihr zugefallenen Autorität und seinem Machtapparat. Das galt bis 1848 und gilt von der türkischen und der portugiesischen Revolution.

Man hat wiederholt als den entscheidenden Unterschied der russischen Revolution gegen die älteren Revolutionen hervorgehoben, daß die Eisenbahnen die Hauptstadt, deren Größe sie so sehr steigern, zugleich politisch dekapitalisiert haben. Es bedeutet nichts mehr auf den Hauptplätzen der Residenz die Oberhand zu gewinnen, man muß sie über die ganze Fläche des Reichs erlangen. Im modernen Staat vollzieht sich aber eine zweite weit wichtigere Umgestaltung. Die mystische Größe des Volks wird rationalisiert, wird in Zahlen ausdrückbar, in Zahlen bestimmbar. Das Parlament nimmt bei jeder Wahl gewissermaßen eine Statistik der Gesinnungen vor, die, so roh ihre Ergebnisse sind, in den allgemeinen Umrissen ein richtiges Bild bietet. Im Namen des Volkes sprechen ist jetzt nur noch eine rhetorische Hyperbel oder vielmehr eine Überlieferung, kraft deren jede Partei die Rechte des Ganzen usurpiert. In Wirklichkeit sind jedoch diese Parteien, die Volksteile, die gestaltenden Kräfte des politischen Lebens. Sie bezeichnen eine ständige Aktivität des Volkswillens, aber zugleich dessen Spaltung und die Grenze, an der jede besondere Gedankenströmung zum Stillstand kommt. In außerordentlichen Situationen und Zeitläuften können wohl bestimmte Ideen und Forderungen weite Gebiete des Volkslebens über die Parteischranken hinaus überfluten: Die Nähe von Kriegsgefahren, eine jähe Teuerung zum Beispiel schaffen Stimmungen, die mehrere Parteien zugleich oder große Teile ihrer in den Dienst nehmen. Nach kurzem jedoch ebbt die Erregungen ab, und die Wasser kehren in ihre Flußläufe zurück. Die Revolution als Überrumpelung, als jäher siegreicher Ausbruch wird bei allgemeinem Wahlrecht nahezu eine Unmöglichkeit. Sie findet stets eine organisierte Abwehr der anders gestimmten Volksteile. Und wenn es ihr selbst gelänge durch den Zwang der Streiks die organisierte Gewalt des Heeres zu überwinden, so fehlt ihr die Illusion des Rechts, die nur die freiwillige Zustimmung einer großen Mehrheit (oder deren Schein) zu geben vermag. Das allgemeine Wahlrecht wird bald die Übereilungen des revolutionären Sieges ausgleichen, wie es andererseits das Heer, mag es auch formal in der Hand eines liegen und die physische Gewalt der Gesellschaft ausschließlich verkörpern, aus dem Fortgang der innern Entwicklung nahezu ausgeschaltet hat. Letzten Endes muß sich alles, was in der Politik Gestaltung gewinnen will, an dem in den Parlamenten repräsentierten Volkswillen legitimieren, mag die Form dieser Legitimation in Staaten mit starker Königsgewalt auch recht mittelbar und vermittelt sein.

Wennschon nicht als Tatsache, so doch als Idee, als höchster rangbestimmender Wert ist die Volkssouveränität das Allgemeinherrschende. Denn sowohl die nationalen wie die sozialen Gedankensysteme münden in ihr. Vor das Forum der Nation ruft den Kaiser der Alldente, ruft den Staat die Sozialdemokratie, und selbst die kirchlichen Gewalten rekurrieren an das *Volk*. Das gibt nun aber den um die Staatsgewalt ringenden Mächten eine ganz bestimmte Richtung des Handelns und Denkens. Der Gegensatz zwischen den Parteigrenzen und den Grenzen der Nation muß in der Hoffnung irgendwie überbrückt werden. Der deutschen Sozialdemokratie der neunziger Jahre war der Weg ihrer Erwartungen das rasche Wachsen der Wählerzahlen. Es bildete sich eine (seither verschwundene) Ideologie heraus, die in einem Zahlenexempel das Geheimnis der künftigen Entwicklungen löste. Und diese Ideologie hatte ihre Grundlage in den Tatsachen der raschen Volksvermehrung, der stürmischen Industrialisierung Deutschlands. Der Tag schien errechenbar, an dem das Proletariat die Mehrheit bildete. Das war dann der Tag der Erfüllung. Ihn abzuwarten schien

vernünftig und schien nichts von chiliastischer Gedankenabirrung an sich zu haben. Denn er lag in erreichbarer Nähe. Und war das Ganze nahe, wozu dann Kompromisse? Umgekehrt mußte der Umstand, daß in dem stagnierenden Frankreich das Proletariat für immer zur Minderheit verurteilt ist, einen schwankenden Dualismus der Taktik hervorrufen. Der Syndikalismus sucht durch den Sieg gewaltsamer Minderheiten den Tatsachen der Entwicklung Trotz zu bieten; die parlamentarische Politik des Proletariats neigt zur Blockbildung, sie sucht für bestimmte Lebensziele des Proletariats den kleinbürgerlichen Radikalismus als Hilfstruppe zu werben.

Allein das konstitutionelle Regime erzeugt Denkgewohnheiten, denen niemand, weder der Konservativste noch der Radikalste, sich zu entziehen vermag. Die Teilnahme an der Gesetzgebung — auch die kritisierende und opponierende — erzieht zu gesetzlichem Sinn und bringt die realen Gewalten des Staatslebens zur unmittelbaren Anschauung. Keine parlamentarisch wirkende Partei wird zum Königtum, zur Armee, zur Regierung, zur Verwaltung eine rein regierende Haltung einnehmen und die wechselnden Möglichkeiten übersehen, die sich aus der veränderten Haltung dieser Gewalten und ihrer Träger ergeben. Wichtiger ist noch eine andere Folge des Parlamentarismus, weil sie den innern Aufbau der Parteien betrifft. Parlamentarische Parteien wachsen nicht mehr bloß durch die reine Ideenpropaganda, sie üben durch ihre Wahlagitation, durch ihre Tagespolitik im Parlament Anziehungen aus, die fern- und oft sehr fernstehende Menschen erreifen. An den festen Kern ihrer Anhänger hängt sich der zahlenschimmernde Kometenschweif ihrer Wähler. Ehe das Volk Partei wird, wird die Partei Volk. Sie vertritt nicht mehr bloß eine innige Gedanken-gemeinschaft, sie vertritt darüber hinaus Gruppen, Schichten, die eingesenkt in ihre nächsten Interessen von keinem Schwung der Idee über die Sorge des Morgen hinausgehoben sind. Daraus entspringt der Zwang stetiger paktischer Arbeit, wie andererseits aus der parlamentarischen Tätigkeit die Gepflogenheit hervorgeht die staatlichen Dinge in einer ununterbrochenen allmählichen Entfaltung aus dem Detail werden zu sehen.

Und wiederum ist dem Parlamentarismus eigentümlich die Größe seiner Wirkungen und seines Wirkungskreises hochzuschätzen, ja zu überschätzen. Dem richtigen Parlamentarier, der richtigen parlamentarischen Partei werten sich alle staatlichen und beinahe auch alle sozialen Möglichkeiten in parlamentarische um. Der Parlamentsdespotismus, die Parlamentsvielregiererei und deren subjektive Seite: der Parlamentskretinismus, sind bloß Verzerrungen eines allgemeinen parlamentarischen Ideals. In Deutschland standen der Ausprägung dieser Denkformen die überragende Macht der in Bismarck verkörperten Regierung und das persönliche Regime als Erbe der Bismarckschen Diktatur entgegen. Man konnte von Halbkonstitutionalismus sprechen und an Kämpfe um das Parlament, an die Verlegung der Entscheidungen außerhalb des Parlaments denken. Manchen erschien der Reichstag wie ein gemalter Vorhang, hinter dem sich verborgen das Spiel und Gegenspiel der wirklichen Kräfte vollzog. Damit ist es nun längst vorbei. Das persönliche Regime geschwächt, seiner Autorität entkleidet, in der innern Politik völlig durch parteipolitisch ausgeprägte Willensrichtungen bedingt, die Regierungen ohne lebendige Initiative: sie bilden Formen, deren Inhalt sich täglich mehr entleert. Der überlebende Schein der *starken Regierung* erzeugt einen anarchieähnlichen Zustand in der

Reichsleitung, wobei unter mühsamem Ringen und unter schweren parlamentarischen Niederlagen der leitenden Staatsmänner die Entscheidungen über die Gesamtrichtung der Reichspolitik wie über die Gestaltung der Gesetze im Sinn der parlamentarischen Mehrheit fallen, die — und für Preußen gilt das erst recht — um so machtvoller hervortritt als sie keine von der Regierung gedeckte sondern eine autonome Parteigewalt darstellt. Die Schicksale der Finanzreform und der Wahlrechtsvorlage, nicht minder der elsäß-lothringischen Verfassung haben diese Tatsache mit greifbarer Plastik herausgearbeitet. Es kann kein Zweifel mehr sein: Der große Kampfboden der deutschen Schicksale sind die Parlamente, ist das Wahlschlachtfeld, ist die Presse: die Presse, die im Augenblick wie in Frankreich und England die auswärtige Politik unter ihre Kontrolle setzt.

Diese Verschiebung der Machtgewichte zugunsten der volkstümlichen Gewalten — ob sie nun reaktionär oder revolutionär gerichtet sind, ist für das Prinzip gleichgültig — nötigt den Begriff der *positiven Politik* zu revidieren. Positiv war ja die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in den Parlamenten seit jeher; jedes Gesetz trägt die Spuren ihrer Mitarbeit. Die starre Enthaltsamkeit von allem Opportunismus konnte sich bloß in der Theorie behaupten. Allein das Korrigieren, Bekämpfen und Unterstützen von Fall zu Fall, wobei alle Initiative den anderen zufällt, ist bloß möglich (und dann oft die einzige Möglichkeit), solange dem Parlament eine wirklich regierende Bürokratie gegenübersteht. Für eine radikal oppositionelle Partei ergibt sich dabei agitatorisch eine ganz einzig günstige Position. Die sich landesväterlich gebärdende Regierung muß auch den Reformwünschen entgegenkommen. Sie sucht zum Beispiel die soziale und wirtschaftliche Reform in eigener Regie zu betreiben, um immer das Zentrum der großen Antriebe zu bleiben. Im großen ganzen kommt sie, oft sogar nicht einmal zögernder und unvollständiger als parlamentarische Regierungen, den sozialpolitischen Wünschen und Bedürfnissen der breiten Massen entgegen. Und sie setzt zugleich, wie etwa Bismarck, durch ihre Autorität ihre Entwürfe auch gesetzgeberisch durch. Da indes alles Geleistete in jedem Fall ein vielfach Unbefriedigendes, Unzufriedenheit Erregendes wird, trägt sie die ganze Verantwortung, und die Sozialdemokratie hat die dankbare Rolle des Kritikers, dem auch manche Verbesserung gelingen mag, der aber vor den Massen das Werk nicht in seinen Unvollkommenheiten zu vertreten braucht. Doch die Bismarckschen, den oppositionellen Parteien so günstigen Traditionen gehen dahin. Immer fühlbarer bestimmt die wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung nicht geheimrätliche Initiative sondern der Wille der koalitierten Wirtschaftsinteressenten und der Parteien. Wird aber auch die Gesamtgestalt der Gesetzgebung, ihr Grundriß und Aufbau auf dem Boden des Parlaments und der Volksgewalten geformt und gebildet, dann genügen Kontrolle, Kritik und Korrektur nicht mehr, dann muß der Initiative die Gegeninitiative entgegengesetzt werden, dann nähert sich die Zeit, in der wir zum Beispiel in Osterreich längst stehen: daß alles, was etwa zugunsten der Arbeiter geschehen könnte, unter der Mitverantwortung der Sozialdemokratie geschehen muß. Denn eine regierende, alles ausführende Mehrheit fehlt da wie dort. So ist ja schon das elsässische Verfassungsgesetz zum wesentlichen Teil ein Werk der Sozialdemokratie und steht auf ihrem Konto. Und das ist nun eine Anordnung der Dinge, wo jede Partei die Pflicht hat planvoll,

dauernd, ununterbrochen an der Herausgestaltung des parlamentarischen Gesamtwillens zu arbeiten. Dreht sich alles darum den *blauschwarzen Block* zu stürzen, so muß sich auch alles darum drehen eine Gegenmacht auf parlamentarischem Boden zu errichten, da niemand wünschen kann, es möchte sich der Schwerpunkt des politischen Lebens außerhalb des Parlaments verlegen.

In welcher Form der Wahlhilfe und Zusammenarbeit die oppositionellen Parteien sich finden, mag eine Frage der Umstände sein. Doch unmöglich wird und bleibt in einem zur Kraft erwachsenden Parlament die Politik der Isolierung, wieviel agitatorische Vorzüge ihr auch sonst anhaften. Unmöglich: sofern nämlich das Gegenteil möglich ist, sofern es in einem Parlament — im Gegensatz zu Österreich — politisch bestimmt geformte Parteien gibt, befestigt und berechenbar in der Art und Tendenz ihres Handelns. Übrigens liegen in Deutschland die Bedingungen für eine positive Politik schon deshalb besonders günstig, weil die Massen dort vor ihren unleugbaren Gefahren am besten behütet sind. Die Politik der Zurückhaltung, der Kritik, des Hinausblickens nach fernen Zielen hatte den erzieherischen Wert, daß sie die Massen nicht mit allen Gefühlen, mit einem Übermaß von Hoffnung und Verzweiflung in jedem Augenblicksereignis, in jeder Augenblicksaktion untertauchen ließ. Sie besitzen jetzt die große Kunst des Wartens und Ausdauerens. Wenn dagegen, wie in Österreich, besondere Ursachen, wie das Fehlen jedes Wahlrechts, die Nötigung auferlegte stets nach dem einen nächsten Ziel alle Kraft, alle Erwartungen, alle Wünsche zu tragen, und alle Agitation sich jederzeit anregend und aufregend in der rhetorischen Vergrößerung der Wichtigkeit des jeweils Erreichbaren bewegen mußte: so wird die Elastizität und Schlagfertigkeit zwar außerordentlich herausgebildet, aber leider auch eine Überschätzung der eigenen Kraft und der Bedeutung des Moments und ein Illusionismus, der nicht gern mit entgegenstehenden Tatsachen rechnet, der bei zurzeit unüberwindlichen Hindernissen, statt sich mit Geduld zu wappnen und in der Geduld die Spannkraft aufzuspeichern, nach Schuld und Schuldigen sucht, der Enttäuschung und dem Hang zur Anklage verfällt. Alles Licht hat seine Schatten.

XX

WILHELM KOLB · EIN WORT ZU DEN REICHSTAGSWAHLEN



OM allgemein politischen wie vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus betrachtet sind die nächsten Reichstagswahlen von ungewöhnlich großer Bedeutung. In den breitesten Schichten des Volkes herrscht eine Unzufriedenheit wie kaum je zuvor. In den regierenden Kreisen gibt man sich über diese Wahlstimmung auch keinen Zweifeln hin, und man rechnet sehr ernstlich mit einer wesentlichen Änderung in der politischen Zusammensetzung des Reichstags. Seit den letzten Reichstagswahlen, wo Fürst Bülow den Versuch unternahm mit dem Block von Heydebrand bis Payer das Zentrum aus seiner dominierenden Position zu verdrängen, hat sich mancherlei ereignet, das bei der Wahlagitation in Rechnung gestellt werden muß. Der Bülowblock ist tot und begraben; an seine Stelle ist der Block des Zentrums mit den Konservativen getreten.

Als Fürst Bülow von einer, allerdings merkwürdig bunt zusammengesetzten parlamentarischen Mehrheit seine Existenz als Reichskanzler abhängig machte,

betrat er den Boden, der zur parlamentarischen Regierungsform führt. Die Mehrheit, die eine Zeitlang zusammenhielt und auch manches schuf, mußte schließlich an ihrer wirtschaftlichen Heterogenität zugrunde gehen. Es hieß aber dem Fürsten Bülow Unrecht tun, wollte man ihn allein für dieses Mißlingen seines Versuchs verantwortlich machen. Solange nicht auch eine nach links gerichtete natürliche Konstellation der Parteien gegen Zentrum und Konservative möglich ist, wird und muß jede Absicht das Zentrum aus seiner jede politische Situation beherrschenden Stellung herauszudrängen notwendigerweise scheitern. Die ausschlaggebende Stellung des Zentrums beruht einzig und allein auf der Tatsache, daß die schärfsten Gegner des Zentrums die Kunst der Politik noch nicht beherrschen. Weder der Liberalismus noch die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit haben bis jetzt begriffen, daß eine grundlegende Änderung der politischen Zustände in Deutschland unmöglich ist, solange es dem Zentrum gestattet bleibt seine Eisen in sämtliche politische Feuer zu legen und jede beliebige Mehrheit nach seinen Wünschen und Parteivorteilen zu bilden. Das ist ein auf die Dauer unerträglicher Zustand. Allein, zu ändern ist an ihm solange nichts als es Liberalismus und Sozialdemokratie ablehnen die einzig mögliche politische Gegenkonstellation zu schaffen, durch die die Reaktion überwunden werden kann. Nichts ist einleuchtender als die Behauptung, daß es ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie eine solche nach links gerichtete Mehrheit nicht gibt, und daß weder die Sozialdemokratie noch der Liberalismus für sich allein in absehbarer Zeit eine solche Mehrheit bilden können. Und doch werden von den berufensten Wortführern dieser politischen Gruppen diejenigen als Illusionisten verspottet, die den Gedanken einer solch natürlichen, nach links orientierten Mehrheit propagieren. Dabei sind aber die, die sich über solche Illusionen erhaben dünken, völlig außerstande anzugeben, auf welchem Weg in absehbarer Zeit das politische Elend und die Herrschaft der Reaktion überwunden werden könnten.

Sicherlich sind die Voraussetzungen für die Bildung einer gegen Zentrum und Konservative gewandten parlamentarischen Mehrheit, die zugleich in den wichtigsten Fragen zusammenzuarbeiten imstande ist, noch nicht vorhanden. Sie zu schaffen kann aber nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegen. Tiefgreifende politische Umgestaltungen vollziehen sich freilich nicht von heute auf morgen. Allein, sowohl innerhalb des Liberalismus wie der Sozialdemokratie hat die Zahl derer, die ihre Erwartungen auf den Sieg der politischen Vernunft setzen, nicht absondern zugenommen. Man darf den Bruch zwischen dem *Hansabund* und den Scharfmachern der Schwerindustrie und die Hetze der Gruppe der Parteitransigenten in der Sozialdemokratie gegen die *Diplomatie* des Parteivorstands nicht überschätzen, aber man sollte sie auch nicht unterschätzen. Die Intransigenten hüben wie drüben haben sich in eine Sackgasse verrannt. Weder die Hoffnungen der Scharfmacher und ihrer Anhänger noch die der *hyperrevolutionären* Sozialdemokraten werden sich erfüllen. Deutschland kann den Zustand, wie er zurzeit in der innern Politik besteht, auf die Dauer nicht ertragen; andererseits sind die Verhältnisse aber auch nicht im mindesten dazu angetan die Durchführung der *sozialen Revolution* im Sinn der sozialdemokratischen Intransigenz erwarten zu lassen. Die Anschauung, als ob unsere innere Politik, die zu ändern man sich ohnmächtig fühlt, das naturnotwendige Produkt der Entwicklung des Kapitalismus, und infolgedessen eine *grundpolitische* Veränderung auf der gegebenen wirtschaftlichen Basis

unmöglich sei, ist ebenso falsch und verhängnisvoll wie die sinnlose Angst der liberalen Philister vor der *revolutionären* Sozialdemokratie. Das Umsturzgespenst ist ein lächerliches Phantasiegebilde. Die Sozialdemokratie wird durchaus nicht den Versuch machen die kapitalistische Gesellschaftsordnung gewaltsam umzustürzen. Das wäre eine vollendete Narretei, also ein politisches Verbrechen. Für solche sinnlosen, aller politischen Logik baren Experimente wäre auch die Masse der politisch aufgeklärten Arbeiter gar nicht zu haben. Niemand kennt weniger die politische Psychologie der Massen als die, die sich fortgesetzt für ihre unpolitischen, lediglich einem übertriebenen Agitationsbedürfnis entspringenden Aktionen auf sie berufen. Es ist eben für die Intransigenten ein Glück, daß sie nie in die Lage kommen bei ihren *Theorien* die Probe aufs Exempel zu machen; so können sie sich wenigstens noch einbilden, daß sie überhaupt eine Theorie haben.

Wenn schon eine gegen die politische Reaktion gerichtete Parteikonstellation zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie für unmöglich und phantastisch erklärt wird, mit welchem Recht will man sich auf die in Aussicht stehende soziale Revolution berufen? Sind denn dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, oder ist es nicht vielmehr die größte Illusion zu glauben, daß in absehbarer Zeit die kapitalistische Gesellschaft am Ende ihres Lateins angekommen sein wird? Wie stellen sich die *Politiker* die Dinge in Preußen-Deutschland in den nächsten 4 bis 5 Jahrzehnten eigentlich vor? Worauf warten sie, worauf gründen sie ihre Hoffnungen? Man gebe doch darauf einmal eine klare und bündige Antwort.

Die politische Aufgabe der Sozialdemokratie kann weder jetzt noch für absehbare Zeit darin bestehen die sozialistisch organisierte Gesellschaft zu etablieren; denn dazu fehlen die notwendigen Voraussetzungen in noch höherem Maß als für die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse von rechts nach links. Selbst wenn die Sozialdemokratie durch irgendwelche zufälligen, nicht voraussehbaren Ereignisse einmal die politische und parlamentarische Macht an sich reißen könnte, wäre sie nicht imstande die in der ökonomischen Basis begründeten Klassen und Klassengegensätze zu beseitigen. Es ist deshalb auch eine logisch unhaltbare, politisch absurde Auffassung in den Klassengegensätzen den Schlüssel für die in Deutschland herrschenden politischen Zustände zu suchen. Der Klassengegensatz ist bei aller Bedeutung, den man ihm beilegen muß, nicht der allein entscheidende Faktor in der Politik; er kann und darf es vernünftigerweise nicht sein, da noch ein Dutzend und mehr anderer Momente hier eine sehr wichtige Rolle spielen. Gewiß ist es sehr bequem die schwierigsten politischen Probleme immer auf die einfache Formel des Klassengegensatzes zu reduzieren. Wer das tut, entzieht sich damit aber den Boden für eine erfolgreiche, positiv umgestaltende Tätigkeit. Niemand wird im Ernst behaupten wollen, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht, daß die Herrschaft der Bureaucratie, der unheilvolle politische Einfluß des Zentrums notwendige Produkte der kapitalistischen Entwicklung seien. Wäre dem so, mit welchem Recht wollte man sich dagegen entrüsten? Es ist überhaupt auffallend, wie unmarxistisch unsere *Edelmarxisten* in ihrem politischen Denken und Handeln oft sind. Anstatt durch die politische Arbeit umschaffend zu wirken und die künftige Entwicklung zu beeinflussen, predigen sie mit bewunderungswerter Ausdauer die politische Abstinenz und stürzen sich von einer Entrüstung in

die andere. Am liebsten würden sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit Resolutionen erdrosseln. Kein Wunder, wenn sie mit allen auf positives Arbeiten gerichteten Organisationen des Proletariats in Konflikt geraten, und wenn schließlich die verantwortlichen Instanzen es ihnen gar nicht mehr recht machen können. Die Intransigenz ist innerlich hohl und bankrott; je früher die gründliche Abrechnung mit ihr erfolgt, um so besser für die sozialdemokratische Partei und die Arbeiterklasse. Wenn es möglich wäre die selten günstige Situation für die Reichstagswahlen zu verderben und der Reaktion aus einer mehr als mißlichen Lage herauszuhelfen, so würden es die Parteigenossen fertig bringen, die jedesmal Lärm schlagen und das Volk auf die Schanzen rufen wollen, wenn die Partei respektive ihre parlamentarische Vertretung Anstalten macht wirkliche Politik zu treiben, wie zum Beispiel nach der Abstimmung über die elsäß-lothringische Verfassung.

Das deutsche Proletariat hat eine Riesengeduld, aber man überschätze sie nicht. Die politische Entwicklung drängt zu einer klaren Entscheidung, die vor den Konsequenzen nicht zurückschreckt. In den weitesten Kreisen des Volkes herrscht eine erbitterte Stimmung, man fühlt das politische Elend und will ihm ein Ende machen. Mehr als je zuvor setzen Hunderttausende von Wählern ihre Hoffnungen auf die Sozialdemokratie. Man rechnet vielleicht nicht zu hoch, wenn man an 4 Millionen sozialdemokratische Stimmen und eventuell an eine Verdoppelung der jetzigen Mandatsziffer denkt. Wie aber, wenn auch dann wieder die Sozialdemokratie mit einer solchen, einzig dastehenden politischen Macht nichts anzufangen weiß, wenn sie dann ebenso politisch ohnmächtig bleibt wie bisher, wenn, obwohl das Volk eine anti-konservativ-antiklerikale Reichstagsmehrheit gewählt hat, die Rechte und das Zentrum weiterherrschen? Auf eine solche Enttäuschung würden die Wähler die Antwort nicht schuldig bleiben. Die Politik der tönenden Worte und der Resolutionsmacherei, mit der man keinen Hund fürchten macht, verliert mit jedem Tag an Eindrucksfähigkeit. Mit Entrüstung, Resolutionen und Protestversammlungen läßt sich die Reaktion nicht ins Bockshorn jagen. Auf jener Seite kennt man die faktischen materiellen Machtverhältnisse, und man fürchtet sich deshalb auch nicht vor der Revolution. Die Furcht vor dem Revolutionsgespenst ist den Konservativen und dem Zentrum gerade noch gut genug, um den Spießbürger in geeigneten Fällen damit gruseln zu machen; daß es aber wirklich kommen könnte, daran denkt auf jener Seite, wo man politisch nicht abergläubisch ist und weiß, was man will, im Ernst niemand.

Wenn dem aber so ist, warum dann immer wieder mit inhaltlosen *revolutionären* Phrasen der Reaktion Gelegenheit geben dieses traurige Gespenst zu zitieren und politische Geschäfte damit zu machen? Wenn die politischen Probleme nicht mit Entrüstung, großen Worten und Resolutionen sondern durch politische Taten gelöst werden können, warum zieht man aus dieser Erkenntnis nicht die Konsequenzen? Hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, indem sie für die elsäß-lothringische Verfassung stimmte, irgendwelche Prinzipien preisgegeben? Politik kann man nicht mit bloßen Agitationsschlagworten treiben; der beste Agitator ist der politische Erfolg. Die Kräfte für einen erfolgreichen Kampf gegen die Reaktion sind vorhanden, sie brauchen nur lebendig gemacht zu werden. Die Reaktion herrscht in Deutschland gerade so lange als ihre Gegner nicht gelernt haben ihre eigene Macht im Zu-

sammenschluß zu gebrauchen. Es hat keinen Zweck immer nur an den Fehlern der andern herumzukritisieren, seine eigenen Fehler aber geflissentlich zu verdecken und zu vertuschen. Je früher die Gegner der Reaktion anfangen ihre eigenen politischen Fehler einzusehen und künftig zu vermeiden, um so früher werden sie dazu kommen selber zu regieren statt zuzusehen, wie die anderen es tun.

XX
**EDUARD BERNSTEIN . DER KLASSENKAMPF
 UND DER FORTSCHRITT DER KULTUR**



EFT, wenn man mit Gegnern über den Kulturwert der Sozialdemokratie diskutiert, erhält man die Antwort: Eure Bestrebungen mögen im ganzen recht und gut sein, aber ihr proklamiert den Klassenkampf und gefährdet dadurch die Kultur. Die Erwiderung darauf fällt nicht schwer. Wer nur einigermaßen mit der Literatur des Sozialismus vertraut ist, weiß auch, worin sie meist zu bestehen pflegt. Es wird darauf verwiesen, daß der Klassenkampf nicht proklamiert zu werden braucht, sondern ein Produkt der in der Gesellschaft vorhandenen sozialen Gegensätze ist, das sich je nach dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung schwächer oder stärker mit elementarer Kraft selbst geltend macht, daß die Sozialdemokratie den heutigen Kampf der kapitallosen Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse und deren Stützen nicht von ungefähr aus dem Boden rufe; sie betrachte es vielmehr als ihre Aufgabe ihn, der auch ohne sie wäre, aus seinen Bedingungen zu erklären, zur systematischen Arbeit zu organisieren und ihm zielvoll die Richtung zu weisen, wodurch sie ihm gerade die Eigenschaft als Triebkraft der Kultur sichere, Kulturarbeit im echten Sinn des Wortes leiste. Der orientierte Sozialist ist obendrein in der Lage auf den Kulturwert der organisatorischen Schöpfungen der Sozialdemokratie zu verweisen, deren Ausdehnung und Vielseitigkeit heute mehr als je in die Augen springen, und deren Erziehungscharakter gerade aus dem Klassenkampfbewußtsein der Arbeiter seine kräftigste Nahrung ziehe.

Alles das darf an dieser Stelle als bekannt vorausgesetzt werden. In seinen Grundgedanken ist es Gemeingut und Glaubensbekenntnis aller Sozialdemokraten. Daß man aber damit noch nicht das letzte Wort über die gegenseitige Beeinflussung von Klassenkampf und Kultur gesagt hat, daß bei Leuten, die sonst prinzipiell übereinstimmen, noch sehr große Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Klassenkampflehre und die Rückwirkungen der Klassenkampfpraxis auf das Kulturleben möglich sind, zeigt sich schon, wenn wir auf die Schriften der Personen zurückgehen, in denen die Sozialdemokratie ihre geistigen Väter erblickt und verehrt.

So weit wie sie im obigen umschrieben ist, finden wir zum Beispiel die Klassenkampftheorie ebenso in den programmatischen Schriften Ferdinand Lassalles wie in denen von Marx und Engels ausgeführt. Was das *Arbeiterprogramm* Lassalles über die Rolle der Arbeiterklasse »in der gegenwärtigen Geschichtsperiode« sagt, ist zu einem großen Teil nur anders gefaßte Formulierung von Gedanken, die im *Kommunistischen Manifest* von Marx-Engels implicite ausgeführt sind. Von Leuten, die den letzteren nahestanden, ist denn auch das *Arbeiterprogramm* als ein bloßer Abklatsch oder gar Plagiat des *Manifests* bezeichnet worden,

wobei auch die Qualifizierung als *stümperhaft* nicht gefehlt hat. Das ist aber nur eine gereizte Art eine Übereinstimmung festzustellen, die sich auf bestimmte Gedanken beschränkt. Das *Arbeiterprogramm* ist kein Plagiat, weil es ganz anderes sein will als das *Manifest*, nämlich eine populäre Einführung in eine Gedankenwelt, während das *Manifest* die zusammenfassende Darstellung einer Lehre ist; und es würde nur dann als stümperhaft zu bezeichnen sein, wenn es nichts als der getreue Ausfluß dieser Lehre hätte sein wollen, was gleichfalls nicht zutrifft. Richtig ist nur, daß es in bestimmten Punkten andern Geistes ist als das *Manifest*. Als Lassalle es abfaßte, stand er Marx-Engels zwar noch als Parteigenosse in der Richtung seines politisch sozialen Strebens, aber schon als ein geistig Selbständiger in Fragen gegenüber, in denen er vorher sich als ihr Schüler gefühlt oder verhalten hatte. Was unsern Gegenstand anlangt, so stellt sich der Unterschied so dar, daß das *Manifest* zwar aus dem Klassenkampf des modernen Proletariats eine neue und höhere Kultur hervorgehen läßt, den Kampf selbst aber durchaus ohne jede ethische Beimischung vorzeichnet, während Lassalle im *Arbeiterprogramm* eine neue Kulturidee predigt und die Arbeiter auffordert für ihren Kampf sich mit dem Bewußtsein dieser Kulturidee zu erfüllen und als Träger der aus ihr sich ergebenden ethischen Folgerungen zu verhalten. So sehr ist Lassalle von dieser Auffassung durchdrungen, daß er noch in den letzten Worten, die er den deutschen Arbeitern zurnft, im Schlußsatz der Ronsdorfer Rede, die Arbeiterbewegung, die nun neu erstanden war, als *Kulturbewegung* feiert: »Möge mit meiner Person diese große und gewaltige Kulturbewegung nicht zugrunde gehen«, schließt die letzte Propagandarede des Begründers des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß mehr als zwei Jahrzehnte die deutsche Sozialdemokratie in allen ihren Verzweigungen ihren Kampf vorwiegend in diesem Sinn auffaßte. War doch der Mann, der gegen Lassalle Marxens Lehre zu vertreten schien, Wilhelm Liebknecht, fast noch weniger als Lassalle Interpret dieser Lehre, und noch mehr als er ethisch gerichtet. Über das geistige Verhältnis Liebknechts zu Marx-Engels ist das letzte Wort noch nicht gesprochen; aber so viel zeigt schon der Vergleich seiner Schriften mit denen Lassalles, daß er in Sachen der Theorie in größerer Distanz von Marx-Engels stand als Lassalle. Das gilt gerade auch von der Geschichtsauffassung. Bei Lassalle finden sich neben seiner ideologischen Gechichtsdarstellung sehr schöne selbständige Ausführungen über den ursächlichen Zusammenhang von Ökonomie auf der einen und Politik, Recht, Ideenwelt auf der andern Seite. Dagegen ist diejenige Schrift Liebknechts, die sich am eingehendsten mit Geschichtstheorie befaßt, die Broschüre *Wissen ist Macht, Macht ist Wissen*, eine Verherrlichung der kulturhistorischen Ideen Buckles, die sich von dem Marx-Engelschen Geschichtsmaterialismus so wesentlich unterscheiden. Und die von Liebknecht redigierten Organe der deutschen Sozialdemokratie atmeten denn auch weit mehr als der Lassalleanische *Sozialdemokrat* und *Neue Sozialdemokrat* — um es mit einem neuen Wort auszudrücken — *Kulturethik*.

Mit der ethischen Ableitung und Begründung des Sozialismus standen dann freilich, als die Bewegung über die erste Zeit der reinen Propaganda hinaus war und angefangen hatte auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet wirkliche Klassenkämpfe zu führen, gewisse Äußerungen dieses Kampfes in recht

unvermitteltem Gegensatz. Namentlich im nordöstlichen Deutschland, wo nach 1866 der Zug vom Land in die Großstädte stark zunahm und infolge der regen Bautätigkeit die Arbeiter des Baugewerbes erst in Lohnbewegungen und im Anschluß an diese in die politische Bewegung eintraten, brachte dies damals noch sehr urwüchsige Element einen Ton in die Versammlungen, der von Kultur noch wenig verspüren ließ. Keine Theorie kann eine Volksschicht unvermittelt über ihr Kulturniveau hinausheben. Die ersten Rekruten der Sozialdemokratie waren in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts meist Elitearbeiter gewesen, die durch die Schule der liberalen und demokratischen Bildungsvereine gegangen waren und als die Ideologen ihrer Klasse bezeichnet werden konnten. Nun aber nahm ein Arbeiterelement einen größern Platz ein, das auf dem Lande herangewachsen war, wo Landjunker und Bauer darin wetteiferten den Schulunterricht auf dem möglichst niedrigen Niveau zu halten und der dürftige Lohn kulturmäßige Bedürfnisse nicht aufkommen ließ. Diese Arbeiter konnten den kulturethischen Inhalt der ihnen dargebotenen sozialistischen Literatur nur langsam verdauen und entnahmen ihr vorerst nur so viel Sozialismus als ihren urwüchsigen Solidaritätsbegriffen entsprach. Und urwüchsig, sehr urwüchsig begriffen und führten sie auch oft den Klassenkampf. So kam es, daß eine Zeitlang die Begründung des Sozialismus überwiegend idealistisch, seine Praxis im Klassenkampf aber ziemlich roh war.

Heute ist man manchmal versucht das Umgekehrte zu sagen. Während das Kulturniveau unserer Arbeiterschaft ersichtlich sich hebt, so daß die unleugbar noch vorhandene Schicht von Analphabeten der Kultur immer mehr zurücktritt und längst nicht mehr den Ton angibt, wird der Sozialismus in manchen Publikationen aus einer Deutung des Klassenkampfes abgeleitet, für die der Ausdruck *Kulturblindheit* die mildeste Bezeichnung ist, und der Klassenkampf überhaupt mit einem allgemeinen Aufstieg des Kulturlebens in Widerspruch gesetzt.

Nun gibt es freilich im Getriebe des modernen Gesellschaftslebens neben kulturfördernden auch kulturherabdrückende Faktoren. So ist zum Beispiel das moderne Theater meines Erachtens zwar sehr viel raffinierter in seinen Mitteln, aber mit wenigen Ausnahmen gröber in der Dramatik als das der nachklassischen Periode, von der Zeit der Klassiker gar nicht zu reden. Wohl ist die Psychologie nach bestimmten Richtungen hin tiefer und die Sprache an Feinheiten reicher. Aber der Sinn für das künstlerische Maß und die Einheit im Stil hat abgenommen. Ähnlich, wenn nicht noch schlimmer, steht es mit der Presse. In stofflicher Hinsicht übertrifft sie heute unbestritten ihre Vorgänger, an geistiger Solidität steht sie in der großen Mehrheit der Fälle der Presse der früheren Generationen nach. Eine etwas gezielte Eleganz macht, wo es zur Polemik kommt, einem groben Gepolter Platz, dem alles attische Salz abgeht. Es ist erschreckend, auf welchem niedrigem Niveau in Ton und Form sich gerade in Deutschland die politische und nur zu oft auch die wissenschaftliche Kontroverse hält. Es wird mehr Wert darauf gelegt den Gegner herabzuwürdigen als die Überlegenheit der eigenen Sache durch die Kraft der Argumentation zur Anschauung zu bringen oder die stärkere Position durch wirklichen Witz statt durch grobe Redensarten zu dokumentieren. Insbesondere kennzeichnet sich die Vergrößerung der Zeitungssprache durch den üppigen Gebrauch superlativischer Wendungen für die unbedeutendsten Dinge. Man

wird heute nicht mehr durch einen mißliebigen Vorgang in Erregung versetzt sondern gerät sofort in *flammende Entrüstung* oder wird zu ihr *aufgepeitscht*, und was dergleichen pathetische Floskeln mehr sind, die mit dem tatsächlichen Empfindungsleben oft im lächerlichsten Widerspruch stehen.

In Wirklichkeit ist nämlich die Menschheit der Kulturwelt heute weniger als je zu tiefen Gemütsbewegungen veranlagt. Unser Zeitalter ist nervöser, hastiger als früher, aber nervöse Erregtheit ist mit Tiefe des Empfindungslebens nicht zu verwechseln. Faktisch ist es vielmehr doch der Verstand, der immer mehr das Verhalten bestimmt. Indem dagegen die Presse, die ja selbst immer mehr in Hast erzeugt wird, überwiegend diese äußere Seite des modernen Geistes zum Ausdruck bringt, wirkt sie wie ein Vexierspiegel, der die Wirklichkeit in falschen Proportionen auf die Netzhaut des Beschauers wirft. Man versuche einmal sich vorzustellen, wie sich unsere Gegenwart im Kopf eines Menschen malen muß, der von ihr nichts weiß als was er den Artikeln und Notizen der Tagespresse über sie entnehmen kann, und man wird erst begreifen, wie sehr wir auf der Hut sein müssen nicht in ähnlicher Weise uns zu mystifizieren. Denn nur zu viele Menschen sind geneigt ihr Urteil über die jenseits des engen Kreises ihres alltäglichen Verkehrs liegende Welt nach dem zu bilden, was sie schlagwortmäßig darüber *h ö r e n*. Im eigenen Verkehr trauen die meisten schließlich nur dem, was Beobachtung und verstandesmäßige Prüfung ihnen sagen, die bei den einen weniger, bei den anderen mehr geschärft sind. Aber sobald es sich um die darüber hinausliegende Welt handelt, verzichten selbst ganz scharfsinnige Leute auf verstandesmäßiges Prüfen und denken in Schlagworten, wenn sie nicht, bei dem Überhandnehmen der illustrierten Witzblätter, geradezu in Karikaturen denken. Jawohl, in Karikaturen denken. Man glaubt gar nicht, wie weit das verbreitet ist. Auf unzählige Menschen wirkt die Karikatur wie ein geistiges Narkotikum.

In ähnlicher Weise wirkt der politische Kampf auf das Denken ein. Das Parteiwesen unserer Zeit wurzelt in Klassengegensätzen, aber es deckt sich nicht mit ihnen. Es hat seine eigenen Gesetze, seine eigenen Bedürfnisse. Die Partei ist der Anwalt der Gesellschaftsklasse, aus der sie sich hauptsächlich rekrutiert, und wenn ihr Verhältnis zu dieser Klasse auch sehr wesentlich sich vom Verhältnis des Anwalts zum Klienten im Rechtsleben unterscheidet, so hat es doch insofern Ähnlichkeit mit ihm als in bestimmten Fragen auch hier der Anwalt von anderen Gesichtspunkten ausgeht und ausgehen muß als der Schutzbefohlene. Der Anwalt tritt im Plaidoyer der Gegenseite unter Umständen viel schroffer gegenüber als sein Schutzbefohlene es im gewöhnlichen Leben tut oder tun würde. So spitzt sich der Kampf der Parteien zeitweilig viel schroffer zu als das Verhältnis der von ihnen vertretenen Klassen. Denn Parteien stehen sich in der Regel nur als Konkurrenten gegenüber, während Klassen neben den Interessen, in deren Wahrnehmung sie sich befehlen, auch bei bitterster Gegnerschaft vielfach noch allerhand Interessen gemein haben. Die große Mehrheit derjenigen deutschen Landwirte, die der *Bund der Landwirte* in seinen Listen führt, sieht wesentlich anders aus und denkt wahrscheinlich auch ganz anders als sie nach dem Gebaren des als *Partei der Landwirte* auftretenden Bundes aussehen und denken müßte. Eine Partei, die eine Klasse vertritt, stellt die Kampftendenzen dieser Klasse in konzentrierter oder, wenn man will, sublimierter Form dar und wird daher meist viel schärfer kämpfen

als es die nicht politisch organisierte Klasse tun würde. Klassen wissen, daß sie lange Zeit neben einander zu existieren haben, und suchen so lange einander bloß Rechte und Vorteile abzurufen; den politischen Parteien wohnt die Tendenz inne rivalisierende Parteien vollständig zu verdrängen: sie kämpfen jedesmal am bestimmten Ort mit einander sozusagen auf Leben und Tod.

Es ist ein Aberglaube, daß es das Bewußtsein ihrer Klassennatur ist, was Parteien zu den rücksichtslosesten Kampfesäußerungen treibt. Eher könnte man das Umgekehrte nachweisen. Die blutigsten Kämpfe der Geschichte waren sogenannte *Ideenkämpfe*: Religionskriege, nationalistische Erhebungen und dergleichen. Es ist ebenso ein Irrtum, daß der moderne Klassenkampf notwendigerweise in seinem Fortgang sich dahin zuspitzen werde, daß seine Formen in Widerspruch mit dem geraten, was wir als höchste Errungenschaften der Kultur betrachten: gesteigerte Wertung des Lebens und der Persönlichkeit der Mitmenschen. Dieser Irrtum ist aber heute auch in sozialistischen Kreisen noch sehr verbreitet und fängt hier und dort sogar an dogmatische Gestalt anzunehmen. Da es in der Geschichte keine völlig geradlinige Entwicklung gibt, das Eingreifen besonders zurückgebliebener Volksschichten in Klassenkämpfe diesen zeitweilig Formen verleihen kann, die einer tiefern Kulturperiode entsprechen — man denke an die Aufstände der sogenannten *ungelehrten Arbeiter* in Liverpool und anderen Hafenplätzen Englands beim Lohnkampf der englischen Transportarbeiter im vorigen Monat —, so wird es auch auf ziemlich lange Zeit hinaus schwerlich ganz an Vorkommnissen fehlen, die ihm eine scheinbare Berechtigung verleihen. Es ist daher angezeigt sich mit der Untersuchung der Erscheinungen zu befassen, aus denen er seine Nahrung zieht, die Trugschlüsse aufzudecken, auf denen er beruht, und des weitern zu zeigen, zu welch verhängnisvollen Fehlern er verleiten muß, wenn er allgemeine Anschauung würde.

So ist zum Beispiel die Ausbildung von allgemeinen Verträgen der Staaten der Kulturwelt, Weiterbildung des Völkerrechts, schiedsgerichtliche Beilegung von Streitfragen zwischen einzelnen dieser Staaten, Festlegung von Grundsätzen des Verhaltens gegen wilde und halbbarbarische Völkerschaften (Unterdrückung des Sklavenhandels), Aufhebung oder Einschränkung der Sonderrechte einzelner Großstaaten auf den Handel in gewissen Ländern und Gebieten Afrikas und ähnliche Fragen der Weltpolitik ein Vorgang, den wir Sozialdemokraten, so viel an der Bildung der Instanzen, Einzelheiten der Verträge vom Standpunkt der Arbeiterklasse da noch auszusetzen bleibt, grundsätzlich doch nur als Bestätigung unserer Internationalität begrüßen können. Daß einzelne dieser Verträge gelegentlich umgangen werden, ist ebensowenig ein Argument gegen die geschilderte Entwicklung des Vertragswesens wie die Tatsache, daß Fabrikgesetze zuerst noch sehr häufig umgangen wurden, seinerzeit ein Argument gegen die Schaffung von Fabrikgesetzen war. Wir haben aber in diesen Tagen es erleben müssen, daß in einem größern Parteiblatt der deutschen Sozialdemokratie Jean Jaurès mit genau den selben Redensarten, die ehemals von Anarchisten gegen Fabrikgesetze aufgetischt wurden, zum heillosen Konfusionsrat gestempelt wurde, weil er die Sozialdemokratie aufgefordert hat statt das Haager Schiedsgericht zu verhöhnen für dessen Ausbau zu wirken. Und im selben Blatt wurde von sich für sehr radikal haltender Seite der Umstand, daß Frankreich den Vertrag von Algéciras umgangen hat, für genügend


erachtet, um die Forderung des Bestehens auf Grundbestimmungen dieses Vertrags (Unabhängigkeit Marokkos, gleiche Rechte für Angehörige aller Nationen in Marokko) als kleinbürgerlichen Utopismus zu denunzieren. Daß man mit so billiger Preisgabe des Algecirasvertrags nur die Geschäfte der französischen Finanzgruppen besorgt, die in Marokko im Trüben zu fischen suchen, scheint diese Gattung von *Revolutionspolitikern* nicht zu sehen. Der Algecirasvertrag ist sicher kein ideales Werk. Ihm fehlt noch viel, um das zu verbürgen, was man als Lösung der marokkanischen Frage bezeichnen könnte. Aber der Weg zu solcher Lösung liegt in der strengen Durchführung jener Grundbestimmungen und nicht im Zurückgehen auf die Zustände vor Abschluß des Vertrags.

Nichts irriger als wenn man glaubt dadurch dem Fortschritt am wirksamsten zu dienen, daß man den vollzogenen Fortschritt leugnet. Das erscheint nur darum als gute Praxis, weil manche eine mit der Wirklichkeit in Widerspruch stehende Reihe von Schlagworten nicht entbehren zu können glauben. Man vergißt, daß der sicherste und machtvollste Förderer des Fortschritts der Glaube an den Fortschritt ist: auf unsern Gegenstand angewandt, Kultur nur auf Kultur erwächst.

XX
**MAX SCHIPPEL · JAURÈS, MILIZ UND AB-
 RÜSTUNG**

DIE Idee der Volkswehr bedeutet keineswegs eine Verminderung der Bewehrung des Volkes, eher eine Vergrößerung, da sie jeden Wehrfähigen auch zur Wehrhaftigkeit heranziehen will. Welche Kosten dies verursacht, das ist eine Sache der technischen Entwicklung, die sich nicht absehen läßt, und die gerade auf dem militärischen Gebiet so lange ihre größten und verhängnisvollsten Triumphe feiern wird, solange die Gegensätze der kapitalistischen Nationen unter einander fort dauern. **K. KAUTSKY**

DER Übergang vom System der stehenden Heere zur Volkswehr kann, muß aber nicht notwendigerweise eine erhebliche absolute Verringerung der Heeresausgaben herbeiführen. Auf keinen Fall werden sie dadurch in einem Maß sinken, daß aus dem freiwerdenden Betrag auch nur ein größerer Bruchteil der Kosten des modernen Kulturstaats gedeckt werden könnte . . . Woher aber dann das Geld nehmen für die Verwandlung des Staates in einen Kulturstaat? **K. KAUTSKY**

 **A**NGST sind die glücklichen Tage des Milizgedankens vorüber. Dazu hat er im Lauf der schon äußerlich weniger günstigen letzten Jahrzehnte zusehends immer tiefere innere Umbildungen erfahren, überwiegend in der Richtung einer Annäherung an das heutige kontinentale Armeesystem der allgemeinen Wehrpflicht. Die geforderte und erstrebte Miliz erscheint — ich selber vertrete im Anschluß an Friedrich Engels diese Anschauung in der deutschen Arbeiterklassenbewegung seit bald einem halben Menschenalter — mehr und mehr als das Ergebnis einer wachsenden Umbildung der heutigen Heeresverfassung, wobei die sich häufende *Quantität* der Einzelfortschritte zuletzt die *Qualität* eines vollständigen Organisationsumschwungs

annimmt. Die alte, ersichtlich absterbende, vermeintlich *radikale* Anschauung sah dagegen nur den einen unversöhnlichen *prinzipiellen* Gegensatz des (auch von mir nicht bestrittenen) Milizziels gegen die bisherige Armeentwicklung und wollte darum überhaupt keine Möglichkeit des reformerischen Anknüpfens an die schnöde Gegenwart des *Militarismus* zugestehen. Langsam bröckelt diese Auffassung ab. Der Reformismus ist nun einmal in der politischen Wirklichkeit Trumpf, während freilich in den Glaubensformeln, Konzilien und Andachtsübungen der vererbte Kirchenglaube naturgemäß jedesmal noch geraume Zeit weiter herumspukt.

Die erwähnte Glanzzeit schließt etwa mit den beiden, die organisierte Staatsgewalt als Geburtshelferin benutzenden, großen politischen Revolutionen von 1866 und 1870 ab, den beiden größten politischen Revolutionen, die das 19. Jahrhundert gesehen hat. Bis dahin erblickte jede wirklich oppositionelle, wirklich entschiedene bürgerliche Opposition ihr Militärideal in dem *Schweizer Wehrmann*, dem man gewöhnlich die seltsamsten Mustereigenschaften andichtete. Die ganze bürgerliche Linke hatte gegen die Milizforderung zum mindesten nichts einzuwenden, obwohl die Wärme der Unterstützung in den verschiedenen Bürgerschichten selbstverständlich stark schwankte. Selbst der zahme und lendenlahme liberale *Volkswirtschaftliche Kongreß*, der von Lassalle so bitter verhöhnte Verband der deutschen Harmonieprediger und Manchesterleute, mit Faucher, Prince-Smith, Wirth und Schulze-Delitzsch an der Spitze, nahm Anfang der sechziger Jahre eine Erklärung zugunsten der Volkswehr und gegen alle stehenden Heere an. Der schweizerische *Zentralausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine* gab etwa zu gleicher Zeit in öffentlichen Aufrufen kund, daß die Partei für Deutschlands Demokratisierung und Einigung nur einen Erzfeind kenne: das stehende Heer, vor allem natürlich Preußens.

»Es ist niemandem mehr ein Geheimnis, daß heute die Machtlosigkeit Deutschland dem Ausland gegenüber und der rechtlose Zustand des Volks im Innern auf ein und der selben Grundlage ruhen, auf dem Gegensatz zwischen einem von Junkern angeführten, überaus kostspieligen Soldatenheer und dem unbewaffneten, darum schwachen und rechtlosen Volk. Diesen Gegensatz kann und wird die Organisation eines allgemeinen deutschen Volksheeres einst heben, zur Verherrlichung unseres geliebten Vaterlands. Sobald die Notwendigkeit des Volksheeres dem ganzen Volk dergestalt einleuchtend geworden sein wird, daß die Rekruten diese Überzeugung schon mit in die Arme bringen, sind die Tage des stehenden Heeres gezählt. Der Zeitraum, bis diese Erkenntnis eine allgemeine geworden ist, kann durch die Tätigkeit aller Vaterlandsfreunde verkürzt werden: Es kann den Keulenschlägen des Geschicks, welche die nicht mehr zeitgemäßen stehenden Heere vernichten werden, vorgebeugt werden, wenn alle Einsichtigen an der Wehrhaftmachung des Volks mithelfen. . . . Nur wenn das Volk unbegams die Selbstbewaffnung betreibt, wird es auch in Sachen Schleswig-Holsteins eine sachgemäß ernste, achtungsgebietende Haltung annehmen. Die Jugendwehren und die freiwilligen Wehrvereine sind aber das Mittel, um das Volk wehrhaft zu machen. Wir Deutschen in der Schweiz haben Gelegenheit die Vorzüge einer allgemeinen Volksbewaffnung, eines volkstümlichen Heeres vor einem Soldatenheer täglich in der Nähe zu beobachten, unsere Sache ist es darum auch für diese staatliche Einrichtung, welche allein die ruhige und stetige Entwicklung der Schweiz sichert, welche für deren Unabhängigkeit dem Ausland gegenüber die einzige und unfehlbare Bürgschaft ist, ein günstiges Vorurteil zu erwecken. Streben wir danach eine gleiche allgemeine und organisierte Wehrhaftigkeit für unser Volk zu erringen, und beginnen wir damit uns die großartige Opferbereitschaft der Schweizer für patriotische Zwecke zum Muster zu nehmen! . . . Vorläufig übernimmt jeder Teilnehmer an einem Wehrverein die Verpflichtung alle 14 Tage (an einem Sonntag) einer mehrstündigen Übung beizuwohnen. . . . Ein gutes Einvernehmen mit den schweizerischen

Feldschützenvereinen und Jägerschießvereinen muß selbstverständlich angestrebt werden.«¹⁾

Naturgemäß waren alsdann auf der äußersten bürgerlichen Linken die *Deutschen Arbeitervereine*, aus denen sich später so viele unserer besten, ersten Kräfte der Sozialdemokratie loslösten, erst recht Anhänger der Volkswehr. Der Vortrag, den G. Fr. Kolb, der langjährige Redakteur der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*, 1862 vor dem *Volkswirtschaftlichen Verein für Südwestdeutschland* gehalten hatte, wurde auf Veranlassung des ständigen Ausschusses neugedruckt und nach Möglichkeit unter den Arbeitern verbreitet:

»Die Abschaffung des stehenden Heerwesens (mit Ausnahme der Instruktooren) muß das zu erstrebende Endziel sein, wie es in der Schweiz bereits erreicht ist, wo es allein in Europa nicht einen Mann stehender Truppen gibt.«

Die schweizerischen 28 Tage Übungszeit für den Rekruten der Infanterie und 35 Tage für den Scharfschützen und den Artilleristen findet Kolb »allerdings etwas knapp«, aber immerhin scheinen sie ihm zu genügen, um durch die »vollständige Abrichtung der gesamten männlichen Jugend in Führung der Waffen«, also mindestens schon durch die Überlegenheit der Streiterzahl, die militärischen Leistungen aller stehenden Heere mit ihrem »Kasernenluntern« und »Kamaschendienst« zu überflügeln. Selbstverständlich müsse die grundlegende Vorschule der militärischen Jugendziehung hinzutreten:

»Soll die Wehrhaftmachung des Volkes eine wahre sein, so genügt eine Aushebung der 19- oder 20jährigen Jünglinge überhaupt nicht. Schon viel früher, als mit dem Eintritt in das Alter der Heerpflichtigkeit, muß der Unterricht sowohl im Turnen als in Führung der Waffen beginnen, und zwar jedes getrennt vom andern. . . . Nicht bloß das Turnen sondern auch die militärischen Exerzitionen und Übungen in Führung der Waffen haben frühzeitig ihren Anfang zu nehmen. Zu Zürich findet alljährlich ein eigenes Fest statt, das Knabenschießen. Ja, es ist gleichsam ein allgemeiner Festtag für die gesamte Bevölkerung. Von seiten der Stadt werden an diejenigen Knaben Preise erteilt, welche im gemeinsamen Wetschießen sich als die geschicktesten erproben. Viele Private vermehren durch freiwillige Gaben der verschiedensten Art die Zahl dieser Preise. Der beste der jungen Schützen erhält den Hauptpreis, den von der Stadt gegebenen *Kettentaler* (Züricher Taler an einer silbernen Kette), mit sonstigen Beigaben, einem Buch oder dergleichen. In den Mittelschulen ohnehin muß sowohl der Turn- als der Waffenunterricht nicht nur obligatorisch sein sondern auch nach beiden Gegenständen durchaus getrennt behandelt werden. . . . Der Militärunterricht ist den Schülern ebenso, wie anderwärts den Rekruten, durch *Militäre* vom Fach zu erteilen. . . . Zuweilen finden Zusammenzüge und Übungen der Kadetten-(Jugend-)Korps ganzer Kantone statt. . . . Man muß gesehen haben, was diese Jugend, von 12 bis etwa 18 oder 19 Jahren, nicht bloß in Führung des Feuergewehrs und im Gebrauch der Kanonen sondern auch in Evolutionen und in Benutzung des Terrains zu leisten vermag, um die Sache in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen. . . . Nicht um die Umwandlung einer 3jährigen Dienstzeit in eine 2jährige handelt es sich [damals, Anfang der sechziger Jahre], damit würde im wesentlichen geradezu nichts gewonnen. Die Umgestaltung der Grundlage des jetzigen Heerwesens, die Ersetzung der stehenden Truppen durch eine wohlgebildete und gut organisierte allgemeine Volksbewaffnung ist es, was not tut, und was uns allein retten kann.«²⁾

¹⁾ Siehe *An die Deutschen in der Schweiz*, Flugblatt des Zentralausschusses der Schleswig-Holstein-Vereine (ohne genaueres Datum).

²⁾ Siehe *Die Nachteile des stehenden Heerwesens und die Notwendigkeit der Ausbildung eines Volkswehrsystems*, 3., auf Veranlassung des Ständigen Ausschusses deutscher Arbeitervereine veranstalteter Abdruck (Leipzig 1864), pag. 34, 26, 29 ff., 35. Ich zitiere die Stelle über die an der Wende der fünfziger und sechziger Jahre so vielfach bürgerlich-demokratischerseits empfohlene militärische Jugendziehung ausführlicher, weil die *Leipziger Volkszeitung* vor einiger Zeit den geistig armen Generaloberst von der Goltz und den noch ärmeren Oberst Kolbe gewaltig von oben herab als Plagiatoren an unserm Friedrich Engels vom Jahr 1865 vermöbelte. Alle diese Ideen sind, wie man sieht, gut bürgerlichen Ursprungs, womit natürlich für einen vernünftigen Sozialdemokraten keineswegs gesagt ist, daß sie nicht zu unterstützen seien.

So trieb damals die deutsche kleinbürgerliche Demokratie lange Zeit eifrig ihre eigene Militärpolitik, und erst, als auf den Spitzen der bismarckisch-preußischen Bajonette die deutsche Einigung, das allgemeine Wahlrecht, die ganze liberale Reichs- und Wirtschaftsverfassung kamen, als — um mit Friedrich Engels zu reden — die stehenden Heere sich plötzlich zu Testamentsvollstreckern der scheinbar erschlagenen Revolution von 1848 emporreckten, da kehrte sich auch in den letzten Kreisen der bürgerlichen Linken, allenfalls von ein paar süd-deutschen preußenfresserischen Volksparteilern zunächst abgesehen, die Stimmung gegenüber dem herrschenden Armeesystem vollständig um. Einzig die deutsche Arbeiterpartei blieb dem verlassenen Ideal weiter treu, obwohl, wie gesagt, in der Auffassung des Weges zum Endziel selbst hier unterdes vieles sich geändert hat.



IT der Zeit sind drei Erfahrungen selbst bei uns nicht ohne stärkeren Eindruck geblieben. Einmal hat sich das preußische Armeesystem — bleiben wir der Kürze wegen bei diesem üblich gewordenen Ausdruck für die moderne Armeeverfassung, die eigentlich der französischen Revolution und den napoléonischen Zeiten entstammt, und die gegenwärtig schon längst über die Grenzen des kontinentalen Europas weit hinausreicht — als viel wandlungsfähiger erwiesen, als man gewöhnlich früher vermuten konnte. Die 3jährige Dienstzeit, nach alter Anschauung die ganz unentbehrliche Voraussetzung des reaktionären militärischen Kastengeistes, wurde schrittweise verkürzt; sie ist schließlich ganz gefallen, erst tatsächlich, dann gesetzlich. Diese tiefeinschneidende Verschiebung in den letztentscheidenden Grun lagen des ganzen Wehraufbaus hatten früher die Regierungen als ein unmögliches Zugeständnis an die Demokratie, als eine drohende Demokratisierung des ganzen Heeres und damit des ganzen Staatslebens schroff abgelehnt, während heute und schon seit langem gerade hervorragende Militärs selber den wichtigsten Zuwachs an militärischer Kraftentfaltung daraus erhoffen: immer umfassendere Aushebungen durch immer weitergehende Verkürzung der Dienstzeit. Eine durch finanzielle und andere Rücksichten in einem vorliegenden Fall vielleicht unüberschreitbare Friedenspräsenz von, sagen wir: 600 000 Mann bedeutet bei 3jähriger Dienstzeit eine jährliche Aushebung und Ausbildung von 200 000 Mann, bei 2jähriger Dienstzeit von 300 000 Mann, bei 1½jähriger Dienstzeit von 400 000 Mann; 10 zur Kriegsfähne einberufene Jahrgänge bilden also, alle sonstigen Rechenfaktoren der Einfachheit halber beiseite gelassen, eine Kriegsarmeer von 2 oder von 3 oder sogar von 4 Millionen geschulten Streitern, dem Doppelten der Anfangsziffer, je nach der Gestaltung der Dienstzeit. Diese Anschauungen und Erwartungen lagen in bewußter Weise der berühmten Verdy-Walderseeschen Projektenmacherei vom Anfang der neunziger Jahre zugrunde, die einen bloßen Finanzkalkulator von beschränktester Auffassung wie Eugen Richter vollkommen aus Rand und Band brachte, so daß Graf Caprivi damals Mühe hatte die Spuren dieser *rein theoretischen Rechenexempel* des Berliner Generalstabs für den Augenblick wieder zu verwischen. Aber auch nur für den damaligen kritischen Augenblick der notwendigen parlamentarischen Mehrheitsbildung, denn genau gleichartige militärpolitische Zukunftspläne sind unterdes immer häufiger wiedergekehrt, wobei die militärische Jugenderziehung als teilweiser Ersatz der späteren Dienstzeit gleichfalls eine immer merkbarere Rolle bei den zunächst rein mili-

taristischen Erwägungen spielt. Das lief aber in den wichtigsten Teilen auch parallel der — nach meinen Bremer Erfahrungen muß ich wohl sagen: berüchtigten — Friedrich Engelsschen Anschauung:

»Nun besteht gerade die moderne, die revolutionäre Seite des preußischen Wehrsystems in der Forderung die Kraft jedes wehrfähigen Mannes für die ganze Dauer seines wehrfähigen Alters in den Dienst der nationalen Verteidigung zu stellen. Und das einzig Revolutionäre, das in der ganzen militärischen Entwicklung seit 1870 zu entdecken ist, liegt eben darin, daß man — oft genug wider Willen — sich genötigt gesehen hat diese bisher nur in der chauvinistischen Phantasie erfüllte Forderung mehr und mehr wirklich durchzuführen. Weder an der Länge der Dienstverpflichtung³⁾ noch an der Einstellung aller wehrfähigen jungen Leute kann heute noch gerüttelt werden, am wenigsten von Deutschland, am allerwenigsten von der sozialdemokratischen Partei, die im Gegenteil auch diese Forderung vollauf in die Praxis zu übersetzen in Deutschland allein imstande ist. Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das Bedürfnis nach Abrüstung den Hebel ansetzen kann: die Länge der Dienstzeit bei der Fahne. Und hier liegt in der Tat der Punkt des Archimedes: Internationale Festsetzung, zwischen den Großmächten des Kontinents, des Maximums der aktiven Dienstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen, meinerwegen zuerst auf 2 Jahre, aber mit dem Vorbehalt sofortiger weiterer Herabsetzung, sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt.«⁴⁾

Schon lange vorher hatte daraus Friedrich Engels die Konsequenz gezogen, die den alten Kolb-Rüstowschen Milizvorstellungen genau so schnurstracks zuwiderläuft wie etwa die Marxsche Vorstellung vom Umschlag des Kapitalismus zum Sozialismus, von der herrschaftlichen zur genossenschaftlichen Produktionsverfassung die alte Produktivassoziationspropaganda geistig überflügelte:

»Die Konkurrenz der einzelnen Staaten unter einander zwingt sie . . . mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr Ernst und damit schließlich das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen; es also zu befähigen in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandierenden Militärherrschaft durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse des Volkes — ländliche und städtische Arbeiter und Bauern — einen Willen hat. Auf diesem Punkt schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung. Was die bürgerliche Demokratie von 1848 nicht fertig bringen konnte, eben weil sie bürgerlich war und nicht proletarisch, nämlich den arbeitenden Massen einen Willen geben, dessen Inhalt ihrer Klassenlage entspricht, das wird der Sozialismus unfehlbar erwirken. Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Armeen von innen heraus.«⁵⁾

Ist das richtig, dann zeigen sich hier offenbar die Keime zu einer ganz anderen Stellungnahme zum Rüstungsproblem als sie aus der alten bürgerlichen Opposition zunächst auf die Arbeitervereine übergegangen war und bis zum heutigen Tage noch unverkennbar nachwirkt. Urteilt doch selbst unser Programmdenker K. Kautsky mit kritisch gerunzelter Stirn:

»Die Idee der Volkswehr bedeutet eher eine Vergrößerung der Bewehrung, keineswegs eine Verminderung.«⁶⁾

Aber stellt man sich in weitesten Parteikreisen die Folgen unserer programmatischen Forderung (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit . . . Volkswehr) meist nicht ganz anders vor? Und wenn uns unser Parteiprogramm zur Vergrößerung der Bewehrung verpflichtet, wie steht es dann mit

³⁾ Gemeint ist das Alter, bis zu dem man für Reserve und Landwehr noch einberufen werden kann.

⁴⁾ Siehe Engels *Kann Europa abrüsten?* im *Vorwärts* vom 2. März 1893.

⁵⁾ Siehe Engels *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, 3. Auflage (Stuttgart 1894), pag. 177.

⁶⁾ Siehe Kautsky *Die Agrarfrage* / Stuttgart 1899, pag. 413.

der Zulässigkeit und Ausgestaltung der Abrüstung? Müssen wir erst das Programm ändern — man bedenke, daß wir heute jährlich noch viele Tausende von Diensttauglichen militärisch ganz unausgebildet lassen, einfach weil unsere Armeeverwaltung bei Festlegung der Friedenspräsenz und der 2jährigen Dienstzeit kein Unterkommen für diese Massen finden kann — oder läßt sich ein Ausweg finden, der allgemeinste militärische Ausbildung mit Abrüstung, mit Verminderung der Bewehrung verbindet? Hier werden wir noch manche harte Nuß zu knacken bekommen.

Damit stoßen wir auf ein zweites Bedenken, das innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung von ganz entgegengesetzter Seite her gegen unsere deutschen demokratischen Überlieferungen erhoben worden ist. Ist denn die ganze militärische Erziehung, womöglich von Kindesbeinen und den frühesten Jugendjahren an, das Knallen, Schießen und Fechten, das Dressieren auf einen *Feind* nicht unter allen Umständen schon verwildernder Militarismus, unwürdige Schädigung der Kulturaufgaben, gleichviel ob das roh gewaltsame Handwerk in der starreren Organisationsform des stehenden Heeres oder in der lose beweglichen, anschmiegsamern Form der Miliz betrieben wird? Das ist in der Tat eine Strömung, die zwar nicht in der deutschen, wohl aber in der internationalen Sozialdemokratie heute, stärker als früher, wenigstens in der Literatur und auf manchen Tagungen auftaucht, und deren Wortführer zuweilen mit unverhohlener Geringschätzung auf uns rückständige deutsche Barbaren der Erziehung zur Wehrhaftigkeit, das heißt zum *Massenmord*, herabschauen. Es wäre verdienstlich, wenn einmal die prinzipiellen Verwahrungen beispielsweise englischer Arbeitervertreter gegen militärische Jugenderziehung, gegen Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, das heißt doch, im Engelschen Sinn, gegen die *revolutionäre* allgemeine Wehrpflicht, zusammengestellt würden. Wir würden dann mit einemmal die Relativität alles scheinbar Absoluten und die Zweifelhaftigkeit alles scheinbar Selbstverständlichen recht eindrucksvoll spüren. Und neben den meisten Engländern stehen in gleicher Auffassung die Amerikaner. Die Norweger strichen 1906 aus ihrem Parteiprogramm die »allgemeine Volksbewaffnung« und setzten dafür die viel friedfertigeren »Abschaffung« alles Militarismus. Wo ist nun Wahrheit und wahres fortschrittliches Kulturstreben?

Die dritte Erfahrung war schließlich noch seltsamer und zum Nachdenken anregender. Unser Programm schweigt sich vollständig über unsere Stellung zur *Seerüstung* aus, es ist, seinem Ursprung und seiner Entstehungszeit entsprechend, ein reines Landrattenprogramm geblieben, während in den letzten Jahrzehnten selbst der Blindeste das immer wuchtigere Vorrücken der Seeinteressen und der daran sich knüpfenden Interessenkonflikte fühlen mußte. Wohin kann sich, um mit unseren radikalen Freunden von der Pleiße zu reden, dereinst der *parlamentarische Kretinismus* verirren, wenn ihm hier der *leitende Polarstern* in Gestalt eines bestimmten Programmpunkts fehlt? Das Garnichtwürde hier, zur See, vielleicht der augenblicklichen deutschen Arbeiterstimmung so ziemlich entsprechen, aber angesehene Stimmen haben sich mitunter in der deutschen Sozialdemokratie gegen eine solche prinzipielle Ablehnung erhoben. Und wenn das Rüsten und Abrüsten schließlich doch immer von internationalen Erwägungen, von der Politik der Außenseiter und Gegenseiter mit beeinflußt wird, wie wenig Klarheit und Übereinstimmung ist alsdann

auf diesem Gebiet bisher erreicht worden. Schrieb doch der Führer der englischen parlamentarischen Arbeiterfraktion, James Ramsay MacDonald in dieser Zeitschrift zweifellos im Sinn der überwältigenden Mehrzahl seiner Partei- und Fraktionsgenossen, ganz anders als wir das unter uns zu hören gewohnt sind:

»Wir sind nicht die Schweiz und nicht Deutschland. Die militärische Organisation Großbritanniens muß auf den Voraussetzungen basiert werden, daß die Flotte unser Hauptverteidigungsmittel ist, und daß unsere Kriege vorwiegend auf fremdem Boden ausgefochten werden würden. Heere und Verteidigungskräfte müssen im Hinblick auf die Arbeit geschaffen werden, die sie zu verrichten haben, und da diese Arbeit von der geographischen Lage und den taktischen Möglichkeiten des nationalen Gebiets bestimmt wird, muß jede nationale sozialistische Partei ihre eigene Militärpolitik herausfinden. Wenn eine Miliz ein Schibboleth des Sozialismus ist, würde das in England eine Milizflotte bedeuten. Aber das hat keinen Sinn für die Schweiz oder Ungarn. Selten hat sich eine sozialistische Sektion in einer so merkwürdigen Lage befunden, wie unsere englischen Sozialdemokraten, die die allgemeine Wehrpflicht in England befürworteten, weil diese allein mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der Politik einiger unserer europäischen Sektionen in Übereinstimmung steht, und die diejenigen unter uns, die einer solchen Ausdehnung des Militarismus (!) entgegentraten, des Verrats an der internationalen Bewegung beschuldigten.«⁷⁾

Die australische Arbeiterpartei wiederum wirkt vielleicht unermüdlicher für die allgemeine Wehrpflicht und für die Schaffung einer heimischen Flotte als irgendwelche rivalisierende kapitalistische Partei. Das Arbeiterministerium stellte sich im vorigen Herbst sogar auf den Standpunkt, daß sich die australische Arbeiterklasse hinsichtlich der Frage der Asiatenausschließung keinerlei Schiedspruch unterwerfen dürfe, daß sie vielmehr darauf vorbereitet sein müsse ihre Einwanderungspolitik selbständig gegen jede feindliche Gewalt aufrechtzuerhalten. Ein Land der Sozialreform und der Industrieförderung bedürfe eines doppelten ehernen Schutzwalles gegen alle nur denkbaren Störungen von außen.

Wer wollte voraussagen, auf was für vielfache Schattierungen der Rüstungsanschauungen wir mit der Zeit noch innerhalb der Arbeiterbewegung stoßen werden?

ZU solchen Rückblicken und Betrachtungen regt unwillkürlich das neue Buch von Jean Jaurès an⁸⁾. Es ist ein echter und ganzer Jaurès, von Anfang bis zu Ende leidenschaftlich-eindringlich und fesselnd, für unsern deutschen Geschmack mitunter zu sehr mit äußerlicher Rhetorik überladen, aber in einzelnen Teilen wiederum merkwürdig fachmännisch-belehrend und geradezu spezialistisch gehalten, zum Schluß sogar in ein formuliertes und paragrafiertes Wehrgesetz ausmündend. Manches mutet uns marxistisch geschulte Deutsche wie eine befremdende Ideologie und Naivetät aus einer ganz andern Welt an, anderes wieder zeigt den praktisch erfahrenen Parlamentarier von der denkbar besten Seite. Ich behalte mir vor die Gedankengänge des Werkes nochmals eingehender zu besprechen. Heute mögen nur die oben angeschnittenen Streitfragen berührt sein.

Ist Jaurès, wie etwa die meisten parteigenössischen Engländer, für Verminderung der Bewehrung, für Abrüstung in dem unbedingten, auch gegen die Miliz

⁷⁾ Siehe MacDonald *Der internationale sozialistische Kongreß und die nationalen sozialistischen Parteien in den Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 592.

⁸⁾ Siehe Jaurès *L'armée nouvelle* (Paris 1911). Jaurès plant eine Reihe ähnlicher Bände über die Einzelgebiete der *Organisation socialiste de la France*.

sich kehrenden Sinn? Ganz im Gegenteil. Seiner Miliz rühmt Jaurès vielmehr nach, daß durch sie erst die ganze militärische Leistungskraft des Volkes entbunden werden könne. Freilich wird dadurch auch das ganze Privat- und Erwerbsleben so sehr mit militärischen Ansprüchen und Aufgaben verflochten und durchsetzt, daß dagegen die schweizerische Miliz, und wohl noch manche andere Wehrverfassung, ein harmloses Kinderspiel erscheint. Schon mit 10 Jahren beginnt die militärische Jugenderziehung, weniger auf große gemeinsame Verbandsexerzitionen als auf Sport und Turnen, allerdings auch auf Schießen und zum Teil auf Reiten gerichtet. Nach dem 20. Jahr kommt die eigentliche Rekrutenschule, deren Dauer 6 Monate beträgt. Das ist bereits das Doppelte und Dreifache der heutigen schweizerischen Dienstzeit (60 bis 90 Tage) und vollends das 6- und Mehrfache der alten Kolbschen Annahmen. Die Entwicklung des stehenden Heerwesens während der letzten Jahrzehnte ist durch Verkürzung der Dienstzeit charakterisiert, die Entwicklung des Milizgedankens durch Verlängerung der Erziehungsperiode; ich sprach deshalb oben von einer Umbildung der Milizvorstellungen »überwiegend in der Richtung einer Annäherung an das heutige kontinentale Armeesystem«, und die Jaurèssche Darlegung bestätigt das von neuem. An die 6 Monate reihen sich aber bei Jaurès später nochmals 8 Einberufungen zu Übungen und Manövern, abwechselnd immer zu 10 Tagen in kleineren Einheiten und zu 21 Tagen in großen Manöververbänden. Andererseits sucht Jaurès den Charakter des heutigen stehenden Heeres möglichst dadurch zu vermeiden, daß er den ganzen technischen Drill der 21jährigen in Rekrutenschulen, nicht in ständige Friedenstruppen verlegt, daß also größere Truppenteile sich immer nur periodisch und selbständig aus den Aufgeboten der ausgebildeten Mannschaften herausgestalten.

Den Offizier und Unteroffizier läßt Jaurès neben Zivillehrern und Schulärzten schon stark in die Jugenderziehung mit hineinspielen. Für die Offiziere ist zwar ein höherer Bildungsgang Vorschrift, aber dieser vollzieht sich niemals in abgeschlossenen gesonderten Kadettenanstalten, vielmehr auf den gewöhnlichen höheren Schulen und Universitäten. Der Exklusivität des Offizierkorps würde ferner entgegenwirken, daß Unteroffiziere zu Unterleutnants und Leutnants befördert werden können. Auch über die Teilung der Stäbe in Berufs-offiziere (*officiers professionnels*) und ganz vorwiegend dem bürgerlichen Erwerbsleben verbleibende *officiers civils* trägt Jaurès viele beachtenswerte Anschauungen und Anregungen vor. Meines Wissens hat das Streben im Wehraufbau alles Udemokratische, Kastenartige und Fortschrittsfeindliche zu vermeiden noch nirgends eine so fleißige und stoffreiche Verkörperung gefunden.

Dagegen erfahren die Engelsschen Ideen vom unaufhaltsam revolutionären Umschlag des stehenden Heeres zur Volkswehr hier keinerlei Fortbildung. Das ganze Bemühen Jaurès' war offenbar ausschließlich darauf gerichtet das denkbare Funktionieren seiner Zukunftsorganisation zu schildern und dadurch für sie in weitesten Kreisen Stimmung zu machen; die Brücken, die von der Gegenwart zur Zukunft führen könnten, bleiben dabei vorläufig außer Betracht.

Dann die weitere Frage: Ist das alles Verminderung oder Vergrößerung der Bewehrung? Wenn man sich alle auferlegten Pflichten und alle ständig wiederkehrenden Eingriffe in das zivile Leben nochmals zusammenfassend vergegenwärtigt, dann wird man auch diese Miliz kaum anders beurteilen können als K. Kautsky oben die Volkswehr im allgemeinen.

Und so bleibt uns denn auch hier der K. Kautskysche Schluß nicht erspart: Billiger als heute wird es kaum werden, jedenfalls nicht um so vieles billiger, daß wir auf dem freiwerdenden Betrag schon allerlei Milchmädchenrechnungen für Kulturausgaben aufbauen könnten. Und Genosse K. Kautsky zeigt sich hier zweifellos insofern viel umsichtiger, als er in seiner *Agrarfrage* nach Lösung des Agrar- und Militärproblems gleich noch die weitere Frage mit erledigt: »Woher aber dann das Geld nehmen?«⁹⁾

Ist aber auch die Jauréssche Volkswehr das Gegenteil einer Bewehrungsverminderung, so geht dafür sein Plädoyer für internationale Schiedsgerichtsverträge und Schiedsgerichte weiter als man das selbst in unseren deutschen sozialdemokratischen Kreisen gewohnt ist. Da hiergegen sofort von R. L. in der *Leipziger Volkszeitung* im Namen des aufgeklärten Sozialismus Einspruch erhoben worden ist, so verlohnt es sich vielleicht gelegentlich auf diese spezielle Seite des Jaurésschen Programms besonders zurückzukommen. Heute haben wir es nur mit der eigentlichen Rüstungsfrage zu tun, und hier kann ich dem Jaurésschen Werk nur recht viele und recht nachdenkliche Leser wünschen.

XX

ADOLPH VON ELM · ROTE VOLKSVERSICHERUNG



WENN man die Kassandrarufo in der kapitalistischen Presse ernst nehmen wollte über die große Gefahr, die der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung durch den gemeinsamen Beschluß des Leipziger Genossenschaftstags und des Dresdener Gewerkschaftskongresses eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung zu schaffen, erwachsen soll, so müßte die kapitalistische Wirtschaftsordnung schon jetzt auf sehr schwachen Füßen stehen. Der Zweck der Übung in der Scharfmacherpresse ist aber, wie immer, wenn sie in so schwarzen Tönen die rote Gefahr an die Wand malt: der freien, solidarischen Selbstbetätigung der Denkenden im Volk Schranken zu setzen; den geheiligten Profit bestimmter kapitalistischer Interessentengruppen gegen die Aussicht zu schützen durch die organisierte Selbsthilfe des Volkes ausgeschaltet zu werden. In Wirklichkeit glaubt selbstverständlich keiner der Schwarzmalen daran, daß, wenn der Plan selbst in weitestem Umfang gelingen sollte die Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder der privatkapitalistischen Ausbeutung durch die Lebens- und Volksversicherungsgesellschaften zu entziehen, die heutige Gesellschaftsordnung irgendwie erschüttert werden könnte. Die Gefahr, die man wittert, ist eine andere. Wenn zirka 3 Millionen Volksgenossen sich entschließen den Segnungen privatkapitalistischer Organisation dadurch zu entgehen, daß sie die Wahrung ihrer Interessen auch auf diesem Gebiet selbst in die Hand nehmen, dann schwindet bei diesen großen Massen wiederum ein Stück des Glaubens, des Vertrauens zu dieser besten aller Welten, und die Überzeugung von der im Volk vorhandenen Kraft ohne kapitalistische Bevormundung bei richtiger Organisation selbst Gewaltiges schaffen zu können wird aufs neue gestärkt.

Die Zahl derjenigen, die im Interesse des Großkapitals berufsmäßig gegen eine solche Gefahr in Deutschland in den Spalten der Scharfmacherpresse zu

⁹⁾ Siehe Kautsky, loc. cit., pag. 424.

Feld ziehen, ist sehr klein; ihre Anstrengungen durch alle möglichen unglaublichen Deduktionen das logische Denken in spanische Stiefel einzuschnüren würden heute schon lediglich zur Belustigung des Publikums dienen, wenn ihnen nicht ein Faktor stets zu Hilfe käme, und wenn nicht durch ihn stets dafür gesorgt würde, daß alle Bestrebungen durch Schaffung großer Volksorganisationen die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen als *staatsgefährlich* denunziert würden. Dieser Faktor ist der blinde *Parteifanatismus*, der in Deutschland, wie in keinem Land der Welt, zum Unheil des ganzen Volkes grassiert. Alle gesetzgeberischen Maßnahmen werden durch den Parteihaß vergiftet. Für viele Gesetzgeber genügt es zu wissen, die Sozialdemokratie könnte eventuell durch eine bestehende oder zu schaffende Einrichtung einen Vorteil haben, um sie Stellung dagegen nehmen und sich bereit finden zu lassen deren Entwicklung durch gesetzgeberische Maßnahmen zu hemmen. Aus blindem Parteihaß hat man den Arbeitern in der Reichsversicherungsordnung die Selbstverwaltung geraubt und dem preußischen Landrat, diesem großen *Unparteiischen*, die Gewalt über die Krankenkassen in die Hand gegeben; aus blindem Parteihaß werden Umsatzsteuern gegen die Konsumvereine propagiert und beschlossen, aus blindem Parteihaß bekämpft man auch jetzt wieder den Plan der Gewerkschaften und Genossenschaften die Versicherung ihrer Mitglieder und deren Angehörigen für bestimmte Fälle selbst in die Hand zu nehmen. Allen Parteifanatikern voran schreitet dieses Mal Herr Matthias Erzberger, der im Tag am 8. Juli die bürgerliche Gesellschaft auf die große Gefahr aufmerksam zu machen sich verpflichtet fühlt. Den Gedanken an sich findet dieser Zentrumsolitiker großzügig, genial; wenn er ihn zuerst gedacht, und das Zentrum die Sache gemacht hätte, wäre ja alles korrekt gewesen, aber . . .

Stellen wir zunächst fest, daß keiner der Gegner des Planes die Tatsache bestreitet, daß jährlich bei der sogenannten *Volksversicherung* dem Volk über 100 Millionen Mark verloren gehen. Im Jahr 1909 verfielen für 148 Millionen Mark Versicherungen, weil die Versicherten durch irgendwelche Umstände verhindert waren die Prämien rechtzeitig zu zahlen. Die *Victoria* allein verschaffte sich durch das eingeführte System der *Bringepflicht der Prämienbeiträge* im Jahr 1909 einen Nutzen von 57 Millionen Mark. Geradezu enorm sind bei dieser Art Versicherungsgesellschaften die Gehälter der Direktoren, die Tantiemen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und die Gewinne der Aktionäre, die nicht nur in fetten Dividenden sondern auch in versteckten Zuschreibungen zu ihren Aktien bestehen. Eine hübsche Charakteristik der sogenannten *Volksversicherung* gab übrigens kürzlich ein christlich-konservatives Blatt, um Handwerker und Bauern gegen »Börsianer und Aktionäre« aufzuwiegeln. Die betreffende Notiz, die gedankenlos auch von Blättern übernommen wurde, die gegen die Volksversicherung durch Gewerkschaften und Genossenschaften hetzen, wird von diesen wie folgt wiedergegeben:

»700 000 Mark Tantieme und 92 000 Mark Gehalt! Unzufriedene Aktionäre der *Victoria*, Allgemeine Versicherungsaktiengesellschaft zu Berlin: So überschreibt der Frankfurter *Generalanzeiger* seinen Bericht über die diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft. Zwar haben sich die Aktionäre nicht zu beklagen, die Gesellschaft hat im verflossenen Jahr einen Reingewinn von 34 Millionen Mark erzielt, und auf jede Aktie kommen 375 Mark Dividende. Die glücklichen Inhaber der Aktien sind der Meinung, daß die Dividenden noch größer sein könnten, denn es wurde scharf bemängelt, daß 2% des Reingewinns oder fast 700 000 Mark dem Direktor als

Tantieme zufielen. Da dieser außerdem noch ein Gehalt von 92 000 Mark beziehe, so stelle sich sein Gesamteinkommen nach den Mitteilungen der Aktionäre auf 777 734 Mark, also eine Summe, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu der Arbeitsleistung einer einzelnen Persönlichkeit mehr stehe. Es sei noch erwähnt, daß von der Tantieme weitere 150 000 Mark an den Aufsichtsrat und etwa 600 000 Mark auf die Direktion entfallen. Wenn man bedenkt, daß Bismarck als Reichskanzler einen Jahresgehalt von 55 000 Mark bezogen hat, daß heute der Reichskanzler 110 000 Mark bezieht und demgegenüber der Direktor Gerstenberg von der *Victoria* mit einem Jahresbezug von 777 734 Mark dasteht, so wird durch diesen Vergleich der unhaltbare Zustand unserer kapitalistischen Entwicklung genügend gekennzeichnet.«

Jeder logisch denkende Mensch, sollte man nun doch meinen, müßte den Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Mitglieder einer solchen Ausbeutung zu entziehen und dafür zu sorgen, daß ihnen hinfort kein Pfennig bei derartigen Versicherungen mehr verloren geht, nicht nur für das gute Recht sondern geradezu für ein Gebot sittlicher Pflicht der Gewerkschaften und Genossenschaften erklären. Weit gefehlt: Durch diese rote Volksversicherung wird die Macht der Sozialdemokratie ungemein wachsen, erklärt Herr Erzberger im *Tag*, und die *Hamburger Nachrichten*, die *Kreuzzeitung* und die *Post* usw. verlangen sofort, daß der Staat Maßnahmen treffe, um das Unheil zu verhüten; zum mindesten, meint die *Post*, müsse verboten werden, daß für die neue Unterstützungseinrichtung das Wort *Volksfürsorge* gewählt werde.

Wenn in diesen Organen davon die Rede ist, daß durch die bei dieser Versicherung erzielten Überschüsse die Sozialdemokratie direkt oder indirekt unterstützt werden würde, so kennzeichnet diese Verdächtigung die Demagogie dieser Art Kämpfer. Die Organisatoren der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge müßten doch kapitale Esel sein, wenn sie das große Werk dadurch gefährdeten, daß sie die Überschüsse zur Unterstützung der sozialdemokratischen Partei oder, was ja viel näher läge, zur Unterstützung von Streiks verwenden würden. Von dem Moment an, wo dies geschähe, wäre der Erfolg der ganzen Organisation der neuen Unterstützungseinrichtung in Frage gestellt, das Vertrauen der Massen erschüttert. Die Arbeiter, die ihre Notgroschen einer solchen Institution anvertrauen, müssen davon überzeugt sein, daß die Einnahmen so sicher belegt werden, daß auch nicht ein Pfennig davon verloren gehen kann, und daß sie ausschließlich zu dem angegebenen Zweck Verwendung finden werden. Und wenn die Gelder vielleicht nicht kapitalistischen Banken anvertraut werden, so eben deshalb, weil sie dort erfahrungsgemäß nicht sicher genug sind; nur gemacht, auch der schärfste Kritiker wird, was die sichere Anlage der Gelder betrifft, nichts zu tadeln haben. Daß die beschlossene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge keinen politischen und gewerkschaftlichen Kampfzwecken dienen soll und wird, versteht sich für einen wirklichen Kenner der deutschen Arbeiterbewegung von selbst. Auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen / 1910/ hat gerade die deutsche Sozialdemokratie den Standpunkt vertreten, daß eine direkte organische Verbindung und gegenseitige finanzielle Unterstützung von politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Bewegung im allseitigen Interesse unterbleiben müsse. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in Wirklichkeit eine unabhängige Partei, und es gereicht ihr zu ganz besonderm Ruhm, daß sie es bisher strikte abgelehnt hat von irgendwelchen wirtschaftlichen Einrichtungen materielle Unter-

stützung zu fordern. Das ist ein Beweis für die Stärke der sozialdemokratischen Partei in Deutschland; und gerade in ihrer Selbständigkeit beruht auch die Stärke der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation in Deutschland. Daß der Sozialdemokratie auch die beschlossene neue Einrichtung zum Besten dienen wird, dafür sind, wie Figura zeigt, schon heute ihre Gegner mit ihrer dummen Hetze gegen jedes neue Werk der Kultur und des Fortschritts eifrigst bemüht, selbst wenn die Sozialdemokratie, wie in diesem Fall, als politische Partei damit nicht das Geringste zu tun hat; die Gegner schaden damit nur sich selbst, nicht der Sozialdemokratie. Die Verdächtigung der Volksversicherung als einer sozialdemokratischen wird dieser selbst ebenfalls keinen Schaden tun, zumal die Regierung keine Handhabe finden wird auf Grund der bestehenden Gesetze gegen sie vorzugehen.

Und nun noch eins: Die Feinde der Volksversicherungen gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus — und die gesamte Konsumvereinsbewegung ist doch auch nichts weiter als eine solche Volksversicherung — wännen die innerhalb des Volkes gegen den Kapitalmonopolismus sich regenden Kräfte durch wirtschaftliche Ausnahmegesetze niederdrücken zu können. Sie vergessen, daß ihrer Tyrannei auf wirtschaftlichem Gebiet ein Paroli geboten werden kann. Nachdem Senat und Bürgerschaft in Hamburg eine Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine beschlossen hatten, wurde dort die Handelsgesellschaft *Produktion* als Gesellschaft mit beschränkter Haftung begründet, der die Genossenschaft *Produktion* ihre Handelsgeschäfte demnächst übertragen wird. Wollen die Hamburger Reaktionäre ihre Ausnahmesteuer haben, dann müssen sie jetzt schon die enorme Zahl von kapitalistischen Gesellschaften mit beschränkter Haftung unter das selbe Ausnahmegesetz stellen, und dafür werden die Kapitalisten in der Hamburger Bürgerschaft in ihrem eigenen Interesse wohl nicht zu haben sein. Und wenn die Aufsichtsbehörde in Berlin die neue Versicherung als freie Organisation nicht zulassen würde, wozu ein berechtigter Grund gar nicht vorliegt, so wird eben eine andere gesetzliche Form gewählt werden. Die wirtschaftliche Macht von Gewerkschaften und Genossenschaften ist schon so groß, daß die gesetzliche Form für eine neu zu schaffende Einrichtung ihren Organisatoren keine unüberwindbaren Schwierigkeiten mehr bereitet. Der Geist ist es, der lebendig macht, und wenn der im deutschen Volk immer mehr erstarkende Geist der Solidarität nach freier Betätigung drängt, so wird er alle formalistischen Fesseln sprengen und unter irgendeiner Form wachsen und gedeihen, daß alle Volksfreunde ihre Freude daran haben, die Volksfeinde aber bald erkennen werden, daß sie doch nur ein Teil von jener Kraft sind, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

XX
PAUL KAMPFFMEYER · ARBEITERDEMOKRATIE



ARL Marx hat der Sozialdemokratie eine realistische Betrachtungsweise aller ökonomischen und politischen Vorgänge anerzogen. Dieser ist es auch zu verdanken, daß die Partei vor der Utopie einer führerlosen Demokratie behütet wurde. Die Notwendigkeit der Direktionsarbeit in einem gesellschaftlichen Arbeitsorganismus hat Marx in *Kapital* besonders klar und bestimmt ausgesprochen: »Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf größerm Maßstab«, so schreibt er, »bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche

die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen. Ein einzelner Violinspieler dirigiert sich selbst, ein Orchester bedarf des Musikdirektors.« Dieser Marxsche Ausspruch ist deshalb so bedeutungsvoll, weil er an ihn sehr charakteristische Ausführungen über die Notwendigkeit der Direktionsarbeit des Kapitalisten in der heutigen Wirtschaftsordnung knüpft. »Mit der Kooperation vieler Lohnarbeiter«, so führt nämlich Marx an der gleichen Stelle aus, »entwickelt sich das Kommando des Kapitals zum Erheischnis für die Ausführung des Arbeitsprozesses selbst, zu einer wirklichen Produktionsbedingung. Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld.«¹⁾

Marx zergliedert nun die Tätigkeit des kapitalistischen Dirigenten und entdeckt in ihr zwei mit einander verschmolzene Funktionen: eine produktionsleitende und eine rein wirtschaftlich ausbeutende. Die Ausbeutungstätigkeit ist nun historisch überwindbar, nicht aber die Leitungstätigkeit. Die Leitungsarbeit selbst ist ihrem Charakter nach wandelbar. Sie erhält unter Umständen sehr despotische Seiten. Aber ihre despotische Form ist wieder kein Willkürprodukt sondern streng geschichtlich notwendig. Die einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen müssen einer Aufsicht unterstellt werden, und diese verteilt der Kapitalist auf ganze Gruppen von Angestellten. Marx führt in diesem Sinn aus: »Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando des selben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, *managers*) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, *foremen, overlookers, contre-maitres*), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren. Die Arbeit der Oberaufsicht befestigt sich zu ihrer ausschließlichen Funktion.«²⁾ Der kapitalistische Unternehmer vereinigt nun in sich den Produktionsleiter mit dem Ausbeuter. Und im Hinblick auf diese Tatsache ist das Problem der vergesellschafteten Arbeit so gestellt: Erhaltung und Ausgestaltung produktionsleitender, aber Ausschaltung produktionsausbeutender Organe. Je umfangreicher und durchgebildeter das Zusammenspiel der Arbeiter im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ist, um so notwendiger ist natürlich die Direktionsleitung, aber auch um so schwieriger. Die Leitungsarbeit wird selbstverständlich ihre kapitalistisch-despotische Seite abstoßen. Der *Unteroffizier* wird verschwinden, ebenso der an seiner Arbeit uninteressierte Industriesoldat. Aber damit ist die Leitungsarbeit als solche nicht beseitigt. Der in genossenschaftlich-kameradschaftlichen Formen leitende Geschäftsführer und der an den Erfolgen seiner Arbeit teilnehmende genossenschaftliche Produzent erscheinen.

In der werdenden Arbeiterdemokratie betritt nun ein Führertum die Weltbühne, wie es bisher noch nie erschienen ist. Es entstammt der Arbeiterschaft selbst. Im Altertum gab es politisch-rechtlose Sklaven und Herrschaftsformen von Sklavenhaltern, im Mittelalter bedurfte die primitive Demokratie arbeitender Bauern keiner beruflichen Führer und Beamten, in der Neuzeit drängte sich der liberale Bourgeois den proletarischen Massen als Führer auf; und erst seit

¹⁾ Siehe Marx *Das Kapital*, 1. Band, 4. Auflage / Hamburg 1894/, pag. 394 ff.

²⁾ Siehe Marx, loc. cit., pag. 396.

der Chartistenbewegung und der Februarrevolution hebt die Arbeiterklasse aus ihren Reihen die Führer der Arbeiterbewegung empor. Nicht alle stellt sie, aber die Führer, die aus bürgerlichen Kreisen zum Proletariat stießen, herrschen sich den Massen nicht auf, sie treten als Gleichberechtigte unter Gleichberechtigten auf und werden von Arbeitern zu Arbeiterführern erkoren. Sie erscheinen als Gebende und nicht als Nehmende, Ausbeutende. Die Tiefe ihres Denkens und Empfindens macht sie zu Sozialisten, und sie versetzen sich so völlig in die Seele des Proletariats, daß sie klar die Forderungen aussprechen, die sich erst dunkel in dieser Seele formen. Proletarisch-sozialistisches Denken und proletarische Lebensweise fallen durchaus nicht zusammen. Die großen die sozialistische Theorie und Taktik beherrschenden Gedanken sind durchweg nicht im proletarischen Milieu, in der Mansarde des Fabrikproletariers entstanden.

Eine moderne Arbeiterdemokratie mit einem besondern Führertum greift also jetzt in die Geschichte handelnd und neugestaltend ein.

Bisher hat die sozialdemokratische Bewegung eine ganze Reihe tüchtiger Aufsätze über die Fragen der Arbeiterdemokratie aufzuweisen, aber zusammenhängende Werke über diese Probleme brachte sie nur in geringer Zahl heraus. Es war die Bewegung der *Jungen* in den Jahren 1891 und 1892, die im Anschluß an das neue Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei eingehend die Befugnisse der Massen und ihrer Führer in der politischen Bewegung diskutierte. Sie kehrte sich vor allem gegen die stramme zentralistische Organisation der Partei und legte den Schwerpunkt der Sozialdemokratie organisatorisch in die Massen hinein. Sie sprach von einer Diktatur der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und von der völlig ausgebildeten Herrschaftsstellung des Parteivorstands im Organisationsstatut. Die Führer wurden in den Kundgebungen der *Jungen* als völlig verbürgerlicht charakterisiert, denn sie hätten die Fühlung mit den Massen verloren und wären in kleinbürgerliche Situationen hineingerückt. Der revolutionäre Nerv wäre in ihnen gänzlich abgestorben, und sie gäben sich völlig in kleinbürgerlichen Reformaktionen aus, die den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates nur stützen könnten.

Fast 20 Jahre nach diesen lärmenden Anklagen der *Jungen*, die in einer Arbeit Hans Müllers zusammengetragen sind³⁾, ist aus der Feder des Genossen Robert Michels eine Arbeit erschienen, die ebenfalls zahlreiche Details über das vermeintliche Herrschertum verbürgerlichter sozialdemokratischer Führer zusammenstellt.⁴⁾ Michels hat in dieser kürzlich veröffentlichten Arbeit eine eingehende Analyse der Volksherrschaft und des Führertums gegeben. Seine Studie gipfelt in dem Satz: Die Demokratie läuft in eine Oligarchie, in eine Herrschaft der wenigen aus. Unter einer *Oligarchie* wird aber nicht nur eine Herrschaft der wenigen sondern auch die Herrschaft einer Gruppe korrupter sozialer Elemente verstanden, die in allen ihren Aktionen nicht von den Grundsätzen des Staats- oder Klassenwohls geleitet wird. Und es ist unverkennbar, daß dem Michelsschen Begriff *Oligarchie* auch die Nebenbedeutung einer Herrschaft führender, den Interessen ihrer Klasse entfremdeter Personen anhaftet.

³⁾ Siehe Müller *Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie* (Zürich 1892).

⁴⁾ Siehe Michels *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* (Leipzig 1910), pag. 191 ff. und 317 ff.

Daher nehmen auch in seiner Darstellung die Einzelheiten über die verbürgerlichten, selbstherrlichen Führer einen verhältnismäßig breiten Raum ein. Nun liegt den Michels'schen Ausführungen über das Gebaren der sozialdemokratischen *Parteioligarchen* eine gewisse ideale ethische Vorstellung von der proletarisch-sozialistischen Bewegung zugrunde, eine Vorstellung, die ausschlaggebend für seine Bewertung der sozialdemokratischen Führertätigkeit überhaupt ist. Diese Vorstellung leitet er durchaus nicht aus der Empirie, aus dem gegebenen Tatsachenmaterial her, sondern er konstruiert sich diese rein gedanklich. Der Sozialismus ist ihm der klarste Ausdruck des proletarischen Klassenempfindens. Der proletarische Sozialismus ist revolutionär und negiert alle Herrschaftsformen, er anerkennt deshalb grundsätzlich weder Führer noch Geführte. Der proletarische Sozialismus steht im ausgesprochenen Gegensatz zur bürgerlichen Welt, zu ihren ökonomisch-politischen Anschauungen und zu ihrer ganzen Lebensführung. Steigt der Beamte eines proletarischen Verbands nur um wenige Zoll über das gesellschaftliche Niveau des Durchschnittsproletariers empor, so verbürgerlicht er leicht. Bei seinen Untersuchungen arbeitet also Michels mit ganz bestimmten Wertvorstellungen, die er aus seinem Begriff von der rein sozialistisch-revolutionären, antirepräsentativen Bewegung gewinnt. Deshalb erscheint ihm schon der Parteiführer, der sein Augenmerk auf eine allmähliche ökonomische und politische Machterweiterung des Proletariats richtet und im Hinblick hierauf die vorhandenen bürgerlichen politischen Verhältnisse genau berücksichtigt und benutzt, als ein Apostat, als ein Verleugner der Grundsätze der rein proletarisch-sozialistischen Bewegung, die ein prinzipielles Brechen mit der bürgerlichen Gesellschaft strikt fordert. Michels wird zwar behaupten, daß er nur wissenschaftlich feststellt, aber nicht wertet, und daß er seine Idee des proletarischen Sozialismus, die ihm als Wertmesser gilt, aus der Erfahrungswelt direkt geschöpft hat. Er spricht vielleicht nach seiner Meinung nur das als Sozialismus an, was in den Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung Wirklichkeit war. Das ist eine Selbsttäuschung über die Sozialdemokratie der Vergangenheit, eine Selbsttäuschung, der sich in gleicher Weise wie Michels die Bewegung der *Jungen* hingab. Zur Sozialdemokratie der Vergangenheit gehört nicht allein der antiparlamentarische Revolutionär Liebknecht, sondern auch der Realpolitiker Schweitzer, neben Bebel und Karl Hirsch stellen sich die Lassalleaner Hasenklever, Fritzsche und Tölcke. Unter den Eisenachern selbst befinden sich wieder zahlreiche kleinbürgerlich-partikularistische Elemente, die sich erst nach und nach von dem proletarischen Sozialismus losgelöst haben.

Man gelangt zu einem windschiefen Urteil über die Sozialdemokratie, wenn man an ihre historischen Leistungen mit dem Maßstab eines fernliegenden freiheitlich-sozialistischen Ideals tritt. Das Ideal Michels' zeigt in der Tat keine Spur eines Repräsentationssystems mehr, ja, es schließt sogar das Herrschaftssystem und das Verhältnis von Führern und Geführten überhaupt aus. Das ist aber nicht das *sozialdemokratische Endziel*. Gewiß, wir kommen nicht ohne ein richtunggebendes Ideal im politisch-sozialen Kampf aus, aber wir umgrenzen dieses doch mit festeren Wirklichkeitslinien als Michels. Zunächst nähern wir uns aber diesem Ideal nur; und uns ist daher schon die Feststellung wertvoll, daß sich unsere Entfernungen vom sozialdemokratischen Ideal verkürzen.

Unser Ziel ist ein selbständiges, kämpfendes sozialdemokratisches Proletariat. Und da können wir konstatieren, daß vor 40 Jahren überhaupt nur ein winzig kleiner Prozentsatz Proletarier sozialistisch kämpfte. Eine Handvoll Führer und wenig vorgeschrittene Geführte, die aus dünnen Groschenbroschüren und einigen Zeitungsblättern ihr politisches Wissen schöpften. Heute ist der Prozentsatz unterrichteter Führer ebenso groß oder noch größer als früher der Prozentsatz der Geführten und Mitläufer. Und der Sozialismus der Proletarier von heute ist nicht mehr der reine autoritative Staatssozialismus Ferdinand Lassalles. Michels sieht aber die Sozialdemokratie trotz alledem im Krebsgang begriffen, weil die Führer dieser Partei Oligarchen geworden sind, Herrscher in bürgerlichen Situationen. Es ist meines Erachtens völlig verkehrt die Stellung eines Arbeiterführers zu einer taktischen und theoretischen Frage nur mit dessen Lebensverhältnissen zusammenzuketten. Wohin gelangen wir damit? Ein Gewerkschaftsbeamter zum Beispiel verdient 2200 Mark. Also ist er ein Gegner des Generalstreiks; denn er hat mit dem Scheitern des Streiks und mit dem Ruin der Organisation 2200 Mark zu verlieren. Die großen Wendungen in der Theorie und Taktik des Proletariats sind nicht aus den sogenannten *bürgerlichen Verhältnissen* der Parteiführer und aus deren autoritären Stellungen im politischen Leben hervorgegangen sondern aus veränderten Grundanschauungen über den Gang der politischen und sozialen Entwicklung und über die Bedeutung der schrittweise erfolgenden Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht für das Proletariat. Die Vorstellungen von dem schlechthin notwendigen katastrophalen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind in den Hintergrund getreten. Man hat die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an neue ökonomische und technische Organisationsformen erkannt, und man ist sich darüber klar geworden, daß nur ein ökonomisch und politisch machteroberndes Proletariat die kapitalistische Wirtschaftsordnung umwälzen kann. Dieses neue Erkenntnismoment wertet Michels überhaupt nicht. Für ihn erklären sich alle Abweichungen von der sogenannten *früheren revolutionären Taktik* der Sozialdemokratie nur aus dem Einfluß des verbürgerlichten, autoritären Führertums.

Ich will nun nicht bestreiten, daß in manchen Führern ein tüchtiges Stück Herrentum steckt, ich leugne nicht die Reformbedürftigkeit der Partei- und Gewerkschaftsverfassungen nach den demokratischen Seiten hin, ich bestreite aber entschieden die Existenz eines die Massen korrumpierenden, oligarchischen Führertums. Und die durchschnittliche Tüchtigkeit des deutschen führenden Arbeiterbeamtentums würdigt ja auch Genosse Michels im vollen Umfang. Wir finden in seiner Arbeit zwei sehr anerkennende Urteile über dieses Führertum. Michels schreibt: »Der Durchschnitt der Führer der Arbeiterparteien steht moralisch nicht niedriger sondern eher höher als der Durchschnitt der Führer der übrigen Parteien. Das ist auch von ausgesprochenen Gegnern des Sozialismus bisweilen bedingungslos zugegeben worden.« Und weiter: »Jeder, der der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung auch nur einigermaßen erkenntnisbeflissen gefolgt ist, weiß, welche Summe von Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit gerade in dem Teil des Proletariats vorhanden ist, welcher, von seinem Klassenbewußtsein durchdrungen, den Entschluß gefaßt hat sich seine Emanzipation zu erkämpfen; der weiß auch, wieviel Intelligenz, Pflichtsinn und zuhilgenetzende, stetige Arbeitskraft proletarisches

in allen Ländern entwickelt wird. Als Genossenschaftsleiter, Gewerkschaftsbeamter und Parteiredakteur ist der Proletarier vielfach, technisch betrachtet, geradezu ein Muster geworden, an dem sich die in adäquaten Stellungen befindlichen Kollegen von der Bourgeoisie häufig ein Beispiel nehmen können. Sieht so die proletarische Führeroligarchie aus, dann haben wir um unsere Freiheit nicht zu fürchten. Die proletarischen *Oligarchen* sind also den politischen Führern der Bourgeoisie, den Leitern bürgerlicher wirtschaftlich-genossenschaftlicher Unternehmungen an intellektuellen und ethischen Qualitäten überlegen. Und gerade die letzteren sichern uns vor einem Tyrannismus der Führer. Schon die politischen Führer der Bourgeoisie, obwohl sie viel unabhängiger von ihrer Klasse sind als die proletarischen *Oligarchen* von der proletarischen Masse, sind nie in eine die bürgerliche Gesellschaft beherrschende Stellung hineingerückt. Nicht Bassermann, nicht Naumann, nicht Zedlitz sind die Herrn der bürgerlichen Gesellschaft, sondern die Stinnes, Ballin, von Bohlen-Krupp, Friedländer, von Henckel-Donnersmarck etc. In allen politisch entwickelten Ländern ist von einer Diktatur der politischen Parteiführer nichts zu spüren. Viel gefährlicher sind überall die ökonomischen Machthaber, die Leiter der vertrauten Bank- und industriellen Unternehmungen etc. In dem demokratischen Amerika sind die politischen Führer nichts anders als die Sachwalter ökonomischer Herrschergruppen.

Kein Führertum in der Geschichte ist bisher ökonomisch und sozial so fest mit den Geführten verknüpft gewesen wie die Führer des Proletariats. Arbeiter sind meist ihre Brotgeber, und diese, in engen, gedrückten Verhältnissen lebend, messen ihnen wahrlich nicht überreichlich das Brot zu. Der proletarische Führer fußt vielfach noch im Proletariat oder nimmt höchstens sozial die Stellung eines Privatangestellten ein. Er steht selbst als Privatmann unter ständiger Kontrolle. In keiner Phase der sozialen Entwicklung haben bisher die Geführten einen so starken Einfluß auf die Führer gehabt wie in der Arbeiterdemokratie. Die moderne Arbeiterdemokratie hat in ihren Wahlvereinen wirklich Massenorganisationen geschaffen wie nie eine Partei zuvor. Sie hat durch Zwischenglieder die ganze Presse mit den Massenorganisationen verknüpft, und sie hält ökonomisch ihre Angestellten in engster Abhängigkeit von sich. Argwöhnisch wacht sie über ihre Führer, ob diese nicht ihre statutarisch fest umgrenzten Befugnisse überschreiten. Und heute bemühen sich die politischen und vor allem die gewerkschaftlichen Massen ihre Rechte gegenüber den Führern zu erweitern. Das proletarische Massenführertum ist kaum zwei Jahrzehnte alt, und mit großem Ernst werden bereits die Herrschafts- und Verwaltungsprobleme der modernen Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaftsverbänden diskutiert und Maßnahmen zur Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts der Massen getroffen. Ein kulturell hochbedeutsamer Zug der modernen Arbeiterdemokratie ist das Interesse, das diese der Fortbildung ihres Beamtentums und der geistigen Vertiefung ihrer Verbandsblätter zur Schulung der gewerkschaftlich-organisierten Massen zuwendet.

Die Führer sollen wirkliche Führende, Voranschreitende sein, und gerade die wegweisende Tätigkeit der Führer hat Genosse Michels bei seinen starken Befürchtungen, die er vor dem *autoritären* Charakter der Partei- und Gewerkschafts*oligarchen* hegt, stark unterschätzt. Nein, wenn der Arbeiterdemokratie eine Gefahr droht, so nicht von diesen Führern sondern umgekehrt von

dem dichten Netz kleiner Zirkel und Konventikel, die gerade auf der Autorität der Masse fußen und die Masse gegen die Führer ausspielen. Hier hat man es in der Tat mit einer Art Oligarchie zu tun, die der Bewegung Licht und Entwicklungsmöglichkeit rauben könnte. Dieser Gefahr begegnet man aber dadurch am besten, daß man das Vertrauen zu den verantwortlichen sachkundigen Führern stärkt. Führer vom Schlag eines Marx, Lassalle, Schweitzer, Auer haben die Grundlagen der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie geschaffen. Parlamentarische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Führer haben dann diese Fundamente ausgebaut und befestigt. Sie weckten erst vielfach das Interesse der Massen für die große proletarische Befreiungsfrage und organisierten die demokratisch-proletarischen Körperschaften.

Indem die moderne Demokratie der Arbeit unermüdlich an der geistigen Hebung der Massen und der Führer wirkt und schafft, vollbringt sie zugleich ein wichtiges, grundlegendes Stück kultureller Zukunftsarbeit, denn die Sozialdemokratie, die Demokratie der vergesellschafteten Arbeit, hat, um Höchstes und Vollkommenstes zu leisten, die führende Tätigkeit erlesener intellektueller Geister und sittlich erprobter Charaktere in ihren Dienst zu stellen.

XX
**ENGELBERT PERNERSTORFER · DER WERT DER
 ANTIKEN BILDUNG**

NUN ist es aber die spezielle Pflicht des Gebildeten das Bild von der Kontinuität der Weltentwicklung in sich so vollständig zu ergänzen als möglich; dies unterscheidet ihn als einen Bewußten vom Barbaren als einem Unbewußten; so wie der Blick auf Vergangenheit und Zukunft überhaupt den Menschen vom Tier unterscheidet, mag auch die Vergangenheit Vorwürfe und die Zukunft Sorgen mit sich führen, wovon das Tier nichts weiß. Und so werden wir ewig im Schaffen und Können die Bewunderer und in der Welterkenntnis die Schuldner der Griechen bleiben. Hier sind sie uns nahe, dort groß, fremd und fern.“
 JAKOB BURCKHARDT

BEREITS seit einer Reihe von Jahren streitet man in Deutschland und auch in Österreich über die Bedeutung, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der klassischen Bildung. Das Gymnasium, die Schule dieser Bildung, wird angefochten. Diese antihumanistischen Bestrebungen hatten mannigfache Erfolge. Es wurde eine Reihe von neuen Schultypen geschaffen. Aber man machte auch Versuche das eigentliche Gymnasium, in dem Latein und Griechisch gründlich gelehrt wurde, durch Verminderung und Einschränkung des Unterrichts in den alten Sprachen seines überlieferten Charakters immer mehr und mehr zu entkleiden.

Die Suche nach neuen Typen höherer Schulen ist vollständig gerechtfertigt. Solange wir nicht eine vollständige Reform des Unterrichtswesens haben, die bei der Volksschule anfangen müßte, und die wohl zunächst nicht zu erwarten ist, muß man, ziemlich unsicher tastend, daran gehen möglichst mannigfaltige Schultypen zu schaffen, um den vielfach verschiedenen Bedürfnissen des heutigen Lebens nach besonderen Arten der Vorbildung zu entsprechen. Alle Einrichtungen, die so auf dem Gebiet der Schule entstehen, haben durch die Bank etwas künstlich Konstruiertes, oft geradezu Gequältes an sich und werden den geäußerten Absichten niemals völlig entsprechen. Eine Zeit, die in sich zerrissen und in ihren herrschenden Schichten geistig richtungslos ist,

wird nicht gerade im Schulwesen zielweisend vorgehen können. Bei all diesen sogenannten *Reformbestrebungen* wird man froh sein müssen, wenn nicht direkt Schädliches und Zweckwidriges geschieht. Wo jedoch etwas derartiges im Zuge ist, muß laut widersprochen werden.

In der Tat aber geht der Wille der *Ganzmodernen* auf die Ausrottung des klassischen Gymnasiums. Zuerst versuchte man es radikal durch eine grundsätzliche Anfechtung des Wertes der antiken Bildung. Als die *Humanisten* mit starken Waffen sich wehrten, wählte man eine andere Kampfweise. Man wandte sich gegen das Übermaß des grammatischen Betriebs und verlangte seine Einschränkung, um zuletzt in diesen Tagen bei der Forderung anzukommen das Griechische aus den sogenannten *klassischen Gymnasien* hinauszurufen. Damit hätten aber diese Schulen zu existieren aufgehört. Wäre einmal das Griechische entfernt und die Grammatik auf das allernotwendigste eingeschränkt, so würde man bald zu der Erkenntnis kommen, daß dieser kümmerliche Sprachbetrieb nicht ausreicht, um einen etwas schwierigeren lateinischen Autor mit eigenem Bemühen zu lesen, man müßte Übersetzungen zu Hilfe nehmen, um schließlich sie selber an Stelle der Originallektüre zu setzen. Dann wäre der Zustand erreicht, den jene Quasimodernen herbeisehnen, die behaupten, daß die Übersetzungen hinreichen, um den Geist des Altertums zu erfassen. Nun soll nicht geleugnet werden, daß auch die Übersetzungen einen großen Bildungswert haben, und daß viele Tausende Gebildeter, die die antiken Sprachen nicht beherrschen, und auch die, die sie gelernt und wieder halb vergessen haben, mit Nutzen zu ihnen greifen werden. Durch diese Bemerkung gebe ich — dessen bin ich mir sehr bewußt — den Gegnern des humanistischen Gymnasiums eine wirksame Waffe in die Hand. Denn einer der schwersten Vorwürfe gegen das klassische Gymnasium ist der, daß diese Schule nur wenige im Lauf von 9, in Österreich 8 Jahren mit einer solchen Kenntnis der alten Sprache ausstatte, daß sie imstande wären auch in späteren Jahren ohne Schwierigkeit antike Autoren zu lesen. Denn 3 Haupteinwände sind es, die gegen das Gymnasium erhoben werden: Es überbürde die Schüler, es wende vom Leben ab, es vermittelte Kenntnisse, die rasch wieder vergessen werden.

Bevor ich in eine Erörterung dieser Einwände eingehe, muß ich vorausschicken, daß ich die Reformbedürftigkeit des heutigen klassischen Gymnasiums nicht leugne. All unser Schulwesen, von der Volksschule bis zur Universität, ist im höchsten Grade reformbedürftig. Was darüber zu sagen wäre, ließe sich in einem eigenen Artikel kaum andeuten, viel weniger begründen. Aber hier handelt es sich um das Prinzip der gelehrten Schule, von dem später noch ausführlicher geredet werden soll.

Vor allem die Überbürdungsfrage. In der Tat stellt das Gymnasium an seine Schüler keine geringen Anforderungen. Warum aber klagen darüber so viele Eltern und Schüler? Die Antwort ist so einfach, daß es mich wundert, daß ich sie noch nirgends gelesen oder gehört habe. Es kommen massenhaft Kinder ins Gymnasium, die für die geistige Arbeit, die hier von ihnen gefordert wird, weder Neigung noch Fähigkeit haben. Man schickt den Knaben ins Gymnasium, weil es eine Schule mit *Berechtigung* ist, weil fast alle staatlichen Anstellungen seine Absolvierung verlangen, und weil diese den jungen Mann alle Berufsmöglichkeiten öffnet. Wer selbst sich im Leben eine soziale Stellung errungen hat, der will auch seinem Sohn den Weg zu

einer solchen bahnen. Sicher war da nur das Gymnasium, daher der Zudrang zu dieser Schule.³⁾ Bei uns in Österreich will alles ins Staatsbeamtentum. Da ist die sichere Versorgung. In Deutschland mit seiner industriellen Entwicklung mag es etwas besser sein, gewiß ist aber auch dort der Drang in den Staatsdienst groß. Aus diesen Kreisen der Bureaukratie rekrutieren sich massenhaft die Schüler der Gymnasien. Zu ihnen kommen die Schichten der höhern und mittlern Bourgeoisie. Daß die Kinder aus den unteren Schichten des Volkes zum Gymnasialstudium kommen, scheint in Norddeutschland eine Seltenheit zu sein. Damit ist es in Österreich etwas besser bestellt. Wir haben eine einheitliche Volksschule, die allen Kindern, die etwa das 10. Lebensjahr erreicht haben, jenes nötige Wissen vermittelt, das sie für die Aufnahmeprüfung in die Mittelschulen brauchen. Bei uns kommt es wohl vor, daß selbst Kinder sehr armer Leute, auch von Arbeitern, die sich die schweren finanziellen Lasten durch 8 Jahre zu tragen getrauen, ins Gymnasium kommen. In solchen Fällen ist wohl die Vorbedingung zweifelsohne gegeben, der ich allgemeine Geltung verleihen möchte. Wer ins Gymnasium gehen will, soll vor allem anderen den Drang zum Lernen haben. *Der Sohn eines Hofrats muß ins Gymnasium gehen. Der herrschende Kastengeist verlangt es. Er würde sonst aus der Klasse fallen. Mag nun — und dies ist tausendmal der Fall — der Knabe weder dumm noch faul sein, er hat aber das Zeug zu jener besondern Art des Lernens nicht in sich, die das Gymnasium fordert: es nützt nichts, er wird weiter und weiter geschleppt und so um sein echtes Leben betrogen. Zuletzt ist eben jede Schule und besonders das Gymnasium kein Ringelspiel sondern eine sehr strenge und schwere Sache. Daher die erste Forderung an jeden Schüler: Er muß lernen wollen. Wer aber, um den Eltern keinen Kummer zu machen, aus bloßer Pflichterfüllung heraus, innerlich unzufrieden und lebensüberdrüssig sein tägliches Pensum absolviert und glücklich ist, wenn er alle Qual des Lernens hinter sich hat, der ist wahrscheinlich überhaupt für kein Studium, gewiß aber nicht für das Gymnasium tauglich. Ja, aus einem Gymnasiasten, der nicht neben den Aufgaben der Schule noch etwas anderes Ernstes treibt, wird nichts Rechtes.

Nun erhebt sich da freilich gleich ein schweres Problem. Der Knabe geht ungefähr mit 10 Jahren ins Gymnasium. Auch der lernbegierige und begabte kommt nicht gleich ins Fahrwasser. Da hängt nun alles vom Lehrer ab. Ich kam erst mit 12 Jahren ins Gymnasium und war nicht gerade der dümmste. Aber das Latein wollte mir nicht klecken. Aber ich wollte und wollte. Und unser alter Professor merkte es, und statt mir gleich in den ersten Wochen, wie er es hätte tun können, den Laufpaß zu geben, traute er mir, und als ich im zweiten Schuljahr über den Berg war, hatte er keine geringere Freude als ich. Das war aber auch ein rechter Lehrer, der alte P. Stefan bei den Schotten. Der Junge zwischen 10 und 14 Jahren ist fast immer völlig unausgegoren und unbestimmbar. Ob ein Knabe fürs Gymnasium taugt, dafür ist einzig und allein maßgebend, ob er Lerneifer hat, jenen spezifischen Gelehrtenlerneifer wie ihn das Gymnasium braucht. Ist

³⁾ Das ist übrigens in Deutschland heute schon wesentlich anders geworden, seit Preußen 1900 die Maturität des Realgymnasiums und der Oberrealschule der des humanistischen Gymnasiums gleichstellte. Um so weniger Veranlassung liegt vor auch dieses jetzt der Humaniora zu berauben, da die Parteiläger der Realien ja doch die volle Gleichberechtigung in den beiden anderen Anstalten haben.

der aber da, so ist bei dem Stand des heutigen Gymnasiums von Überbürdung keine Rede. Den Fall eines total unfähigen oder boshaften Lehrers, der ja auch vorkommt, übergehe ich, da er mit dem Prinzip nichts zu tun hat.

Wichtiger ist der zweite Einwand: das Gymnasium wende vom Leben ab. Da ist es nun freilich schwer nicht ausfallend zu werden. Alles in einem Menschen verarbeitete Wissen ist Leben und lebendigstes Leben. Wären wir Sozialisten an der Macht, würden wir Lehrstühle für Wissenszweige dotieren, für die der heutige Staat kein oder nur blutwenig Geld hat. Im Londoner *Britischen Museum* liegen, ich weiß nicht wieviel hundert, ägyptische Papyrusrollen unentziffert, weil die Wissenschaft der Ägyptologie nicht sehr einträglich ist und ihr sich nur wenige widmen. In Mesopotamien wären große alte Städte bloßzulegen, doch wir haben kein Geld für wissenschaftliche Expeditionen in großem Stil. Alle Wissenschaft ist eine Einheit. So dankbar wir allen sind, die sich dem Studium der Naturwissenschaft und Technik widmen, uns Sozialisten ziemt es am wenigsten eine Verachtung der Geschichtswissenschaft zur Schau zu tragen, uns, die wir von uns behaupten, daß wir die Träger der einzig haltbaren Geschichtsauffassung sind. Kein Zweig menschlichen Wissens führt vom Leben ab. Wir erkennen nur den unzerreißbaren Zusammenhang aller Wissenschaft an. Und ebenso den Zusammenhang aller Menschheitsgeschichte. Vom Vormenschen bis auf den heutigen Kulturmenschen sehen wir nur eine ununterbrochene Reihe. Was für die Entwicklung unserer Kultur von Bedeutung war, wollen wir erkennen. Was vor uns geleistet worden ist, das wollen wir übernehmen. Wir stehen auf den Schultern unserer Vorvordern. Ihre Eroberungen sind unsere Eroberungen, ihre Schätze sind unsere Schätze. Die diese geschichtlichen Zusammenhänge nicht begreifen, die die großen Kulturaufgaben der Menschheit nicht erfassen, die sich vor dem menschlichen Geist in seinen höchsten und ewigsten Errungenschaften nicht beugen: das sind die vom Leben am meisten Abgewandten. Wir als Sozialisten allem Leben und Lebendigen leidenschaftlich Zugewandten wissen, was die europäische Menschheit der Antike und ihrem Studium verdankt, wir wissen, daß in der klassischen Schule Männer wie Marx und Lassalle ihre Waffen geschmiedet haben, um sie dann in der Wissenschaft mit einer Bravour zu führen, die von wenigen anderen erreicht, kaum von einem übertroffen wurde.

In der Tat ist für Männer aller Wissenschaften das Gymnasium eine Schule, die durch keine andere zu ersetzen ist. Keiner kennt ganz seine eigene Sprache, der nicht auch eine andere gelernt hat. Gewiß fördert ein solches intimes Verstehen der Muttersprache auch das strenge Studium einer modernen Kultursprache. Aber nie in dem Maß wie das Studium der beiden antiken Sprachen. Denn alle modernen Kultursprachen stehen sich im grammatischen Bau zu nahe, eben weil sie zeitlich so eng beisammen wohnen. Von Latein und Griechisch trennen uns viele Jahrhunderte. Beide Sprachen sind wieder unter einander sehr verschieden. Beide haben sprachlich und sachlich die Kulturentwicklung aller europäischen Völker durch Jahrhunderte beeinflusst. Eine gelehrte Bildung ist ohne ihre Kenntnis undenkbar oder doch bedenklich lückenhaft. Das Studium der Grammatik insbesondere der lateinischen Sprache hat einen Wert, der nicht wegzuleugnen ist. Der junge Mensch vollführt schon mit 11 oder 12 Jahren logische Konstruktionen oft sehr feiner Art, lange bevor er auch nur von dem Wort *Logik* etwas gehört

hat. Daher darf das Gymnasium nie von der Forderung ablassen, daß aus dem Deutschen ins Lateinische übersetzt werde. Dabei schärft sich der Verstand in einer Weise, die die Schulmathematik noch nicht erreichen kann. Im übrigen soll der Betrieb in der Mathematik im Gymnasium ja nicht eingeschränkt werden; nur sollte man ihn mehr auf den philosophischen Eigenwert der Mathematik, nicht auf deren Anwendbarkeit auf andere, empirische Wissenschaften stellen. Es ist auch im allgemeinen nicht wahr, daß jeder grammatische Unterricht trocken und pedantisch sei. Das kann ja natürlich der Unterricht in jedem Gegenstand sein. Aber grammatischer Unterricht kann, besonders auf höheren Stufen, im höchsten Grad anregend gemacht werden. Vor allem ist sein Betrieb in seinem Wesen allem Schwindel abhold. Die Dinge, um die es sich da handelt, sind streng, bestimmt, unerbittlich. Aber die vielen Ausnahmen! Ein Glück, daß sie da sind. Daß der Knabe sofort bei den ersten Schritten seines wissenschaftlichen Lebens lernt, daß auch die Sprache, dieses edelste, feinste und herrlichste Instrument, das der Mensch sich geschaffen hat, wie alles im Leben und das Leben selbst, irrational ist. Darüber werden alle Rationalisten nie hinüberkommen, weil diese irgendwo, irgendwann und irgendwie zum Vorschein kommende Irrationalität zum Wesen der Welt gehört. Die Grammatik gewährt, richtig betrieben, logische Schärfung und ästhetischen Genuß. Dabei lasse ich alle praktischen Vorteile, die das Studium der lateinischen Sprache gewährt (die leichte Erlernbarkeit aller romanischen Sprachen, ihre Notwendigkeit für gewisse Fachbetriebe usw.) völlig beiseite. Solche Vorteile hat das Griechische gar nicht. Man hat sich zwar angewöhnt das Griechische für gewisse sprachliche Neubildungen anzuwenden; aber diese neuen Worte lernt man wie andere Fremdworte leicht verstehen und gebrauchen.

Während man dem Latein eben wegen gewisser praktischer Notwendigkeiten noch einigermaßen eine Berechtigung zuerkennt, geht man mit förmlicher Wut gegen das Griechische. Aber Latein und Griechisch sind unzertrennlich, erst beide zusammen geben uns das gesamte antike Leben, dessen Bedeutung für die menschliche Kultur so unermesslich, so fundamental ist, daß wir arm bis zur Bettelhaftigkeit wären, wenn man es aus der Geschichte der Menschheit wegnehmen könnte. Schon um unsere eigene Geschichte zu verstehen, müssen wir die Geschichte der antiken Völker genau kennen. Auch der gymnasiale Geschichtsunterricht sei verfehlt, meinen die Gegner des Gymnasiums, weil ungleich mehr Gewicht auf die Geschichte des Altertums gelegt werde als auf die der folgenden Jahrhunderte. Gerade die politische Bedeutung des antiken Geschichtsunterrichts ist nicht hoch genug anzuschlagen. Die Kenntnis der staatlichen und sozialen Einrichtungen der Griechen und Römer gibt Erkenntnisse tiefster Art, zu denen hinzuleiten, wie ich fürchte, den meisten Gymnasiallehrern der Geschichte, auch wenn sie es verstünden, wohl nicht erlaubt sein würde. Aber es ist nicht der Zusammenhang der beiden antiken Kulturen allein, der uns für das Griechische einzutreten veranlaßt, es ist vor allem der einzigartige Charakter des griechischen Volkes, seiner Kunst und seiner Literatur, die uns zwingen das Lehren und Lernen der Sprache dieses Volkes, das mit auf der höchsten Höhe unter den Völkern der Erde stand, als durchaus notwendig zu fordern. Einmal hat es auf der Erde ein Volk gegeben, dem es vergönnt war noch in den Anfängen der bewußten Menschheitsgeschichte auf die glücklichste Art

die Einflüsse fremder Kulturen mit der eigenen Begabung zu einer neuen Einheit zu verschmelzen und so die höchsten Gipfel des Gedankens und der Kunst zu erreichen: und wir sollten je aufhören seine Sprache zu lieben und zu studieren, eine Sprache, an Wohlklang wahrscheinlich ohnegleichen, an Biegsamkeit und Fülle vielleicht nur vom Sanskrit und vom Deutschen erreicht, eine Sprache, in der Dichternamen wie Homer, Aischylos und Sophokles glänzen, Namen von unvergänglicher Hoheit und Größe? Wir verlangen von der Schule, daß sie Anschauliches geben solle. Gibt es etwas Anschaulicheres und den Geist mehr Schärfendes als die beiden antiken Völker und ihre Sprachen? Hier die Römer mit ihrem praktischen Sinn, schlaue Politiker, große Feldherren, Meister des kriegerischen Handwerkszeugs, glänzende Techniker, bedeutende Straßenbauer, tüchtige Staatsmänner. Und ihre Sprache, wie aus Quadern gefügt, klangvoll in der Strenge, knapp im Ausdruck, fest, sicher. Dort die Hellenen mit ihrem blitzenden Geist, mit ihrer leidenschaftlichen Kunstliebe, mit ihrem grübelnden Tief-sinn, Schwarmgeister im edelsten Sinn, zu allem Schönen maßlos begabt. Und ihre Sprache glänzend wie die Sonne von Hellas, rauschend wie die Wellen des Meeres, dahingleitend im wogenden Rhythmus. Ich kann nicht umhin hier eine Stelle aus Jakob Burckhardt zu zitieren, die auch besonders für uns Sozialisten eine schöne und nachdenkliche, große Bedeutung hat:

»Vor allem kommt die wunderbar reiche, biegsame und metrisch allseitige Sprache, eine Mutter und Vorbedingung der Poesie wie der Philosophie, in Betracht, von der man nur immer wissen möchte, wann und wo sie diese Ausbildung erreicht hat, die für die Poesie Zeugnis und Vehikel zugleich war. Ein Volk, das eine solche Sprache besitzt, hat unter allen Umständen einen völlig gelösten und beweglichen Geist, und zugleich wird die Sprache ein hohes Werkzeug der Poesie werden. Durch sie konnte der epische Ausdruck für Erzählung und Schilderung bei den Griechen jene große Überlegenheit über alles gewinnen, was wir von anderen Völkern Episches haben; es ergab sich jene durchgehende Höhe von Anschauung und Darstellung, welche bei diesem Volk das Allverständliche und Selbstverständliche und höchst volkstümlich gewesen sein muß. Fördernd war ferner, so gut wie für die bildende Kunst, die Vielartigkeit des Lebens, die bei den vielen Stämmen und Staaten überall unabhängige Denkweisen aufkommen ließ, und für die die Vielheit der urzeitlichen Sängerkunst charakteristisch ist; auch hier ist bei den Griechen selbstverständlich, daß es einzelne bestimmte Individuen sein müssen. Und dazu kommt die wenige Knechtschaft in den alten Zeiten und die Einfachheit der Beschäftigungen, mit einem Wort: die Muße, welche jedem, der es vermochte, gestattete die Welt bildlich zu empfinden und in Wort und Lied darzustellen. Es konnte sich Geist entbinden, wie jetzt nirgends auf der Welt.«²⁾

In diesem Bild zweier Völker hat man die Bilder aller Völker und Menschen. Dort die Menschen der Tat, ohne Phantasie, hier die Menschen der Kunst, Sinnfälligkeit in jedem Wort. Griechen und Römer; das sind wohl die größten nationalen Gegensätze in der Geschichte innerhalb eines und des selben Kulturkreises. An diesem Gegensatz lernt man die Tatsache der Nationalität in ihrer innern Gesetzmäßigkeit und gegebenen Notwendigkeit kennen und bleibt vor jenem falschen Internationalitätsgedanken gefeit, der seine Erfüllung in einer Dekomposition der Nationen und in ihrer Verschmelzung sieht, der von dem Idealismus eines edlen Kosmopolitismus ebenso weit entfernt ist wie von dem Realismus einer ehrlichen Tatsachenbetrachtung. So gibt die Kenntnis der alten Welt wertvollste Erkenntnisse für das Leben,

²⁾ Siehe Burckhardt *Griechische Kulturgeschichte*, 3. Band, 3. Auflage (Stuttgart 1900), pag. 67. Noch sei auf den 4. Band des selben Werkes hingewiesen, in dem der Verfasser eine glänzende Charakteristik der griechischen Sprache gibt (pag. 13 ff.).

insofern dieses gerade auf praktische Betätigung gerichtet ist. Keine andere Phase der Geschichtsentwicklung gibt uns diese Einsichten so klar und unwidersprechlich, weil keine eine so fertige Abgeschlossenheit und für das Beispiel so wichtige Isoliertheit hat.

Für die Deutschen nun hat die Antike eine noch ganz besondere Bedeutung. Der westfälische Friede war geschlossen /1648/. Das deutsche Volk und das deutsche Reich schienen dem Untergang geweiht. Jene höchste Blüte nationaler Kultur, die Dichtung, war bis zu einem Grade tot, daß ihr sogar das notwendige Mittel, die dichterische Sprache, fehlte. Alle künstlerische Tradition in der Poesie war erloschen. Man wußte nichts mehr von der Produktion der mittelhochdeutschen Literatur, kaum daß sich noch dichterischer Geist in kirchlichen Gesängen und Liedern der Straße äußerte. Politisch ohnmächtig schienen die Deutschen auch literarisch die Sklaven des Auslands, zumal Frankreichs, werden zu sollen. Da erschienen 1748, gerade 100 Jahre nach dem westfälischen Frieden, die drei ersten Gesänge des *Messias*. Die Deutschen hatten wieder eine poetische Sprache. Ihre Schöpfung ist das Verdienst, um dessen willen Klopstocks Name unsterblich bleiben wird. Sie so herrlich zu schaffen gelang ihm nur durch das Studium der Antike. Jetzt erst konnte jene großartige Zeit der deutschen Literatur beginnen, als dessen leuchtendste Sterne wir bloß Goethe und Schiller zu nennen brauchen, jene Epoche, die eine literarische und wissenschaftliche Periode einleitete, wie eine solche innerhalb zweier Menschenalter wohl kein anderes Volk reicher, größer und schöner aufzuweisen hat, jene Periode, die den eigentlich weltgeschichtlichen Ruhm des deutschen Volkes ausmacht, und die ihm Unsterblichkeit sichert, wenn auch der letzte Deutsche tot wäre.

Man kann ruhig sagen: Ohne die Antike hätten wir keinen *Faust*, keine *Iphigenie*, keinen *Tasso*, das heißt die Welt wäre um drei Kunstwerke ärmer, die allein genügen sie mit nie erlöschendem, schimmerndem Glanz zu durchhellen. Man wird einwenden, Goethe und Schiller hätten kein Gymnasium besucht. Das ist hinfällig. Ihre Schulbildung war auf dem Boden aufgebaut, auf dem heute das Gymnasium steht. Und wir wissen, wie sich beide um die alten Sprachen bemüht haben. Es sei mir erlaubt mich selbst hier zu zitieren. Im Januar 1908 veranstaltete die österreichische Regierung eine Mittelschulenquete, um über die vielfachen Reformideen Sachverständige zu vernehmen. In den vorher in der Wiener Öffentlichkeit lebhaft geführten Diskussionen, die sich immer wieder um die Berechtigung des klassischen Gymnasiums drehten, hatte ich mehreremal ausführlich und leidenschaftlich das Wort ergriffen, und das war wohl der Grund, warum das Unterrichtsministerium auch mich als Experten beizog. Auch etwas, was in dem politisch so rückständigen Preußen unmöglich wäre. Wir österreichischen Sozialdemokraten unterscheiden uns programmatisch in nichts von unseren Genossen in Deutschland. Unsere Regierung ist genau die selbe Klassenregierung wie in Preußen. Sie denkt gerade auch nicht freier als diese. Sie ist auch in letztem Ende reichlich hochmütig. Aber sie ist in gewissen rein menschlichen Dingen, ich weiß nicht, soll ich sagen: gemüthlicher oder weniger banausisch. Ich kam in der Enquete natürlich zu Wort und hielt eine ziemlich ausführliche Rede. Unter anderm faßte ich den Wert des klassischen Gymnasiums in einigen Worten zusammen, die meines Erachtens das am meisten ausschlaggebende Argument für den klassischen Unterricht anführen,

und die zugleich, wie ich glaube, seinen praktischen Wert in höherm Sinn erweisen:

»Das alte Gymnasium vermittelt wirklich in einer bisher durch einen andern Typus noch nicht erreichten Weise Bildung. Unter allgemeiner Bildung verstehe ich nicht von allen möglichen Dingen etwas zu wissen sondern die Fähigkeit die Umwelt zu sehen und zu beherrschen, sich orientieren zu können, die Umwelt zu durchdringen. Die Naturwissenschaften haben gewiß einen größern Wissenswert als die Humaniora, aber die Humaniora haben einen tausendfach überlegenen Bildungswert gegenüber den Naturwissenschaften. Der Unterricht in den alten Sprachen gibt die Fähigkeit zur theoretischen Disposition, also zu wissenschaftlicher Arbeit und zu starkem Abstraktionsvermögen. Was wir von der Mittelschule wollen, ist, daß Leute herangebildet werden, die die Fähigkeit haben die Dinge im Zusammenhang zu erkennen, insbesondere die Erkenntnis theoretischer Grundlagen und Beziehungen nach allen Richtungen zu durchschauen. Ein griechischer Intellektueller des Perikleischen Zeitalters hat in Naturwissenschaft nicht so viel gewußt, wie heute ein Volksschüler bei uns weiß und war ohne allen Zweifel viel gebildeter als die meisten sogenannten *Gebildeten* unserer Zeit, gewiß gebildeter als manche tüchtige Direktoren einer Fabrik, Chemiker oder dergleichen.«

Und nun zum dritten Einwand: das Gymnasium vermittele Kenntnisse, die rasch wieder vergessen werden. Das ist richtig. Das gilt aber für jede Schule. Daran ist zum Teil der allgemein geübte heutige Schulbetrieb schuld. Er ist pedantisch, unzweckmäßig. Es wird für die bestimmte Schulstunde gelernt. Und gerade da macht der Sprachunterricht eine Ausnahme. In seinem Fortschreiten fordert er, daß jederzeit das vorher Gelernte gegenwärtig sei. Im übrigen ist der Vorwurf, daß die Gymnasiasten nach Verlassen der Schule nicht mehr Latein und Griechisch lesen und in ein paar Jahren, falls sie wieder einen alten Text vor sich hätten, nur mit Mühe oder gar nicht mehr imstande seien ihn zu enträtseln, nur dann stichhaltig, wenn er sich auf solche bezieht, die besser getan hätten dieses Studium von Anfang an zu lassen. Das muß ein ausnehmend schlechtes Gymnasium sein, das seine Schüler mit dem Reifezeugnis entläßt, ohne ihnen soviel beigebracht zu haben, daß sie, wenn sie in späteren Zeiten zu den alten Sprachen zurückkehren, nicht imstande wären sich rasch wieder einzuleben. Viele führt das Leben in anstrengende Arbeit, die ihnen nicht viel Muße läßt, und viele scheinen nach Jahren wirklich das meiste vergessen zu haben. Aber selbst der Einwand, daß die Kenntnis der alten Sprachen nicht hafte, beweist nichts. Ich weiß nicht, wie viele, die sich im weitem Leben nicht besonders mit der Physik beschäftigt haben, einige Jahre nach der Schule noch imstande wären das Mariottesche Gesetz zu erklären. Natürlich hat die Schule Kenntnisse zu vermitteln, aber es ist sehr die Frage, ob dies ihre vornehmste Aufgabe ist. In der erwähnten Mittelschulenquete wurden auch Wünsche auf Aufnahme neuer Wissenschaften in den Betrieb der höheren Schulen laut. Unter anderen wurde auch gefordert, daß die Soziologie als eigener Gegenstand gelehrt werden solle. Ich wies darauf hin, mit wie großem Recht Marx sich dagegen ausgesprochen habe Wissenszweige in der Schule zu tradieren, die noch mitten in der Entwicklung stehen, und um die der Streit des Tages tobt. Manche scheinen überhaupt der Meinung zu sein, die Aufgabe der Schule sei den Schüler mit Wissen vollzupropfen. Das ist eine durchaus unheilvolle Meinung. Gerade ein solches Bestreben erfüllt den jungen Menschen in der Regel mit Ekel vor der Wissenschaft. Schließlich ist er ja nicht ein willenloser Darm, den seine Peiniger mit totem Wissensstoff ausstopfen. Er ist nicht für den Lehrer da, die Lehrer und die Schule sind für ihn da.

Ich predige nicht weichliches Mitleid mit ihm. Er muß ja so geartet sein, daß ihm das Lernen keine Qual sondern eine Lust ist. Aber er ist dabei doch ein Mensch mit seinem eigenberechtigten jugendlichen Leben, das sich bewähren will. Man scheint wirklich zu glauben, daß der junge 18- bis 20jährige Mensch, wenn er die Schule verläßt, außer dem, was er für seinen Beruf braucht, nie mehr etwas lernen wird. Daher müsse man ihm schon in der Schule alles eingießen, was zu wissen die moderne Bildung verlangt. Eine übermäßig törichte Anschauung. Wer das klassische Gymnasium mit Liebe durchgemacht hat, der ist wissenschaftlich orientiert, vorausgesetzt, daß, wie wohl angenommen werden kann, auch die naturwissenschaftlichen Disziplinen ausreichend gepflegt werden. Er hat auf den Gebieten der Sprache, der Mathematik, der Geschichte und der Naturwissenschaft ein haltbares Fundament. Er ist befähigt — und das ist die Hauptsache — weiter wissenschaftlich zu arbeiten. Und so stehe ich nicht an, auf die Gefahr hin, daß diese Meinung ketzerisch erscheint, zu erklären, daß die höhere Schule den Hauptzweck hat das Lernen zu lehren. Wer von seiner Jugend an den Lerntrieb im Leibe hat, der hört doch mit Beendigung seiner Examina nicht auf zu lernen, auch wenn er nicht ein eigentlicher Mann der Wissenschaft ist. Wer eine gute Gymnasialbildung hat, steht vor keiner wissenschaftlichen Sache völlig hilflos da. Freilich, es gibt genug traurige Burschen, die nach ihrem Fachexamen kein ernstes Buch mehr anschauen, sich in keine ernstes Studium erfordernde Frage mehr vertiefen. Es fehlt wahrlich nicht an ihnen, aber sie sind, hätten sie gleich ihre Prüfungen mit Auszeichnung gemacht, nur Abfallprodukte gelehrter Bildung. Denn diese Bildung erzeugt, wenn sie echt ist, keine satte Zufriedenheit, keine hohle Blasiertheit, sondern fortgesetzten Eifer und gesteigerte Lernfreudigkeit.

Nicht also das entscheidet, was wir an positiven Kenntnissen von der Schule mitbringen, sondern wie weit sie unser Gehirn ausgebildet hat. Daß dieses logisch zu arbeiten versteht, daß es ganz allgemein die Fähigkeit hat aufzufassen und aufzubewahren (Übung des Gedächtnisses, wogegen man jetzt auch eifert), dafür haben wir der Schule am meisten zu danken. Was wir dabei an Detail vergessen haben, ist von untergeordneter Bedeutung und kann ja so leicht wieder hergestellt werden. Könnte das Beil reden, so möchte es vielleicht sagen: Ich weiß nicht, wer mich geschärft, und womit er mich geschärft hat; aber ich habe eine Freude an der Schärfe meiner Schneide, die sich bewähren wird. Es ist nur zu begreiflich, wie das geistreiche Wort entstehen konnte: Bildung ist die Summe dessen, was man vergessen hat.

Das moderne Proletariat ist wissensdurstig und bildungshungrig. Der Staat hat für seinen materiellen Hunger nichts übrig. Noch weniger indessen für seinen geistigen. Ja, es gibt auf den Universitäten Deutschlands Bildungsprotzen, die das Verlangen des Volkes nach Wissen und Bildung geradezu verachten, die Wissen und Bildung für das Privileg der bevorrechteten Klassen ansehen. Ohne Privilegien können sich diese Würdigen die Welt nicht vorstellen. Die sozialdemokratischen Parteien suchen überall dem Bildungsstreben des Proletariats entgegenzukommen. Sie suchen insbesondere auch Schulen zu errichten, in denen die Arbeiter in jene Wissenschaften eingeführt werden, die für sie ein so besonderes Gewicht haben: Geschichte, Nationalökonomie, Gesetzeskunde. Solche, die Drang und Fähigkeit haben, werden in Kurse vereinigt. Aber diese Kurse können nicht lange dauern. Das ganze Gebiet

dieser Gegenstände kann nicht abgehandelt werden. Es ist dies auch nicht notwendig, denn da existieren gute Bücher. Was kann also eine solche Schule leisten? Entweder sie gibt dogmatisch vorgetragenen und aufgenommenen Wissensstoff. Dann ist sie schlecht und unzulänglich. Oder sie leitet ein und an, sie lehrt ihre Schüler, wie sie weiter lernen können. Dann ist sie gut und erfüllt ihren Zweck. Wir sehen auch hier: Das Wertvollste an der Schule ist, daß sie das Lernen lehrt.

Zuletzt wird von manchen Seiten unter dem Kampfruf, die Schule müsse national sein, auch gegen das Gymnasium gefochten. Die Schule ist von Natur aus national. Sie beginnt auf der untersten Stufe mit dem Sprachunterricht, und die Sprache, Geschichte und Kultur des eigenen Volkes bildet die natürliche Grundlage der Schule. Bei uns in Österreich ist außerdem das deutsche Gymnasium die einzige Schule, die den Schülern jene Kenntnis der mittelhochdeutschen Sprache beibringt, die sie befähigt sich mit dem literarischen Geistesleben des deutschen Volkes in älterer Zeit bekannt zu machen. Wie man auch immer das deutsche Gymnasium konstruieren möge: wenn es die Antike nicht kennen lehrt, so erfüllt es auch seine nationale Aufgabe nicht, denn das deutsche Geistesleben hängt mit der Antike unzerreißbar zusammen. Schon deswegen muß die Existenz einer gelehrten Schule aufrecht erhalten bleiben, weil immer ein Stock von Deutschen da sein muß, die diesen Zusammenhang durch die intime Kenntnis der Antike, wozu auch die Beherrschung ihrer Sprachen gehört, weitervererben und weiterpflegen. Eine umfassende Gelehrsamkeit ist ohne die Basis der Antike undenkbar. Nun ist das Ideal der Menschheit gewiß nicht der Gelehrte. Dieses Ideal bleibt der seiner Persönlichkeit bewußte t ä t i g e Mensch. Das ist der ganze Mensch im Sinne Goethes, der gesagt hat: »Auch der Geringste, wenn er ganz ist, kann glücklich und in seiner Art vollkommen sein.« Aber wir können den universal gebildeten Gelehrten nicht entbehren. Er ist für unser Geistesleben schlechthin notwendig. Natürlich ist es auch nicht bedeutungslos, wie groß die Zahl jener in einer Nation ist, die nach gelehrter universaler Bildung mit Ernst und Eifer streben. Daher brauchen wir die gelehrte Schule, das Gymnasium mit Lateinisch und Griechisch.

Schließlich könnte noch die Frage aufgeworfen werden, ob wir Sozialdemokraten ein besonderes Interesse daran haben die heutige Bourgeoisie darin zu stören, wenn sie, politisch trostlos zurückentwickelt, nun auch daran geht kulturell zu degenerieren. Da sage ich nun herzlich und ohne Zögern: Ja, wir haben ein Interesse einzugreifen. Es ist gar nicht unser Vorteil, daß das deutsche Bürgertum politisch so gesunken ist, und es ist nicht unser Nutzen, wenn noch mehr Quellen geistiger Entwicklung verschüttet werden. Daß wir deutschen Sozialdemokraten den Kampf für die bürgerliche Freiheit fast allein führen und führen müssen, mag uns bei Wahlen manche Stimme eines wirklich freisinnigen bürgerlichen Wählers gewinnen machen, aber es ist doch eine schwere Belastung für uns, die wir die Partei der sozialen Umgestaltung sind. Wir können nicht unser soziales Endziel erreichen, bevor wir die politische Freiheit erobert und gesichert haben.

Wenn nun ein banausischer Geist unserer Zeit taugliche Elemente des Wissens und der Bildung ausschaltet, so werden wir recht viel Mühe aufwenden müssen, um sie wieder einzufügen. Ist das menschliche Leben nicht sinnlos, so bedeutet es Entwicklung, Aufstieg Vollendung. Wir können mit den Worten des Evan-

geliums sagen: Wir sind nicht gekommen das Gesetz aufzuheben sondern es zu erfüllen. Auf dem Weg zu den Höhen der Menschheit brauchen wir viele Hilfen. Vor allem wollen wir alles, was an Kulturarbeit vor uns geleistet wurde, erst recht lebendig machen. Wir kämpfen den Befreiungskampf der Menschheit zuerst und tagtäglich mit den Waffen des Geistes. Der menschliche Geist hat sich gebildet und ausgebildet von Anbeginn an. Er hat eine Waffenkammer geschaffen, die größer und gewaltiger ist als die militärischen Rüstkammern der ganzen Welt. Diese Waffen des Geistes sollen uns nicht verrosteten und verderben. Was gelernt wird und wo gelernt wird in der Welt: es dient schließlich uns, mag es auch heute sich scheinbar gegen uns wenden. Wir haben das größte Interesse daran, daß uns das Vermögen nicht vertan werde, das wir einstmals übernehmen wollen.

WOLFGANG HEINE . DIE FREIE ADVOKATUR IN GEFAHR



UF der Tagesordnung des deutschen Anwaltstags, der am 12. und 13. September in Würzburg zusammentritt, steht als erster und wichtigster Punkt die Frage *Empfehlen sich gesetzgeberische Maßregeln gegen eine Überfüllung des Anwaltsstandes?* Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Anwaltstag sich im Prinzip für irgendwelche Beschränkungen der Zulassung zur Advokatur aussprechen könnte. Die darauf hinzielenden Treibereien haben namentlich in Süddeutschland viel Anklang gefunden, und bei der Lage von Würzburg werden diese Gebiete des Reichs besonders stark vertreten sein. Als Rechtsanwalt und Politiker fühle ich mich verpflichtet gegen dies kurzsichtige Beginnen, dessen verderbliche Folgen jedem klar sein sollten, der sich nicht geflissentlich die Augen versperret, Protest zu erheben.

Es wäre im Rahmen dieses Aufsatzes undurchführbar und für die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* auch ohne hinreichendes Interesse, wollte ich auf alle Einzelfragen eingehen, die bei dieser Gelegenheit aufgerollt worden sind; ich erörtere deshalb nur die wichtigsten Punkte.

Bis zur Reichsjustizgesetzgebung, die am 1. Oktober 1879 in Kraft trat, war im größten Teil des Reichs die Rechtsanwaltschaft ein Amt, man konnte sagen: eine Pfründe, die die Regierung zu verleihen hatte, und womit sie vielfach ihr genehme Richter für *gute Gesinnung* belohnte. Denn bei der im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung viel zu kleinen Zahl von Anwälten, die künstlich beschränkt erhalten wurde, garantierte die Advokatur große Einnahmen. Damals waren die Rechtsanwälte im Durchschnitt politisch konservativer als der zum Radikalismus neigende Richterstand und traten — von einigen liberalen Parteiführern abgesehen — weniger einflußreich hervor. Der Liberalismus, vertreten namentlich durch Gneist, forderte und erlangte damals die Freiheit der Advokatur: ihre Unabhängigkeit von der Regierung und die Zulassung jedes Bewerbers, der die Befähigung zum Richteramt nachgewiesen hatte, wenigstens in seinem Bundesstaat. Ausnahmen wurden nur beim Reichsgericht gemacht. Der 1. Oktober 1879 brachte eine große Zahl nicht nur fähiger sondern zum Teil hervorragender Männer in die Anwaltschaft. Seitdem ist unter der Herrschaft der freien Advokatur die Rolle, die der Anwalts-

stand im Leben der Nation spielt, immer bedeutender geworden, sein Einfluß mehr und mehr gewachsen und jetzt wohl hundertfach größer als zur Zeit der abgeschlossenen Zahl, des *numerus clausus*.

Rechtsanwälte findet man auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens tätig, von den Bankdirektionen und den juristischen Bureaus großer technischer Unternehmen bis zu den Arbeitergewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Rechtsanwälte nehmen führende Stellungen in der Selbstverwaltung, namentlich den Stadtvertretungen, ein, stehen überall in erster Reihe der politischen Parteikämpfe und stellen einen erheblichen Teil der Parlamentarier im Reich und in den Bundesstaaten. Der Beruf des Anwalts bringt es mit sich, daß er der Vertrauensmann des Publikums, der Vertreter seiner Interessen auch im öffentlichen Leben wird. Die besondere Art der advokatorischen Arbeit schärft den kritischen Blick, die Unabhängigkeit des Anwalts von der Regierung ruft ihn besonders auf die oppositionelle Seite.

Solche Freiheit von bürokratischem Zwang ist dem Polizeistaat an sich zuwider. Daß fortschrittliche und später sogar sozialdemokratische Rechtsanwälte sich Ansehen und Einfluß erwarben, stand im Widerspruch zur üblichen politischen Gesinnungsriechei, die am liebsten jeden Vertreter freier Auffassungen von allem ausschließt, was mit dem Staat zusammenhängt, und ihm die Ehre abspricht. Dieser Ärger zeigt sich in kleinen Schikanen. Der alte Munckel, einer der hervorragendsten Anwälte Deutschlands, mußte lange Jahre auf den Justizratstitel warten, tätige Sozialdemokraten sind gänzlich vor dieser Ehrung gesichert und erfahren Schwierigkeiten, wenn sie einen Ferienvertreter bestellt haben wollen. Aber gelegentlich zeigt die Regierung, daß sie auch anders kann; als sie die Freisinnigen im Block hatte, mußten einige ihrer Führer sogar die Ernennung zu geheimen Justizräten über sich ergehen lassen. Daß diese kleinlichen Maßregeln auf die Betroffenen Eindruck machten, werden ihre Urheber kaum selber glauben. Die Versuche die Ehrengerichtbarkeit gegen politische Überzeugungen und Handlungen mobil zu machen sind bisher gescheitert, wenigstens soweit sie auf geradem Weg angestellt wurden; aber die Anklagen gegen Dr. Karl Liebknecht zeigen, was man gern möchte. Je mehr Schlappen die Reaktion sich bei dieser Unterdrückung mißliebiger Anwälte holt, um so höher muß der innere Groll über den Grund dieser Niederlagen, die Freiheit der Advokatur, wachsen. Als wir Verteidiger in den Moabiter Prozessen die Ausschreitungen der Polizei aufdeckten und es scharf zurückwiesen, daß der Reichskanzler und der preußische Minister des Innern durch agitatorische Reden in den Parlamenten dem Urteil vorgriffen, ohne auf die damals schon überwältigenden Ergebnisse der Beweisaufnahme die geringste Rücksicht zu nehmen, verlangte die reaktionäre Presse gesetzgeberische Maßregeln, die es verhinderten, daß Sozialdemokraten überhaupt Rechtsanwälte werden oder bleiben könnten. Dahin also geht der Kurs. Kein vernünftiger Mensch wird sich auch darüber täuschen, daß das Prinzip der Verfolgung von politischen Überzeugungen, erst einmal eingeführt, nicht bei der Sozialdemokratie haltmachen sondern alle jeweiligen Gegner der Regierungspolitik oder solche, die der Bürokratie verdächtig wären es einmal werden zu können, treffen würde.

In Preußen ist die Justizverwaltung der freien Advokatur von Anfang an nicht wohlgesinnt gewesen. Bereits 1885 und 1887 nahm sie Erhebungen über die Wirkung der noch nicht 10 Jahre alten Einrichtung vor, deren rückschrittliche

Tendenz ganz durchsichtig war, und 1894 regte sie schon ausdrücklich die Beschränkung der freien Zulassung zur Anwaltschaft an. Damals lehnte die deutsche Rechtsanwaltschaft auf dem Anwaltstag zu Stuttgart jeden solchen Vorschlag ab. Die Regierung ist nicht mehr darauf zurückgekommen. Wie sie der Anwaltschaft gegenübersteht, zeigen unzählige Rücksichtslosigkeiten, namentlich eine Reihe von Fällen, wo geflissentlich vermieden worden ist die Stimme der Anwaltschaft in Fragen, worin diese die berufenste Sachverständige wäre, zu berücksichtigen oder auch nur zu hören. So zum Beispiel bei der Umgestaltung des Vollstreckungswesens in Preußen, deren Folge geradezu eine Rechtsverweigerung geworden ist, bei der neuen Gerichtsorganisation für Berlin und bei der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivilprozeßordnung von 1907. Das Reichsjustizamt betont zwar gern seine freundliche Gesinnung für die Anwaltschaft, aber für deren Freiheit dürften dort auch nicht allzuviel Sympathieen vorhanden sein; außerdem weiß man ja, wie machtlos diese Reichsämtler gegen Preußen sein würden, wenn es jemals zu einer ernstern Differenz käme.

Man kann auch von der Bürokratie nicht erwarten, daß sie sich für die Unabhängigkeit eines Berufsstands ins Zeug legte, dessen Mitglieder ihr als gefährliche Kritiker gegenüberzustehen pflegen, wenn dieser Beruf selbst keinen Wert darauf zu legen scheint seine Stellung zu wahren. Dies aber ist leider das Charakteristikum einer sogenannten *Standesbewegung*, die seit einigen Jahren eingesetzt hat, und deren Resultat sich in Würzburg zeigen soll.

Sie knüpft an die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an, die sich für die Rechtsanwaltschaft in den letzten Jahren ergeben haben. Bequem ist der Beruf seit der unbeschränkten Zulassung nie gewesen; er hat immer volle Arbeitskraft und den Verzicht auf philiströse Behaglichkeit des Lebensgenusses erfordert, namentlich in den größeren Städten. Wohlhabend oder gar reich wurden immer nur wenige begünstigte Rechtsanwälte, und auch diese meist weniger durch ihre Praxis als durch Spekulationen, zu denen sie dabei Gelegenheit fanden. Das Schwanken des Erwerbs und die Unsicherheit der Zukunft gestatteten auch Anwälten mit besserer Praxis kein völlig sorgenloses Leben. Immerhin, wer die Freiheit mehr liebte als er diese Sorgen und Gefahren fürchtete, der konnte, falls er nur halbwegs tüchtig war, nicht schwer eine bescheidene Existenz gründen, sei es selbständig, sei es durch Assoziation mit älteren Anwälten. Ganz so günstig sind die Verhältnisse nun nicht mehr. Die Zahl der Rechtsanwälte hat in einem viel stärkern Verhältnis zugenommen als die Bevölkerungsziffer und auch als die gesamte anwaltliche Tätigkeit. Durch die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und andere Bestimmungen ist sogar eine Verengung des Arbeitsgebiets eingetreten. Namentlich aber hat die Prozeßnovelle die Verhältnisse einer Reihe älterer Rechtsanwälte bei den Landgerichten sehr erschüttert; an eine Assoziation mit jüngeren können sie unter diesen Umständen nicht denken, was diesen wieder den Zugang zur Praxis erschwert. Besonders mag in kleineren und mittleren Städten die Vermehrung des Zudrangs sehr empfunden werden. In den Großstädten ist es schwer nachweisbar, wieviel die älteren Kollegen durch ihre jüngeren Konkurrenten einbüßen, zumal dort etwaige Verluste sich leichter anderweit ausgleichen. In kleineren Orten mit wenig Anwälten kann ein neuer Bewerber um Praxis die

Lage der sämtlichen vorhandenen Anwälte empfindlich schädigen, und da jeder jeden Klienten und seinen Vertreter kennt, kommt dies aufs deutlichste zum Bewußtsein.

Ob man von einer *Überfüllung* des Anwaltsberufs reden kann, ist trotzdem noch sehr zweifelhaft und unter den Anwälten selbst bestritten. Die freie Stellung der Rechtsanwälte bringt es mit sich, daß viele nicht nur ihrer Praxis leben sondern öffentliche Funktionen übernehmen, schriftstellerisch tätig sind oder wirtschaftliche Geschäfte treiben. Manche sind deshalb in der eigentlichen Anwaltstätigkeit nur knapp beschäftigt und könnten gar nicht mehr leisten. Die Zahl dieser halbbeschäftigten Anwälte ist anscheinend in der Zunahme begriffen. Ihre Existenz drückt natürlich auf die durchschnittlichen Einnahmeziffern, aber bei der Frage nach der Überfüllung sind sie nicht voll mitzuzählen. Jedenfalls gibt es noch eine sehr große Zahl von Rechtsanwälten, die lediglich für ihre Praxis so viel zu tun haben, daß sie den einzelnen Sachen nicht immer die gehörige Sorgfalt widmen können und sich doch vorzeitig tot arbeiten. Wenn diese es trotzdem zum Teil nur zu sehr mäßigem Einkommen bringen, das ihnen nicht gestattet ein auch nur bescheidenes Vermögen zu erwerben, ja nicht einmal die in ihre juristische Ausbildung verwandten Summen wieder herauszuarbeiten, so kann das mit einer Überfüllung des Anwaltsberufs nicht zusammenhängen.

Vielmehr liegt der Grund der unzulänglichen Einnahmen hier und in vielen anderen Fällen in der Verschiebung der Lebensverhältnisse, die seit Erlaß der Gebührenordnung für Rechtsanwälte eingetreten ist. Es bedarf keiner langen Ausführungen darüber, daß der Bedarf in diesen mehr als 30 Jahren enorm gestiegen ist. Größtenteils durch die Steigerung der Preise für Wohnung, Lebensmittel, Kleidung, häusliche Dienste und andere Unentbehrlichkeiten aller Art, zum kleinern Teil durch eine Erhöhung der Lebenshaltung, die in erheblichem Umfang wirkliche Bedürfnisse der Gesundheit und Kultur betrifft, die aber auch, soweit sie darüber hinausgeht, eine soziale Tatsache ist, der sich der Stand nicht entziehen kann, und die durch ein sentimentales Lamento über Luxus und Genußsucht der Zeit nicht aus der Welt geschafft wird. Dagegen stehen die Gebührensätze noch auf dem Standpunkt von 1879, manche sind seitdem sogar etwas erniedrigt worden, zum Beispiel durch die preussische landesrechtliche Gebührenordnung. Das muß selbstverständlich zu einem Mißverhältnis und vielfach zu einer ruinösen Verschlechterung der Lebenslage führen. Dazu kommt, daß bei gleichgebliebener Praxis der Reinertrag durch die mindestens verdoppelten Unkosten für den Unterhalt der Kanzleien erheblich gefallen ist. Die Ansprüche des Publikums auf anständige Warte- und Abfertigungsräume, die Forderungen des Personals an Gehalt, Arbeitseinrichtungen usw. sind ganz kolossal gestiegen: beides übrigens völlig unerläßliche Kulturfortschritte. Dabei läßt heute noch die Bezahlung der Angestellten und die Regelung der Arbeitszeit in vielen Anwaltsbureaus eine Menge zu wünschen übrig, aber eine Steigerung der Ausgaben hierfür wird vielfach als unmöglich erklärt. Beleuchtung, Mobiliar, Papier usw. erfordern fortwährend wachsende Ausgaben. Die neuerdings eingeführten Pauschalsätze bringen zwar allerhand Bequemlichkeiten mit sich, helfen pekuniär aber vornehmlich denen, die es zuletzt nötig hätten, nämlich den wenigen glücklichen Besitzern der Prozesse um höhere Objekte.

Auf diese unangemessen gewordene Bezahlung und nicht auf eine angebliche Überfüllung geht also mindestens ein erheblicher Teil der konstatierten Übelstände zurück. Soweit die *Standesbewegung* sich bemüht die Bezahlung der anwaltlichen Tätigkeit zu verbessern oder den Kollegen durch eine Einkaufsgenossenschaft zu helfen ist sie im Recht. Freilich sind die Schwierigkeiten einer Reform der Gebührenordnung nicht gering; keinesfalls kann davon die Rede sein jedem, der sich als Anwalt niederzulassen geruht, ohne Rücksicht auf Grad und Umfang seiner Leistungen auf Kosten des Publikums ein angemessenes Einkommen zu garantieren. Deshalb muß allerdings anerkannt werden, daß eine Erhöhung gewisser Gebührensätze zwar eine Forderung der Gerechtigkeit sein würde, aber keinesfalls ein Mittel gegen die Folgen wirklicher Überfüllung, sei es nun, daß sie jetzt schon besteht, oder daß sie in Folge weitem ungehinderten Zutritts zur Anwaltslaufbahn eintreten sollte.

Damit ist aber nicht gesagt, daß man diese Überfüllung nun auf eine der Arten bekämpfen dürfte, die gegenwärtig in der Anwaltschaft besprochen werden. Es sieht doch wahrlich nicht anständig aus, wenn die Rechtsanwälte, die der freien Zulassung Einkommen und Ansehen verdanken, jetzt daraus ein Monopol für sich machen und den später Kommenden die Tür vor der Nase zuschlagen wollen. Diese Ansicht wird freilich als *Sentimentalität* bekämpft, aber das Gefühl für ihre Richtigkeit läßt sich nicht ausrotten. Deshalb beruft man sich auf *höhere Beweggründe*. Nicht der Standesegoismus, nicht einmal die an sich ganz berechtigten Forderungen nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sollen maßgebend sein, sondern die Rücksicht auf das Ansehen der Rechtspflege. Dieses soll gefährdet sein, wenn der Zudrang zur Advokatur eine größere Zahl von wirtschaftlich ungünstig dastehenden Rechtsanwälten schüfe; *Unabhängigkeit* und *freudige, vornehme Berufsauffassung* der Anwälte würden dadurch herabgedrückt. Ich bin der letzte, der leugnen möchte, daß andauernde Not auf schwächere Charaktere moralisch verderblich wirken könnte. Das aber ist ein Übelstand, der mit der heutigen Gesellschaftsordnung untrennbar verbunden ist. Auch bei geringerer Zahl der Anwälte hat es sich nicht verhindern lassen, daß einzelne Glieder des Standes in Not und dadurch in Schuld gerieten. Was aber die wahrhaft vornehme Auffassung des Berufs betrifft, so vermißt man diese und eine ihr entsprechende Übung der Praxis nicht so selten gerade bei Kollegen, bei denen von einer Notlage nicht die Rede sein kann. Ehrgeiz, vielleicht sogar nur rastloser Tätigkeitsdrang sind nach meinen Erfahrungen viel häufiger der Antrieb zu anstößigen Formen des Werbens um Praxis als pekuniäre Bedürftigkeit. Und auch die Ausschreitungen des eigentlichen Erwerbstriebes hören bekanntlich nicht auf, wenn einer nach bescheidenen Ansprüchen genug zu leben hat, sondern fangen oftmals dann erst an einen gefährlichen Umfang anzunehmen. In vielen der Fälle, wo Anwälte sich an fremdem Eigentum vergriffen haben, lag der Grund in übermäßigen Spekulationen, zu denen Leute, die aus ihrer Praxis oder ihrem Privatvermögen ein völlig zulängliches Einkommen besaßen, sich hatten treiben lassen, weil sie reich und immer reicher werden wollten. Dagegen gibt es eine Unzahl von Rechtsanwälten, die in einfachsten Verhältnissen lebend ihrem Beruf treu dienen und stolz auf ihn sind. Es ist also keineswegs ausgemacht, daß gute Einnahmen einen moralischen Hochstand der Anwaltschaft garantierten, und daß eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gleichbedeutend wäre mit einem Sinken der

sittlichen Qualität. Diese wird vielmehr in erster Reihe durch eine ideale Auffassung des Berufs gewahrt.

Nun herrscht in weiten Kreisen des offiziellen Deutschlands immer noch das Vorurteil, daß Idealismus und Erwerbstätigkeit unvereinbar wären. Wenigstens solange dabei wenig verdient wird; sobald Millionen nachgewiesen werden können, verwandelt sich die Geringschätzung in Hochachtung vor dem Geldmacher. Von dieser verkehrten Auffassung lebt noch manches auch in der Rechtsanwaltschaft. Immer noch scheut man sich vielfach einzugestehen, daß der Anwalt seinen Beruf treibt, um Geld zu verdienen, immer noch stecken Vorstände von Anwaltskammern mit Vorliebe ihre Nase in Honorarfragen, während es doch eigentlich nur den, der seine Arbeit leistet, und den, der sie bezahlt, angeht, wie hoch beide sie bewerten wollen, vorausgesetzt, daß nicht Notlage oder Leichtsinn des Klienten ausgenutzt werden. Zu dieser Ängstlichkeit in Geldsachen steht es nun in einem ganz merkwürdigen Widerspruch, wenn die Anwaltschaft es plötzlich mit ihrer Würde und idealen Berufsauffassung vereinbar findet sich durch Ausschließung der Konkurrenz, also jüngerer, kräftigerer, vielfach auch tüchtigerer Mitbewerber, ein Monopol zu sichern. Die Unabhängigkeit und Vornehmheit der Berufsauffassung sollte sich doch wohl in erster Reihe darin zeigen, daß man für sich und den Stand nichts fordert, wofür man nicht etwas leistet. Die Beschränkung des freien Wettbewerbs aber würde eine Rente für die glücklichen Bevorrechteten schaffen. Sie müßte eine Steigerung der Honorare nach sich ziehen, die nicht auf der Güte der Leistung beruhte sondern durch die Monopolstellung ermöglicht würde. Auch die Qualität der Arbeit würde keineswegs gehoben werden.

Es ist nicht wahr, daß eine solche Beschränkung der Zahl der Anwälte durch das Ansehen der Rechtspflege erfordert würde. Wer das sagt, steckt bewußt oder unbewußt in der plutokratischen Auffassung, vor der nur der Begüterte Ansehen und Achtung findet, und er täuscht sich gänzlich über die Kräfte, die der Anwaltschaft wirklich das Ansehen verschaffen können, dessen sie bedarf, um ersprießlich an der Rechtspflege mitwirken zu können. Ich denke sehr hoch von meinem Beruf und seiner Unentbehrlichkeit für den Dienst der Gerechtigkeit, nicht nur im heutigen Staat sondern auch unter anderen politischen Verhältnissen, aber ich weiß auch, daß die Erfüllung dieser Aufgaben von ganz anderen Dingen abhängt als der Höhe des Durchschnittseinkommens des Rechtsanwalts. Was das Geld betrifft, so werden wir Anwälte es den Herren *Festbesoldeten* doch nie recht machen. Haben wir weniger als sie, so halten sie uns für Anwaltsproletarier, haben wir mehr, so beneiden sie uns, weil sie die Verantwortung nicht kennen, die ein freier Beruf mit sich bringt. Das sind Menschlichkeiten, die nicht so tragisch zu nehmen sind und letzten Endes ein ersprießliches Zusammenwirken bei Gericht nicht beeinträchtigen. Die wahre Achtung aber, die der Anwalt bei Richtern und Publikum absolut nötig hat, gerade im Interesse der Rechtspflege, die beruht auf nichts anderm als dem Bewußtsein von seiner absolutesten Unabhängigkeit, auf dem Vertrauen, das jemand einflößt, der es wagt mit Mut und Zuversicht die gefährlichen Wege der Freiheit zu gehen. Gibt die Anwaltschaft diese Unabhängigkeit auch nur im geringsten auf, so verliert sie die Achtung des Volkes, das aus seinen praktischen Lebenserfahrungen heraus nur zu gut weiß, wie der Druck der Behörden auf von ihnen abhängige Existenzen wirkt. Und die Richter werden dann in den Rechtsanwälen nicht mehr freie Juristen von anderer,

aber nicht minder achtungswerter Art als sie selber sehen sondern — und mit gewissem Recht — Justizoffizianten untergeordneten Wertes.

Das sind die hauptsächlichsten allgemeinen Gründe, aus denen ich jede Beschränkung der Zulassung zur Anwaltschaft für unnötig und als ein Unglück ansehen würde.

Die Vorschläge laufen teilweise darauf hinaus eine Karenzzeit (es sind 3 bis 6 Jahre genannt worden) einzuführen, innerhalb deren der junge Jurist nach absolviertem Staatsexamen nicht Rechtsanwalt werden dürfte. Erstens könnte das nur vorübergehend eine Überfüllung aufhalten. Zweitens würde es den Anwaltsstand moralisch und intellektuell schädigen. Es wäre lächerlich einen Beruf, dessen Leistungen in erster Reihe auf praktischer Erfahrung beruhen, damit sanieren zu wollen, daß man seine Mitglieder zwänge ihre Praxis erst in einem Alter zu beginnen, wo der Mann bereits seine höchsten Leistungen produzieren soll. Diese Karenzzeit würde zudem für Unzählige eine Quelle wirtschaftlicher Nöte werden, aus denen ihnen ihr ganzes Leben lang die Praxis nicht mehr heraushelfen könnte. Die meisten der unglücklichen Kollegen, die durch unregelmäßige pekuniäre Verhältnisse auf Abwege geraten sind, haben ihre Schulden schon in die Advokatur mitgebracht. Übrigens ist die viel zu späte wirtschaftliche Selbständigkeit und Heiratsfähigkeit unserer Gebildeten schon jetzt eine soziale Gefahr ernsthafter Art, die man nicht verschlimmern darf. Solche Hirngespinnste soll man uns also lieber nicht als *Reform* auftischen; glücklicherweise kann die Reichsgesetzgebung sich darauf niemals einlassen, schon wegen der Konsequenzen, die sich daraus für den Richterberuf ergeben würden.

Andere Pläne gehen einfach auf Wiederherstellung des *numerus clausus*. Um diesen schmackhaft zu machen und die Bedenken ernster und ideal denkender Mitglieder des Standes zu beschwichtigen, hat man sich einen neuen Begriff davon zurecht konstruiert. Während die historische Entwicklung uns den *numerus clausus* mit *Ernennung* der begrenzten Zahl der Rechtsanwälte durch die *Staatsbehörden* verbunden zeigt, malt man uns jetzt eine *Selbstbeschränkung* der Anwaltschaft durch ihre eigenen Organe, verbunden mit einer unbeschränkten Zulassung jedes Bewerbers als möglich aus. Nicht der Staat, sondern die Anwaltskammervorstände sollen die Höchstzahl für jedes Gericht festsetzen; zugelassen werden soll jeder zum Richteramt Befähigte, sobald die Reihe an ihn käme. Das wäre erstens schlimmer als eine Karenzzeit, selbst als eine von 6 Jahren, denn die Wartezeit wäre vermutlich noch weit länger und so unbestimmt, daß niemand wüßte, worauf er sich inzwischen einrichten sollte. Das Endergebnis würde schließlich sein, daß die Advokatur ein *Privilegium* reicher Leute würde. Namentlich würden vermögende Richter und juristische Verwaltungsbeamte sich vorsorglich in die Listen eintragen lassen, um später einmal zu dem freieren und durch den *numerus clausus* einträglichen Beruf des Anwalts überzugehen. Vermögenslosen wäre auch dieser Übertritt in eine neu zu gründende Existenz im vorgerückten Alter kaum möglich. Die Rechtspflege hätte davon Schaden; denn die Anpassung an die besondere Arbeitsweise des Rechtsanwalts muß in jüngeren Jahren beginnen. Ferner ist es ganz unmöglich der Anwaltschaft selbst die Festsetzung der Höchstzahl durch ihre Organe, die Entscheidung, ob sie neue Konkurrenten zulassen wolle, zu übertragen. Das ist in erster Reihe eine Frage

des Anstandsgefühls; jeder Rechtsanwalt sollte eine solche Zumutung als gefährlich für die Standesmoral und die Achtung, die der Beruf genießt, weit von sich weisen. Richter in eigener Sache zu sein werden wenige ohne Schaden ertragen, und niemand wird an ihre Unbefangenheit glauben. Man wendet ein, daß die Vorstände der Anwaltskammer das größte Vertrauen gerechtfertigt hätten. Ganz richtig, aber das war eben unter der Herrschaft der freien Advokatur. Um so mehr hüte man sich, was unausbleiblich sein würde, in die Vorstandswahlen die häßliche Frage hineinzuzerren, wie die Vertrauensmänner der Anwaltschaft zur Erhöhung der Höchstzahl ständen, ob sie gewillt wären den Zugang zur Krippe vor Neulingen geschlossen zu halten. Diese Einrichtung würde binnen wenigen Jahren solche Übelstände hervorrufen, daß die Öffentlichkeit in der Rückkehr zur Zulassung durch die Justizverwaltung einen Fortschritt sehen würde.

Man täusche sich aber auch nicht darüber: die Regierungen werden sich nicht im geringsten für einen *numerus clausus* erwärmen, den sie nicht selbst festsetzen, und der nicht mit einer Zulassung zur Advokatur durch Entscheidung oder mindestens unter Billigung der Behörden verbunden ist. Sie haben nicht das geringste Interesse daran für sozial unerträgliche, das Anstands- und Rechtsgefühl verletzende Maßregeln die gesetzgeberische Verantwortung zu übernehmen, bloß damit eine Anzahl von Rechtsanwälten — das heißt in unzähligen Fällen ihre geborenen Gegner — ein bequemeres Leben haben. Diejenigen Regierungen, die auf Beseitigung der freien Advokatur hinsteuern, wollen die Anwälte, wie alle anderen höheren Berufe, wie sogar Handwerksmeister, Schornsteinfeger und Hebammen unter ihre Amtsfuchtel bekommen und verhindern, daß Sozialdemokraten als Rechtsanwälte eine *quasiamtliche Stellung* einnehmen können. Das hat Fürst Bülow seinerzeit über die Krankenkassenangestellten gesagt; man muß gestehen, daß die Stellung der Rechtsanwälte immerhin den Staat noch etwas mehr angeht. Diese Ächtung der Sozialdemokratie ist ja der Punkt, um den sich das Denken der von der politischen Drehkrankheit befallenen Scharfmachergehirne bewegt, die mindestens in Preußen den entscheidenden Einfluß haben. Eine Reform ohne solchen Effekt ist diesen Leuten Hekuba. Sollten sie den Vorschlägen dieser neu ausgeheckten Art des *numerus clausus* entgegenkommen, so könnte das nur geschehen, weil sie wüßten, daß ihre Konsequenz unaufhaltsam zum alten *numerus clausus*, zur Unterwerfung der Advokatur unter die Bureaukratie führen müßte. Jeder Beschluß der Anwaltschaft zugunsten irgend einer, wie immer auch gearteten Beschränkung der freien Advokatur in ihrer heutigen Form ist eine wirksame Waffe für diejenigen, die eine Vernichtung der Freiheit der Anwaltschaft überhaupt wollen. Das Publikum wird jede solche Resolution so auffassen, als ob die Anwaltschaft bereit wäre ihre bisherige Unabhängigkeit aufzugeben, wenn fernerweit gute Beköstigung zugesagt wird. Die Achtung vor der Anwaltschaft wird dadurch nicht erhöht werden. Daß Gefahren in der unbeschränkten Zulassung zum Anwaltsberuf liegen, ist wahr, aber das Leben ist eben voll Gefahren. Ein Beruf, der nur in vollster Freiheit wirken kann, sollte sich auf den stolzen Standpunkt stellen *Malo periculosam libertatem quam quietum servitium*.

Übrigens geht es der Advokatur nicht schlechter, ja noch lange nicht so schlecht wie den Ärzten, wie vielen Kaufleuten und Industriellen, wie Schrift-

stellern und Künstlern und schließlich wie jedem, den sein Mut treibt eigene Wege zu gehen. In Deutschland ist der Andrang zu allen geistigen Berufen unverhältnismäßig groß: eine Folge der traditionellen Unterschätzung freien wirtschaftlichen Erwerbs, die bei den Organen des Staats und den regierenden Gesellschaftsklassen im Schwang ist. Diese geflissentliche Fernhaltung von wirtschaftlicher Arbeit ist auch die Hauptschwäche der Studierten in Deutschland; sie würden viel unabhängiger sein, wenn sie lernen wollten, wie man Geld verdient, ohne daß der Staat es einem garantiert. Die wissenschaftliche Bildung, zu der wir Deutsche besonders befähigt sind, wird erst dann ein wahrer Reichtum der Nation sein, wenn sie für den Gebildeten nicht mehr ein Hindernis sein wird sein Brot auf jede ehrliche Weise zu verdienen wie er kann und mag, und wenn die Erwerbsarbeit einschließlich der Handarbeit nicht länger als mehr oder weniger anstößig gelten wird. Auf diesem Weg ist die Lösung des schweren sozialen Problems der wirklichen oder drohenden Überfüllung der gelehrten Berufe zu suchen. Grundverkehrt aber ist es, wenn man durch Zwangsmaßnahmen das zu verewigen und zu verschärfen sucht, was der Quell des Übels ist. Anstatt über Standesunwürdigkeit zu zetern, wenn ein Rechtsanwalt sich an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt, oder wenn er in seinem Beruf seine Leistungen hoch einschätzt und hoch bezahlen läßt, sollte man solcher Entwicklung Vorschub leisten. Alle anderen sogenannten *Heilmittel* sind in Wahrheit zerstörende Gifte.

Vor allem aber sollte die Rechtsanwaltschaft nicht vergessen, daß es sich hierbei nicht nur um ihre eigene Angelegenheit handelt sondern um eine der wichtigsten Existenzfragen der nationalen Kultur Deutschlands. Die Erhaltung der Anwaltschaft als eines vom Staat unabhängigen geistigen Berufs ist unbedingt erforderlich, um die Freiheit des geistigen Lebens zu erhalten, die die Voraussetzung unserer deutschen Kultur ist, die aber durch den Staat und seine kapitalistischen und hierarchischen Herren, durch den Militarismus und nicht zum geringsten durch eine Neigung zu autoritärer Auffassung bedroht wird, von der das ganze öffentliche Leben einschließlich politischer Parteien stark infiziert ist. Der Anwaltstand sollte sein Ehrenamt eines freien Rittertums für Recht und Wahrheit nicht weggeben, um dafür eine abhängige und verhaßte Monopolstellung einzutauschen.

XX

LUDWIG QUESSEL · DAS TRUGBILD DER SOZIALEN REVOLUTION



ON allen neueren sozialdemokratischen Schriften werden bei den nächsten Reichstagswahlen die Broschüren K. Kautskys über die soziale Revolution¹⁾ von den Parteien des *schwarzblauen* Blocks wohl am meisten gegen uns ausgebeutet werden. Dazu kommt, daß nach den Erfahrungen bei der Stuttgarter Bürgermeisterwahl diejenigen Kandidaten der Partei, die nicht auf *sozialrevolutionärem* Boden stehen, damit rechnen müssen, daß gegen sie auch während des Wahlkampfes *prinzipielle* Artikel veröffentlicht werden, über deren Wirkung man nach den Stuttgarter Erfahrungen ja nicht mehr im Zweifel sein kann. Unter diesen Umständen wäre es sinnlos, wenn die Reformisten im Interesse der Einheit der

¹⁾ Siehe Kautsky *Die soziale Revolution*, 1. Teil: *Sozialreform und soziale Revolution*, 2. Teil: *Am Tag nach der sozialen Revolution*, 3. Auflage / Berlin 1911.

Partei ihren Gegensatz zu den Katastrophenpolitikern, die sich durch keinerlei Rücksichtnahme gebunden fühlen, irgendwie verschleiern oder abschwächen wollten. Insbesondere sollte jeder reformistisch gesinnte Kandidat es offen aussprechen, daß er die Ansichten der Katastrophenpolitiker über die Notwendigkeit einer *sozialen Revolution* für die Emanzipation des Arbeiterstands nicht teilt. Zur Verwirklichung ihrer Ziele braucht die Sozialdemokratie nicht die *soziale Revolution* sondern die Demokratie, die sich in allen Verfassungsstaaten auf gesetzlichem Weg durch Reformen erreichen läßt. Gewiß ist es auch das Ziel des reformistischen Sozialismus diejenigen Teile des Nationalreichtums, die für eine öffentliche Verwaltung reif sind, der Kontrolle der Nation zu unterstellen, aber er hält sich nur dann dazu autorisiert, wenn er von der Mehrheit der Nation die ausdrückliche Sanktion erhalten hat. Das ist allem *sozialrevolutionären* Gerede zum Trotz der deutschen Sozialdemokratie so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß unsere *Sozialrevolutionäre*, wenn sie die Ehrlichkeit der alten Kommunisten von 1847 besäßen offen zu erklären, sie erstreben die soziale Revolution, um die Diktatur der Minderheit über die Mehrheit der Nation zu errichten, in der Partei, die sich unter Liebknechts und Bebels Führung stets von allem Putschismus freizuhalten gewußt hat, bald isoliert dastehen würden. Deshalb vermeiden es auch unsere Katastrophenpolitiker peinlich ihrem Lieblingsbegriff einen irgendwie faßbaren Inhalt zu geben. Typisch dafür ist das Verfahren K. Kautskys, der es geradezu mit Entrüstung von sich weist, daß er irgendwie die Absicht hege ähnlich dem alten französischen Sozialrevolutionär Blanqui an der Spitze seiner Getreuen »durch einen Handstreich an einem Tag die soziale Diktatur an sich zu reißen«. Wer nach dieser Erklärung aber hofft etwas darüber zu erfahren, wie K. Kautsky denn eigentlich seinen *sozialrevolutionären* Willen zur Geltung bringen will, findet sich alsbald enttäuscht. Anstatt über diese wichtige Frage uns Aufklärung zu geben, fertigt uns K. Kautsky mit der geradezu grotesken Eröffnung ab, daß er »die Revolution für einen historischen Prozeß« halte. Es wird ihm wohl schwer fallen irgend einen zurechnungsfähigen Menschen aufzutreiben, der eine soziale Revolution für etwas anderes halten würde. Die Vorstellungen, die den revolutionären Willen hervorrufen, mögen — objektiv betrachtet — noch so närrisch sein, immer handelt es sich aber um einen Prozeß, der historisch erklärt werden muß, selbst wenn dabei Erscheinungen zutage treten, die die moderne Psychiatrie als Massenpsychose bezeichnet. Die von den Blanquisten inszenierten sozialen Putsche waren nicht weniger historische Prozesse als die großen Revolutionen von 1789 und 1848, die ganz Europa erzittern ließen. So wenig wie die Eröffnung, daß er die Revolution für einen »historischen Prozeß« hält, gibt uns K. Kautskys Erklärung, daß sie »sich unter schweren Kämpfen jahrzehntelang hinziehen kann« irgend einen Anhaltspunkt dafür, wie er seinen *sozialrevolutionären* Willen zur Tat werden lassen möchte. Aus K. Kautskys Ausführungen läßt sich also nur entnehmen, daß er und seine Anhänger den festen Willen haben bei einer ihnen passend erscheinenden Gelegenheit die proletarischen Massen zur sozialen Revolution aufzurufen; worin aber die Aktionen dieser sozialen Revolution bestehen sollen, darüber erfahren wir von ihm kein Wort.

Über diesen Punkt läßt K. Kautsky seine Leser, wie gesagt, im unklaren. Doch scheint es im Verlauf seiner Darstellung, daß bei ihr alles hübsch manierlich zugeht. Wir erfahren nämlich, daß das »siegreiche Proletariat« in den Stürmen der sozialen Revolution alles hübsch beim alten läßt. Denn K.

Kautsky erzählt uns, daß das »siegreiche Proletariat« erst »am Tag nach der sozialen Revolution« zunächst einmal »alle Reste des Feudalismus wegfeigen und das demokratische Programm . . . zur Wahrheit machen« wird. Auch die indirekten Steuern werden nicht im Verlauf der sozialen Revolution sondern erst am Tag danach abgeschafft. Überhaupt zeigt sich, daß K. Kautsky den 2. Teil des Erfurter Programms erst im Zukunftsstaat verwirklichen will. Denn auch die Reform des Schulwesens wird erst »am Tag nach der Revolution« in Angriff genommen, und K. Kautsky teilt uns mit, daß dazu »fast das Doppelte des heutigen Militärbudgets«, nämlich »2 Milliarden jährlich« erforderlich sein werden. Nach diesen Reformen beginnt die große Expropriationsaktion K. Kautskys: Die Finanzkapitalisten werden von ihm »mit einem Federstrich« expropriiert, und darauf die kapitalistischen Betriebe in staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Besitz übergeleitet. Ähnlich wie den Finanzkapitalisten geht es den großen Grundbesitzern: Auch sie werden »mit einem Federstrich« expropriiert und »mit Leichtigkeit beiseite geschoben«. Nach dieser spielenden Erledigung der großen Expropriation besinnt sich K. Kautsky darauf, daß unter den Leuten, die irgendwo ihr Vermögen als Finanzkapital angelegt haben, sich auch viele kleinere Leute befinden werden. Das bestimmt ihn dazu die Frage zu erörtern, ob die Expropriation notwendigerweise eine Konfiskation sein muß. Diese Frage wird von K. Kautsky verneint. Er scheint der Ansicht zu sein, daß es am zweckmäßigsten wäre den Finanzkapitalisten eine der Größe ihres Kapitalbesitzes entsprechende Rente zuzubilligen, letztere aber derart progressiv zu besteuern, daß von ihr nicht allzuviel ausgezahlt zu werden braucht. Da diese Steuer progressiv gestaltet wird, kommen dabei die kleinen Leute mit geringerem Vermögen natürlich etwas besser fort. Die »Konfiskation durch die Steuer«, meint K. Kautsky, werde die Aufhebung des Privateigentums zu »einem sich länger hinziehenden Prozeß machen« und sie »schmerzloser« gestalten.

Nachdem K. Kautsky das Privateigentum an Produktionsmitteln mittels der »Konfiskation durch die Steuer« ziemlich radikal beseitigt hat, überkommen ihn aber allerlei reformistische Bedenken. Er klagt, daß man auch »am Tag nach der sozialen Revolution« vom Konfiszieren allein nicht leben können, sondern man werde auch produzieren, das heißt arbeiten müssen. Und was die freiwillige Arbeitsleistung im Dienst der Gemeinschaft betrifft, so drücken K. Kautsky hier allerlei Sorgen, von denen sich die älteren Utopisten noch völlig frei fühlten. Daß nämlich »am Tag nach der sozialen Revolution« die siegreichen Proletarier sofort wieder an ihre Arbeitsstellen eilen werden, scheint ihm keine ganz sichere Sache zu sein. Er hat zwar ein ziemliches Vertrauen zu der »Macht der Gewohnheit«, glaubt aber doch, daß noch die »Disziplin des Proletariats« werde hinzukommen müssen, um die Fortsetzung der Produktion zu garantieren. In der »Disziplin des Proletariats« findet er aber auch einen Haken. Er besinnt sich nämlich darauf, daß die Unorganisierten, die immer noch zwei Drittel der Arbeiterschaft ausmachen, von dieser Disziplin in der Regel nichts wissen wollen. Was da nun tun? Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma scheint ihm der »die Arbeit, die heute eine Last ist, zu einer Lust zu machen«. Kaum hat K. Kautsky aber diesen Ausweg entdeckt, so übermannt ihn schon wieder der revisionistische Zweifel. »Es wird kaum gelingen«, bemerkt er sorgenvoll, »die Arbeit in Fabrik und Bergwerk bald zu einer sehr anziehenden zu machen.« Also ist es auch mit der Anziehungskraft der Arbeit nichts. In dieser höchsten Not

kommt K. Kautsky ein erleuchtender Gedanke. In der bürgerlichen Gesellschaft wird der arbeitsfähige Besitzlose, der nicht arbeiten will, *de facto* von der Konsumtion ausgeschlossen. Aus öffentlichen Mitteln erhält er keine Unterstützung, und da der, der nicht arbeitet, auch keinen Lohn bekommt, so besteht für den, der nicht arbeiten will, nur die Möglichkeit sein Dasein durch Betteln zu fristen. Der Ausschluß von der Konsumtion ist zweifellos das stärkste Argument der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Faulheit der Besitzlosen. Dieses Argument wird aber nach K. Kautsky auch »am Tag nach der sozialen Revolution« gegen die Arbeiter, die aus irgend einem Grund nicht arbeiten wollen, zur Geltung gebracht werden müssen. Aus diesen und anderen Gründen hält K. Kautsky im Gegensatz zu den alten Utopisten die Abschaffung des Geldes für »unmöglich«. Wenn aber »am Tag nach der sozialen Revolution« »die Arbeit mit Geld bezahlt« wird, so folgt daraus, daß derjenige, der es verschmäht sich Geld durch Arbeit zu verdienen, *de facto* von der Konsumtion ausgeschlossen sein wird. Die Bezahlung der Arbeit mit Geld scheint K. Kautsky auch das sicherste Mittel, um zu verhüten, daß man der unangenehmen und körperlich schweren Arbeit aus dem Weg geht und sich der leichtern Arbeit zuwendet. Wo letzteres stattfindet, empfiehlt er Lohnreduktionen für die leichtere Arbeit vorzunehmen, so daß die schlechtere Bezahlung ihre Anziehungskraft vermindert. »Den nötigen Ausgleich«, schreibt er, »kann man dadurch herbeiführen, daß man dort, wo sich zuviel Arbeiter melden, die Löhne herabsetzt, dagegen in jenen Industriezweigen, wo es an Arbeitern mangelt, den Lohn erhöht, bis man es erreicht, daß jeder Zweig so viele Arbeiter hat wie er braucht.« Also auch Lohnreduktionen wird es nach der sozialen Revolution geben.

Wie bei der Frage der Heranziehung der Arbeiter zur Arbeit zeigt K. Kautsky sich auch bei der Erörterung der Frage, welche Wirkung die Konfiskation des Mehrwerts durch die Steuer auf die Höhe des Arbeitslohns haben wird, als leidlicher Realist. Er gibt die Richtigkeit der von den Reformisten vielfach betonten Anschauung zu, daß die Kapitalisten ja nicht den ganzen Mehrwert verzehren sondern einen Teil davon zur Erweiterung der Produktion anlegen. »Ein proletarisches Regime«, meint K. Kautsky, »wird das gleiche tun und die Produktion erweitern müssen.« Gründe für diese Notwendigkeit vergißt er allerdings anzuführen. Darum sei hier daran erinnert, daß der Bevölkerungszuwachs, der in Deutschland nahezu 1 Million jährlich beträgt, eine riesige Absorption von Kapital für die Beschaffung von Produktionsmitteln zur Herstellung von Nahrung, Kleidung und Wohnung bedingt. Dieses zur Finanzierung des jährlichen Bevölkerungszuwachses erforderliche Kapital nimmt einen sehr großen Teil des Mehrwerts in Anspruch, so daß zur Erhöhung des Lohns nur ein kleiner Teil von ihm übrigbleibt. Nun will aber K. Kautsky gleich 2 Milliarden für die »Neuordnung des Schulwesens« und auch die Mittel zu einer »ausgiebigen Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung« hergeben, von denen wir wissen, daß sie sich auch auf nahezu 2 Milliarden Mark belaufen werden. Nach der zweifellos sehr übertriebenen Schätzung des Sozialrevolutionärs Parvus verbraucht die deutsche Bourgeoisie für ihren persönlichen Konsum 2,7 Milliarden Mark jährlich.²⁾ Wir sehen also, daß der Teil des Mehrwerts, der nach der Konfiskation zur Erhöhung des Arbeitseinkommens frei wird, selbst nach der Schätzung der Sozialrevolutionäre noch

²⁾ Siehe Parvus *Der Staat, die Industrie und der Sozialismus* / Dresden ohne Jahr /, pag. 31.

lange nicht für die Reform des Schulwesens und der Sozialversicherung ausreicht. K. Kautsky sieht sich denn auch zu dem revisionistischen Eingeständnis gezwungen, daß »zur Erhöhung der Löhne von den jetzigen Einkommen der Kapitalisten nicht allzuviel übrigbleibt, selbst wenn wir das Kapital mit einem Schlag konfiszieren«. Mit diesem Eingeständnis ist eigentlich die soziale Revolution am Ende ihres Lateins. Denn welchen Zweck hätten wohl die jahrzehntelangen »schweren Kämpfe«, wenn am Ende weiter nichts herauspringt als eine »Neuordnung des Schulwesens« und eine verbesserte Sozialversicherung? Die radikale Konfiskation des Mehrwerts, von der die *sozialrevolutionären* Sozialisten das Heil der Menschheit erwarteten, erweist sich bei näherem Zusehen als eine Maßregel von sehr bescheidener sozialer Wirkung. Es ist daher einleuchtend, daß K. Kautsky, um den Vorwurf zurückweisen zu können, daß seine soziale Revolution doch allzusehr der Tat des Irren gleicht, der ein Haus anzündete, um daran ein Ei zu kochen, danach trachten muß ihr noch eine andere Bedeutung zu geben.

Auf dem Boden der ökonomischen Realitäten kann K. Kautsky diese Aufgabe freilich nicht mehr lösen. Deshalb sattelt er sich noch einmal den Hippogryphen zu einem Ritt ins alte romantische Land *sozialrevolutionärer* Phantastik, um seiner getreuen Anhängerschaft eine wesentliche Erhöhung des Einkommens »am Tag nach der sozialen Revolution« in Aussicht stellen zu können. Was die Konfiskation nicht vermochte, das soll nun die »Steigerung der Produktion« leisten. Sie wird der Zauberschlüssel, mit dessen Hilfe das »siegreiche Proletariat« alle seine Wünsche befriedigt. Wie in einem Märchen aus *1001 Nacht* strömt der Reichtum auf die Massen herab, sobald sie mit dem Zauberschlüssel *Produktion* irgendwo hinweisen, wo vor der sozialen Revolution drückender Mangel zu finden war. Und um das richtige Milieu für sein soziales Märchen zu finden, entführt er seine Leser in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Dort hätten, so versichert er uns, die Trusts bereits solche Wunder der Produktion vollbracht, daß dem »siegreichen Proletariat« kaum noch etwas zu tun übrigbleibe. Die amerikanischen Trusts zeigen uns, ruft er triumphierend aus, »wie man mit einem Schlag die Produktivität der Arbeit erhöhen kann. Das geschieht einfach dadurch, daß man die Gesamtproduktion auf die vollkommensten Betriebe konzentriert und alle übrigen weniger auf der Höhe stehenden ganz außer Tätigkeit setzt.« An einem Beispiel zeigt uns K. Kautsky, wie die Sache in Deutschland angepackt werden muß. Das »siegreiche Proletariat« legt in der gesamten Textilproduktion alle Betriebe mit weniger als 200 Arbeitern still und konzentriert die ganze Produktion der 136 000 in der Textilindustrie bestehenden Betriebe in einigen wenigen Riesenbetrieben. Der wirtschaftliche Effekt dieser Maßnahmen, versichert uns K. Kautsky, würde ins Riesenhafte gehen. Bei 5stündiger Arbeitszeit könnte jeder Textilarbeiter Warenwerte im Preis von 5000 Mark produzieren. »Die Gesamtproduktion würde also gegenüber der heutigen verdoppelt, die Löhne könnten dementsprechend verdoppelt werden... bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit um die Hälfte.« Ehrfurchtsvoll lauschen wir dieser wundervollen Kunde aus Nirgendwo, demutsvoll beugen wir unser Haupt vor der Gewalt dieser *sozialrevolutionären* Argumente.

Ach, hätten wir doch den *sozialrevolutionären* Glauben noch, so wären wir aller reformistischer Zweifel bar und könnten hoffen, daß auch unser Einkommen »am Tag nach der sozialen Revolution« um 2000 Mark und mehr er-

höht werden wird. Da uns aber durch die Bekanntschaft mit den Wissenschaften, die man *Nationalökonomie* und *Statistik* nennt, der *sozialrevolutionäre* Glaube verloren gegangen ist, steigen allerlei ketzerische Gedanken in uns auf. Zunächst wundern wir uns darüber, daß jene fabelhafte Steigerung der Produktivität der Arbeit durch die Trusts, die K. Kautsky uns so verführerisch schildert, selbst von den enragiertesten Verteidigern dieser ökonomischen Gebilde nicht bemerkt worden ist. Gewiß ist es richtig, daß die Trusts ihre Riesenbetriebe möglichst vollkommen ausrüsten, so daß sie, rein technisch betrachtet, alle anderen Betriebe überragen; auf der andern Seite hat man aber wahrgenommen, daß die Verwaltungskosten dieser Riesenbetriebe so sehr anwachsen, daß dadurch der Vorteil der bessern technischen Ausrüstung wieder aufgehoben wird. Die besten Kenner der Trusts sind sogar der Meinung, daß recht viele von ihnen unter der Konkurrenz der technisch angeblich so rückständigen europäischen Groß- und Mittelbetriebe elend zusammenbrechen würden, wenn die Vereinigten Staaten ihre enorm hohen Schutzzölle beseitigten, und zwar aus dem Grund, weil die Produktionskosten im europäischen Mittel- und Großbetrieb sich wesentlich niedriger stellen als in den Riesenbetrieben der amerikanischen Trusts. Es sei hier nur daran erinnert, daß in den Vereinigten Staaten der Schiffsbau sich um wenigstens $33\frac{1}{3}\%$ teurer stellt als in Deutschland oder England. Weiter drängt sich uns die Frage auf, warum, wenn die Konzentration der Produktion auf wenige Riesenbetriebe eine so ungeheure ökonomische Überlegenheit verleiht, sich diese in Deutschland so erstaunlich langsam vollzieht. Kein Gesetz hindert in Deutschland das Kapital daran die denkbar größten Riesenbetriebe anzulegen. Wenn diese wirklich instande wären die Herstellungskosten der produzierten Ware auch nur um 20 % zu vermindern, so hätten die Besitzer jener Riesenbetriebe es gar nicht nötig die Groß- und Mittelbetriebe aufzukaufen und stillzulegen, sondern diese wären gezwungen selbst die Produktion einzustellen, weil sie gegenüber der Konkurrenz der Riesenbetriebe sich nicht mehr halten könnten. Die Wunder, die uns K. Kautsky von den amerikanischen Trusts berichtet, erklären sich übrigens in ganz einfacher Weise. Wenn beispielsweise 4 Spiritusbrennereien jährlich je 1000 Hektoliter Spiritus erzeugen können, sie aber mangels Absatz genötigt sind ihre Produktion auf 25 % der Leistungsfähigkeit herabzusetzen, so kann jede nur 250 Hektoliter produzieren. Würde man nun 3 Brennereien schließen, so könnte man die erforderlichen 1000 Hektoliter in einer Brennerei herstellen, wenn man deren Leistungsfähigkeit voll ausnutzt. Genau so lagen die Verhältnisse bei dem amerikanischen Whiskytrust, der 68 Brennereien schließen mußte, weil schon vor der Vertrustung die Produktion der Brennereien auf 28 % der Leistungsfähigkeit herabgesetzt worden war, da für größere Mengen Spiritus kein Absatz mehr gefunden werden konnte. Der Whiskytrust hat also die Produktivität der Arbeit gar nicht erhöht sondern nur die überflüssigen Brennereien geschlossen und 300 Reisende entlassen. Diese Darlegungen werden genügen die Beweiskraft der Spekulationen K. Kautskys zu beleuchten.

Noch charakteristischer als das, was K. Kautsky uns in dem Kapitel über die Steigerung der Produktion zu sagen weiß, ist das, was es uns darin verschweigt. Viel wichtiger als die Steigerung der Produktion industrieller Erzeugnisse ist natürlich die Vermehrung der agrikolen und montanen Produktion. Von ihr redet K. Kautsky kein Wort. Das kann uns natürlich nicht abhalten gerade darauf unsere Aufmerksamkeit zu richten. In unserm rauhen

Klima muß sich das Interesse des Sozialisten zunächst naturgemäß auf die Frage richten, ob es mit den Mitteln der heutigen Technik möglich sein wird alle Haushaltungen mit ausreichendem Heiz- und Beleuchtungsmaterial zu versehen. Wie Bernstein unlängst an der Hand der deutschen Produktionsstatistik in den *Sozialistischen Monatsheften* dargetan hat, sinkt die Produktivität der Arbeit im Bergbau trotz der gewaltigen Betriebskonzentration, die gerade hier zu verzeichnen ist.³⁾ Dementsprechend ist das Wachstum der Steinkohlenförderung im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung ein sehr minimales. Die Förderung betrug 1905 121 Millionen Tonnen, 1906 137, 1907 143, 1908 147 Millionen Tonnen. Von diesen 147 Millionen Tonnen werden, wenn man die Einfuhr mit 11 Millionen in Rechnung stellt, nur 10 Millionen an das Ausland abgegeben. Obwohl also fast die ganze deutsche Kohlenförderung im Inland verbraucht wird, ist die Menge der Kohlen, die auf jeden Einwohner entfällt, von 2196 Kilo im Jahr 1907 auf 2185 Kilo im Jahr 1908 gesunken. Kein Wunder, daß seit 1899 die Klagen über Kohlennot nicht mehr verstummen wollen. Wer nun das Leben der Arbeiter aus eigener Anschauung kennt, der weiß, daß die Zahl der proletarischen Familien, die imstande sind ständig ein Wohnzimmer warm zu halten, nicht allzu groß ist. In den meisten Fällen sind die proletarischen Familienmitglieder gezwungen sich im Winter, Wärme suchend, in der Küche zusammenzudrängen. Aber auch im Mittelstand ist man zumeist nicht in der Lage mehr als ein Wohnzimmer zu heizen. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die deutsche Kohlenförderung mit einem Schlag um mindestens 30 % wachsen müßte, wenn man das deutsche Volk in den kalten Monaten mit einer für ein höheres kulturelles Dasein ausreichenden Wärme- und Lichtmenge versorgen wollte. Nun könnte aber höchstens ein Utopist wie K. Kautsky annehmen, es werde gelingen bei sinkender Produktivität der Arbeit im Bergbau und bei einer jährlichen Zunahme der Bevölkerung um nahezu eine Million Menschen die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Kohlenmenge alsbald um 30 % »am Tag nach der sozialen Revolution« zu steigern. So wird der kritisch denkende Sozialist zu dem Schluß gedrängt, daß an der Kohlennot die soziale Revolution zunächst nichts zu ändern vermag, und daß auch am Tag nach ihr die proletarischen Familien zumeist auf die Heizung auch nur eines Wohnzimmers werden verzichten müssen. Gewaltige Anstrengungen der ganzen Nation werden notwendig sein, um das bestehende Mißverhältnis zwischen Kohlenbedarf und Kohlenförderung ganz allmählich zu beseitigen. Wer da glaubt, daß eine Steigerung der Produktion um zirka 30 % pro Kopf der Bevölkerung eine leichte und schnell auszuführende Sache sei, dem gebe ich zu bedenken, daß bei Neuanlage von Bergwerken es gewöhnlich 6 bis 7 Jahre dauert, ehe die erste Kohle gefördert werden kann.

Wie mit dem Warmwohnen, sieht es auch mit dem Sattessen »am Tag nach der sozialen Revolution« nicht gar zu günstig aus, wenn man diese beiden Begriffe in einem höhern kulturellen Sinn auffaßt. Das Steigen der Tuberkulosesterblichkeit der Jugendlichen beiderlei Geschlechts, das sich statistisch einwandfrei nachweisen läßt, ist ein Beweis dafür, wie sehr unsere Volksernährung noch im argen liegt. Auch der Rückgang der durchschnittlichen Konstitutionskraft bei den proletarischen Militärpflichtigen in Stadt und Land läßt sich nicht anders als durch schwere Mängel in der Ernährungsweise der

³⁾ Siehe Bernstein *Die Volkswirtschaft und die Gewerkschaften* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, I. Band, pag. 26.

Kinder und Jugendlichen erklären. Umfangreiche Untersuchungen haben dargetan, daß die immer schärfer sich fühlbar machende Milchnot auf diese Degenerationserscheinungen von hohem Einfluß ist. Da heute selbst in den Familien des untern Mittelstands die Milch- und Butterkonsumtion noch weit hinter dem Bedarf zurückbleibt, so müßte »am Tag nach der sozialen Revolution« die Zahl der Milchkühe annähernd verdreifacht werden, um die Unterernährung des heranwachsenden Geschlechts zu beseitigen. Daß man hierbei mit der Methode der Trusts, auf die K. Kautsky alle seine Hoffnungen setzt, nichts wird ausrichten können, wird wohl auch den *Sozialrevolutionären* begreiflich sein. Auch auf das Ausland können wir uns nicht verlassen, denn für den Bezug von Milch können unsere Nachbarländer nicht in Frage kommen, da diese davon auch keinen Überfluß aufzuweisen haben; das russische Reich aber, das heute als Butterlieferant für uns in erster Linie in Betracht kommt, würde uns »am Tag nach der sozialen Revolution«, die ja nicht auf Deutschland beschränkt bleiben kann, auch nicht ein Pfund Butter abgeben können, weil seine Butterproduktion von dem Moment an, wo der russische Bauer und Arbeiter auch nur $\frac{1}{2}$ Pfund wöchentlich von diesem Nahrungsmittel genießt, für den eigenen Bedarf bei weitem nicht ausreicht. Die Verdreifachung, ja selbst nur die Verdoppelung der heimischen Milch- und Butterproduktion im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist heute noch ein ungelöstes Problem. Gewiß kann es den vereinten Anstrengungen der ganzen Nation gelingen in einigen Jahrzehnten das Quantum von Milch und Butter, das auf die einzelne Haushaltung entfällt, zu steigern, das kann aber nur das Werk sozialistischer Reformen sein, wie sie von reformistischer Seite für die agrikole Produktion in Vorschlag gebracht worden sind. Die jahrzehntelangen »schweren Kämpfe« der sozialen Revolution würden den drückenden Mangel an Milch und Butter nur noch verschärfen, ohne irgendwie die Grundlagen für eine spätere Steigerung der Produktion schaffen zu können.

Ebenso wenig wie den Milch- und Buttermangel vermag aber die soziale Revolution den Fleischmangel zu beseitigen. Wer die Schwierigkeiten einer wesentlichen Vermehrung des Futters auf dem Acker nur einigermaßen zu würdigen weiß, der wird die Annahme, daß es »am Tag nach der sozialen Revolution« gelingen könnte das auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quantum Rindfleisch erheblich zu erhöhen, in das Reich der Fabel verweisen. Auch die Hoffnung der *Sozialrevolutionäre* auf die Unererschöpflichkeit der amerikanischen und australischen Fleischproduktion ist durchaus trügerisch. Der Zeitpunkt ist angesichts des rapiden Wachstums der amerikanischen und australischen Bevölkerung nicht mehr fern, wo die Fleischversorgung Europas ganz auf sich angewiesen sein wird. Eine Verdreifachung der Rinder- und eine Verdoppelung der Schweinezucht, wie sie eine hygienische Volksernährung erfordern würde, kann jedenfalls nur durch erhebliche, Jahrzehnte in Anspruch nehmende Anstrengungen erzielt werden.

Eine von phantastischen Einbildungen sich freihaltende Untersuchung der Möglichkeiten der Reichtumsvermehrung führt so zu dem Schluß, daß auf dem Weg der *sozialen Revolution* die Not und das Elend nicht beseitigt werden können. Die meisten der Phänomene, die wir unter dem Begriff *soziales Elend* zusammenfassen, blieben auch nach einer siegreichen Revolution bestehen und könnten erst durch eine Jahrzehnte in Anspruch nehmende soziale Kulturarbeit gemildert und allmählich beseitigt werden. Mit dem Beginn der ge-

waltigen sozialen Kulturarbeit, die notwendig ist, um die arbeitenden Menschen auf ein höheres Kulturniveau zu heben, braucht man aber nicht auf die *soziale Revolution* zu warten. Sie könnte heute schon begonnen werden, wenn es gelänge den arbeitenden Massen Einfluß im Staat zu erringen. Denn nicht durch *sozialrevolutionäre* Putsche sondern nur durch sozialistische Reformen kann die Lebenslage der Massen gehoben werden. Die soziale Revolution, die das arbeitende Volk mit einem Schlag von aller Not und Entbehrung befreien soll, ist weiter nichts als ein gleißendes Trugbild, das einst zwar der proletarischen Bewegung mächtige Impulse gab, das aber jetzt, wo es sich darum handelt die disziplinierten Massen für die sozialistische Reformarbeit aktionsfähig zu machen, immer mehr zu einem Hindernis des politischen und sozialen Fortschritts wird. Wie der alte friedliche Utopismus am Anfang des vorigen Jahrhunderts sich unfähig erwies gangbare Wege für die Emanzipation des Proletariats aufzufinden, so zeigt sich auch der moderne *sozialrevolutionäre* Utopismus der Katastrophenpolitiker außerstande die Möglichkeiten auszunutzen, die die Gegenwart uns für die ökonomische, intellektuelle und moralische Hebung der Arbeiterklasse bietet. Die Überwindung des *sozialrevolutionären* Utopismus ist daher die große Aufgabe, die der sozialistische Reformismus zu lösen hat. Erst wenn sie gelöst ist, wird die große moralische Kraft, die in der modernen Arbeiterbewegung lebt, sich entfalten können und sie dazu befähigen der demokratischen Selbstregierung nicht nur im Staat sondern auch in Landwirtschaft, Handel und Industrie freie Bahn zu brechen.

XX
**ARTHUR SCHULZ · BODENVERSTÄATLICHUNG
 ODER GÜTERAUFTEILUNG?**



ZWEI Tatsachen vor allem legen es unserer Partei gegenwärtig nahe sich mit agrarischen Fragen mehr als es in den letzten Jahren geschah zu beschäftigen. Die Teuerung wichtiger Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, zumal mehrerer Fleischsorten gibt den Anstoß nachzuforschen, welches die Ursachen dieser unerwünschten Erscheinung sind, und durch welche Mittel agrarischer Reform die Volksernährung und besonders die Fleischversorgung mehr als bisher gesichert und verbilligt werden kann.¹⁾ Zu dieser Ungunst der wirtschaftlichen Lage kommt die Gunst der politischen Situation. Die Flutwelle einer uns überaus freundlichen Volksstimmung hat den Kandidaten unserer Partei in allen Reichstagswahlen seit der Reichsfinanzreform auch aus den Reihen der Bauern und Landarbeiter zahlreiche Stimmen zugeführt. Diese neugewonnenen ländlichen Wählertruppen gilt es nun so fest mit der Partei zu verknüpfen, daß sie in Freud und Leid zu ihr stehen und auch dem unausbleiblichen Stimmungswechsel möglichst standhalten. Das können wir aber auf die Dauer nur, wenn wir ihnen bieten, was wir den Industriearbeitern geboten haben: Zukunftsziele mit weiten begeisternden Perspektiven und daneben, als Etappen zum *Endziel*, nüchterne Forderungen an die Gesetzgebung und Verwaltung, deren unmittelbare mögliche Verwirklichung ihnen greifbare Vorteile bringt.

¹⁾ Siehe hierüber meine Artikel *Volksernährung und innere Kolonisation im Osten Deutschlands, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauernguts und der Binnenriedelung und Zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem in den Sozialistischen Monatsheften, 1911, 1. Band, pag. 381 ff., und 2. Band, pag. 613 ff. und pag. 1028 ff.*

Ähnliche Erwägungen haben dem Genossen K. Kautsky den Anlaß gegeben eine Art Agrarprogramm zu entwickeln und dessen Propagierung der Partei zu empfehlen.²⁾ In dessen Mittelpunkt steht die Forderung der Verstaatlichung des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Ihre Ausführung stellt sich K. Kautsky so vor, daß dem Staat ein gesetzliches Vorkaufsrecht zugesprochen werden, und daß er dieses Recht bei jedem Besitzwechsel (Zwangsverkauf, freiwilligem Verkauf, Vererbung) ausüben solle. Die verschuldeten Bauern würden sich zu dieser Verstaatlichung ihres Bodens, die ja »nichts als die rationellste Form der Verstaatlichung und Reduzierung ihrer Hypotheken« sei, »massenhaft selbst drängen«, und »bloß von den wohlhabenden wäre vielleicht Widerstreben zu erwarten«. Die Bauern sollen auf ihren bisherigen Besitztümern als Staatspächter bleiben dürfen, doch soll die Zusammenlegung der »irrationellen Kleinbetriebe« zu Großpachtgütern begünstigt werden. Interessant ist, was mit den verstaatlichten Großbetrieben geschehen soll. In seinen früheren Schriften befürwortete K. Kautsky die vom Staat erworbenen Großbetriebe an Genossenschaften von Landarbeitern zu verpachten. Neuerdings aber hat er sich davon überzeugt, daß Landarbeiterproduktivgenossenschaften mit Erfolg nur primitive Großbetriebe von der Art Ralahines oder italienischer Latifundien bewirtschaften können. Auch bestehe die Gefahr, daß sie sich zu kapitalistischen Formen fortentwickeln, und daß sie sich im Gegensatz zu den Lebensmittel konsumierenden Industriearbeitern als Produzenten von Lebensmitteln fühlen lernen könnten. Aus diesen Gründen verwirft K. Kautsky nunmehr die Bewirtschaftung der verstaatlichten Großbetriebe durch Landarbeiterproduktivgenossenschaften und schlägt statt dessen vor sie an Konsumgenossenschaften und städtische Gemeinden zu verpachten. Es soll im folgenden nicht untersucht werden, ob eine Verstaatlichung des landwirtschaftlich benutzten Bodens möglich und wünschenswert ist, und ob die nach K. Kautskys Vorschlägen gebildeten kommunalen und konsumgenossenschaftlichen Großpachtungen Besseres leisten würden als die privatkapitalistischen Großbetriebe der Gegenwart oder gar als genossenschaftlich mit einander verbundene bäuerliche Familienwirtschaften; denn bei dem völlig utopistischen Charakter der Vorschläge K. Kautskys dürften die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* einer solchen Untersuchung wahrscheinlich ein genügendes Interesse nicht entgegenbringen. Es soll vielmehr nur kurz erörtert werden, ob die Forderungen, die K. Kautsky ausdrücklich »zu propagandistischen Zwecken« aufstellt, wirklich geeignet sind der Partei neue Anhänger zu werben.

Zunächst habe ich starke Zweifel, ob K. Kautskys landwirtschaftliche Zukunftsprojekte auch nur in den Kreisen einigermaßen sachkundiger Konsumenten Anklang finden werden. Die von ihm in erster Linie empfohlene Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe durch Konsumgenossenschaften ist bisher in Deutschland überhaupt nicht versucht worden und hat sich in England, wo man sich seit etwa 2 Jahrzehnten damit abmüht, nicht bewährt. Im Jahr 1908 haben in England 86 Genossenschaften eine größere Anzahl Farmen im Gesamtumfang von 10 120 Acres bewirtschaftet und dabei Überschüsse von 6238 und Verluste von 5987 Pfund Sterling, also einen Reingewinn von nur 251 Pfund Sterling erzielt. Dieses Resultat verlockt nicht zur Nacheiferung, und der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* ist gewiß

²⁾ Siehe Kautsky *Malthusianismus und Sozialismus* und *Bodenfragen* in der *Neuen Zeit*, 1910-1911, 1. Band, pag. 695 ff., und 2. Band, pag. 214 ff. und 258 ff.

auf dem rechten Weg, wenn er nicht in der Nachahmung des englischen Beispiels sondern in der Ausgestaltung der geschäftlichen Beziehungen zu den Verwertungsgenossenschaften der deutschen Landwirte ein Hauptziel seiner Tätigkeit erblickt. Dagegen werden auch in Deutschland zahlreiche Güter durch Verwaltungen großstädtischer Gemeinden bewirtschaftet, allerdings selten mit einem befriedigenden finanziellen Erfolg. Zum Zweck der Verwertung der städtischen Abwässer durch Rieselfelder, besserer Versorgung städtischer Anstalten mit Milch und anderen Nahrungsmitteln eigener Produktion und vor allem im Interesse einer weitsichtigen städtischen Boden- und Wohnungspolitik ist es auch recht zweckmäßig, wenn Stadtgemeinden sich auf eigenem Grund und Boden landwirtschaftlich betätigen, und es ist nur zu wünschen, daß besonders die deutschen Großstädte noch mehr Land innerhalb ihres Weichbilds ankaufen und landwirtschaftlich nutzen. Es wäre aber verkehrt hierin die Anfänge einer gesellschaftlichen Nahrungsmittelproduktion zur Versorgung der städtischen Bevölkerung erblicken zu wollen. Eine solche Aufgabe zu übernehmen sind die Verwaltungen städtischer Güter wenig geeignet. In dieser Hinsicht ist es lehrreich und ein starker Beweis gegen die Richtigkeit der Lehren K. Kautskys und die Zweckmäßigkeit seiner Zukunftspläne, daß die Verwaltung der Berliner Stadtgüter in den letzten Jahren mehr und mehr dazu übergegangen ist bisher im Großbetrieb bewirtschaftetes Land in Parzellen zu zerlegen und an kleinere Landwirte und Gärtner zu verpachten.

Auch die Kleinbauern werden sich schwerlich für die Verstaatlichung des Grund und Bodens erwärmen, ja sie werden in ihrer großen Mehrzahl ihr wahrscheinlich energischen Widerstand entgegensetzen. Es ist falsch mit K. Kautsky anzunehmen, daß die Kleinbauern besonders stark verschuldet sind. Nach der preußischen Verschuldungstatistik vom Jahr 1902 sind die kleinbäuerlichen Besitzer (60 bis 90 Mark Grundsteuerreinertrag) mit 18,5 %, die mittelbäuerlichen (90 bis 300 Mark Grundsteuerreinertrag) mit 21,0 %, der Großbesitz (über 1500 Mark Grundsteuerreinertrag) aber mit 31,8 % des Gesamtvermögens verschuldet. Auch bei Gruppierung der Grundbesitzer nach Verschuldungsgruppen kommen die Kleinbauern außerordentlich gut weg, wie folgende Aufstellung zeigt:

Grundsteuerreinertragsklasse	Es waren 1902 in Preußen vom Hundert der Besitzer				
	unverschuldet	verschuldet mit Hundertteilen des Gesamtvermögens			
		bis 25	25 bis 50	50 bis 75	75 und mehr
60 bis 90 Mark	41,4	23,4	20,1	10,3	4,8
90 bis 300 "	31,8	28,9	23,3	11,5	4,5
300 bis 1500 "	21,0	34,9	25,2	13,7	5,1
über 1500 "	11,7	26,1	25,4	23,1	13,8
überhaupt	29,5	29,6	23,4	12,4	5,2

Ebenso ist die Art der Verschuldung der kleineren und mittleren Bauern heute nicht mehr so drückend wie in früheren Jahrzehnten. Immer mehr wird der unzumutbare Privatgrundkredit durch den unkündbaren, billigen und amortisablen Anstaltskredit vor allem der Landschaften ersetzt, die ihre Beleihungs- und Taxationsbedingungen in den letzten Dezennien den Bedürfnissen des Kleingrundbesitzes anzupassen suchten. Selbst die noch vor 10 bis 20 Jahren von bäuerlichen Organisationen öfters erhobene Forderung nach Verstaatlichung der Hypotheken ist deshalb neuerdings verstummt. Man wünscht

eigentlich nur noch, daß das Entschuldungsverfahren, wie es von der *Deutschen Mittelstandskasse* in Posen, der *Deutschen Bauernbank* in Danzig und der *Ostpreußischen Landschaft* geübt wird, besser ausgestaltet und auch in anderen Provinzen und Ländern eingeführt werden möge. Unter diesen Umständen ist es naiv zu meinen, die kleinen und mittleren Bauern sehnten sich danach sich zu Staatspächtern herabdrücken zu lassen, nur um ihre relativ erträglichen Hypothekenschulden loszuwerden.

Ebensowenig kann die Bodenverstaatlichung und die Umwandlung der Bauern- und Rittergüter in konsumgenossenschaftliche und kommunale Großpachtungen für die *Landarbeiter* irgendetwas Verlockendes haben. Ihnen haben die *Ansiedlungskommission* in Posen und Westpreußen und die großen gemeinnützigen Kolonisationsunternehmungen, die seit einigen Jahren in Pommern, Ostpreußen, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Hannover tätig sind, die Möglichkeit eröffnet, durch Kauf eines Rentenguts, sobald sie die dazu nötige in den verschiedenen Gegenden verschieden große Summe Geldes erspart haben, zu bäuerlicher Selbständigkeit emporzusteigen. Von der *Ansiedlungskommission* haben Tausende westfälischer Heuerlinge, niedersächsischer Häusler und west- und süddeutscher Kleinbauern, die früher auf gelegentliche Lohnarbeit angewiesen waren, selbständige Bauernhöfe erworben, deren Kaufpreise sie in Form der Renten allmählich aus dem Ertrag der Grundstücke entrichten. In Pommern hat allein die *Pommersche Ansiedlungsgesellschaft* bis Ende 1910 376 ehemalige Gutstapelöhner zum weitaus größern Teil auf mittelbäuerlichen Rentengütern angesiedelt,³⁾ und etwa ebenso vielen dürfte die *Landbank* in dieser Provinz zu bäuerlicher Selbständigkeit verholfen haben. Ich habe in diesem Sommer auf einer Wanderung durch Pommern mehrere Kolonien angetroffen, in denen etwa die Hälfte und viele, in denen etwa ein Drittel aller Bauern früher in abhängiger Stellung auf pommerschen Rittergütern gedient hatte. Das Beispiel dieser jetzigen Rentengutsbesitzer hat unter ihren früheren Kameraden in den Insthäusern im weiten Umkreis ansteckend gewirkt. Bei dieser Sachlage dürften die pommerschen Landarbeiter und ebenso ihre Klassengenossen in den übrigen Provinzen und Ländern an der Stellung, die ihnen K. Kautsky in seinen kommunalen und konsumgenossenschaftlichen Zukunftsbetrieben zuweist, schwerlich Gefallen finden.

Dem ungestümen Verlangen der arbeitenden Landbevölkerung nach Ansiedlungsland beginnen die politischen Parteien mehr und mehr Rechnung zu tragen. Der *Deutsche Bauernbund* agitiert dafür das gegen die Polen gerichtete Enteignungsgesetz auf die übrigen östlichen Provinzen mit der Maßgabe auszudehnen, daß den Großgrundbesitzern, die von der Enteignung betroffen werden — deutschen wie polnischen —, nur ihr Familienbesitz bis zu 500 Hektar und der Wald bleiben solle. Im preußischen Abgeordnetenhaus haben Abgeordnete verschiedener Parteien wiederholt verlangt, daß der Staat einen Teil seines viel zu großen Domänenbesitzes zu Ansiedlungszwecken zur Verfügung stelle.⁴⁾ Erst vor kurzem hat der Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei in Pommern die gleiche Forderung speziell mit Rücksicht auf den Regierungsbezirk Stralsund erhoben. Während so alles auf die Umwandlung privaten und staatlichen Großgrundbesitzes in Bauern- und Arbeiterland hin-

³⁾ Siehe den *Jahresbericht der Pommerschen Ansiedlungsgesellschaft für das Jahr 1910* /Stettin 1911/, pag. 4.

⁴⁾ Siehe hierüber auch *Gothein Agrarpolitisches Handbuch* /Berlin 1910/, pag. 379 ff.

drängt, traut K. Kautsky seiner Forderung umgekehrt den landwirtschaftlich genutzten Boden zu verstaatlichen und ihn zu Großpachtgütern zusammenzufassen eine propagandistische Wirkung zu. Eine merkwürdige Verkennung aller Zeichen der Zeit.

Will unsere Partei wirklich in den aufstrebenden arbeitenden Schichten der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung festen Fuß fassen, so muß sie, unter völliger Abkehr von nahezu sämtlichen agrarischen Theorien K. Kautskys, sich prinzipiell auf den Boden stellen, den die Genossen von Vollmar und David auf dem Frankfurter und dem Breslauer Parteitag /1894 und 1895/ einnahmen, aber doch in einem wichtigen Punkt darüber hinausgehen. Es ist das Verdienst der genannten Genossen den Nachweis, daß die bäuerliche Wirtschaftsform vor der sozialistischen Kritik bestehen könne, zuerst erbracht und so grundsätzlich — abgesehen von den Fragen der Zoll- und Handelspolitik — namens der Sozialdemokratie mit dem deutschen Bauern Frieden geschlossen zu haben. Aber als Süd- und Westdeutschen lag es ihnen naturgemäß nur am Herzen den bäuerlichen Betrieb und Besitz, wie sie ihn in Süd- und Westdeutschland vorfanden, zu erhalten und so weit zu fördern als es ihnen mit den Interessen der Industriearbeiter vereinbar zu sein schien. Dagegen zogen sie aus den neuen theoretischen Einsichten, zu denen sie sich durchgearbeitet hatten, noch nicht die Konsequenz, daß es, und zwar gerade im Interesse der Industriearbeiterklasse, nun auch gelte den als existenzberechtigt, ja als zum Teil überlegen erwiesenen bäuerlichen Betrieb und Besitz zu vermerken, ihm in der Großgüterreichshälfte, dem deutschen Osten, ein neues Feld erobern zu helfen. An die landwirtschaftlichen Probleme Ostdeutschlands dachten die damaligen agrarischen Revisionisten noch nicht, und sie konnten wohl auch nicht daran denken, da sich vor 15 Jahren Großbetrieb und Großgrundbesitz östlich der Elbe noch ziemlich unerschüttert zeigten, und der Landhunger der ostdeutschen Instleute, Kätner und Häusler sowie ein gangbarer Weg zu seiner Befriedigung damals noch nicht so allen Augen sichtbar hervortraten wie heute. Deshalb mußte dem Agrarprogrammwurf von 1895 die innere Geschlossenheit und Vollendung und die letzte theoretische und praktische Konsequenz, die ihn — obschon erst nach Jahren — auch politisch wirksam gemacht hätte, noch fehlen. Sollte heute ein sozialdemokratisches Agrarprogramm aufgestellt werden, so würde diese Unterlassung wohl kaum mehr vorkommen. Die Entwicklung hat ein rascheres Tempo angenommen als man es in den Agrarprogrammdebatten von 1894 bis 1895 ahnen konnte. Die mittelbäuerlichen Betriebe von 5 bis 20 Hektar, also zur Hauptsache die Familienwirtschaften, haben seit 1882 an Zahl um 138 934 oder um 15 %, an Fläche um 1 263 000 Hektar oder um 13,8 % zugenommen. Beträchtlich ist dagegen im selben Zeitraum der Großgrundbesitz von mehr als 100 Hektar abgebröckelt, an Zahl der Betriebe um 1425 oder 5,7 %, an Fläche um 731 000 Hektar oder um 9,4 %. Tausende von Landarbeitern und Kleinstellenbesitzern sind auf dem ihnen durch die innere Kolonisation geöffneten Weg in die Machtpositionen des ostdeutschen Großgrundbesitzes eingedrungen, und die große Masse der Bauernsöhne, Landhandwerker und nun auch der ostdeutschen Instleute drängt nach und möchte auf den 2 bis 3 Millionen Hektar ostelbischen Rittergutslandes, die über das vom Standpunkt des Gesamtinteresses allenfalls vertretbare Maß hinaus zu viel vorhanden sind, ihre Gehöfte aufbauen. Kein Zweifel ist heute mehr möglich: Wer diese erwachten Massen politisch ge-

winnen will, muß sich gegen Bodenverstaatlichung und sonstige agrarkommunistische Utopieen, aber auch gegen die Degradierung der Ansiedlungslustigen und der schon Angesessenen zu Staatspächtern und für die Aufteilung der überschüssigen Rittergüter unter staatlicher Leitung und ihre Umwandlung in klein- und mittelbäuerliche Eigentumshöfe oder Rentengrundstücke und in vergrößerungsfähige Arbeiterstellen aussprechen. Das Agrarprogramm, das nicht von diesem Gedanken beherrscht wäre, nicht in dieser Forderung gipfelte, wäre in der Gegenwart und absehbaren Zukunft ein Schlag ins Wasser, aber kein in den Seelen zündender Funke.⁵⁾

Für ein sozialdemokratisches Gegenwartsagrarprogramm dieses Inhalts hat glücklicherweise auch Genosse K. Kautsky eine recht gute Begründung geliefert, und zwar 1905, im Jahr der russischen Revolution, in dem Vorwort zur russischen Ausgabe seines Buches *Das Erfurter Programm*, worin er die Frage behandelt, welche Stellung die Sozialdemokratie zu dem Konflikt zwischen den Bauern und den Grundherren einnehmen solle.⁶⁾ Damals warnte K. Kautsky die russische Sozialdemokratie ausdrücklich davor die von den Bauern erhobene Forderung des Gemeineigentums am Boden »ernst zu nehmen und den Bauern nicht als Besitzer sondern bloß als Pächter seines Bodens zu betrachten, für den er dem Staat die Grundrente zu entrichten hätte, und den er verlassen müßte, wenn er zur Zahlung dieser Rente unfähig wäre«. Es handle sich für die Bauern auf keinen Fall darum ihren eigenen Besitz in Staatseigentum zu verwandeln sondern vielmehr darum ihn zu vergrößern und zu befestigen. Sie forderten vor allem Land, und das könnten sie nur auf Kosten des großen Grundbesitzes erlangen. Das städtische Proletariat aber habe »gar kein Interesse daran der Bauernschaft dabei entgegenzutreten«. Im Gegenteil, es habe »alle Ursache ihr dabei zu helfen«; denn die Verteilung von Gütern der Großgrundbesitzer an Bauern ohne oder mit ungenügendem Grundbesitz könne »antikapitalistisch wirken«. Sie werde »allem Bodenwucher für einige Zeit hinaus ein Ende machen«, den Abfluß der Landbevölkerung in die Industrie hemmen, und damit ein lohndrückendes Element aus dieser zeitweise fernhalten. Die Verteilung der Bodenreserve könne daher »das Kapital zwingen dem Proletariat bedeutende Konzessionen zu gewähren«; denn die Lebenshaltung des industriellen Proletariats stünde stets »in einer gewissen Abhängigkeit zu der Lebenshaltung und den Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung«. Aber die Güterverteilung werde auch der Industrie nützen; sie werde »ihren innern Markt vergrößern, wenn sie der bäuerlichen Bevölkerung eine mehr auskömmliche Existenz verschafft, dadurch die Landflucht einschränkt und es dem städtischen Proletariat erleichtert höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten zu erringen«. Die Verteilung des großen Grundeigentums an die Bauern sei also »nicht bloß unvermeidlich und notwendig sondern auch höchst nützlich«, und die Sozialdemokratie habe »alle Ursache diesen Prozeß zu unterstützen«. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß alle diese Argumente, auf die Verhältnisse der deutschen Gegenwart angewandt, für die Güteraufteilung im Weg der staatlich geleiteten innern Kolonisation sprechen und die von K. Kautsky neuerdings

⁵⁾ Eingehender habe ich diese Gedanken dargelegt in meinen Artikeln *Die landwirtschaftlichen Arbeiter, Das dänische Beispiel und Agrarpolitische Aufgaben der preussischen Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1578 ff., und 1909, 3. Band, pag. 1350 ff. und pag. 1676 ff.

⁶⁾ Ich zitiere nach der deutschen Übersetzung, die unter dem Titel *Die Agrarfrage in Rußland in der Neuen Zeit*, 1906, 1. Band, pag. 412 ff., erschien.

propagierte Verstaatlichung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und die von ihm in Aussicht genommene Verwendung der neugebildeten Staatsdomänen als unzweckmäßig und mit dem Industriearbeiterinteresse unvereinbar, ganz gut beleuchten. Sollte ein künftiger sozialdemokratischer Parteitag sich mit der Aufstellung eines zeitgemäßen sozialdemokratischen Agrarprogramms befassen, so kann ich nur wünschen, er möge sich dabei von dem K. Kautsky des Jahres 1905, nicht von dem des Jahres 1911 beraten lassen. Aber auch den Rednern des diesjährigen Jenenser Parteitags kann, falls sie agrarpolitische Probleme, beispielsweise die landwirtschaftlichen Zölle, die Landarbeiterfrage oder die innere Kolonisation im Osten Deutschlands zu streifen gedenken, nur empfohlen werden ihre Ausführungen in jenem Geist einzurichten. Sie würden dadurch nicht nur der Wahrheit näher kommen und dem wirklichen Interesse der deutschen Industriearbeiter dienen sondern auch dazu beitragen unserer Partei ihre Anhänger auf dem Lande zu erhalten und neue zu gewinnen.

XX

GERHARD HILDEBRAND · DIE DEUTSCHEN INTERESSEN IM AUSLAND

POLITISCHE Macht kann von der deutschen Sozialdemokratie nur erobert und dauernd behauptet werden, wenn diese die Lebensinteressen des deutschen Volks in den Strudeln der internationalen Wirtschaft und Politik nach jeder Richtung hin ausreichend wahrnimmt. Mit allgemeinen Theorien und Grundsätzen ist auf diesem Gebiet ebensowenig alles getan wie auf irgend einem andern. Konkrete Situationen erfordern immer konkrete Maßnahmen. Das Verlangen etwa den Marokkostreitfall einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten wäre noch keine solche Maßnahme. Der Marokkostreit ist aus der Mißachtung der Übereinkunft von Algeciras durch Frankreich entstanden. Es liegt auf der Hand, daß Frankreich den Vertragsbruch nicht gewagt hätte, wenn es sicher gewesen wäre, daß alle ausschlaggebenden Vertragsmächte die Vereinbarungen von Algeciras als endgültige Rechtsbindung zu betrachten und zu schützen bereit waren. Es erwies sich aber, daß im Grunde niemand ernstlich daran dachte das zu tun. Ein Schiedsgericht kann erst dann in Wirksamkeit treten, wenn ein festes Recht vorhanden ist, um dessen Durchsetzung oder autoritative Auslegung es sich handelt. Recht und Gerichtsordnung müssen vorher da, müssen als solche allseitig anerkannt sein. Erst dann können sie durch Klage nutzbar gemacht werden. Im Marokkostreit gab es eine augenscheinlich als vorläufig gewertete Vereinbarung, aber keinen Rechtsanspruch, keine Rechtssicherheit, kein Gericht und keine Exekutive. Deswegen ist die sozialdemokratische Programmforderung einer »Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege« noch keineswegs hinfällig. Aber man muß sich darüber klar sein, daß sie die Schöpfung internationaler Rechtsgrundsätze, einer formalen internationalen Rechtsordnung und einer wirksamen internationalen Exekutive zur Voraussetzung hat. Andernfalls bedeutet ihre bedingungslose Durchführung die Willkür irgendeiner internationalen Diplomatenclique im feierlichen Gewand einer nicht nur Recht sprechenden sondern sogar neues Recht schaffenden Behörde. Auf dem Weg einer solchen Schlichtung könnte parallel den Vorgängen bei der Klassenjustiz einem mißliebigen

Staat jeder den anderen unbequeme internationale Lebensfaden abgeschnitten werden. Der Teufel des rücksichtslosen nationalen Machtanspruchs wäre alsdann durch den Beelzebub einer internationalen Erdrosselungsjustiz ausgetrieben. Die Entscheidungen der äußern Politik erfordern, wenn die sozialdemokratische Partei an ihnen mitwirken will, gerade wie die der innern ein sorgsames Eingehen auf die tatsächlichen, im Einzelfall berührten und zur Debatte stehenden Bedürfnisse des Volks.

Aber gibt es überhaupt im Marokkofall Bedürfnisse des Volks und der Völker? Und ließen sich gar Rechtsgrundsätze aufstellen, auf Grund deren man zu einer Verständigung darüber gelangen könnte, sofern das Rechtsgefühl aller Beteiligten genügend entwickelt wäre? Viele Sozialdemokraten haben sich durch falsche Analogieschlüsse die Beantwortung der ersten dieser beiden Fragen, damit aber auch der zweiten unmöglich gemacht. Sie sagen: Die herrschende Wirtschaftsordnung ist die kapitalistische zur Bereicherung der herrschenden Klassen, und die ihr entsprechende Politik die der Machtentfaltung wieder im Interesse der herrschenden und besitzenden Klassen. Wie wir nun, so folgern sie, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Innern ein Ende machen wollen, so müssen wir auch der kapitalistischen Machtentfaltung nach außen entgegentreten. In dieser Schlußfolgerung steckt fast unmerklich der große Irrtum. Der kapitalistischen Wirtschaftsordnung soll ein Ende gemacht, das heißt, sie soll durch die sozialistische abgelöst werden. Wie diese sozialistische Wirtschaftsordnung durchgeführt werden soll, bleibt offen, bis auf den leitenden Gesichtspunkt, daß die Produktionsmittel und die Produktion so ausschließlich wie möglich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen sind. Daß der Kapitalismus Produktionsmittel schafft und Produktivkräfte entfesselt, dagegen ist nichts einzuwenden, im Gegenteil, das ist seine geschichtliche Aufgabe. Es ist die einzige Anerkennung, die ihm zugebilligt wird, weil die einzige Erklärung für sein Dasein und seine Lebenskraft. Der Sozialismus will seine Wirksamkeit auf diesem Gebiet nicht ruinieren sondern erben, fortführen, steigern. Darum innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eines Landes nicht Feindschaft und Notwehr gegen die Schaffung neuer Produktionsmittel und gegen die Entfesselung neuer Produktivkräfte sondern Unterstützung wirtschaftlich zweckmäßiger Einrichtungen und dann Kampf um den Anteil am Produktionsertrag. Von alledem ist aber angesichts der Machtentfaltung des Kapitalismus nach außen nicht mehr die Rede. Im Innern schafft der Kapitalismus Produktionsmittel und entfesselt Produktivkräfte: denn er will Mehrwert schlucken. Die Arbeiterklasse läßt ihn schaffen und entfesseln: und sucht ihm dann seinen Mehrwert so weit wie möglich abzujagen. Im Ausland soll er keine Produktionsmittel schaffen, keine Produktivkräfte entfesseln: denn er tut es, um Mehrwert zu schlucken. Er soll keinen Mehrwert schlucken: darum hindert man ihn Werte zu schaffen. Im Ausland soll seine Wirksamkeit nicht durch den Sozialismus beerbt, nicht fortgeführt, nicht gesteigert werden; da will man ihm nicht ein Ende machen, um die eigne Wirtschaftsordnung an seine Stelle zu setzen, ihm nicht ablösen: da tritt man ihm entgegen, da soll seine weltwirtschaftliche Aufgabe, die Karl Marx schon im *Kommunistischen Manifest* so glänzend schildert, nicht vorhanden sein, durch nichts ersetzt werden. Jahrhunderte und Jahrtausende alter Rückständigkeit, halber und ganzer Barbarei soll ehrfurchtsvoll uneingeschränkter Spielraum gelassen werden. Das ist der Sinn grundsätzlicher Kolonialgegnerschaft.

Woher kommt diese ganz verschiedenartige Stellung zur inneren und äußeren Wirksamkeit des Kapitalismus? Offenbar von der nationalen (vielfach richtiger: staatlichen) Gespaltenheit der menschlichen Gesellschaft. Wäre die ganze menschliche Gesellschaft eine Nation, ein Staat, so würde kein Sozialdemokrat etwas gegen die Expansion des Kapitalismus einzuwenden haben, so würde ohne weiteres die Notwendigkeit anerkannt werden eine Provinz nach der andern dem kapitalistischen Verkehr, der kapitalistischen Konkurrenz, der kapitalistischen Ausbeutung zu öffnen, dünn bevölkerte Provinzen zu besiedeln, hinterwäldlerische Bevölkerungsteile in die Organisation des Staates hineinzuziehen, partikulare Interessen den Gesamtinteressen unterzuordnen: den Gesamtinteressen, auch solange sie von schlechten kapitalistischen Sachwaltern wahrgenommen werden, in der Erwartung, daß die besseren sozialistischen schließlich nachfolgen. Aber die staatliche Gespaltenheit trägt neue Momente in die Situation hinein, die den Blick für den großen Zug der Entwicklung trüben und ihren Prozeß eigentümlich komplizieren. Da ist erstens einmal das Selbstbestimmungsrecht der in der Entwicklung zurückgebliebenen Völker, zweitens die Rivalität zwischen den vorgeschrittenen, kapitalistisch expansiven, ihre Wirtschaft und ihre staatliche Organisation ausdehnenden Völkern. Krieg gegen die Schwachen, Krieg zwischen den Starken scheint die doppelte, sich ergänzende, alle Friedensarbeit bedrohende Begleiterscheinung jeder internationalen Bestrebung des Kapitalismus zu sein.

Was ist an dieser scheinbar ständigen und wachsenden Beunruhigung des Weltfriedens durch den Kapitalismus Wahres?

Wahr ist sicherlich zuerst, daß die kapitalistische Expansion die staatliche Unabhängigkeit der kulturell minderwertigen, um Jahrhunderte oder selbst Jahrtausende zurückgebliebenen und an die internationale Verkehrswirtschaft nicht aus eigener Kraft anpassungsfähigen Völker in Frage stellt. Aber das ist eine einfache volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Diese Völker haben tatsächlich noch vor 100 Jahren den weitaus größten Teil der Erdoberfläche im Besitz gehabt und beanspruchen noch heute für ihre primitive Lebensführung einen unverhältnismäßig großen Raum. Hier stehen klipp und klar die Mehrheitsinteressen der zivilisierten gegen die Minderheitsinteressen der nicht zivilisierten Völker. Wo die Kultur aufhört und die Barbarei anfängt, kann sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Für die 315 Millionen Bewohner Britisch Indiens müßte es eine Kleinigkeit sein die Herrschaft der 45 Millionen Engländer abzuschütteln. Der barbarische Fanatismus zwischen Hindu und Moslem ist eine der Hauptursachen, weshalb das zurzeit noch unmöglich ist. Mögen sich dahinter zum Teil auch Klassengegensätze verstecken, so hieße das doch nur, daß ein Land mit dieser Art von Klassengegensätzen zwischen seinen Bewohnern zur Selbstbestimmung unfähig ist. Aber in Wirklichkeit sind es nicht die Klassengegensätze an sich sondern ihre kulturell rückständigen Formen, die eine selbständige und erfolgreiche politische Willensbildung bis jetzt noch verhindern. Und diese Formen sind ihrerseits wieder die unzweideutigen Zeichen erschlafener kulturschöpferischer Energien. In China und der Türkei steht es wahrscheinlich besser. Das muß sich namentlich bei der Türkei in den nächsten 10 Jahren endgültig zeigen. Aber gerade diese beiden Staaten beweisen mit der Klarheit von Schulbeispielen, daß die rückhaltlose Anpassung an das System der internationalen Verkehrswirtschaft die unumgängliche Vorbedingung für jede innere und äußere Erstarkung ist. In Marokko gibt es keine

Rechtssicherheit der Art wie sie die internationale Verkehrswirtschaft braucht, und es gibt keine Versuche von der Art der chinesischen oder türkischen Versuche sich den Lebensbedingungen der internationalen Verkehrswirtschaft anzupassen; zum mindesten aber wurden diese Versuche mit vollständig unzulänglichen Kräften angestellt. Man könnte, im größten wenigstens, eine förmliche Skala der Befähigung zur selbständigen Kulturentwicklung aufstellen, in der sich vielleicht — es kommt hier ja nicht auf Genauigkeit an — folgende Reihenfolge ergeben würde: Von oben her an so und sovielter Stelle etwa Rußland, dann Mexiko, Griechenland, China, Spanien, Türkei, Abessinien, Siam, Persien, Marokko und zwischen China und Siam irgendwo die verschiedenen Staaten, die den Raum von Mexiko bis Brasilien ausfüllen; hinter Marokko dann der ganze Rest der Länder mit farbiger Bevölkerung. Wobei sich von selbst versteht, daß wir unter Fähigkeit zur selbständigen Kulturentwicklung die Fähigkeit zur Anpassung an die internationale Verkehrswirtschaft begreifen, innerhalb deren sich jede lebensfähige moderne Kultur entwickeln muß. Wie gesagt, es kommt hier nicht auf Genauigkeit an, aber daß Marokko unter allen Umständen an den Schluß der von mir gegebenen Namensliste gehört, scheint mir sicher. Seine wirtschaftliche und politische Unfähigkeit ist um so augenscheinlicher als es unmittelbar vor den Toren Westeuropas liegt und sich daher mit geringen Umständen schon seit Jahrhunderten im Kontakt mit der westeuropäischen Kulturentwicklung hätte halten können.

Es scheint, alles in allem, eine unbestreitbare Tatsache, daß zahlreiche tropische und subtropische Länder nur unter halber oder ganzer Vormundschaft von Kulturvölkern den Anschluß an die internationale Verkehrswirtschaft finden können. Manche Sozialdemokraten, die sich vor dem offenen Eingeständnis dieser Tatsache fürchten, tun das weniger aus Gründen der äußeren als aus Gründen der inneren Politik. Sie sagen: Wenn wir die Unmündigkeit fremder Völker zugeben, treiben wir allen denen Wasser auf die Mühle, die fortgesetzt von der Unmündigkeit des eigenen Volkes reden. Sie übersehen, mit welchen einfachen Gegenbemerkungen derartige Mäuler sehr schnell gestopft werden können: Daß sich die Länder höchster Kultur auch zu den Ländern des allgemeinen Wahlrechts entwickelt haben, während die Länder niedrigster Kultur im Absolutismus und Feudalismus stecken geblieben sind; daß ferner jede Vormundschaftsbedürftigkeit erst durch tatsächliche und fortgesetzte Unfähigkeit zur bürgerlichen Selbstbestimmung bewiesen werden muß, und daß dieser Beweis zwar bei den Bewohnern Marokkos, aber nicht bei den Bewohnern Preußens vorliegt; daß weiter gerade von den lebhaftesten und oft skrupellosesten Befürwortern der kolonialen Bevormundungspolitik der große Unterschied der Rasse am stärksten hervorgehoben wird, und daß sie daher ihrer eigenen Beweisführung ins Gesicht schlagen, wenn sie diesen Unterschied daheim mit Taschenspielergewandtheit in den Unterschied der Klasse umwandeln; daß endlich jede Vormundschaft zur Verhütung von Mißbräuchen eine gesicherte Kontrolle verlangt, und daß diese Kontrolle im Kolonialfall um so notwendiger eine demokratische sein muß, je mehr die unmittelbaren Geschäftsträger der Vormundschaft ihren Instinkten nach undemokratisch und daher der Versuchung ausgesetzt sind ihre kolonialen Mündel nach allen Regeln der Kunst übers Ohr zu hauen.

Von diesen allgemeinen Voraussetzungen aus ergibt sich, daß die Störung, zwar nicht des Weltfriedens, aber barbarischer Anarchie und Selbstzerflei-

schung, durch die von außen her erfolgende Einrichtung von Verkehrsmitteln, Rechtssicherheit sowie geeigneten Bildungs- und Gewerbebelegenheiten eine zwingende Notwendigkeit zur vollen weltwirtschaftlichen Ausnutzung der Erde, ihrer Schätze und Kräfte ist. Es fragt sich weiter, von wem, in welchem Tempo und mit welchen Mitteln sie zu geschehen hat. Die Erörterung der Mittel gehört in die Erörterung eines sozialdemokratischen Kolonialprogramms. Als Leitgedanke kann hier nur die Entfaltung der kolonialen Produktivkräfte im weitesten Sinn und damit der kolonialen Kultur festgestellt werden. Das Tempo folgt aus den Bedürfnissen der internationalen Verkehrswirtschaft. Wachsende Preise tropischer und subtropischer Nutzstoffe bedeuten, daß neue Flächen tropischen und subtropischen Bodens in Kultur genommen werden müssen. Welche jeweils in Frage kommen, ergibt sich aus der größeren oder geringeren Möglichkeit mit Gewinn aller Beteiligten zu produzieren. Ob und wann die meist hohen Kosten der ersten Anlage herauskommen, ist eine geschäftliche Kalkulation, bei der man sich wie bei jeder andern verrechnen kann. Aber die Schnelligkeit der weltwirtschaftlichen Bedarfssteigerung macht es nötig, daß auch bei diesem Geschäft etwas riskiert wird. Sie sichert andererseits vor dem dauernden Überwiegen der Verluste.

Die schwierigste Frage ist, von wem die Kolonisation betrieben werden soll, weil hier die Rivalität der Kulturstaaten unter einander, damit aber auch die eigentliche und wichtigste Weltfriedensgefahr beginnt. Daß es zunächst überhaupt einmal eine staatliche Organisation sein muß, von der aus die Sache unternommen wird, ist die erste Voraussetzung. Private Gesellschaften können zwar, wie manche Beispiele der Kolonialgeschichte beweisen, unter günstigen Bedingungen solche Geschäfte mit großen Mitteln und selbst auf lange Fristen ebenfalls erfolgreich unternehmen; allein sie sind immer der Gefahr ausgesetzt um des schnellen Erfolges willen unmittelbare Menschlichkeits- oder wirtschaftliche Zukunftsinteressen zu gefährden, Raubbau auf Abbruch zu treiben statt dauernd wirksame Produktivkräfte zu entfesseln. Wie im Innern das kapitalistische Geschäft durch die allgemeine Rechtsordnung, durch soziale Schutzgesetze zugunsten der Schwachen, durch alles das, was sich die arbeitende Bevölkerung im Lauf von Generationen an Sicherheiten erkämpft hat, eingedämmt und des Stachels verwüstender Tendenzen beraubt werden muß, so erst recht dort, wo mit der kulturell ausreichenden Selbstbestimmungsfähigkeit auch die Kraft zur Verteidigung gegen Vergewaltigung und Niederhaltung fehlt. Gerade vom sozialistischen Standpunkt aus ist der Staat der einzig mögliche Kolonisator, weil er Garantien schafft. Und der beste Kolonisator ist der Staat, in dem die arbeitende Bevölkerung am meisten zu sagen, am meisten innere soziale Kultur gesichert hat. Deswegen: Je einflußreicher die Sozialdemokratie oder die Arbeiterpartei im Staat ist, um so weniger darf sie die Kolonisation allein den anderen Staaten überlassen, in denen ihre Bruderparteien vielleicht viel weniger Geltung besitzen. Grundsätzliche Kolonialgegnerschaft der Sozialdemokratie bedeutet, in Praxis durchgeführt, daß die Kolonisation nur von Staaten betrieben werden kann, in denen die Arbeiter machtlos sind, und in denen daher das privatkapitalistische Profitinteresse schrankenlos den Ton angibt.

Aber weil der Staat der einzig mögliche Kolonisator ist, und ein um so besserer, je einflußreicher die arbeitenden Klassen in ihm sind, darum kommen wir um das Problem der Auseinandersetzung und Verständigung der Staaten über die

Verteilung der Kolonisationsgebiete nicht herum. Und dazu noch aus einem andern Grund nicht. Ist die Einbeziehung immer weiterer tropischer und subtropischer Gebiete in den Weltverkehr, in die Weltwirtschaft, in die friedlichen Austauschbeziehungen der Länder und Zonen zu einander eine Notwendigkeit für die Kulturentwicklung überhaupt, eine Notwendigkeit aber besonders für solche Völker, die nun einmal, wie in Westeuropa besonders Belgien, Holland, Großbritannien, Italien und Deutschland, kraft ihrer Massenhaftigkeit auf engem Raum und kraft ihres hochgesteigerten Industrialismus auf eben so umfangreiche wie gesicherte Wechselbeziehungen mit fremden Bauern- und Rohstoffländern unweigerlich angewiesen sind, dann ist es für jedes einzelne dieser Völker beängstigend und für den Weltfrieden auf die Dauer gefährlich, wenn andere monopolartig über unverhältnismäßig große Kolonisationsgebiete verfügen und ihren Vorsprung immer noch weiter einseitig auszudehnen bemüht sind. Das aber ist bei Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn im Verhältnis zu England, Frankreich und Rußland der Fall. Man vergleiche die folgenden Ziffern, wobei von einer Qualitätseinschätzung der Kolonialgebiete der Einfachheit halber vollständig und nicht zugunsten der ziffernmäßig Benachteiligten abgesehen werden soll:

Stammland	Zählungs- oder Schät- zungsjahr	Einwohner des Stamm- landes per Quadratkilo- meter	Kolonialbe- sitz in % des Stammlandes
Großbritannien	1910	145	9399
Frankreich	1906	73,8	1286
Rußland	1909	24,4	315
Italien	1910	121	171
Deutschland	1910	120	491
Österreich-Ungarn	1910	75,8	0

Daß hier flagrante Mißverhältnisse vorliegen, bedarf weiter keines Beweises. Aber das Gefährlichste ist, daß die englisch-französisch-russische Gruppe seit vielen Jahren ein förmliches Länderverteilungssyndikat gebildet hat, das in keiner Weise die anderen zu irgend welchen Neuerwerbungen kommen lassen wollte. Frankreich und England haben sich abwechselnd aus der Masse Siams, Liberias, Nordafrikas und wo sonst noch vergrößert, England und Rußland haben sich über Persien verständigt, alle drei haben den deutschen Einfluß in der Türkei zu untergraben gesucht, wo die Deutschen keinen Landbesitz sondern nur wirtschaftlich-kulturelle Unternehmungen zu beiderseitigem Vorteil suchten. Italien durfte sich nicht in Tripolis betätigen. England kontrolliert fast vollständig die portugiesischen Kolonien, Frankreich die wichtigste Straße nach Abessinien. In China verbreitet vor allem England die tollsten Mären über angebliche deutsche Ausdehnungsgelüste, während Rußland im Norden und Westen, England von Südwesten (Indien und Birma), Frankreich von Süden her ihre Kolonialgrenzen vorschieben möchten, sofern es sich irgend machen ließe. Alle diese Tatsachen und Tendenzen müssen einmal auch von den deutschen Arbeitern im Zusammenhang betrachtet und mit der weitern Tatsache verglichen werden, daß die Dreibundmächte seit den deutschen und italienischen Einigungskämpfen keine großen Kriege geführt haben, während England noch um die Jahrhundertwende in Südafrika, Rußland 1905 in Ostasien große Eroberungskriege unternahmen. Dann erst kann man ein klares

Urteil darüber gewinnen, ob wirklich Deutschland der unerträgliche Friedensstörer ist, und ob der Dreibund seine Landmacht, ob nicht vielleicht England seine Seemacht mißbraucht.

Was aber kann die deutsche Sozialdemokratie zur Sicherung der deutschen Interessen, und das heißt nichts anderes als zur Sicherung der deutschen Gleichberechtigung, unternehmen? Es gibt zunächst einmal ein ungemein einfaches, aber unter Umständen ungeheuer wirksames Mittel, das schon Ferdinand Lassalle empfohlen und angewandt hat. Dies Mittel heißt *Aussprechen*, was ist! Aussprechen, daß Deutschland um seiner starken und schnell wachsenden Bevölkerung, um seiner Zukunft und um seiner unzweifelhaften Verantwortlichkeit für das Wohl der folgenden Generationen willen mit der bisherigen offenkundigen und provokatorischen Ausschließungspolitik des englisch-französisch-russischen Länderverteilungssyndikates nicht einverstanden sein kann und sich damit nicht zufrieden geben darf. Dies von der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen wäre zweifellos eine Tat von ganz außerordentlicher moralischer und politischer Wirkung. Denn die englische — und wahrscheinlich auch die französische — Regierung rechnet nun einmal ganz sicherlich mit der starken deutschen Arbeiterbewegung, von der sie annimmt, daß sie infolge ihrer prinzipiellen Opposition gegen das in Deutschland herrschende System, infolge schlechthinniger und unversöhnlicher Gegnerschaft gegen jede Art von Kolonialpolitik, weiter aber auch infolge ihrer einzigartigen Parteidisziplin und Geschlossenheit jeden Anspruch der deutschen Regierung in eine nichts bedeutende Geste verwandeln wollte und könnte. Rechnete die englische Regierung damit nicht, dann wäre ihre nun seit vielen Jahren dem Deutschen Reich gegenüber bewiesene Haltung ein Beweis unbegreiflicher und unverantwortlicher Verblendung. Und darum ist die Lassallesche Losung in der gegenwärtigen Situation — die sich alle paar Jahre von neuem wiederholen kann — wahrscheinlich ein ebenso sicheres wie einfaches Mittel der deutschen Sozialdemokratie zur Beseitigung der großen Gefahren, die aus jener Politik mit Notwendigkeit immer wieder hervorbrechen müssen.

Hat aber die deutsche Sozialdemokratie erst einmal klar und unmißverständlich ausgesprochen, was ist, dann steht ihr hinterher der Weg der Verständigung mit den ausländischen Bruderparteien über die Rechtsgrundsätze bei der Verteilung der kolonialen Einflußgebiete offen. Sie ist dann in der Lage auch vor dem Forum der Internationale von den Schwierigkeiten zu reden, die sich gerade in kolonialpolitischen Fragen aus der gegenwärtigen Mächtegruppierung für Deutschland und die beiden anderen Dreibundstaaten ergeben. Sie kann dann mit vollständiger Überzeugungskraft die Notwendigkeit der Gleichberechtigung aller Beteiligten in den kolonialen Einflußgebieten dartun. Es können von ihr und der Internationale alsdann mehr oder minder ausgearbeitete, jedenfalls positive und wegweisende Vorschläge zur Herstellung der notwendigen Gleichberechtigung gemacht und propagiert werden. Kurzum: Es kann auch auf diesem Gebiet von der bloßen Negation und Opposition, die nur allzu leicht das Kind mit dem Bade ausschüttet, zur schöpferischen Arbeit übergegangen werden, wie sie bei der Reichsversicherungsordnung und ähnlichen Gelegenheiten in so reicher Fülle geleistet worden ist.

Damit aber wäre unendlich viel für den Schutz der deutschen Interessen im Ausland geleistet. Den selbständigen, aus eigener Kraft entwicklungsfähigen und alle Vorteile der internationalen Verkehrswirtschaft wahrnehmenden

Staaten können und wollen wir ebensowenig ihre Wirtschaftspolitik vorschreiben wie wir uns selber von außen her dreinreden lassen. Wollen diese Staaten nicht nur Lieferanten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen gegen Fabrikate sein sondern bei weniger vollständiger Ausnutzung ihres Bodens einen möglichst großen Teil ihres industriellen Bedarfs durch Eigenfabrikation decken, so können wir ihnen das nicht verdenken und müssen uns damit abfinden. Aber die Länder, die aus eigener Kraft ihrer Bewohner überhaupt zu keinen wirtschaftlich und kulturell vollwertigen Leistungen kommen, gehören kraft des Rechts der höhern Kultur über die geringere, und in fast allen Fällen der größern Menschenzahl über die kleinere, unter die Vormundschaft derer, die ausländische Nahrungsmittel und Rohstoffe gebrauchen, vorhandene Bodenschätze zu heben und schlummernde Produktivkräfte zu wecken imstande sind. Von diesem, für die ungestörte Fortentwicklung Europas tatsächlich unentbehrlich gewordenen Rechtsgrundsatz aus werden die beteiligten Staaten bei gutem Willen, ehrlicher Anerkennung ihrer wechselseitigen Lebensbedürfnisse und klarer Erkenntnis der aus ihrer Mißachtung erwachsenden Gefahren sicher zu einer schiedlichen und friedlichen Verständigung über die Notwendigkeit und das Maß der den anderen gebührenden Zugeständnisse gelangen können. Die deutsche Regierung aber möge sich bei dieser Gelegenheit gesagt sein lassen, daß es sich auf Vulkanen schlecht tanzen läßt, und daß sie ihr vollgerütteltes Maß von Schuld an den innerpolitischen Zuspitzungen trägt, die ihr jede Aktion nach außen erschweren müssen, selbst wenn sie gerechtfertigt und auf die Dauer vielleicht unvermeidlich sein sollte.

XX

ROBERT SCHMIDT · DIE REICHSVERSICHERUNGSORDNUNG

MIT Mühe und Not, unter Verzichtleistung der bürgerlichen Parteien auf eine ordnungsgemäße Verhandlung im Plenum des Reichstags ist die Änderung der Arbeiterversicherung zustande gekommen. Man kann nicht einmal sagen, daß hier der *schwarze* Block der Vorlage den Stempel aufdrückte, sicherlich aber haben alle bürgerliche Parteien ihren größern oder geringern Anteil an der Verschlechterung der Vorlage respektive der Beibehaltung ihrer reaktionären Tendenz.¹⁾ Die Nationalliberalen erkannten sehr bald, daß es im Interesse der allen sozialpolitischen Anforderungen abgeneigten Großindustriellen liege, wenn die Partei sich bei der Reichsversicherungsordnung der Mehrheit zugesellte. Das Zentrum vollzog diese Annäherung sehr gern: es steht dann bei den Wahlen nicht als der allein Schuldige mit den Konservativen da. Die Arbeitervertreter im Zentrum mußten sich wohl oder übel dem Druck ihrer Parteifreunde fügen, und sie zeigten sich so wenig widerstandsfähig, daß sie es übernahmen die schwersten Schläge gegen die Arbeiter, die von den Kompromißparteien in engeren Konventikeln vorbereitet wurden, zu begründen und zu verteidigen. Die Konservativen kamen bei dieser Konstellation auch auf ihre Rechnung. Für sie galt es die Verpflichtungen des Grundbesitzes gegenüber den Landarbeitern herabzudrücken und die Selbst-

¹⁾ Daß bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung rein politische, und nicht sozialpolitische Rücksichten maßgebend waren, hat hier bereits Severing (*Politische Tendenzen in der Reichsversicherungsordnung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 675 ff.) dargetan. Eine nochmals zusammenfassende Besprechung der Gesamtergebnisse des Gesetzes ist aber mit Rücksicht auf die bevorstehenden Beratungen des Parteitags wohl angebracht.

verwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen auszuschalten. Dazu boten die beiden Bundesgenossen einander willig die Hand, und sie erreichten ihr Ziel vollkommen. Daß die *Wirtschaftliche Vereinigung* in dem selben Fahrwasser segelte, ist althergebrachter Brauch und bedarf nicht der nähern Darlegung.

In der öffentlichen Diskussion haben die christlichen Gewerkschaftsvertreter, die bei der Beratung des Gesetzes eine so unrühmliche Rolle spielten, ihr Verhalten damit entschuldigt, daß sie zur Preisgabe ihrer eigenen Forderungen durch das Verhalten der Sozialdemokraten genötigt wurden; wären diese bereit gewesen die Vorlage zu stützen, dann hätte sie eine andere Gestalt erhalten. Dem ist entgegenzuhalten, daß die sozialdemokratischen Mitglieder in der Kommission keinen Zweifel darüber ließen, daß, wenn die Entrechtung der Arbeiter, insbesondere auch der Landarbeiter, beseitigt würde, wie es die Kommission in der 1. Lesung beschlossen hatte, die Zustimmung zu dem Gesetz von der sozialdemokratischen Fraktion sicher zu erwarten war. Es handelt sich mithin nur um eine Ausrede der christlichen Gewerkschaftsführer; übrigens wären diese nicht von dem konservativ-klerikalen Block gewichen und hätten auch nicht weichen dürfen, selbst wenn die Sozialdemokratie sich zum Zustandekommen des Gesetzes verpflichtet hätte.

Das Gesetz bringt keine grundlegende Änderung, es flickt an dieser und jener Stelle ein wenig den alten Bau. In der Krankenversicherung bleibt die Zersplitterung der Organisation in viele Kassenarten bestehen. Diese Zersplitterung erschwert die Ausgestaltung der Krankenversicherung zu höheren Leistungen ganz ungemein. Die *Kreuzzeitung* riet vor kurzem den Unternehmern noch vor Inkrafttreten des Gesetzes Betriebskrankenkassen zu gründen, da nachher einige Schwierigkeiten entstehen könnten. Diese Betriebskrankenkassen, in denen der Unternehmer ganz seinen Einfluß ausüben kann, sind natürlich vom Standpunkt der Unternehmerinteressen die vorteilhafteste Form der Krankenversicherung. Die Regierungsvorlage wollte hier wenigstens mit den kleinen Kassen aufräumen und nur solche mit mindestens 500 Mitgliedern zulassen, aber die Kompromißparteien setzten die Zahl auf 150 und bei der Landwirtschaft auf 50 herab. Für Landarbeiter und Dienstboten besteht außerdem der Nachteil, daß sie einer Krankenkasse nicht angehören, wenn derjenige, in dessen Diensten sie stehen, sich bereit erklärt die Kosten im Krankheitsfall aus eigenen Mitteln zu decken. Ausländer können eventuell durch Bundesratsverordnung von der Versicherung überhaupt ausgeschlossen werden; geschieht das nicht, so können sie im Krankheitsfall in ihre Heimat abgeschoben werden und erhalten dann keine dauernde Krankenunterstützung sondern eine einmalige Abfindung. Eine solche Bestimmung muß dazu führen die Landkrankenkassen, die für die Landarbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter gegründet werden, leistungsunfähig zu machen. Eine noch schlimmere Benachteiligung der Landarbeiter besteht aber darin, daß die Landkrankenkasse für den Winter ihre Leistungen auf die Hälfte der normalen herabsetzen kann. Da nun die Leistungen der Landkrankenkassen nach festgesetztem durchschnittlichen Tagelohn normiert werden, so kann es geschehen, daß ein Landarbeiter in einem Bezirk, wo der Tagelohn 1 Mark beträgt, im Winter 25 Pfennig pro Tag Unterstützung erhält. Über die Leistungen der Kasse, vor allem die Gestaltung des Statuts, hat der Landarbeiter nichts mitzureden, denn die Vertreter für den Vorstand und den Ausschuß der Kasse bestimmt der Kreistag respektive der Landrat.

Man wird es verstehen, daß bei dieser Zurücksetzung der Landarbeiter und Dienstboten die Sozialdemokraten keine Lobeshymnen über die Ausdehnung der Versicherung auf diese Berufsgruppen ertönen ließen: Bestand doch bei den Dienstboten schon bisher die Verpflichtung des Dienstherrn während 6 Wochen die Fürsorge für den Erkrankten zu übernehmen, und auch für die Landarbeiter hatten einige Bundesstaaten bereits die Versicherung angeordnet. Den Heimarbeitern aber hat man zugemutet mit den niederen Leistungen der Landkrankenkassen und ihrer autokratischen Verwaltung vorlieb zu nehmen; ihr Wunsch der Invalidenversicherung unterstellt zu werden ist nicht erfüllt worden.

Nicht ganz so schlimm wird künftig die Verwaltung der Ortskrankenkassen sich gestalten. Man hat den Arbeitern das Wahlrecht für die Vertretung in den Kassen gelassen; aber diese muß in wichtigen Sachen ihren Einfluß mit den Unternehmern teilen. Künftig soll die Wahl des Vorsitzenden der Kasse oder auch nur die Anstellung selbst des untergeordneten Beamten nicht ohne die Zustimmung der Unternehmer erfolgen. Die Arbeiter sind somit in der Krankenkasse, für die sie zwei Drittel der Beiträge zahlen, unter die Vormundschaft der Unternehmer gestellt, während sie bisher gemeinsam mit den Unternehmern die Verwaltungsgeschäfte wahrnahmen. Die Regierungsvorlage wollte diese Erweiterung der Rechte der Unternehmer nur unter der Bedingung zugestehen, daß auch die Unternehmer höhere Beiträge zahlten. Diese Mehrleistung war auf 56 Millionen Mark veranschlagt. Die Kompromißparteien haben aber diese Mehraufwendungen den Unternehmern erspart und ihnen skrupellos nahezu die selben Rechte verliehen, die ihnen die Vorlage nur bei erhöhter Beitragszahlung zugestehen wollte.

Die Mindestleistungen der Krankenkassen haben nur insofern eine Erweiterung erfahren als künftig ein Tagelohn bis zu 6 Mark der Krankenunterstützung zugrunde gelegt werden kann, während man bisher über 5 Mark nicht hinausging. Alle erhöhten Leistungen sind in das Belieben der Kasse gestellt; wenn dazu aber ein Beitrag über $4\frac{1}{2}\%$ des Tagelohns erforderlich ist, dann bedarf es bei diesen erweiterten Leistungen der Zustimmung der Unternehmer. Die wichtige Frage der Mutterschaftsversicherung, an der neben der sozialdemokratischen Partei auch einige bürgerliche Frauenvereine lebhaften Anteil nahmen, fand bei den Mehrheitsparteien kein Verständnis; ja man scheute sich nicht der armen Landarbeiterin die Wöchnerinnenunterstützung auf 4 Wochen zu kürzen, während bisher in den Krankenkassen die Unterstützung auf 6 Wochen und künftig für die Industriearbeiterin auf 8 Wochen im Minimum bemessen wird. Deutlicher kann die sozialpolitische Mißachtung der Landarbeiterin nicht zum Ausdruck kommen, und das in einer Zeit, wo die Landwirtschaft in der Lage wäre diese sozialen Pflichten zu übernehmen. Nicht einmal zu freier Gewährung der Hebammendienste für versicherte Arbeiterinnen verstand sich der Reichstag. In der 1. Lesung der Kommission war noch ein Antrag des Zentrums angenommen, der den versicherten Ehefrauen freie Hebammendienste zusprach; später hat das Zentrum selbst für die Beseitigung dieses Antrags gestimmt.

Die Unfallversicherung bringt keine wesentliche Veränderung. Das Verlangen unserer Parteigenossen den Kreis der Versicherten mit den der Krankenversicherungspflicht Unterstellten in Einklang zu bringen wurde abgelehnt, nur

einige kleine Gruppen wurden der Unfallversicherung neu unterstellt. Geändert ist die Anrechnung des Arbeitsverdienstes für die Bemessung der Rente. Während bisher der Lohn nur bis zu 1500 Mark und der darüber hinausgehende Betrag mit einem Drittel in Anrechnung kam, wird künftig der Lohn bis zu 1800 Mark voll angerechnet. Dagegen wurde bei den Landarbeitern die Zurücksetzung aufrechterhalten, daß nicht ihr Lohn sondern ein fiktiver Durchschnittslohn für alle Landarbeiter eines Bezirks in Anrechnung kommt. Die Zwangsmittel, die dem Reichsversicherungsamt gegeben wurden, um die Einführung und Überwachung von Unfallverhütungsvorschriften durchzusetzen, sind gegenüber den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften aufgehoben. Die Ausländer, deren Angehörige im Ausland leben, erhalten keine Entschädigung, es sei denn, daß von den Regierungen besondere Verträge abgeschlossen sind, die diese Benachteiligung aufheben. Für Landarbeiter bestanden bisher solche Verträge nicht. Die Folge wird sein, daß der Anreiz zur Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft wie auch in der Industrie zunehmen wird. Für die nächsten Reichstagswahlen muß diese Behandlung der Landarbeiter gerade in den ländlichen Bezirken nachdrücklichst betont werden.

Die Invalidenversicherung hat nur die weitere Ausdehnung auf die Bühnen- und Orchestermitglieder erfahren. Die auf allen Heimarbeiterkongressen geforderte Versicherungspflicht für Heimarbeiter blieb unbeachtet, das Zentrum begnügte sich mit der Erklärung, daß es bedaure diese Ausdehnung der Versicherung nicht erlangt zu haben, und daß es hoffe, der Bundesrat werde durch Verordnung die Versicherung ausdehnen. Dieses Recht hat der Bundesrat aber bereits besessen, ohne daß ein weitgehender Gebrauch davon gemacht wurde; denn bisher sind nur die Tabakarbeiter und die Heimarbeiter im Textilgewerbe der Versicherung unterstellt worden. Es steht wohl kaum zu erwarten, daß künftig größere Kreise der Heimarbeiter die so nötige Versicherung erlangen werden.

Eine kleine Besserung ist in die Vorlage eingefügt worden. Für diejenigen invaliden Arbeiter, die Kinder unter 15 Jahren haben, soll die Rente um ein Zehntel, jedoch im Höchstfalle nur bis auf ihren 1½fachen Betrag erhöht werden. Natürlich kommt hierbei nur eine kleine Zahl von Rentenempfängern in Betracht. Die sozialdemokratische Partei verlangte die Heraufsetzung der Renten und war auch bereit den Versicherten entsprechend höhere Beiträge aufzuerlegen. Die Forderung wurde mit der oft gehörten Begründung abgelehnt, daß die Industrie nicht höhere Lasten übernehmen könne. Richtiger wäre es gewesen den eigentlichen Grund anzugeben, daß nämlich die Unternehmerorganisationen sich dagegen sträuben höhere Lasten zu übernehmen, um einen Stillstand in der Sozialpolitik zu erlangen.

Recht eigenartig war das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu unserm Antrag die Altersrente schon vom 65. Jahr ab zu gewähren. Obwohl der Reichstag wiederholt auf Antrag der Konservativen, Nationalliberalen, des Zentrums und der *Wirtschaftlichen Vereinigung* diese Forderung an die Regierung gestellt hatte, lehnte man den sozialdemokratischen Antrag mit leeren Ausflüchten ab. Der Vorgang war immerhin interessant; er lieferte den Beweis, daß solche Anträge nur zu agitatorischen Zwecken gestellt werden, um ein sozialpolitisches Wohlwollen zur Schau zu tragen, das aber im Ernstfall versagt.

Der neue Versicherungszweig, die Witwen- und Waisenversicherung,

die der Reichsversicherungsordnung angefügt ist, wird die Arbeiter wegen der Dürftigkeit der Renten nicht befriedigen können. Die jährliche Rente einer Witwe, deren Mann 10 Jahre lang Beiträge geleistet hat, beträgt 72 Mark in der niedrigsten und 98,40 Mark in der höchsten Beitragsklasse; die Rente für ein Kind schwankt zwischen 36,60 bis 49,20 Mark. Die Kinderrente wird ohne Prüfung der Bedürftigkeit gewährt, die Witwenrente dagegen erst dann, wenn die Witwe zwei Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat. Mit solchen Beträgen wird nicht einmal die Armenpflege abgelöst werden, wohl aber wird man die Beträge bei der Armenunterstützung in Ansatz bringen. Eine andere Ausgestaltung dieses Versicherungszweiges hätte der Vorlage unzweifelhaft eine hohe sozialpolitische Bedeutung gegeben; so blieb sie in einem unbefriedigenden schwächlichen Versuch stecken.

Die Einrichtung des Versicherungsamtes, der weitere Aufbau in Oberversicherungsämter, Landesversicherungsämter und Reichsversicherungsamt bieten keine bessere Rechtsgarantien, vielmehr ist dadurch das Verfahren schwerfälliger und schleppender gestaltet worden. In der Unfallversicherung ist dem Verletzten in wichtigen Streitfragen der Nachteil zugefügt, daß er seinen Anspruch nicht mehr zur Entscheidung beim Reichsversicherungsamt bringen kann.

In dieser hier gekennzeichneten Form konnte die sozialdemokratische Partei dem Gesetz nicht zustimmen; es enthielt so erhebliche Verschlechterungen gegenüber dem geltenden Recht, es ließ die einfachsten Anforderungen, die vom Standpunkt der Arbeiter an die soziale Gesetzgebung gestellt werden müssen, so sehr außer acht, daß seine Annahme sich verbot. Die sozialdemokratische Partei hat den früheren Novellen zu den Versicherungsgesetzen zugestimmt, weil sie die den Arbeitern zugestandenen Rechte unangetastet ließen und manche Verbesserungen enthielten. Die Vorlage, die der *schwarzblaue* Block mit Hilfe der Nationalliberalen zustande brachte, ist aber mit dem Makel der Arbeiterentrechtung behaftet: eine Tendenz, die auch ohne Umschweife von den Wortführern dieser Parteien zugestanden wurde. Die Ablehnung dieser Vorlage kann die sozialdemokratische Fraktion daher mit guten Gründen verteidigen, und es wird ihr in der Arbeiterschaft die Zustimmung zu dieser Haltung nicht versagt werden.

XX

KARL SEVERING · DIE MONOPOLE DER ÜBERLANDZENTRALEN

IN den letzten Jahren hat die Entstehung und Entwicklung der Überlandzentralen für die Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie über ausgedehnte Gebiete zu leidenschaftlichen Erörterungen und Kämpfen zwischen den beteiligten Interessenkreisen geführt. Von den Elektrizitätsfirmen lebhaft propagiert und von zahlreichen Behörden in jeder Weise unterstützt, sind die Überlandzentralen mit jedem Jahr zahlreicher geworden. Ihre Zweckbestimmung Ortschaften, Dörfer und auch kleinere Städte, die einzeln für sich kein Elektrizitätswerk errichten konnten, zur gemeinschaftlichen Entnahme elektrischer Energie zusammenzuschließen, um zu verhältnismäßig billigen Preisen Kraft und Licht zu liefern, verdient ja auch die lebhafteste Unterstützung. In der elektrischen Kraft findet mancher Handwerker und Kleinindustrielle oft das einzige Mittel Arbeitsmaschinen und

-apparate mit maschinellem Antrieb zu verwenden. Auch die Landwirtschaft ist durch die Leutenot auf dem Lande gezwungen worden sich aller Hilfsmittel zu bedienen, um den Betrieb rationeller zu gestalten. Das Bedürfnis für die Entstehung und Ausbreitung der elektrischen Überlandzentralen war und ist also vorhanden, und es ist zweifellos, daß auch in kultureller Beziehung die Zentralen durch die Beschaffung einer den heutigen Anforderungen der Hygiene entsprechenden Beleuchtung einen merklichen Fortschritt gebracht haben.

Und doch sind nicht alle mit dieser Entwicklung in der Elektrizitätsindustrie einverstanden. Kein Wunder, denn die Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, die bisher in der Landwirtschaft für ihre Dampflokobile guten Absatz fand, muß in dem Elektromotor, der die Lokobile ersetzt, einen gefährlichen Konkurrenten erblicken. Auch andere Maschinenfabriken (Dampfmaschinenfabriken, Kesselschmieden, Turbinenbauanstalten) werden durch die Ausdehnung der Überlandzentralen hart bedrängt. Es ist indes kein Zweifel, daß der technische Fortschritt, der in diesem Fall ganz besonders auch den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt repräsentiert, siegen wird.

Die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie hat aber auch noch andere Klagen laut werden lassen, die insbesondere aus den Monopolbestrebungen der Elektrizitätsfirmen bei der Errichtung von Überlandzentralen resultieren. Aus den Kreisen der benachteiligten Interessenten liegen dem Reichstag gegenwärtig 3 Petitionen vor, die übereinstimmend ein gesetzliches Vorgehen gegen die Monopolbestrebungen fordern. Begründet wird diese Forderung mit der Behauptung, daß die Elektrizitätsfirmen, von denen Überlandzentralen errichtet werden, offen und versteckt, direkt und indirekt versuchen den freien Wettbewerb bei der Herstellung der Ortsverteilungsnetze und der Anschlußanlagen zu beschränken, wenn nicht ganz aufzuheben. Als Mittel zu diesem Zweck benütze man die sogenannten *Installations-* und *Materialmonopole*. Die Bezeichnung *Installationsmonopol* ist in der elektrotechnischen Industrie der fachliche Ausdruck für das alleinige Recht der Elektrizitätsfirma die Hausanschlüsse sowie die Ortsverteilungsnetze anzulegen. Werden diese Anlagen dagegen dem freien Wettbewerb freigegeben, zugleich aber als Einschränkung vorgeschrieben, daß einzelne oder sämtliche erforderlichen Materialien von der Überlandzentrale oder — wie es die Regel ist — von einer bestimmten Firma bezogen werden müssen, dann spricht man von einem *Materialmonopol*.

Von den großen Elektrizitätsfirmen werden diese Monopolbestrebungen ausschließlich mit Erwägungen rein technischer Natur motiviert. Aus Gründen der Betriebssicherheit haben sie darauf gehalten die Ausführung von Installationen selbst zu übernehmen. Das ist — kurz gefaßt — der Inhalt der Abwehrkundgebungen, die von den Elektrizitätsfirmen in den letzten Monaten auf die Erörterung der Frage in der Presse und in den Parlamenten veröffentlicht wurden. So heißt es zum Beispiel in einer Zuschrift der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft*, die die *Frankfurter Zeitung* vom 29. März dieses Jahres brachte:

»Die Erkenntnis der Fehlerquellen und die Schaffung der geeigneten Abwehrmaßregeln wie sicherer Installationsmethoden beschäftigten die Elektrizitätswerke lange Zeit, und es ist begreiflich, daß diese, weil sie allein sachverständig waren, die Ausführung der Installationen selbst übernehmen wollten und mußten.«

Diese Ausführungen sind zur Erklärung des Verhaltens der Elektrizitätsfirmen in den Anfängen der elektrotechnischen Entwicklung durchaus zutreffend. Aber so richtig sie sind, sie verschieben die Basis der Erörterung vollständig. Es kommt darauf an festzustellen, welche Beweggründe heute für die Monopolbestrebungen der Großfirmen maßgebend sind. Da ist zunächst zu beachten, daß im Laufe des letzten Jahrzehnts im vorigen Jahrhundert die Großfirmen in fast allen bedeutenden Städten Bureaus errichteten. Diese Bureaus dienten der Propaganda, sie machten bei der Aufstellung von Maschinen und Apparaten die teuren Reisen für die Montage überflüssig und hielten die ständige Verbindung mit den Verbrauchern aufrecht. Inzwischen haben sich an allen bedeutenderen Orten aber auch die selbständigen Installationsgeschäfte etabliert, die tüchtige, erfahrene Installateure und Monteure beschäftigen. Diese Geschäfte haben es jedoch nicht vermocht die Bureaus der Großfirmen zu verdrängen. Im Gegenteil machen nach wie vor die Bureaus den selbständigen Geschäften die schärfste Konkurrenz. Ihre Abteilungsvorsteher sind bevollmächtigt die Installateure bei Vergebung von Anschlüssen usw. so lange zu unterbieten, bis diese gefügig geworden sind und ihren Materialbedarf durch die Bureaus der Großfirmen beziehen. Ein raffiniert ausgeklügeltes Anstellungs- und Entlohnungssystem sorgt übrigens dafür, daß die Abteilungsvorsteher in ihrem Eifer für ihre Firmen Aufträge einzuholen nicht erlahmen. Winkt ihnen doch in den meisten Fällen eine, wenn auch nicht gerade hohe Provision.

Neben dieser Art der Organisation der Großfirmen und dem psychologischen Effekt der Anstellungsverträge auf ihre Beamten ist noch eine weitere Erscheinung in der Entwicklung der Elektrizitätsindustrie zur besonderen Erklärung für die Expansions- und Monopolbestrebungen anzuführen: die Angliederung neuer Produktionszweige an die ursprüngliche Produktion. Alle die Einzelgegenstände, die zur Installation erforderlich sind, sind in früheren Jahren fast ausschließlich von Spezialfabriken angefertigt worden, während sie heute in besonderen Produktionszweigen auch von den Großfirmen hergestellt werden. Dann stellt sich aber auch das natürliche Bestreben ein für alle diese Materialien Abnehmer zu gewinnen, und wo sich im Konkurrenzkampf eine so günstige Gelegenheit bietet vertraglich sich ein größeres Absatzgebiet durch die Vorschrift des Materialmonopols zu sichern, da wird jede Großfirma skrupellos mit dem Recht des Stärkern eine solche Gelegenheit ausnutzen. Endlich ist noch anzuführen — worauf Dr. Goldstein in der Monatschrift *Technik und Wirtschaft* hinweist —, daß es das eifrige Bestreben der Großfirmen ist sich durch die Sicherung der Material- oder Installationsmonopole schadlos zu halten, wenn durch den in der Regel außerordentlich scharfen Wettbewerb um die Errichtung einer Überlandzentrale die Preise für den Bau wie für den Stromtarif so sehr gedrückt worden sind, daß der errechnete Profit nicht mehr im vollen Umfang zu erwarten ist.

Daß beide Monopole den kleineren Unternehmern und Installateuren erhebliche wirtschaftliche Nachteile gebracht haben, läßt sich nicht leugnen. Die elektrischen Spezialfabriken beklagen eine Beschränkung ihres Absatzgebiets und die selbständigen Elektroinstallateure eine Entziehung der Aufträge, da ihnen ja die Möglichkeit genommen ist im Bereich der alleinberechtigten Überlandzentrale Arbeiten auszuführen. Es ist auch ein nicht ganz geringer Kreis, der

von den Schädigungen betroffen wird. Die gewerbliche Betriebszählung vom 12. Juni 1907 hat ergeben, daß in der Gewerbeart *Herstellung von gewerblichen Anlagen* in Deutschland 2127 Hauptbetriebe vorhanden sind, in denen insgesamt 26 050 Personen beschäftigt werden. Sachverständige Kreise nehmen an, daß von diesen Personen mindestens 20 000 auf die Gewerbebetriebe der selbständigen Elektroinstallateure entfallen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß auch Angehörige des Schlosser-, Klempner- und Kupferschmiedegewerbes unter der Beschränkung der Beschäftigungsmöglichkeit zu leiden haben. Freilich, eine Behauptung der Vereinigungen, die sich petitionierend an den Reichstag gewandt haben, daß nämlich den Verbrauchern durch die Monopole die elektrische Energie verteuert werde, scheint mir noch nicht erwiesen. Gewiß ist es richtig, daß durch das Materialmonopol den selbständigen Installateuren verwehrt wird, ihren Bedarf bei denjenigen Firmen zu decken, die das günstigste Angebot gestellt haben, und es ist nicht zu bestreiten, daß durch diese Einengung allerdings die Kosten für Hausanschlüsse höher werden können. Ob das aber zu einer wesentlichen Verteuerung oder zu einer Verteuerung der elektrischen Energie überhaupt führen muß, ist mindestens sehr fraglich. Denn es steht doch fest, daß die Bereitwilligkeit der Gemeinden den Großfirmen die Monopole zu sichern wesentlich von dem Bestreben bestimmt wird für dieses Zugeständnis einen niedrigen Stromtarif zu erhalten. Und der Preis für den Strom selbst, nicht aber die Kosten eines Anschlusses, ist es letzten Endes, der für den Verbraucher in Betracht kommt.

Immerhin: Der Nachteil, den die selbständigen Installationsgeschäfte und die Spezialfabriken erleiden, ist kein geringer und das Verlangen der interessierten Kreise auf Abschaffung der Monopole ist durchaus erklärlich. Nur sind sie im Irrtum, wenn sie glauben, daß durch die Gesetzgebung für ihre Wünsche etwas zu erreichen sei. Die petitionierenden Vereinigungen versprechen sich schon von einer Anwendung der §§ 7 und 10 der Gewerbeordnung eine Abstellung der Beschwerden. Die Petitionskommission des Reichstags aber hat sich einstimmig der Auffassung des Berichterstatters angeschlossen, daß die Verträge der Überlandzentralen mit den Großfirmen, in denen die Monopole vereinbart sind, weder mit dem Wortlaut der §§ 7 und 10 noch mit dem Sinn der Gewerbefreiheit überhaupt im Widerspruch stehen, und es ist zu erwarten, daß sich der Reichstag mit großer Majorität dieser Auffassung ebenfalls anschließen wird. Treffend bemerkt Dr. Goldstein in dem schon oben angezogenen Aufsatz in *Technik und Wirtschaft* zu dieser Frage:

»Man muß sich daran erinnern, daß die preußische Reform von 1810-1811, auf der sich die preußische und dann die deutsche Gewerbeordnung gründete, darauf hinauslief die gesetzlichen oder sonstigen obrigkeitlichen Schranken für die gewerbliche Betätigung niederzureißen, also Bestimmungen abzuschaffen, die dem einzelnen mit zwingender Gewalt verboten ein bestimmtes Gewerbe nach seiner Wahl zu treiben. Es ist offensichtlich, daß die Macht der Monopolfirmen nicht auf solchen Bestimmungen sondern auf privatwirtschaftlichen Abmachungen zunächst zwischen ihnen und den Gemeinden über die Wegebenutzung, dann, und zwar vor allem, auf privatwirtschaftlichen Abmachungen zwischen ihnen und den Stromabnehmern beruhte. Auch wo das Installationsmonopol schon in dem Bauvertrag ausbedungen ist, handelt es sich stets nur um einen privatwirtschaftlichen Vertrag, niemals aber um einen obrigkeitlichen Erlaß.«
Diese Argumentation erscheint mir zwingend. Meines Erachtens würde ein Verbot der Monopolverträge mittels Anwendung der §§ 7 und 10 der Gewerbeordnung nicht nur unzulässig sondern selbst eine der größten Verletzungen der Gewerbefreiheit sein.

Ob überhaupt ein Eingriff der Gesetzgebung den Petenten den gewünschten Erfolg bringen würde, ist sehr zweifelhaft. Auch die Versuche auf dem Verwaltungsweg durch Einwirkung auf die Behörden die Abwehrbestrebungen der Installateure zu unterstützen haben keineswegs die erwarteten günstigen Resultate gezeitigt. Schon im April 1909 hat die sächsische Regierung sich in einem Erlaß gegen die Monopole erklärt und ihre Beseitigung durch die Kreishauptmannschaften angeregt. Und ebenso hat sich auch die preußische Regierung in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten gegen die Monopolbestrebungen der Großfirmen gewandt und auf einen Normalvertrag verwiesen, der den von den oldenburgischen Gemeinden mit der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* abzuschließenden Verträgen zugrunde gelegt werden soll. In diesem Vertrag heißt es, daß bezüglich der Leitungen und sonstigen Einrichtungen nur derjenige bestimmen soll, auf dessen Kosten sie ausgeführt werden. Weiter wird bestimmt, daß die Firma »hinsichtlich des Ursprungs und der Beschaffenheit der dabei zu verwendenden Materialien« keine engeren Vorschriften machen kann als solche, die sich aus den jeweilig allgemein anerkannten Regeln der Technik im Interesse der Lebens-, Feuer- und Betriebssicherheit ergeben. Diese Vorschriften werden ja alle recht gut gemeint sein, doch sind die geschädigten Interessengruppen selbst davon überzeugt, daß sie ihnen keinen großen Nutzen bringen werden. In den letzten Monaten erst haben zum Beispiel die Installateure erfahren müssen, daß sie trotz prinzipieller Zulassung zum Wettbewerb keine nennenswerten Aufträge erhalten konnten. Die Bedingungen, die von den Leitungen der Überlandzentralen für den Wettbewerb erlassen werden, sind in nicht seltenen Fällen von den Installateuren überhaupt nicht zu erfüllen. Da wird zum Beispiel die Handhabung der Abnahmeprüfung so kompliziert gestaltet, daß der Wettbewerb des Installateurs mit der ausführenden Firma fast ganz unmöglich ist. Oder die Kosten für die Prüfung sind derartig hoch, daß aus diesem Grund schon die Konkurrenz der selbständigen Installateure nicht aufkommt. So wird von der Überlandzentrale der *Rheinischen Elektrizitäts- und Kleinbahngesellschaft* in Kohlscheid bei Aachen berichtet, daß die Abnahmegebühren für einen 10 Pferdestärken-Motor betragen: Grundgebühr 10 Mark, Anschlußgebühr zirka 80 Mark, für jede Motorpferdestärke 1 Mark, also 10 Mark, so daß die Gesamtgebühr 100 Mark beträgt. Der Betrag wird dem Verbraucher nicht berechnet, wenn er die Anlage vom Werk ausführen läßt. So läßt sich den minder leistungsfähigen Installateuren also beikommen, auch wenn man sie in der Form zum freien Wettbewerb zuläßt. Der Kampf gegen die Monopole allein wird weder den Spezialfabriken noch den Installateuren den erhofften Erfolg bringen, besonders wenn sich dieser Kampf auf Eingaben an die Parlamente und Behörden beschränkt. Was höchstens in Betracht käme, um den größten Härten zu steuern, wäre der engste Zusammenschluß der Installateure, um auf dem Weg der organisierten Selbsthilfe den Monopol- und Knebelungsbestrebungen der Großen einigen Widerstand zu leisten. Ob selbst das aber auf die Dauer Erfolg haben wird, muß ebenfalls füglich bezweifelt werden. Es wäre mehr als wunderbar, wenn gerade die Elektrizitätsindustrie von der alten Regel, daß die größere Kapitalmacht die Kleinen niederzwingt und vernichtet, eine Ausnahme machen würde.

Es hat darum im Reichstag nicht wenig überrascht, als der fortschrittliche Abgeordnete Oeser sich nicht nur auf den Boden der Petitionen der inter-

essierten Vereinigungen stellte sondern sich auch die Auffassung zu eigen machte, daß eine Anwendung der §§ 7 und 10 der Gewerbeordnung dem Vorgehen der Großfirmen begegnen könne. Von dem Zentrumsabgeordneten Hauser, der einige Tage früher ähnliche Gedanken entwickelt hatte, konnte man das ohne weiteres verstehen, wenn man berücksichtigt, daß der Handwerker Hauser im Bann der Anschauungen steht mit Gesetzesbestimmungen den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung festlegen zu können. Oeser aber, der Vertreter jener Richtung in unserm Wirtschaftsleben, die die freie Entfaltung der Kräfte, auch der stärksten, auf ihre Fahne geschrieben hat, mußte naturgemäß mit seinen Ausführungen Aufsehen erregen. Nicht minder überraschte aber eine Bemerkung in der Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der die Notwendigkeit eines gesetzlichen Einschreitens verneinte, dann aber erklärte, »es sei zu erwägen, ob man solche Betriebe, wie elektrische Betriebe, die so weit in eine Fülle von öffentlichen Interessen eingreifen, aus der Hand der Privaten in die des Staates legen soll«. Freilich, die Erwägungen eines deutschen Staatssekretärs sind noch kein Gesetzentwurf, und die gelegentliche Wendung eines einzelnen Regierungsvertreters ist noch keine Tat. Das beeinträchtigt indessen die Bedeutung des Delbrückschen Wortes keineswegs. Es ist ohne Frage, daß wir bei der ungeheuren Entwicklung der Elektrizitätsindustrie noch manche Praktiken der Großfirmen erleben werden, gegen die ihre Installationsmonopolbestrebungen von heute vollständig verschwinden, und die sich auch nicht gegen bestimmte Konkurrenten auf dem Markt, sondern gegen die Verbraucher im allgemeinen richten werden. Die Abhängigkeit der Verbraucher von den großen Elektrizitätskonzernen wird mit jedem Tag größer, und die Notwendigkeit der Verstaatlichung tritt immer offensichtlicher in die Erscheinung. Da sollte eine vorausschauende Regierung es nicht bei *Erwägungen* bewenden lassen sondern unverzüglich die Schritte einleiten, die im Interesse des Volksganzen liegen.

XX

KURT EISNER · JONATHAN SWIFT



ONATHAN Swift starb am 19. Oktober 1745, im Alter von 78 Jahren, es scheint: an progressiver Paralyse. Es ergab sich, daß er sein in einem Leben wohlthätiger Sparsamkeit, zuletzt wahnwitzigen Geizes ersparte Vermögen von 200 000 Mark zum Bau einer Anstalt für Idioten und Mondsüchtige gestiftet hatte. Das war ernst gemeint. Er selbst fühlte, wie die Zersetzung seines Geistes über ihn hereinbrach. Frühzeitig kränkelnd, schwerhörig, verlor er das Gedächtnis und war die letzten 5 Jahre, die in völligem Stumpfsinn dahinkrochen, nur noch ein verwesender Fleischklumpen. Er wollte ein Asyl für seinesgleichen schaffen; es gab in Irland kein Hospital dieser Art.

Aber die testamentarische Verfügung war doch auch ein grimmiges Urteil über den Erfolg seiner geistigen Arbeit. Wenn Literatur zu wirken vermöchte, wenn sie Hirne umbildete und den Rhythmus des Herzschlags bestimmte, so hätte es nach den Werken dieses klarsten Logikers und rauhesten Moralisten, der Vernunft und Willen zugleich in den unermesslichen Gebilden einer kosmischen Phantasie künstlerisch zu gestalten vermöchte, weder mehr Menschen geben können, die unterhalb des geistigen Lebens hausen, noch solche, die in nächtiger Verstiegtheit vor ferner eisiger Unfruchtbarkeit Andacht treiben:

weder Idioten noch Mondsüchtige. Dann wären Swifts Werke tot, aber sein Werk lebte. So aber sind seine Schöpfungen lebendig geblieben, weil sie sich nicht ausgewirkt haben, und wir lesen in ihnen noch heute nach zwei Jahrhunderten unsere Ängste und Qualen, unsern Zorn und Haß, unsere Hoffnung und Sehnsucht.

Den witzigsten Mann, der jemals gelebt, fand Grillparzer in der Vorrede zu Swifts *Tonnenmärchen*. Auch unter die Humoristen mag er zählen, sofern man unter Humor nicht die Schlafrockart des beschaulichen, gemütvollen Lächelns unter Tränen versteht. Thackeray, sein blasser Nachfahr, sagt von ihm: »Im Humor, in der Ironie und in dem Talent herunterzumachen und zu beschmutzen, was er haßte, wissen wir uns mit der ganzen Welt eines, wenn wir sagen, daß der Dechant von Saint Patrick keinen Rivalen hat.«

Als den »einzigen ironischen Großmeister unter Alten und Neueren« feiert ihn Jean Paul. Übel behandeln ihn die deutschen Unternehmer von Literaturgeschichten. Bei irgendeinem las ich, er sei Dichter »im wahren Sinn des Wortes« nicht gewesen — weil ihm nämlich das Schicksal seines Volkes und der Menschheit mehr packte als der Jammer eines verliebten Idioten, und die irische Wirtschafts- und Finanzpolitik ihm ein würdigerer Stoff der Dichtung schien als die Mondnacht eines träumerischen Jünglings —, auch sei er eine zerstörende Natur gewesen. Hettner schreibt:

»Jonathan Swift war wesentlich Pamphletist, freilich einer der größten und gewaltigsten, die jemals gelebt haben. Alle Eigenschaften, die zu dieser Art der Schriftstellerei gehören, standen ihm im reichsten Maß zu Gebot: Klarheit des Geistes, Kälte des Herzens, Rachsucht, gewissenlose Verleumdung, ein immer schlagfertiger Witz, eine genaue Kenntnis alles Gemeinen und Verwerflichen in der Menschennatur und eine wahrhaft bewundernswürdige Beherrschung der Sprache, besonders in ihren mehr niedrigen und provinziellen Ausdrücken. Die Dinge erscheinen niemals wie sie sind sondern immer nur wie sie sich in dem verzerrten Hohlspiegel eines genialen, mit Gott und der Welt zerfallenen Sonderlings darstellen.«

Ich hätte das Bedürfnis anzunehmen, daß diese armseligen Plattheiten erst in die spätere Auflage von dem Herausgeber Hettners hineingepfuscht sind. Indessen, auch Hettner, wie alle anderen deutschen Literaturprofessoren, erklären ja alle Wandlungen Swifts aus Rachsucht, Enttäuschung, Ehrgeiz; die Tragödie seines Lebens ist nach ihnen, daß er es nicht zum Bischof brachte. Von dem hohen Lied der Menschheits Erlösung, dem Weltbrand und der Götterdämmerung des letzten Teiles des *Gulliver* urteilt Hettner gar:

»Empörende, herzlose Verbitterung, der Grundmangel von Swifts gesamtem Wesen, tritt offen zutage. Wer gut scherzen will, der muß ein warmes Gemüt haben, er muß zeigen, daß er denjenigen, den er verspottet, dennoch von Grund der Seele liebt. Dies warme Gemüt aber fehlt Swift. Sein Lächeln ist nicht, wie bei allen großen Humoristen, das milde und darum wohlthuende Lächeln durch Tränen, sondern nur das unheimliche Gelächter schadenfroher Menschenverachtung.«

Daß aber Swift auch nicht das warme Gemüt besaß liebevoll unter Tränen über Krieg und Pest, Hunger und Unterdrückung, Rohheit und Niedertracht, Wahnsinn und Syphilis zu lächeln! Und daß er so gar keinen Begriff von der Erhabenheit des Unterschieds zwischen Tories und Whigs, zwischen Papisten, Lutheranern und Calvinisten hatte sondern über diese Überzeugungen schadenfroh lachte, während er kalten Gemüts den höchst peinlichen Gorgonenschild wider alle Bedränger der gemarterten Kreatur schwang! Swifts kühnste Dichtung, das erhabene Utopieen seines Pferdestaats, wird daher von Hettner schlechthin abgelehnt:

»Einzig in der Schilderung der Houyhnhnms ist die innere Wahrscheinlichkeit

verletzt. Dies ist wieder ein wichtiger Beweis für die alte bewährte Lehre, daß was unsittlich und unvernünftig, auch immer unkünstlerisch ist. Schon Boileau agt: »Nur in der Wahrheit ist Schönheit.«

Herr Wülcker, der Hofrat der Anglizistik, durfte 1907 drucken lassen:

»Da ihm jedoch seine Freunde den ersehnten Bischofssitz nicht verschaffen konnten ging er 1710 . . . zu den Tories über. . . . All seine Lieblosigkeit, sein Menschenhaß, seine Verbitterung treten hier [*Gulliver*] deutlich hervor: des Humors bar, ist er nur ein herzloser Satiriker.«

Von der Rasse packt den Charakter der neueste Urheber einer *Weltgeschichte der Literatur*, Otto Hauser:

»Jonathan Swift war Irländer von Geburt . . . Doch ist schon hier zu bemerken, daß diese Irländer nur selten Iren oder doch nachweislich mit Iren vermischte Engländer sind, vielmehr gewöhnlich aus rein englischen Familien stammen (wie auch Swift), und daß sich hier nur wieder die durch neuerliche Auslese bedingte Tüchtigkeit der Kolonien zeigt.«

In der Tat, allein mit der Rassenbiologie läßt sich noch eine Weltliteraturgeschichte verfassen; denn nur diese Methode ersetzt das tausend Menschenleben erfordernde Studium der einzupökelnden Werke durch die schnell zu erledigende Erkundigung nach dem Geburtsort des Schriftstellers, seines Vaters und seiner Großtante. Nichts ist sicherer als daß sich *Gullivers Reisen* aus dem Umstand erklären, daß Swift in Dublin geboren wurde, aber aus England stammte. Leider scheint die koloniale Auslese doch nicht recht gelungen zu sein; denn auch Hauser urteilt:

»Ein glänzender Geist, dem es nicht vergönnt war nach seiner ganzen Anlage zu wirken, der sich in Unrast in sich selbst verzehrte.«

Äußerst zutreffend scheint ihm der *Gulliver* »durchtränkt von Bitterkeit«.

All das Gerede hat Swift selbst schon vorweggenommen. In seinen *Versen auf den Tod des Dr. Swift* (veranlaßt durch die Maxime des La Rochefoucault

»Im Unglück unserer besten Freunde finden wir immer etwas, das uns nicht mißfällt«) läßt er seine Gönner nach seinem Tode reden. Die Liberalen schelten auf den verfluchten Tory, den Abtrünnigen der Freiheit:

»Auch ward er ja zur Strafe drum
Vor seinem Tod erstaunlich dumm.«

Er ist der Menschenhasser ohne warmes Gemüt:

»Satiren schrieb er immerzu
Und lieb die Welt niemals in Ruh!
Ohn' Rücksicht flog da Streich um Streich,
Hof, Stadt und Land, das galt ihm gleich . . . «

«Stets mußte er das Schlimmste weisen:
Pamphlet, Satire, Lügenreisen.
Sein geistlich Kleid, nicht schont er das,
Als Motte saß er drin und fraß.«

Wie unbehaglich der Schlußteil des *Gulliver*:

»Nimmst du den *Gulliver* zur Hand,
So siehst du in dem letzten Band
Nur Lüg um Lüg in jedem Wort;
Dort ist ihm schier das Herz verdorrt.
Nicht eine Predigt wirst du schaun,
Um fromme Seelen zu erbaun.«

Aber das Gelärm übertönt das stolze Schweigen des Toten:

»Mein Wert der Prosa und Gedichte?
Begehrt nicht, daß ich selbst mich richte,
Noch sag, wie die Kritik mich raufte,
Ich weiß nur, daß sie jeder kaufte.
Begabt moralisch tief zu schauen,
Die Welt zu läutern, zu erbauen . . . «

Und was ihm immer mochte glücken,
 Muß doch die Welt in allen Stücken
 Sein Lob und ihre Schmach erblicken.
 Sein klein Vermögen warf er aus
 Zum Bau von einem Narrenhaus
 Und lehrt damit, daß solcherlei
 Für die Nation höchst nötig sei;
 Ihr braucht nicht mehr vor ihm zu bangen;
 Wird seine Asche Ruh' erlangen?«

Was Swift in Wahrheit der Welt sein wollte, steht in der Inschrift seines Grabsteins, die er selbst bestimmt hat:

»Hier liegt der Leib Jonathan Swifts,
 Des Dechanten dieser Kathedrale,
 Wo wilder Zorn sein Herz nicht mehr zerreißen kann.
 Geh, Wanderer, und wenn du es vermagst,
 Ahme den mutigen Mann nach,
 Der im Kampf für die Freiheit seinen Mann stand.«

Er nannte einmal die Menschen, die er liebte: Sokrates, den Gotteslästerer und Hochverräter, der den Giftbecher trinken mußte; Brutus, der den Tyrannen mordete; Thomas Morus, den englischen Kanzler, den Kommunisten, der das Schaffot bestieg. Aus diesem Geschlecht stammt Swift.



SWIFT ist der Kritiker des Zeitalters, das der Revolution von 1688 folgte, ihr Geschöpf, Ankläger und Überwinder. Er erlebt 4 Herrscher, den Oranier, seine Tochter Anna und die ersten beiden George. Die parlamentarische Herrschaft entfaltet ihre Kraft. Die konstitutionelle Aristokratie ringt mit dem Bürgertum um die Macht.

Die Preßfreiheit ist seit der endgültigen Aufhebung der Zensur im Jahr 1693 die Lebensluft des geistigen, die Triebkraft des politischen England. Noch gibt es Rückfälle. Unter der Königin Anna wird politische und religiöse Reaktion versucht; aber sie bringt es niemals zu mehr als zu kleinen ärgerlichen Hemmungen und Belästigungen. Man läßt in England drucken, was ein Jahrhundert später in Deutschland noch mit Galgen und Rad bestraft worden wäre. Die Presse blüht auf. Am Anfang des 18. Jahrhunderts gibt es in London schon 18 politische Zeitungen; 1709 wird die erste täglich erscheinende Zeitung Europas begründet: der *Daily Courant*. Die moralischen Wochenblätter beherrschen die öffentliche Meinung. Der Journalist wird eine politische Macht.

Die puritanische Enge der Cromwellschen Rebellion ist gesprengt. Man will leben. Schon rechnet man in England wirtschaftlich mit großen Ziffern; der Aufstieg zur Weltmacht vollendet sich ungestüm. Die Wissenschaft ringt um die Erkenntnis von Natur und Gesellschaft. Am Anfang der Epoche mißt Newton den Weltraum aus und gibt ihm Gesetze. Die Philosophie entdeckt die Sinne und den gesunden Menschenverstand, die reinliche Tugend, das behagliche Glück und jenen kühlen undogmatischen Deismus, der den lieben Gott als einen unsichtbaren konstitutionellen englischen König für das Reich der Ewigkeit einsetzt, ihn aber nicht mehr durch kirchlich-dogmatische Verfügungen in die weltlichen Gesetze eingreifen läßt. Die Nationalökonomien beobachten sorgfältig und scharfsinnig die wirtschaftlich-sozialen Bedingungen der Gesellschaft; sie bereiten Adam Smith's Werk vor. Das Zeitalter der Aufklärung beginnt, das in der französischen Revolution die Höhe erreicht und in Deutschland zum klassischen Kunstwerk sich immaterialisiert.

Der Typus des öffentlichen Charakters bildet sich aus. Jeder Politiker, jeder Staatsmann ist auf irgendeine Weise auch Schriftsteller, Journalist, Gelehrter. Und jeder Literat ist auch irgendwie Politiker. Walter Scott sagt von Swift, er sei mehr Staatsmann als Dichter gewesen. Der Unterschied ist im Grund aufgehoben. Das Dichten ist keine zünftlerische Spezialität. Swift war Staatsmann, weil er Dichter und Dichter, weil er Staatsmann war. In ihm veranschaulicht sich die neue gesellschaftliche Geltung der Schriftsteller. Noch kann er von seinem Beruf nicht leben. Die Honorare ernähren ihn nicht, wenn sie überhaupt gezahlt werden. Er braucht ein Amt, deshalb Verbindungen, Gönner. Die Parteikämpfe sind in persönlichem Betrachter wesentlich Kämpfe um einträgliche Stellen. Aber der persönliche Wert gilt, nicht die hündische Demut. Swift fühlt sich in seiner Londoner Zeit, so arm er ist, all den Aristokraten überlegen, mit denen er auf gleichem Fuß verkehrt. Er benutzt sie für seine Zwecke, aber er dient ihnen nicht, sie sind sein Werkzeug. In seinen Tagebuchbriefen für Stella schreibt er einmal:

»Sie müssen wissen, daß es mein Verhängnis ist am gleichen Tag ein Fürst und ein Lump zu sein. Denn da ich ihn [den Schatzkanzler Harley] um 4 Uhr besuchen sollte, so konnte ich bei keinem Freund eine Einladung zum Essen annehmen. So war ich denn gezwungen in eine Winkelgarküche zu gehen und für 10 Pence mit Kräuterbier, schlechter Brühe und drei Hammelkoteletten vorlieb zu nehmen; und von dort mußte ich dunstend zum ersten Staatsminister.«

In Swifts gesellschaftlicher Stellung ist nichts von Supplikantenelend. Swift steht aufrecht vor den Königen und Adligen. So ist auch der Bezirk seiner Kunst nicht die beschauliche Artistenklaue. Sein Sturm und Drang wider die bürgerliche Gesellschaft rast sich nicht in erlebten oder erdichteten Auflehnungen des privaten Lebens auf; sein Hirn glüht der Welt, seine Kunst wälzt die ganze Fülle des politisch-sozialen Daseins. Er ist nicht bloß Wortführer, er ist Tatführer.

Während die Revolution sich in der Macht, im Erwerb und Genuß der herrschenden Klasse sättigt, führt Swift die Revolution über sich selbst hinaus. In ihm sind schon die Dämonen der französischen Revolution und selbst der Chartistenbewegung. Die nüchterne und heuchlerische Verständigkeit der Aufklärung ist ihm fremd. Die Vernunft, deren Herrschaft er proklamiert, ist nicht der Buchhalter eines Kramladens, sie ist prometheischen Ursprungs. Er ist von jenem verzweifelten Menschheitsgrausen besessen, daß die großen Befreier vorwärts hetzt, ins Land der Zukunft. Das ist es, was die Beckmesser als Menschenhaß und Bitterkeit merken, die der rechtschaffene Humorist nicht haben dürfe. Das sind die Schwerhörigen für das Glück der Gegenwart, weil sie den Stimmen der Zukunft lauschen; die harten und unbarmherzigen Richter des Bestehenden, weil sie dem werdenden überfließende Milde hingeben.

Swift war von dem triumphierenden Bewußtsein des freien Englands wohl erfüllt; das Grundgesetz der Freiheit ist die tödliche Waffe in seinen publizistischen Kämpfen. Aber die neue Freiheit befreit seine Augen g a n z, daß sie die Abgründe des wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Massenelends zu sehen vermögen. Die englische Weltpolitik plündert in Freiheit die Menschheit aus. Swift hat eine hohe geistliche Pfründe erlangt, er hat keine Not mehr zu leiden, aber er lebt in Irland, das zu den vertriebenen Stuarts gehalten hatte, und das nun von England als Kolonie behandelt und durch ein ebenso raffiniertes wie brutales Aussaugesystem erschöpft wird. In der irischen

Politik Englands erkennt er die ganze Unmenschlichkeit des aufsteigenden kapitalistischen Zeitalters. Indem er sich zum leidenschaftlichen unerschrockenen Anwalt Irlands erhebt, wird er zum revolutionären Verteidiger des ganzen Menschengeschlechts.



EDEMÜTIGT und arm ist die Kindheit und Jugend Swifts. Im Haus eines reichen Aristokraten findet er seinen Unterhalt. Er zerwirft sich mit ihm und muß doch wieder seine Zuflucht zu ihm nehmen. Hier nährt er all den Haß des Unterdrückten. Dann geht er nach London und wirft sich in das politische Getriebe, im Lager der Liberalen. Bald ist er ein gefürchteter und bewunderter Schriftsteller. Seine Feder tötet, sein Witz richtet hin. Mit seinem Märchen *von der Tonne* hat er die verwegenste Satire gegen alles Kirchentum erdacht, die jemals veröffentlicht worden ist. Aber man fühlt, daß dieser in spielender Anmut mähende Hohn mehr trifft als nur den Hader der Papisten, Lutheraner und Calvinisten, er lehnt sich gegen jeden Wahn auf. Swift ist eine Gefahr für alle, die er befiehlt; man darf ihn nicht zum Feind haben. Swift weiß, daß ihm niemand traut, weil er bereits jenseits von allen steht; daß ihn aber alle fürchten. Diese Macht nutzt er aus. Für sein persönliches Fortkommen, für seinen Ehrgeiz? Vielleicht auch dafür: Er bedarf der Stellung, um Unabhängigkeit zu erwerben, um Einfluß zu gewinnen. Aber in Wahrheit will er seinem Dämon dienen, der ihn zum Sachwalter des Menschengeschlechts emportreibt. Er hat mit der Feder wechselnden Parteien gedient: Als die Whigs stürzten, ward er der gehaßteste und erfolgreichste Vorkämpfer der Konservativen. Aber er hat bloß die Parteien gewechselt, nicht seine Überzeugung, die von Anbeginn Whigs wie Tories hinter sich ließ. Für seine Gedanken gab es noch keine Partei, darum waren ihm Liberale wie Konservative niemals etwas anderes als Mittel zum Zweck. Er war nun einmal kein deutscher nationaler Professor, der für seine Sache bereit ist in den Tod (an Altersschwäche) zu gehen. In seinen Tagebüchern an Stella und Briefen versichert er gern, daß er sich an irgendwelchen Halunken durch ein Pamphlet rächen wolle. Das nimmt der Literaturforscher für bare Münze, und es ist doch nur eine burschikose Wendung, gleichwie er tausendfach sein liebstes Mädchen, *M D (My Dear)*, auf ganz ähnliche Weise mit polternd zärtlichen Schimpfworten bedenkt. Gewiß, Ehrfurcht hat er für keine der beiden Parteien, weiler von der Ehrfurcht für die eigene Partei seiner großen, einsamen Sache erfüllt ist. Die Konfessionen sind ihm nichts anderes als Parteien, die darüber Kriege führen, ob man Eier am dicken oder dünnen Ende aufbrechen müsse; die politischen Parteien verspottet er unter dem Bild der Leute mit hohen und niederen Stiefelabsätzen. Aber die Aufgaben, die er sich mit seiner journalistischen Tätigkeit stellt, sind aus der Überzeugung erwachsen, daß sie dem gemeinen Wohl dienen. Daher die Unerbittlichkeit des Kampfes: seine Pamphlete sind Feldzüge, die erst mit dem Sieg endigen. Niemals gibt Swift Pardon: Das wäre Verrat an seiner Sache. Die innere Reinheit des Mannes leuchtet schon in den Parteiwirren der Londoner Zeit hindurch. Dann, als er, fast wie ein Verbannter, auf irischem Boden, der angebetete Dechant von Saint Patrick, in den *Tuchhändlerbriefen* für Irland ficht, wächst er zum Heldentum und zugleich zur Weltkünstlerschaft.

So klar der öffentliche Charakter, so versponnen ist sein persönliches Dasein.

Er hat das Geheimnis seines Lebens ins Grab genommen. Die unwissende Neugier hat über das Rätsel dann Romane fabuliert. Man weiß nur, daß durch viele Jahre seines Lebens die gärende Doppelliebe zu zwei Frauen ihn bedrückt hat. Swift ist der erste jener seelischen Bigamisten, die wir dann in der weitem Folge des 18. Jahrhunderts so vielfach antreffen, bis zu Bürger, Goethe und Schiller. Wir kennen auch die bürgerlichen Namen der beiden Frauen, die Swift als Stella und Vanessa unsterblich gemacht hat. In den Tagebuchbriefen, die Swift während seiner Londoner Zeit für Stella Tag um Tag, Stunde um Stunde geschrieben hat, gewinnen wir einen Einblick in diese Beziehungen. Stella ist ihm Kind, Freundin, Kameradin, Geliebte zugleich. Er schwätzt mit ihr wie mit einem Kind und macht sie doch zur ernststen Vertrauten all seines Tuns und Wollens. Er kümmert sich um ihre wichtigsten Angelegenheiten, vergißt im Trubel seiner öffentlichen Geschäfte nicht allerlei Aufträge und Besorgungen für sie zu erledigen; und er wird nicht müde in zärtlichster Besorgnis der kleinen, kranken Augen von *M D* zu gedenken. Sie blieb ihm Freundin und Genossin auch nach den Beziehungen zu Vanessa. Was über die tragischen Konflikte zwischen den beiden Frauen berichtet wird, ist Legende. Auch die seltsame Geschichte, daß er schließlich auf Drängen Stellas mit ihr die Ehe eingegangen, aber nur unter dem strengen Gelöbnis, daß niemals darüber etwas bekannt würde, und daß sie auch nicht wie Mann und Weib mit einander lebten, ist neuerdings als Märchen erwiesen worden. Swift hat weder Stella noch Vanessa geheiratet. Warum es nicht geschah, weiß man nicht. Ebenso kann man über die Natur dieser Beziehungen nur Vermutungen haben. Und daß Vanessa an gebrochenem Herzen gestorben, als das Geheimnis der Ehe ihr bekannt geworden, auch diese Überlieferung ist nichts als ein Roman.

Früher erklärte man das Stellageheimnis damit, daß sie entdeckt hätten, sie wären Geschwister. Heute, da man die medizinischen Deutungen bevorzugt, behauptet man das männliche Unvermögen Swifts. Auch dafür gibt es keinen Beweis. Im Gegenteil, Swift erscheint von kräftiger, gesund natürlicher Sinnlichkeit. Eher könnte man, wenn Swift wirklich an Paralyse gestorben sein sollte, an eine frühe Erkrankung denken, die eine Ehe als gewissenlos erscheinen lassen mußte.

Eine psychologische Deutung seines Verhaltens zu den Frauen aber läßt sich in der Weltauffassung des Mannes finden, wie sie sich schließlich entwickelt hat. Wie ihm vor der Menschheit graut, weil er in den reinen Lüften seines Utopien atmet, weil er der Mitbürger einer ihm bereits wirklich gewordenen zukünftigen Erde ist, so tritt vielfach in seinen Werken auch ein Ekel vor der Frau hervor; er sieht die Unreinheiten ihrer Haut wie durch ein Vergrößerungsglas, ihn peinigt der leibliche Verfall ihrer Formen, ihn widert ihr Geruch an, für den ihm eine gesteigerte Reizbarkeit eignet. Nicht die Schwachheit des Männchens, sondern die Überkraft des Menschen erklärt die tragische Einsamkeit und die quälende Wirrnis seines Daseins.



S gibt viele Dichtungen der Berufskunst, die über die Jahrhunderte hinaus sprechen, zu allen Völkern und Zeiten, aber es läßt sich kaum ein halbes Dutzend Werke nennen, die auf alle Lebensalter innerhalb des menschlichen Einzeldaseins gleichermaßen wirken, die von der Wiege bis zum Grab Jugend wie Reife zu erfreuen vermögen. Nur wenige Dichter haben Gestalten geschaffen, die zum unverlierbaren Inhalt des

Kulturbewußtseins geworden sind, die dem Reich der Geister eine unsterbliche Bevölkerung gezeugt haben. Robinson und Don Quixote sind von solcher Unsterblichkeit und Allgegenwärtigkeit.

Swift hat in *Gullivers Reisen* das gleiche Wunder künstlerischer Schaffenskraft vollbracht. Die Kinder erfreuen sich heute und immer der Dichtung in ungezählten Bearbeitungen. Der Mann fühlt die zermalmende Macht der Welt-satire. Der Greis, der vor dem Tod zittert, mag sich von seinem Wahn in den Blättern erlösen, in denen die Struldbrugs geschildert werden, die Menschen, die ewig leben und ewig altern. Die Länder, die Gulliver entdeckt hat, sind aus der Geographie unseres Geistes nicht mehr zu tilgen, und die Völker, die er ersann, scheinen uns wirklicher als die Deutschen, Franzosen und Engländer, unter denen wir leben. Die anschaulich visionäre Traumkraft dieser Gebilde ist wie Urzeugung neuen Lebens. Die sinnliche Lebendigkeit der Phantasie ist so groß, daß fast jeder Satz mit Stift und Farbe gezeichnet werden könnte. Selbst in den Namen, die er ersann, rauscht es wie elementare Natur. Hinter der Fratze birgt sich tief sinnige Symbolik, und der ausgelassene Schalk hat ein klagendes Herz in der wunden Brust, die doch gegen jede weichliche Rührung hart gepanzert ist. So zwingend ist die Logik dieser Narrheiten, daß sie uns selbst mit ihren wechselnden Erscheinungen wandelt. Wir wachsen über alles Maß hinaus, wenn wir die Abenteuer von Liliput erleben, wir schrumpfen zu einem furchtsamen Nichts in den Händen der Riesen. Es kreist uns im schwindelnden Kopf, wenn wir auf der magnetisch lenkbaren Fluginsel der Laputianer unter das Gewimmel der Schiefgehirnten, der Pläneschmiede geraten, und wir fühlen uns selbst wie Gespenster, wenn die Helden der Weltgeschichte schattenhaft vorübergleiten. Im letzten Teil erreicht Swift das Höchste dichterischer Vision. Der mörderische Witz des Einfalls schreitet im leuchtenden Gewand farbig körperhafter Anschauung. Das Land Utopien tut sich auf, die Platonische Republik der edlen — Pferde, die das scheußliche Gesindel der schmutzigen Affen unterworfen und in die Verachtung gescheucht haben: die Yahoos, in denen Gulliver schauernd die Menschen erkennt. Diese Pferde aber sind die Vollendung der Natur, friedlich leben sie beisammen, gütig, rein; in ihren Seelen ist kein schmutziger Winkel, und in ihrem Herrentum ist kein Hauch von Grausamkeit. So hell und lauter ist ihre Welt, daß sie nicht einmal Worte für die schimpflichen Begriffe haben, die ihrem Wesen fremd sind. Der Houyhnhnm kennt das Wort Lüge nicht, die alles Tun der Yahoos erfüllt, und als Gulliver, der arme Yahoo, der doch, weil er ein wenig mehr Vernunft hat, eine Zeitlang als Gast der Houyhnhnms geduldet wird, das erhabene Reich schlichter Natürlichkeit verlassen muß und nach England zurückkehrt, verzehrt ihn Sehnsucht nach jenem Land der Pferde. Er kann den Anblick der Yahoos nicht mehr ertragen, ihn ekelt vor dem eigenen Weib und den Kindern:

»Als ich mir zu überlegen begann, daß ich durch die Paarung mit einer von der Gattung der Yahoos zum Vater von mehreren Kindern geworden war, befahl mich Scham, Verwirrung und Grauen.«

Gleichwohl hat Swift diesen Yahoos sein Leben hingegeben:

»Mich ärgert es nicht im geringsten, wenn ich einen Anwalt, einen Taschendieb, einen Obersten, einen Narren, einen Grafen, einen Spieler, einen Politiker, einen Bordellwirt, einen Arzt, einen Zeugen, einen Bestecher, einen Verräter oder dergleichen sehe: das alles liegt nur in der Natur der Dinge. Doch wenn ich einen Haufen Scheußlichkeit erblicke, verzehrt von Krankheiten an Seele und Leib, und wenn der mit Hochmut behaftet ist, so reißt mir sofort die Geduld . . . Ich

wünsche, die Gesellschaft eines englischen Yahoos auf jede Weise zu etwas nicht ganz Unerträglichem zu machen, und deshalb flehe ich hier alle an, die auch nur eine Spur dieses widersinnigen Lasters besitzen, daß sie sich nicht anmaßen mögen mir vor die Augen zu kommen.*

Um den Geist der Yahoos zu befreien, hat der junge Swift sie in den Witzwirbeln seines *Märchens von der Tonne* gebadet; das ist die Walfischtonne, die man hinwirft, um die Tiere von den Angriffen gegen die Schiffe abzulenken; das Kirchentum, das man den Yahoos hinwirft, um sie von dem Angriff gegen den herrschenden Staat abzuhalten. Für die armen irischen Yahoos hat der alternde Swift jene *Tuchhändlerbriefe* in die Welt gesandt, die für immer das unerreichbare Vorbild politischer Kriegsführung bleiben werden. In diesen irischen Pamphleten kündigt sich zuerst das soziale Gewissen an. Swift ist der Erfinder des Warenboykotts als eines Kampfmittels einer unterdrückten Nation. Für Irland schrieb er jene furchtbarste soziale Satire, die jemals eines Menschen Phantasie eronnen, jenen *Bescheidenen Vorschlag*, wie man die Kinder der Armen hindern kann ihren Eltern oder dem Land zur Last zu fallen. In der nüchternen Sprache eines Kochbuchs gibt er das Rezept. Die armen Mütter sollen ihre Kinder ein Jahr lang säugen und mästen und sie dann für die Tafel des gnädigen Herrn verkaufen:

»Ich gebe zu, daß diese Kinder als Nahrungsmittel etwas teuer kommen werden, aber schon deshalb werden sie sich sehr für den Großgrundbesitzer eignen; da die Gutsherren bereits die meisten Eltern gefressen haben, so haben sie offenbar auch den nächsten Anspruch auf die Kinder.*

In der Tat, Swift ist kein echter Humorist und kein Dichter im wahren Sinn des Worts. Ihm fehlt nun einmal das warme Gemüt. Es ist seine Bosheit, daß er überall Yahoos sieht, und es ist sein Menschenhaß, daß er sie gar befreien will.

XX
HOPE BRIDGES ADAMS LEHMANN · MUTTERSCHUTZ



XINTER den großen Erscheinungen unserer Zeit gibt es keine, die das Wort Liebknichts von dem Hineinwachsen in den Sozialismus trefflicher illustriert als der Mutterschutz.¹⁾ Denn der Sozialismus bedeutet uns nicht nur die ökonomische Freiheit sondern auch deren Zwillingschwester, die individuelle. Und genau wie der Sozialismus uns von der Knechtschaft des Geldes befreien soll, soll er uns auch von der Knechtschaft der Überlieferung in der Liebe befreien. Und beides wird und kann er nur ermöglichen durch Organisation, durch Ordnung, durch Fürsorge, durch eine umfassende Regelung des ganzen gesellschaftlichen Lebens.

Und nun kommt eine nach Ursprung und Verlauf durchaus bürgerliche Bewegung und verlangt die Befreiung des Weibes von den Fesseln einer überlieferten Ethik und einer überlieferten Gesetzgebung und Schutz für ihre natürlichen Rechte durch eine allgemeine gesellschaftliche Organisation. Daß diese Bewegung nicht nur entstehen sondern sich auch behaupten, befestigen und erweitern konnte, daß sie nicht nur theoretisch blieb sondern sich schon ausgiebig praktisch betätigte, daß sie nicht nur von einigen Erleuchteten und

¹⁾ Ich muß um Entschuldigung bitten, daß im obigen kein Bezug auf die Essays meiner Vorgänger genommen ist. Übermäßige Arbeit hat mir in letzter Zeit das Lesen unmöglich gemacht, und ich bin darum nur zögernd und mit dem Bewußtsein der eigenen Unzulänglichkeit der Aufforderung des Herausgebers nachgekommen in dieser Frage mitzusprechen.

Schwärmern propagiert wird sondern eine große Menge ernster Menschen in alltäglichen bürgerlichen Berufen, Beamte, Ärzte, Juristen, Literaten, Kaufleute, Männer und Frauen, zu ihren überzeugten Anhängern zählt und sogar die allerverschiedensten Richtungen und Farben auf anderm Gebiet in sich vereinigt, daß sie nicht auf die Stätte ihrer Geburt beschränkt ist sondern sich durch ganz Deutschland verbreitet und in jeder Hauptstadt des Reiches bereits einen Wirkungskreis erworben hat, trotz Tradition und Prüderie und aller Engherzigkeiten, mit denen Dunkelmänner und Kleinbürger uns eingemauert und jede Freiheitsbewegung erdrosselt haben, das alles ist Beweis genug von ihrer Naturnotwendigkeit, oder, in anderen Worten, von ihrer Zusammengehörigkeit mit den großen Zeitströmungen, die sich bahnbrechen, weil sie müssen.

Es hat eine Zeit gegeben, in der Sozialisten nichts von Bewegungen wissen wollten, die anderweitig herkamen. Jetzt sind wir, Gott sei Dank, erfahrener und verständiger geworden; wir haben eingesehen, was es mit dem Hineinwachsen in den Sozialismus für eine Bewandnis hat; wir haben begriffen, daß unsere Bewegung darum so groß ist, weil sie alles mit sich zieht, weil nicht nur Wissende sondern auch Unwissende mit ihr marschieren, ihre Diener geworden sind. Ist der Sozialismus der Heerstrom unserer Zeit, so müssen alle Nebenströme in ihn hineinfließen und dürfen von ihm darum freudig und kameradschaftlich begrüßt werden, denn sie bedeuten ein Anschwellen der Kraft, mit der er alle Hindernisse des Flußlaufs überwindet. Ein solcher Nebenstrom ist die Bewegung für Mutterschutz. Man möchte staunen über die Klarheit und Kühnheit ihrer Forderungen: volle Gleichstellung der ehelichen und unehelichen Kinder; Achtung vor der Mutterschaftsleistung, ob ehelich oder unehelich; Anerkennung von freiwilligen, nicht standesamtlich vollzogenen Verbindungen als Ehen; Erleichterung der Scheidung; reichsgesetzliche Mutterschaftsversicherung.

Diese Dinge so rückhaltlos ausgesprochen zu haben ist das achtenswerte Verdienst des *Bundes für Mutterschutz*. Daß er sie aussprechen konnte und sehr vielseitige Zustimmung erfuhr, ist ein Zeichen, wie gewaltig die Zeiten in der Richtung nach Befreiung der Person vorwärts drängen; und daß er sie in dieser Form aussprach, beweist, daß wir es mit keinem hilflosen Zerren an festgeschmiedeten Ketten zu tun haben sondern mit einem wohlüberlegten Verlangen nach gesellschaftlicher Ordnung, Regelung, Organisation. Und zwar einer Organisation im Dienst der Allgemeinheit, bei der für jede Person, ohne Unterschied von Stellung, Gesellschaft und Alter, gleiches Recht gefordert wird. Haben wir nicht Grund dieses Pähnlein zu begrüßen?

Das freie Wort des Bundes war die notwendige Vorbedingung für seine Arbeit auf praktischem Gebiet. Das Programm mußte verkündet werden, denn damit war die reinliche Scheidung zwischen Alt und Neu vollzogen, dann konnte er sich erst mit Erfolg dazu anschicken der Verwirklichung dieses Programms bescheiden näher zu treten. Er tat das ohne jede Illusion, wohlbewußt, wie unendlich wenig geschehen kann, solange die Grundforderungen unerfüllt sind. Und doch haben diese Grundforderungen durch die praktische Hilfsaktion, die der Bund und andere selbständige Zweige der Mutterschutzbewegung — es sei nur auf München hingewiesen — an vielen Stellen eingeleitet haben, einen sehr kräftigen und wirksamen Nachdruck erhalten. Man hat Vertrauen zu Leuten, die arbeiten. Und erst durch

die Arbeit dringt man in die Materie ein und erkennt, wie viel leichter es ist theoretisch zu fordern als praktisch auszuführen.

Im Interesse von anständigen, das heißt spontanen Beziehungen zwischen Mann und Weib und von Ehen, die den Namen verdienen, fordert man Gleichstellung aller Geschlechtsverhältnisse. Und nachher entdeckt man, daß die freien Verhältnisse, genau wie die standesamtlichen, von tausend Nebenrück-sichten beeinflußt sind, die mit Spontaneität und Liebe wenig oder nichts gemein haben. So wird zum Beispiel von erfahrenen Mitarbeitern beim praktischen Mutterschutz behauptet, daß die meisten hilfeschuchenden Dienstmädchen nur deshalb in die Hoffnung gekommen sind, weil sie glaubten den Mann dadurch zur Eheschließung zu bringen. Nicht Liebe, sondern der Wunsch versorgt zu sein; der Notwendigkeit des Dienstes zu entgehen; ein Heim zu haben; nicht mehr im Leben allein zu stehen; zu wissen, wo man hingehört: alle diese Gründe sollen häufiger maßgebend sein als eine echte Leidenschaft, die alles übertönt. Es ist äußerst lehrreich auch hier wieder bestätigt zu finden, daß die materielle Lage Gemüt und Gesinnung bestimmt, daß nur die ökonomische Freiheit uns im Innern befreien kann.

Die Erfahrung lehrt weiter, daß diese Hoffnung meistens getäuscht wird, daß die meisten dieser Verhältnisse, auch in anderen Kreisen, nur kurze Zeit dauern und mit der Konzeption zu Ende gehen. Die Männer haben keine Absicht gehabt Verantwortung auf sich zu nehmen, sie zahlen Alim-ente, oder sie verschwinden von der Bildfläche. Auf keinen Fall ist die Ver-bindung eine Veredelung des Geschlechtsverhältnisses gewesen, die Freude war kurz, die Reue ist lang, und das Kind bleibt ohne Vater zurück. Auch wenn das Verhältnis echt war und lediglich dem Wunsch entsprang, bleibt das Kind, sobald das Lied aus ist, ebenfalls ohne Vater zurück.

Das ist der gordische Knoten der ganzen Frage. Gestehen wir das Recht auf freien Verkehr in jeder erdenklichen Nuance unbeschränkt zu: und das müssen wir, weil die Natur es gebieterisch verlangt. Aber trotzdem stehen wir nach wie vor im Bann eines ungelösten und unlöslichen Problems. Das Kind bleibt unversorgt, und wir sehen, daß nur die dauernde Verbindung das Recht des Kindes wahren kann. Das Kind hat Anspruch auf seine Eltern. Wächst es vaterlos auf, so ist ihm dadurch ein schwerer Schaden zugefügt. Und heiratet seine Mutter einen andern Mann, so lernt das Kind selten, was das Wort *Heim* bedeutet. Dieses Kinderelend läßt sich durch nichts in der Welt rechtfertigen.

Was tun? Wo findet sich auch nur eine theoretische Entwirrung dieses Knäuels? Den Geschlechtstrieb unterdrücken oder das Kind preisgeben?

Es gibt Sozialpolitiker, die mit der Frage fertig werden. Sie sagen, man soll warten, bis man die Pflichten von Eltern auf sich nehmen kann. Dagegen ist zweierlei einzuwenden. Die große Masse wird wohl niemals die Selbstbeherrschung erlangen, die hierzu nötig wäre, und wir können auch nicht wünschen, daß sie erlangt wird, denn die Natur arbeitet nie mit Unnatürlichkeiten. Und für die kleine Zahl, die vielleicht nach dieser Regel leben könnte, zeigt sie sich meist so wenig empfehlenswert, daß man zur Erkenntnis kommt, *the remedy is worse than the disease*.

Es ist freilich wahr, daß unsere heutige Lebensweise die Geschlechtsentwickelung in unnötiger und ungesunder Art in den Vordergrund gerückt hat. Bei

genügender Ablenkung in Form von freudebringender Arbeit würde manches verschoben, was jetzt frühzeitig geschieht. Aber wir mögen die Rechnung anstellen wie wir wollen, stets bleibt der Rest, der nicht aufgehen will. Wir kommen nicht über die Tatsache hinweg, daß die Menschen früher zur Liebe reif sind als sie zur Elternschaft reif werden. Und dem gegenüber steht wie ein drohender Berg die Forderung des Kindes: Laßt mich nicht zur Welt kommen, wenn ihr mich nicht erziehen wollt.

In diesem Fall, wie in allen anderen Lebenslagen, geschieht eins von zwei Dingen: Man opfert sich oder die anderen, um das geistreiche Wort der Vorsitzenden vom Münchener *Mutterschutz* zu zitieren. Wer soll hier geopfert werden? Wessen Recht ist stärker: das Recht der Erwachsenen oder das Recht des Kindes? Und werden nicht, bei Licht besehen, im letzten Grund hier alle drei geopfert? Denn jede Schuld rächt sich auf Erden. Niemand wird fertig mit einer versäumten Pflicht. Der Vater eines verlassenen Kindes büßt seine Sünde, so oder so. Die Mutter duldet für das Kind ein Martyrium, ohne ihm den Vater ersetzen zu können. Und das Kind wird nicht erzogen und wächst meist freudlos auf. Glücklicher sind sicher diejenigen, die das Kind vermeiden können.

Vielleicht wird dieses Problem in einer sozialistischen Gesellschaft anders aussehen. Die Allgemeinheit wird manche Pflichten der Eltern auf sich nehmen. Aber niemals kann sie die Eltern ersetzen. Und nach wie vor wird die Natur gebieten: Mann und Frau gehören zusammen, und das Kind braucht Eltern. Wie soll man diesen zwei sich allzu oft widersprechenden Forderungen gerecht werden? Ich habe schon an dieser Stelle diese Frage zu beantworten versucht.²⁾ Es wäre interessant zu hören, wie andere darüber denken.

XX

ANTON FENDRICH · SPORT UND KULTUR

In einer tiefgründigen, wenn auch von einigen gezwungenen Konstruktionen nicht freien Aufsatzreihe der *Deutschen Alpenseitung* hat Dr. Steinitzer die Ansicht zum Ausdruck gebracht und mit viel historischem Material gestützt, daß der Sport bei einem Volk immer ein Verfallsymptom sei. Als einzige Ausnahme ließ er England gelten. Wie er diesen Ausnahmefall schließlich auch zu einem Stein für seine Beweisführung machte und ihn in das Gebäude seiner dialektischen Untersuchungen einfügte, gehört jedoch nicht hierher. Steinitzer, der selbst ein namhafter Hochtourist ist, ging zunächst vom Bergsport aus, den er in seiner Entwicklung zum sportlichen Snobismus sehr gut kennt; dehnte aber sein Urteil, daß jeder Sport an sich kulturfeindlich sei, auch auf alle anderen Sportarten aus. Das Wesentliche im Sport ist für ihn das Kräfteressen der Sporttreibenden unter bestimmten Bedingungen und aus Gründen der persönlichen Auszeichnung. Er sieht in diesem Kräfteressen stark antisoziale Momente und Wirkungen, denen gegenüber die Hemmungsvorstellungen einiger ethisch hochstehender Menschen beim Sportbetrieb kaum in Betracht kommen können.

Diese Nebenerscheinungen, nämlich die ethischen Hemmungsvorstellungen, die bei Sportsleuten mit tiefem seelischem Empfinden die Auswüchse des Wettkampfs in irgendeinem Sportbetrieb unmöglich machen, kurz das Edelmän-

²⁾ Siehe meinen Artikel *Sexuelle Pädagogik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 749 ff.

nische, das Gentlemanlike, das ist für A. W. Heymel in einer Erörterung über die Förderung des Sports durch Klubhäuser der Wert des Sportlichen überhaupt. Wie Wilhelm Hausenstein in sehr klaren Ausführungen in den *Sozialistischen Monatsheften* bemerkt, besteht der Vorzug des Heymelschen Aufsatzes darin, daß er den Wert des Sportlichen für das Lebensgefühl auf der Linie einer feinen Neutralität findet. Und Hausenstein hebt sehr richtig hervor, daß diese Auffassung des Sportlichen von einem humanistischen Geist getragen sei.¹⁾

Es liegt auf der Hand, daß von diesem Orientierungspunkt aus der Kulturwert des Sportlichen ein ganz bedeutender ist, während mit den Steinitzerschen Maßstäben gemessen der Sport direkt kulturhemmend wirkt. Die verschiedenen und sich direkt widersprechenden Folgerungen rühren nur von den zweierlei Standorten der Verfasser her. Es fragt sich nun, welche Betrachtungsmethode mehr von lebendigem Wirklichkeitssinn geleitet wurde. Nach meinem Dafürhalten die Steinitzers. Er ist bei aller Dialektik und bei allem Definitionsfanatismus ein Realist, der die Dinge sieht wie sie liegen, während Heymel und mit ihm Hausenstein das Sportliche in einer wohlwollend verkürzten Perspektive betrachten und starke Projektionen für Gegenwartsmöglichkeiten nehmen. Sie konstruieren aus der Zukunft in die Gegenwart, sie sehen im Sport einen Förderer höchster sozialer Instinkte und kultureller Werte, während in Wirklichkeit diese nur in den Sport hineingetragen werden können, wenn er von geistig-seelisch verfeinerten Menschen und Lebenskünstlern betrieben wird. Jeder, der Sport treibt, trägt in ihn seine persönlichen Charaktereigenschaften, seine sogenannte *Bildung* und seinen sogenannten *Anstand* hinein und wirtschafft nun mit diesen Mitteln, soweit es ihm die bestehenden sportlichen Vorschriften und Abmachungen erlauben, drauf los, gerade wie sonst im Leben. Jener feine tiefinnere Respekt vor dem Gegner, jene *politesse de coeur*, wie es der Franzose sehr fein nennt, die da physische Unterlegenheit, mangelnde Gewandtheit, einen körperlichen Mangel oder ähnliches äußerlich zwar ignoriert, aber beim Spiel oder Sport zugunsten des Gegners stillschweigend in Rechnung stellt, alle diese ersten Voraussetzungen des Gentlemanlikes sind in unseren deutschen Sportbetrieben sehr selten.

Daß die Ausübung eines Sports für jeden Menschen, der unter dem Druck und Drang anhaltender Selbsterziehung steht und unter der Sehnsucht nach immer höherer Lebensführung leidet, die häufigsten und besten Gelegenheiten zur Zurückdrängung grober Instinkte und ehrgeiziger Regungen bietet, ist nicht gleichbedeutend mit der Tatsache, daß von diesen Gelegenheiten zur Übung des Ethos im antiken Sinn auch häufig Gebrauch gemacht wird. Diese Art den Sport vornehm im besten Sinn des Wortes zu treiben ist nur bei Menschen möglich, die bereits gelernt haben bei allem persönlichen Selbstbewußtsein nicht mehr individuell sondern gliedhaft zu empfinden, und denen die Menschheit als eine Einheit in mehr oder weniger hohem Grad lebendiges dauerndes Erlebnis ist. Solange das Verhalten der Menschen unter einander nicht diesem Erkennen und Erleben innerer Zusammengehörigkeit entspringt, wird man auch bei den günstigsten sozialen und ökonomischen Verhältnissen von einer wahren Kultur nicht reden können. Das Sportliche und die Art seines Betriebs wird also immer von der allgemeinen Kulturhöhe eines Volkes getragen werden und wird nie gewissermaßen ein Vorreiter der Kultur sein können. Dann noch eines. Sobald im Spiel und Sport, sei es zwischen Einzelgegnern

¹⁾ Siehe die Rubrik *Geistige Bewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 984 ff.

oder zwischen Gruppen, das Gentlemanlike bis zu seiner denkbar höchsten Blüte entwickelt wird, fällt das Wesentliche jeden Sports, das Kräftenessen, die Aufstellung von Rekords, die persönliche Auszeichnung der Sieger, in sich zusammen. Denn für jeden Menschen, dem eine stille vornehme Gerechtigkeit den anderen gegenüber innewohnt, ist es unmöglich seine Kräfte mit dem Endzweck einer einwandfreien Feststellung des Siegers und des Besiegten zu messen, weil die Hauptbedingung bei allen sportlichen Wettkämpfen, die Herstellung gleicher Bedingungen für die beiden Gegner, einfach unmöglich ist. Sehr oft ist in sportlichen Wettkämpfen der Sieger besiegt und der Besiegte Sieger. Man braucht dabei nur die außerordentliche Verschiedenheit der Voraussetzungen und Anlagen der beiden Rivalen genauer anzusehen. Wenn ein schwächlich veranlagter, durch die Fehler der Eltern belasteter Mensch dem gesunden Sohn gesunder Eltern unterliegt, so ist die Niederlage nur eine ganz grob äußerliche. Der Besiegte kann sich durch Willen und Geist von dem bei der Geburt erhaltenen körperlich-geistigen Bestand relativ und absolut viel weiter nach vorwärts entfernt haben als der Sieger, dessen Verfassung keine große Selbsterziehung brauchte, um ihn überlegen zu machen. Weiter wird allzu leicht übersehen, daß gerade die Plagen, die die Menschen dem Sport zuführen, ganz unmerklich wieder an ihn heranschleichen, sobald der Sport ein einseitiges Kräftenessen wird. Und das ist er in gröberen oder feineren Formen heutzutage überall. Man ist der Arbeitshetze entflohen, man hat allen Ehrgeiz einmal an den Nagel gehängt, um wieder draußen beim Sport ganz Mensch zu sein. Aber auf dem Sportplatz steht schon der Tyrann mit seiner Peitsche, der Ehrgeiz, mit seiner kleinen Schwester, der Eitelkeit, sie eifern und hetzen und höhnen. *Was der kann, das kannst du auch*, und wie die dummen Lügen alle heißen. Und fast alle fallen auf diesen Animiertrick herein und kehren häufiger verärgert und ermattet als erfreut und erfrischt nach Hause zurück.

Aus alledem folgt, daß aus dem Sport wirkliche Kulturwerte nur dann zu heben sind, wenn alles Sportliche sich aus seiner jetzigen Vergrößerung des Wettkampfs in der Richtung des Spiels entwickelt. Die Nervenanspannung, die unter dem Druck des sportlichen Ehrgeizes unvermeidlich ist, muß einer unverbindlichen Harmlosigkeit und einem fröhlichen Gehenlassen weichen, wo die Dinge nicht so pedantisch korrekt und so tragisch genommen werden. Die anspruchsvolle Dame Eitelkeit muß von den Sport- und Spielplätzen weggejagt werden, und das Lachen, das gesunde herzerquickende Lachen soll wieder in die Luft steigen. Dann wird der Sport eine Lust werden, nicht eine Last, wie er es jetzt so häufig ist. Das Ruhen, das Ausruhen in den erlesensten Formen, ist für ein arbeitendes Kulturvolk ein Faktor, der in seiner Bedeutung noch lange nicht genügend erkannt wurde. Sport und Spiel sollen aber auch ein Ruhen sein, ein gelassenes, fröhliches, zwangloses Ausruhen.

Diese Richtlinien für die Entwicklung des Sports zu einem kulturschöpfenden Element im sozialen Leben sollten besonders überall da beachtet und eingehalten werden, wo die Arbeiterschaft sich einem Sport zuwendet. Schon überall vollziehen sich die ersten Übergänge von Arbeitern zu einzelnen Sportbetrieben. Es könnte da ungeheuer viel Törichtes und Banausisches vermieden werden, wenn die Entwicklung des Sports in der Bourgeoisie studiert anstatt einfach nachgeahmt würde. Wenn das Element des Wettkampfs mit seinen

unvermeidlichen Folgen der Sportssimpelei, des Bergprotzentums oder des öden Snobismus von vornherein bei Gründung von Arbeitersportsvereinen ausgeschaltet und mehr Wert auf höhere Formen der Geselligkeit gelegt wird, dann wird der Sport für die Arbeiterschaft nicht wie in Australien und Neuseeland ein Versumpfungselement sondern ein wirklicher Kulturfaktor werden.

PAULA THIEDE · EINRICHTUNG UND AUSGESTALTUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAUENKONFERENZ



Am 8. und 9. September findet die 6. Frauenkonferenz der Genossinnen Deutschlands in Jena statt. Während diese Konferenz von 1900 bis 1908 alle 2 Jahre tagte, liegt zwischen der 5. und 6. ein Zeitraum von 3 Jahren. Die Hinausschiebung um ein Jahr hatte eine leidenschaftliche und ausgedehnte Diskussion in der *Gleichheit* hervorgerufen, da ein Teil der in der Agitation tätigen Genossinnen fürchtete, daß allein schon diese Hinausschiebung eine Preisgabe alter Rechte bedeuten könnte. Dazu kam noch, daß auch diesmal wieder Stimmen laut wurden, die die Einberufung besonderer Frauenkonferenzen überhaupt für nicht gerechtfertigt halten, zumal das neue Reichsvereinsgesetz die Zugehörigkeit der Frauen zu politischen Vereinen möglich gemacht hat.

Dieser zugunsten der Frauen veränderten Rechtslage wurde vom Parteitag in Nürnberg /1908/ vollauf Rechnung getragen: Das neue Parteistatut gliedert die Frauen in die Reihen der Genossen ein. Als Vertreterin der Genossinnen wurde Frau Zietz in den Parteivorstand gewählt, während das speziell für die Frauenagitation errichtete Frauenbureau ebenfalls weiter bestehen blieb. Die früheren Frauenvereine, in den Jahren vollständiger politischer Rechtlosigkeit die einzige Zufluchtsstätte der Frauen, sollten sich nach dieser Neuregelung auflösen, weil die Frauen ja von nun an als politisch Gleichberechtigte an den Vereinsversammlungen der Parteiorganisationen aller Orte teilnehmen konnten, wenn sie die Mitgliedschaft erworben hatten. Die Frauenvereine lösten sich daraufhin auf, bis auf einige wenige, deren vorzüglicher Leitung es gelungen war durch gute Verbindungen und das Zusammentreffen verschiedener günstiger Umstände aus ihnen hervorragende Bildungsstätten für die Frauen zu schaffen. Liebgewordene Einrichtungen mußten also an vielen Orten der veränderten Rechtslage und dem Organisationsstatut Rechnung tragen. Es wurde als selbstverständlich angesehen, daß nicht zwei Vereine mit gleicher Tendenz neben einander bestehen konnten, sondern daß sie vereinigt werden mußten. Vom selben Gesichtspunkt planmäßiger gemeinsamer Arbeit aus sollte in Zukunft die Zweckmäßigkeit besonderer Frauenkonferenzen betrachtet werden. Diese sind meines Erachtens, vor allem seit der Änderung der Organisationsform, nicht mehr als berechtigt anzusehen.

Nun bin ich mir wohl bewußt, daß diese Ansicht auf das lebhafteste bekämpft werden wird. Die Frauen waren bei der innern Arbeit in den vielen Jahren vollständiger politischer Rechtlosigkeit und schwerer Kämpfe fast ganz auf sich allein angewiesen, und die Zusammenkünfte bildeten ein wertvolles Mittel zur Verständigung und zur Belehrung neu gewonnener Mitarbeiterinnen. Diese durch die Notlage geschaffene Selbständigkeit ist den Frauen liebgeworden,

und sie glauben nun etwas Wertvolles aufgeben zu sollen, das ihnen eigens gehört, und sträuben sich dagegen. Die neue Organisationsform aber, die den Frauen die selben Rechte wie den Männern gibt, verlangt von ihnen auch die selben Pflichten; zu diesen gehört in erster Linie Unterordnung unter die gemeinsamen Bestimmungen und gemeinsame Beratung und Arbeit in allen Fragen.

Die neue zentrale Organisationsform in der Partei hat sehr viel Ähnlichkeit mit der zentralisierten Gewerkschaftsbewegung. In dieser aber ist kein Raum für besondere Fraueninteressen, hier gibt es nur gemeinsame Arbeit, gemeinsame Pflichten und gemeinsame Rechte. Die von Anfang an bestehende Gemeinsamkeit der Arbeit, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geleistet wurde, hat ihre Ursache in dem gleichen Koalitionsrecht für beide Geschlechter, das schon galt, ehe noch die Gewerkschaften sich zu der heutigen Höhe entwickelt hatten. Es mag daher im Besitz des gemeinsamen Rechts die vollständige Gemeinsamkeit der Beratung und Arbeit durchaus verständlich erscheinen. Aber nun haben unsere Frauen auch das selbe politische Vereinsrecht wie die Männer erlangt, und für ihre gemeinsame Agitation bestehen günstigere Vorbedingungen als für die unablässige Anfangs- und Aufklärungsarbeit in den Gewerkschaften. Denn zur politischen Arbeit kommen die gesetzeren, in sich gefestigten und überzeugten Elemente unter den Frauen, während wir in der Gewerkschaftsarbeit immer mit den jungen und jüngsten, oft eben schulentlassenen Mädchen zu rechnen haben, die nicht immer aus Überzeugung zur Gewerkschaft kommen, sondern weil eine Mitarbeiterin oder eine Freundin organisiert ist, oder auch, weil sie erfahren haben, daß die Zugehörigkeit zur Organisation verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen mit sich bringt. Mit der Verheiratung aber gehen viele Tausende der Organisation wieder verloren, neue treten dafür ein, und die Werbe- und Organisationsarbeit beginnt von vorn. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften hätte bei der Schaffung der Zentralisation gewiß eine besondere Frauenagitation erfordert, wenn von ihr allein alle Erfolge zu erwarten wären, und eine Frauenagitation ist denn auch in großem Umfang betrieben worden und wird noch betrieben. Aber es gab niemals besondere Frauengewerkschaftskongresse; alles, was verhandelt wurde, erheischte gemeinsame Beratung, gemeinsame Beschlüsse und Handlungen. Unter dieser Arbeitsform ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen von 4355 im Jahr 1892 auf 161 510 im Jahr 1910 gestiegen. Berücksichtigt man alle die schon oben teilweise angeführten Schwierigkeiten, so ist dies sicherlich als guter Erfolg anzuerkennen. Ungleich günstigere Fortschritte kann die politische Frauenorganisation innerhalb der für sie neuen Organisationsform aufweisen. Im Jahr 1908 gab es 29 458 politisch organisierte Frauen in Deutschland. 1910 konnten 20 000 neue Aufnahmen gemeldet werden, und zurzeit dürften sicher abermals 10- bis 15 000 Frauen gewonnen sein, denn die immerfort zunehmende Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände macht sich den Frauen und Müttern, die mit den gleichen Einkünften erhöhte Ausgaben bestreiten sollen, am schwersten und unmittelbarsten fühlbar, macht sie daher weit eher geneigt sich der Partei anzuschließen. Der Gewinn aber, der dieser in solchen Zeiten zufällt, wird weniger als bei der Gewerkschaftsbewegung durch Fluktuation bei auf- und niedergehender Konjunktur beeinflußt.

Wenn ich diese Vergleiche gezogen habe, so geschah das aus dem Grund, um zu zeigen, daß die größeren Schwierigkeiten der Werbearbeit und Erhaltung

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Marokkfrage und Sozialdemokratie Es ist höchste Zeit, daß die Marokkoverhandlungen zwischen Deutschland und

Frankreich zu einem erträglichen Abschluß gelangen, wie er von ruhigen und sachkundigen Beobachtern von allem Anfang an als das wahrscheinlichste Endergebnis angesehen wurde. Denn in unserer Partei machen sich längst allerlei unter einander sehr wenig in Einklang zu bringende Anschauungsströmungen von Tag zu Tag bemerkbarer, und nirgends, außer bei einigen unserer radikalsten Gegner des *parlamentarischen Kretinismus*, wird vor den Wahlen übermäßig viel Lust vorhanden sein derartige sich entspinnde Auseinandersetzungen ebenso nutzlos wie endlos fortzuführen oder gar, wie das gewöhnlich so kommt, mit der Fortsetzung auch noch in der Schärfe der Tonart zu steigern.

Gleich zu Beginn der ganzen Parteiaktion war es keineswegs erbaulich, wie die in ihrem Kern durchaus sachgemäße und berechnete Mahnung des vielbefehdeten *Mitglieds des Parteivorstands* zu ruhiger vorsichtiger Zurückhaltung und die ganz angebrachte Warnung uns vorzeitig übermäßig zu engagieren als rückgratlose Leisetreterei von oben herunter abgekantelt wurde, selbstverständlich unter dem Vormarsch Rosa Luxemburgs und der *Leipziger Volkszeitung*: »Im Jahr 1870 scheuten sich Bebel und Liebknecht nicht gegen alle entfesselten Furien des Hurrapatriotismus laut unser Bekenntnis zur Völkerverbrüderung zu vertreten . . . Hier kommt ein so geringes Vertrauen auf die überzeugende Macht unserer Auffassung, auf die Werbekraft unserer Agitation zum Ausdruck, daß man sich vergeblich nach Ursachen fragt . . . Sündigt die besprochene Stellungnahme durch zu geringes Vertrauen auf die siegreiche Kraft unserer Lösung, so scheint sie uns andererseits die Wirkung der Kapitalinteressen als Friedensgarantie stark zu überschätzen . . . Nicht als eine abgekürzte, auf ein paar zugkräftigste Punkte versimpelte politische Fibel sondern als die sozialistische Weltanschauung in ihrer ganzen umfassenden Fülle und Mannigfaltigkeit müssen wir die Wahlagitation gestalten . . . Die Gunst unserer

glänzenden Situation können wir höchstens verschmerzen, wenn wir einfach das gesamte Parteileben und alle Aufgaben des Klassenkampfes unter dem Gesichtswinkel des Wahlzettels zu betrachten anfangen.« Das *Hallesche Volksblatt*, das nach Geist und Manieren noch eine Stufe unter der *Leipziger Volkszeitung* steht — von letzterer urteilte neuerdings selbst Mehring, daß sie von den »vernünftigen Grundsätzen der traditionellen Parteiwahltaktik« keine blasse Ahnung habe, und daß deshalb jede Diskussion nach dieser Seite hoffnungslos sei —, trug natürlich noch viel gröber gegen die Schachspielertaktik auf, die »in der Hauptsache auf die Klugheit der Führer« vertraue, während es hauptsächlich auf den »Appell an die Massen« ankomme; »im Gegenteil, wir müssen jetzt gerade selbst in jedem Dorf über die Marokkfrage reden«. Dann rückten in Berlin VI die Genossen Dr. Rosenfeld und Ledebour mit einigen Zaunspählen gegen den Vorstand an, wobei selbst die arme, ewig zwischen zwei Feuern sich hin und her windende *Vorwärtsredaktion* den noch nicht hinlänglich entrüsteten Lesern als niederschmetternder Beweis dafür vorgeführt wurde, »wie weit man in der Partei mit staatsmännischen Gesichtspunkten kommt«: »Die von der Redaktion des Zentralorgans kundgegebene Auffassung hat nur in den Beziehungen bürgerlicher Staatsdiplomaten zu der bürgerlichen Öffentlichkeit Platz, in sozialdemokratischen Kreisen war sie bis jetzt nicht üblich und wird es hoffentlich nicht werden.« Es sei ein trauriger Zustand, daß der Parteivorstand bei wichtigen Anlässen den Kopf — den man ihm immerhin noch gnädigst zuerkannte — in den Sand stecke. Nach der *Bremer Bürgerzeitung* war es eine »offenkundige, von den Gegnern der Sozialdemokratie freudig begrüßte Tatsache, daß der Parteivorstand während der Marokkokrise seine Pflicht und Schuldigkeit nicht getan hat . . . Jetzt erscheint die Dementierspritze, es wird reichlich mit *unwahr, Indiskretion, grober Indiskretion* herumgeworfen, als ob es sich um die Tugenden der Genossin Luxemburg handelte . . . Diese traurige Tatsache läßt sich durch keine Dementis des Parteibureaus aus der Welt schaffen . . . Desto weniger wird sich die organisierte Arbeiterschaft

gefallen lassen, daß sie in ihrer Partei als kommandierte Masse behandelt wird.« Das war die mißtönende Ouvertüre, so lange der Vorhang noch gesenkt blieb. Dann erschien am 8. August der Aufruf der Parteileitung, und die ausgezeichnete äußere Disziplin unserer Partei bewährte sich bei diesem Anlaß von neuem glänzend. Wieviel Nützliches und Großes könnte geschaffen werden, wenn ein solcher musterhafter Apparat immer nur ruhig und überlegt im Sinn der nächsten, dringendsten Arbeiterklasseninteressen praktische Arbeit leistete, anstatt sich ganz unverhältnismäßig in zweifelhaften Demonstrationen und Protestkundgebungen aufzureiben und immer unter ungeheurem Kräfteaufwand auch da zu klappern, wo es niemals wirkliches Mehl geben kann. Aber an kleineren Zügen ließ sich auch diesmal sofort erkennen, daß die Strömungen in der Partei durchaus nicht vollständig einheitlich liefen. So ist es wohl bisher kaum jemals vorgekommen, daß Parteiblätter Anläßnahmen an einem offiziellen Parteivorstandsaufruf Zensur zu üben, für dessen Wortlaut sie doch durch den bloßen Abdruck in keiner Weise selber einzutreten brauchen. Kein geringeres als unser bedeutendstes süddeutsches Blatt unterdrückte die ganze folgende Stelle, offenbar weil ihm die darin festgelegte Partiestellungnahme und Vorausbindung der Reichstagsfraktion allzusehr gegen die eigene Überzeugung ging, wie sicherlich noch so manchem andern Parteiangehörigen: »Die Sozialdemokratie ist eine konsequente Gegnerin des Imperialismus. Sie weist in Erinnerung der schweren Opfer an Gut und Blut, die das deutsche Volk bisher schon für die Kolonien in Asien und Afrika bringen mußte, jede Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes, auch durch irgendwelche Kompensationen, entschieden zurück. Neue Kolonien würden nur neue Lasten und Gefahren für das deutsche Volk bringen.« Statt des ganzen Absatzes finden sich in dem süddeutschen angesehenen und einflußreichen Parteiorgan nur die bekannten ominösen Punkte. Daran reihten sich die Bernsteinschen Artikel im *Vorwärts*, die wiederum von K. R., dem auswärtigen Politiker unserer Parteiwochenschrift, in der *Bremer Bürgerzeitung* als ganz gewöhnliche *Vulgärsozialdemokratie* bezeichnet wurden, die sogar durch ihre Hochhaltung der Algecirasakte sehr leicht »unsere sozialistische Friedensaktion in eine Kriegesaktion verwandeln« können.

Und nun gar das Duell Luxemburg-K. Kautsky, das wir schauernd miterlebten. Man denke: Der Verfasser unseres Parteiflugblatts, der nach seiner eigenen Angabe zuvor »30 Jahre« über der »Kolonialfrage speziell« geschwitzt und »alle ihre theoretischen Zusammenhänge« sogar schon in Broschürenform entwickelt hat, ist danach nichts als ein »sozialdemokratischer Kannegießer«, »verbohrt« und von »allgemein entsetzlicher Flachheit«, der von einem »bornierten Krämerstandpunkt« aus mit »ethischer Entrüstung« (dem Schlimmsten, was sich überhaupt denken läßt) arbeitet und dadurch »die ganze Sache auf eine falsche Basis stellt«. Dazu spreche das Flugblatt sogar mehrmals von der »glänzenden« englischen Kolonialpolitik und enthalte »nicht ein Wort vom Sozialismus und seinen Zielen«. »Ein solches Vorgehen«, erwidert alsdann kleinlaut, aber doch treffend Genosse K. Kautsky, »ist ungewöhnlich. Ein Flugblatt . . . vermöbelt man ohne Not nicht . . . Ein Parteiflugblatt muß schon ganz unter der Kanone, für die Partei geradezu beschämend sein, wenn man es während der Aktion heruntermacht: was natürlich unsere streitbare Genossin in der Überzeugung von der Zeitgemäßheit und Unvermeidlichkeit ihres Vorgehens nur bestärkt.

Doch Scherz beiseite. Ich schreibe im letzten Augenblick vor dem Parteitag diese Zeilen nieder, weil mir der ganze bisherige Verlauf der Marokkoagitation nur die seit langem gehegte Anschauung zu bestätigen scheint, daß für uns in den verwickelten Streitfragen der auswärtigen Politik vorläufig überhaupt noch keine Parteilorbeeren zu holen sind. Wir sind durch unsere ganze Parteientstehung und -entwicklung mit den Fragen ver wachsen und vertraut, die direkt die Arbeiterklasseninteressen angehen. Wir haben auf diesem Gebiet vorläufig noch reichlich und überreichlich zu schaffen und zu wirken; wir haben hier naturgemäß am wenigsten Konflikte in den eigenen Reihen, national wie international, zu fürchten. Hier sind die starken Wurzeln unserer Kraft. Hoffen wir also, daß uns eine Fortspinnung und Steigerung der begonnenen weltpolitischen Auseinandersetzungen durch die Vernünftigkeit der deutschen und französischen Unterhändler erspart bleibt.

X
KurzeChronikDas deutsch-russische Abkommen über Persien und die Bagdadbahn
X
(siehe diese Rundschau, 1910, 3. Band,

pag. 1709) ist am 19. August unterzeichnet worden. X In Portugal hat die Nationalversammlung den bisherigen Generalprokurator, das ist Oberstaatsanwalt Manuel d'Arriaga, zum definitiven Präsidenten der Republik gewählt.

X **Literatur** Eine eingehende Analyse erst der dänischen Produktionsgrundlagen und Handelspolitik im allgemeinen, dann der Entwicklung des Verkehrs mit den hervorragendsten außerdeutschen Ländern, endlich vor allem des Verkehrs mit Deutschland selber, nach den einzelnen Produktionsgebieten und Erzeugnissen gruppiert, bietet die Schrift Dr. Ernst A. Wiedemanns *Die Entwicklung der deutsch-dänischen Handelsbeziehungen in den letzten 30 Jahren* /Braunschweig, Vieweg/. Der Verfasser tritt am Schluß dafür ein, daß man dem dänischen Vieh, dem gesündesten unserer Nachbarstaaten, eine möglichst vorteilhafte Stellung auf dem deutschen Markt einräume. X Der Abgeordnete M. Erzberger hat seine bekannten stoffreichen Übersichten über die Tätigkeit seiner Fraktion jetzt bis zur letzten Parlamentsvertagung fortgeführt (*Die Zentrums politik im Reichstage, Reichstags session vom 22. November 1910 bis 31. Mai 1911* /Berlin, Germania/).

Sozialistische Bewegung / Josef Bloch

Deutsche Partei Seitdem das letztmal an dieser Stelle über die deutsche Sozialdemokratie berichtet wurde, haben sich bemerkenswerte äußere Ereignisse in ihr nicht abgespielt. Doch ist ihr Wachstum in diesem Jahr, wie der Bericht des Parteivorstands an den Parteitag feststellt, so groß gewesen wie noch nie zuvor. Die Mitgliederzahl stieg von 720 038 im Jahr 1910 auf 836 562 im Jahr 1911. Die Zunahme um 116 524 Stimmen bedeutet die größte, die die Partei überhaupt in einem Jahr hatte, nämlich 16,18 %, gegen 13,69 % im Vorjahr. Die prozentual stärkste Mitgliedervermehrung hatte der Bezirk Zwickau (64,35 %), dann folgte das Saargebiet (50,78), an 3. Stelle steht Elsaß-Lothringen (39,11), an 4. Westpreußen (38,77), an 5. Kattowitz (31,74), an 6. Baden (31,49) und an 7. Ostpreußen (29,12). Daß die stärksten sozialdemokratischen Bezirke, Hamburg und Groß Berlin, relativ viel weniger gewachsen sind, ist natürlich, da es sich dort ohnehin um sehr große

Zahlen handelt (Hamburg III hat 33 644, Berlin VI 30 584 Mitglieder), die nicht mehr in diesem Maß vergrößert werden können. Der Stimmenrückgang bei der Nachwahl in Berlin IV hat auch wohl kaum etwas zu bedeuten, da die Einwohnerzahl dieses Kreises sich verringert hatte, zudem, weil eigentliche Gegenkandidaturen fehlten, ein richtiger Wahlkampf überhaupt nicht stattfand. Eine wirkliche Abnahme hat nur die polnische sozialistische Partei zu verzeichnen (von 2 195 auf 2 085); merkwürdigerweise fand sie gerade in den polnischen Stammbirken, Oberschlesien und Posen, statt, während die polnischen Enklaven in Westfalen, Hamburg und Bremen eine, wenn auch nur kleine, Zunahme erfuhren.

Das Wachstum der Partei ist nicht auf einzelne größere Aktionen zurückzuführen: Solche fanden in diesem Jahr kaum statt. Die preußische Wahlrechtsbewegung ist fast gar nicht fortgesetzt worden, zu anderen Demonstrationen lag kein Anlaß vor, wenn man von Elsaß-Lothringen absieht, wo die Verfassungsbewegung sicherlich der Sozialdemokratie viele Anhänger zugeführt hat. Die gesteigerte Anziehungskraft der Sozialdemokratie, die sich in dem Zahlen der Mitglieder, der Leser der Parteipresse und der Reichstagswähler bei Nachwahlen zeigt, ist vielmehr im wesentlichen der Gunst der Verhältnisse zu danken: Der allgemeine Unmut, der nach der Zerstörung des Bülowblocks und seit dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform immer weitere Kreise ergriff, kommt naturgemäß der radikalsten Partei am meisten zugute; man erhofft von ihr eine gründliche Änderung des Kurses, freilich auch eine Beseitigung von Mißständen, die — wie die Teuerung der Lebensmittel — gar nicht von der Macht der politischen Parteien abhängen.

Wichtiger als die numerische Vergrößerung, die schließlich, wenn auch nicht in diesem Grad, bei der Sozialdemokratie konstant zu beobachten ist und durch die Industrialisierung Deutschlands dauernd bewirkt wird, scheint eine Erstickung des politischen Geistes, die sich im letzten Jahr in der Partei bemerkbar gemacht hat. Man hat deutlicher als früher begonnen den Erfordernissen der Politik — und nicht nur denen der Agitation — Rechnung zu tragen. Das zeigt sich in der positiv gerichteten Arbeit in der Legislative.

Zwar, der Reichsversicherungsordnung glaubte die sozialdemokratische Fraktion nicht zustimmen zu dürfen. Man muß dabei bedenken, daß die Mehrheitsparteien mit der Verminderung der Selbstverwaltung der Krankenkassen die Sozialdemokratie zu bekämpfen suchten. Die ausgesprochene Absicht der Mehrheit, die politische Tendenzen in dieses soziale Gesetz hineintrug, ging also dahin der Sozialdemokratie die Mitwirkung zu erschweren und deren Zustimmung zu vereiteln. Diese Situation mußte die sozialdemokratische Fraktion ebenso politisch nehmen wie sie geschaffen war. Sie mußte daher das Gesetz ablehnen, selbst wenn rein sozialpolitische Gründe die Annahme gerechtfertigt hätten; dem Willen jener Parteien, dem die Regierung sich fügte, konnte sie nicht anders begegnen.

Es war aber überaus charakteristisch, daß dieser scharfe Gegensatz gegen die Regierung die Fraktion nicht gehindert hat zu gleicher Zeit bei der Schaffung der elsäß-lothringischen Verfassung aufbauend zu wirken. Es wird von keiner Seite bestritten, daß diese Verfassung überhaupt nur durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zustande gekommen ist, die in diesem Fall auch die Führung hatte. Diese ihre Mitwirkung war aber nur dadurch möglich, daß sie einige Forderungen, die sonst als ganz besonders prinzipielle angesehen werden, zurückstellte, daß sie die monarchische Spitze und auch die Errichtung einer Ersten Kammer für die Reichslande akzeptierte. Gerade hier zeigte sich der Gegensatz zwischen Agitation und Politik besonders sinnfällig. Die sozialdemokratische Partei in den Reichslanden selber erklärte sich gegen diese Konzessionen und wollte von einer Zustimmung zu dieser Verfassung nichts wissen: Das ist psychologisch begreiflich; denn der Kleinkampf im Land kennt nur die gröberen Gegensätze, die leidenschaftliche Alternative des *Alles oder nichts!* ist da meistens der größten Wirkung sicher als die nüchterne Abwägung der Details. Daß die Reichstagsfraktion aber den wirklichen politischen Fortschritt im Auge hatte und lieber eine leichte Popularität als ihr politisches Gewissen opferte, ist ihr sicherlich hoch anzurechnen. Man kann die Hoffnung aussprechen, daß diese Haltung für die weitere Politik der Partei symptomatisch sei. Ermutigend wirkt jedenfalls die Tatsache, daß

der Unwille der Ultraradikalen, der sich nach der Zustimmung der Fraktion in sehr abfälligen Kritiken Luft machte, nicht, wie das sonst die Regel war, auf einen namhaften Teil der Parteiöffentlichkeit übergriff sondern in völliger Isolierung in Leipzig verblieb.

Weniger augenfällig und doch in der gleichen Wirkung auf jene Ultras erkennbar ist die stärkere Rücksicht auf die Politik auch in der Haltung der verantwortlichen Instanzen der Partei zur Marokkofrage. Daß die Sozialdemokratie sich nach wie vor mit voller Kraft gegen die Kriegshetze wendet, ist selbstverständlich; das tut sie in gleicher Weise als Arbeiterpartei wie als Kulturpartei. Doch ihre Beurteilung des speziellen Falles zeigt merkliche Unterschiede gegen früher. Es ist ein Novum, daß nicht gerade der eigenen Regierung die Schuld aufgebürdet wird, wie dies früher bei allen ähnlichen Konflikten stets die Regel war. Diesmal hat man offen und mit Entschiedenheit erklärt, daß Frankreich durch sein Vorgehen und England durch sein Dazwischentreten den Konflikt heraufbeschworen hätten. Begibt man sich aber einmal auf diesen Standpunkt, so muß man früher oder später die Konsequenzen daraus ziehen. Daß die deutsche Sozialdemokratie sich *sans phrase* an die Seite der deutschen Regierung stellt, wird man von ihr nicht erwarten und nicht verlangen können; dazu hat es diese Regierung im Innern denn doch zu sehr an allem fehlen lassen, was eine Gemeinsamkeit im Außern ermöglicht hätte. Aber daß man die Ursache der Verwicklung im Ausland sucht, bedingt ganz von selber, daß man die Regierung des eigenen Landes nicht in dem Maß wie früher preisgeben kann. So hat der *Vorwärts* durch den Genossen Bernstein das Festhalten an der Algecirasakte als diejenige Forderung proklamieren lassen, auf der die Sozialdemokratie bestehen müßte. Man muß sich nun vergegenwärtigen, daß die Konferenz in Algeciras seinerzeit nur durch das Vorgehen der deutschen Regierung bewirkt worden war, die der französischen in Marokko nicht freie Hand lassen wollte; daß aber jenes Vorgehen Deutschlands damals im sozialdemokratischen Zentralorgan wie in der Parteipresse überhaupt aufs schärfste angegriffen worden war. Der bedeutende Abstand gegen heute wird sofort klar: Damals verurteilte man die Einmischung

Deutschlands, das doch nur für sich das gleiche beanspruchte wie Frankreich; heute findet man es selbstverständlich, daß Deutschland volle Gleichberechtigung will, ja man verlangt es direkt von der deutschen Regierung und verübelt es ihr, wenn sie auch nur einen Fußbreit von dieser Gleichberechtigung in Marokko abgibt und bereit ist sie gegen andere Vorteile einzutauschen. Das ist allerdings eine Entwicklung, die die Wandlung in der Auffassung der politischen Verantwortlichkeit noch in weit höherem Maß zeigt als Abstimmungen in innerpolitischen Fragen, in denen sich die Sozialdemokratie von je nicht intransigent gezeigt hat. Nun ist zwar nicht recht einzusehen, weshalb, nachdem nun einmal durch Frankreich und England eine neue Situation geschaffen ist, so unverbrüchlich an der Algecirasakte festgehalten werden soll. Schließlich unterliegt alles im Leben der Wandlung, und auch Verträge sind nicht für die Ewigkeit. Genau so wie im Privatleben Vertragsbrüche vorkommen, für die dann Konventionalstrafe gezahlt oder sonst eine Entschädigung gewährt wird, kann auch im Völkerleben an Stelle des im Vertrag konstituierten Rechts die Kompensation treten. Man wird dem Genossen Bernstein durchaus zustimmen müssen, wenn er die Herausbildung einer völkerrechtlichen Ethik als ein Erfordernis der Kultur hinstellt, das mitschaffen zu helfen gerade den Sozialisten obliegt. Das ethische Bewußtsein, das die Partei in ihren eigenen Reihen großzuziehen hat, will sie auch in den Beziehungen der Nationen zu einander verwirklicht sehen. Wenn darüber auf *materialistisch-radikaler* Seite gespottet wird, so beweist das nur, daß man dort in ethischer Beziehung nicht gerade die Höhe des Prinzips erklimmen hat. Gleichwohl darf man nicht vergessen, daß alles das erst im Werden ist, und daß man auch hier die Entwicklung nicht fördert, wenn man zurzeit Unmögliches verlangt. Der Vertrag von Algeciras ist gebrochen: Jetzt fragt es sich nur, ob man diesen Bruch ruhig hinnehmen, oder ob man eine Art Bestrafung der Schuldigen verlangen soll, wie sie in einem Gewähren von Kompensationen liegen würde. Auch vom ethischen Gesichtspunkt aus bedeutet die Anerkennung von Entschädigungsansprüchen zugleich eine Anerkennung der rechtlichen Geltung des internationalen Vertragswesens, und damit muß sich ge-

rade der zufrieden geben, der die Alternative *Vertragsbruch ohne Sühne oder Austrag durch Krieg?* auf alle Fälle vermeiden sehen will. Damit soll natürlich über den speziellen Inhalt der Kompensationsverhandlungen hier nichts ausgesagt sein. In dieser Beziehung mit tätig zu sein ist der Sozialdemokratie vorläufig noch ganz unmöglich.

Von der erfreulichen Politisierung der Sozialdemokratie gibt der Bericht der Reichstagsfraktion nur ein sehr schattenhaftes Bild. Das liegt im wesentlichen an der Art seiner Abfassung, die ganz und gar im Agitationsstil gehalten, bei der Berichterstattung über Elsaß-Lothringen übrigens recht dürftig ist. Daß im Verlauf des Berichts auch der *Sozialistischen Monatshefte* in einer auffallend geistlosen Weise gedacht ist, fällt dem Referenten — der im Reichstag eine geistreiche Rede für die Antiquaschrift gehalten hat — vielleicht gar nicht zur Last: In unserer Partei grassiert nun einmal der von der preußischen Bürokratie übernommene Aberglaube, daß nur dem parteiantlich Registrierten Existenz zukomme; weshalb sollte man nicht glauben eine Ansicht durch die Feststellung zu widerlegen, daß sie nicht parteioffiziell ist? Schließlich geht es in der Partei gerade wie im Staat zu: Die eigentlichen Stützen der Reaktion hat man nicht in den höchsten Schichten der Regierenden zu suchen sondern in der mittlern Beamtenklasse. Bis diese umlernt, das dauert allerdings eine ganze Weile.

Die wichtigste Frage der innern Parteipolitik bleibt das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften. Jahr für Jahr rückt der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung automatisch ein Stück nach der Gewerkschaftsseite hin. Daß die Parteileitung es längst aufgegeben hat in der *Generalkommission* ihre Konkurrentin zu sehen, daß sie vielmehr immer größeres Gewicht darauf legt mit ihr in Übereinstimmung zu sein, ist das stärkste Zeichen der politischen Einsicht. Gerade in allerletzter Zeit hatte der Parteivorstand Gelegenheit sie nochmals zu beklunden. Der Buchdruckerstreik im *Berliner Lokalanzeiger* — dessen Lehren ja vom Vorsitzenden des Buchdruckerverbands Döblin hier in den *Sozialistischen Monatsheften* (1911, 2. Band, pag. 1069 ff.) gezogen worden sind — hatte die Tarifstreue und das Rechtsgefühl der Gewerkschaftsführer in einer Weise gezeigt, daß selbst die

Scharfmacher dem nicht beikommen konnten. Eine kleine Anzahl radikaler Parteiblätter fiel nun in der gewohnten Weise über die Gewerkschafter her. Das ist weiter nicht verwunderlich; denn diesen Blättern fehlt eben das Gefühl der Verantwortung für die Arbeiter, aber auch der Respekt vor geschlossenen Verträgen. Da bewies der Parteivorstand, daß er das Wesen des Gewerkschaftskampfs und des Tarifvertrags durchaus erkannt hat. Er sandte jenen Blättern eine Verwarnung und erinnerte sie daran, daß sie nach einem Parteitagsbeschuß so nicht polemisieren dürften. Daß die Genossen, die gern lärmten, sich damit nicht zufrieden gaben sondern nun auch über das *Geheimsirkular* des Parteivorstands herfielen, ist von minderer Bedeutung. Wichtig ist nur, daß die Leitung der Partei an die Seite der Gewerkschaftsleitung trat. Das zeigt, daß die Partei selber der Reife der Gewerkschaftsbewegung entgegengeht. Der kommende Parteitag wird schwerlich große Debatten oder Aufregungen bringen. Er ist ganz von der Reichstagswahl beherrscht, und es entspricht der alten Tradition in der Partei, daß man kurz vorher keine inneren Streitigkeiten ausficht. Über die Reichstagswahlen selber wird der Parteitag wohl auch kaum ein entscheidendes Wort sprechen können. Was wir wünschen müssen; eine Koalition aller an der Umwandlung Deutschlands und Preußens in einen modernen Verfassungsstaat interessierten Elemente anzubahnen, das kann der Parteitag nicht durch einen Beschluß bewirken. Gleichwohl bleibt dieser Wunsch das Zentralproblem der innern deutschen Politik. Die Sozialdemokratie wird den festen Willen zeigen müssen den Schritt von der Isolierung zur Kooperation zu machen. Nicht nur die Agitation für die eigene Partei darf die Reichstagswahlen beherrschen, sondern der Blick auf die Zusammensetzung des neuen Reichstags, die es ermöglichen soll eine Arbeitsmehrheit zu bilden; die erste Voraussetzung der Parlamentarisierung Deutschlands. Die Hauptsache ist vorerst nur, daß dieses Bewußtsein in unserer Partei und dann aber auch in der gesamten Öffentlichkeit so weit erstarkt, daß ein solches Zusammenarbeiten möglich wird. Offizielle Wahlabmachungen über das Reich hin sind durchaus nicht vonnöten. Ist jener allgemeine Wunsch nach Konzentration da,

dann werden sich Stichwahlallianzen in den einzelnen Kreisen von selbst ergeben. Der Parteitag kann weniger durch einen Beschluß als vielmehr durch die Stimmung, von der seine Beratungen getragen werden, zur Verwirklichung dieses allernächsten Zieles unserer Politik beitragen.

X X
Baden Von den Landesparteitagen kommt dem badischen immer ein besonderes

Interesse zu, weil Baden sich mehr und mehr zum *Musterlande* deutscher sozialdemokratischer Politik entwickelt. Die Richtlinien der badischen Sozialdemokratie sind in den *Sozialistischen Monatsheften* wiederholt von Wilhelm Kolb dargestellt worden. Sie münden in den Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien (namentlich auch der Nationalliberalen) mit der Sozialdemokratie, zur Abwehr der Zentrums herrschaft, die in Baden mit Konservatismus gleichbedeutend wäre. Die Konsequenzen ihrer Mitarbeit hat die badische Landtagsfraktion auch stets ruhig getragen, und sie hat die Mitverantwortlichkeit für alles von ihr Mitgeschaffene bis herauf zum Budget durch ihre Abstimmung auf sich genommen. Es ist bekannt, welchen Anfeindungen durch die Genossen der meisten anderen Bundesstaaten sie deshalb ausgesetzt war, und daß sich mehrere Parteitage bereits mit Baden beschäftigen mußten. Wenn aber die Beschlüsse der Gesamtpartei auch immer gegen die Badener ausfielen, so ändert das nichts an der Tatsache, daß mit der Zeit auch die anderen ihnen werden folgen müssen, wenn man auf verfassungsmäßige Zustände in Deutschland hinarbeitet. Zunächst ist das für die übrigen süddeutschen Staaten schon längst klar. Zwar stand im vorigen Jahr die badische Fraktion mit ihrer Budgetwilligung allein, aber auf die Koalitionstaktik als solche steuern auch die übrigen Landesparteien hin. Auf dem badischen Parteitag, der am 26. und 27. August in Offenburg stattfand, gab Genosse E. Auer im Namen der bayerischen Landespartei die bemerkenswerte Erklärung ab, daß Bayern auch bald badische Wege wandeln werde: »Die Verhältnisse sind bei uns ähnlich wie bei Ihnen, und wir werden zu den gleichen taktischen Mitteln greifen müssen, zu denen Sie gezwungen waren zu greifen.« Daß Norddeutschland vorläufig noch weit

davon entfernt ist, ist kein Wunder. Doch kann der schärfer Zusehende in einigen norddeutschen Staaten bereits die Anfänge des Kommenden erblicken. Die Artikelserie über den Kurs der Politik in den einzelnen deutschen Bundesstaaten, die zurzeit in den *Sozialistischen Monatsheften* erscheint, läßt das immerhin erkennen, mag man in den einzelnen Landesparteien sich dessen bewußt sein oder nicht.

Der badische Parteitag, der den guten Fortschritt auch der Parteiorganisation in Baden zeigte, nahm im übrigen ein Referat Dr. Franks über die Reichstagswahlen entgegen, beschäftigte sich ferner mit kommunalpolitischen Fragen und erledigte dann noch einige Punkte, die lediglich partikulares Interesse hatten. Zu registrieren ist noch, daß der Parteitag die Methode, wie die norddeutsche Parteipresse mit Berichten über badische Vorgänge versorgt wird, als durchaus irreführend und schädlich kennzeichnete. »Die Art, wie man von Baden aus die norddeutsche Parteipresse bedient, ist ein offener Skandal [Lebhafter Beifall]. Es muß einmal mit allem Nachdruck ausgesprochen werden, daß wir mit diesen Zuständen zu Ende kommen müssen. Es sieht fast so aus, als ob man sich in Offenburg vor den bevorstehenden *Erfolgen* fürchtet«, meinte Grunbach aus Freiburg. Wichtiger noch ist, was Kolb ausführte: »Genosse Adolf Geck [der Berichterstatter jener norddeutschen Presse] macht sich die Sache immer leicht. Er sagt einfach, das Gesetz wäre doch von den bürgerlichen Parteien angenommen worden. Das ist kein politisch ehrlicher Standpunkt. Für unsere politischen Situationen kann man heute nicht immer mit dem Maß messen wie vor 20 Jahren.« Mit diesen Worten ist das Versteckspiel der *Radikalen* sehr gut charakterisiert, die immer so tun, als ob sie aus prinzipiellen Gründen ablehnen müßten, dies aber doch nur riskieren, wenn sie der Annahme durch die anderen sicher sind. Eine solche Taktik ist ebenso aus Gründen der politischen Moral wie der einfachsten Klugheit verwerflich, und unter dem Gesichtspunkt der Erziehung der Massen zur Politik wirkt sie direkt korrumpierend. Kolb hat auch hier wieder, wie schon zuweilen, die Situation offen dargestellt wie sie wirklich ist.

In der Tat, die Parteien der übrigen Bundesstaaten können von der badischen

noch recht viel lernen, und die politische Situation der nächsten Jahre wird es vermutlich mit sich bringen, daß sie von dieser Gelegenheit auch Gebrauch machen.

× **Kurze Chronik** Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Breslaus haben in diesem Jahr zum erstemal den städtischen Etat bewilligt. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde diese Zustimmung angegriffen. Genosse Löbe rechtfertigte sie hauptsächlich damit, daß das Breslauer Stadtoberhaupt die Gleichberechtigung der Sozialdemokraten als Staatsbürger in jüngster Zeit ausdrücklich anerkannt hätte. Eine Resolution, die die Zustimmung der Fraktion tadelte und verlangte, daß die Fraktion in Zukunft bei ähnlichen Anlässen vorher einen Meinungsaustausch herbeiführe, wurde mit übergroßer Majorität abgelehnt. × Auf der sozialdemokratischen Landeskonferenz für Sachsen gab E. Schulze namens des Zentralkomitees am 21. August die bemerkenswerte Erklärung ab, daß die Partei eine Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche nicht veranlassen könne und dürfe: »Wir kämpfen für die Trennung des Staates von der Kirche und der Schulen von der Kirche, aber wir haben kein Recht einen Eingriff auszuüben, der das religiöse Empfinden des einzelnen verletzen könnte.« Diese kulturreife Anschauung wird noch durch eine positive Inangriffnahme des religiösen Problems ergänzt werden müssen. × Im neuen österreichischen Reichsrat ist wieder Genosse Engelbert Pernerstorfer zum Vizepräsidenten gewählt worden. × Eine Unterredung des Genossen MacDonald mit Wilhelm II. bei einem Essen, das der englische Kriegsminister im Mai diesem zu Ehren gab, wurde von konservativen Scharfmachern und sozialdemokratischen Intransigenten als eine schwere Verletzung der Tradition scharf gerügt. × Bei den Parlamentswahlen in Rumänien hat die Sozialdemokratie relativ gut abgeschnitten. In Bukarest vereinigte ihre Liste fast ebensoviel Stimmen auf sich wie die der Nationalisten, in Galata wurde diese sogar überholt. Bei dem geltenden Klassenwahlrecht war eine Erringung von Mandaten ohne Wahlbündnis unmöglich; an ein solches konnte aber nicht gedacht werden, da sämtliche bürgerlichen Parteien gegen

die Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts sind. X Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten hat bei den letzten Kommunalwahlen bedeutende Erfolge erzielt. Es gibt jetzt dort insgesamt 31 sozialistische Bürgermeister und Ortsvorstände; außerdem sind 225 andere Kommunalämter mit Parteigenossen besetzt. Im Repräsentantenhaus ist die Partei seit den letzten Wahlen durch Victor Berger vertreten, der, wie er dem Parteivorstand berichtete, dort bis jetzt in seiner Redefreiheit noch nicht beeinträchtigt worden ist. In den Parlamenten der Einzelstaaten sitzen 17 Sozialisten. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist im 1. Quartal dieses Jahres auf 78 000 gestiegen, gegen 58 000 im Durchschnitt des Vorjahrs.

X Literatur

Die deutsche Arbeiterbewegung schreibt ihre eigene Geschichte. Immer stärker empfinden es die einzelnen Organisationen in Partei und Gewerkschaft als ein Bedürfnis ihren Werdegang rückschauend zu betrachten und so vielleicht den Punkt zu fixieren, den ihre Entwicklung erreicht hat, um von ihm aus sich mit den Möglichkeiten der Zukunft vertraut zu machen. Auf Berlin, dessen Geschichte Eduard Bernstein schrieb, folgt jetzt Hamburg. Eine Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte dieses frühern Vororts der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat schon vor 12 Jahren Heinrich Bürger gegeben. Im Jahr 1907 hat dann die Landesversammlung der Hamburger Sozialdemokraten den Beschluß gefaßt eine Gesamtgeschichte der Arbeiterbewegung im niederelbischen Städtgebiet schreiben zu lassen, und Dr. H. Laufenberg ist dessen Ausführung übergeben worden. 4 Jahre dauerte es, bis jetzt der 1. Band des Werkes herausgebracht werden konnte (*Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, 1. Die Begründung der Organisation / Hamburg, Auer*); es war aber auch eine bedeutende Arbeit zu erledigen, die bei der Schwierigkeit der Materialbeschaffung schneller kaum hätte vorstatten gehen können. Die Darstellung geht vorläufig bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes; in der Vorgeschichte reicht sie aber noch weiter als die Berliner Geschichte zurück, noch hinter das Jahr 1848, bis in den Beginn des 19. Jahrhunderts. In der Auffassung des historischen Prozesses

wird man nicht immer einer Meinung mit dem Verfasser sein können. Aber die Zusammenstellung der Tatsachen ist für sich schon von großem Wert, und man wird anerkennen müssen, daß der Verfasser mit großem Fleiß des überreichen Stoffes Herr zu werden versucht hat. Hamburg stellt zurzeit den stärkstorganisierten Bezirk der deutschen Sozialdemokratie dar; seine Lokalgeschichte darf also auf das Interesse der ganzen Partei Anspruch erheben. Eine eingehende Besprechung des Werkes wird nach dessen Abschluß hier vorzunehmen sein. Als Vorzug der Arbeit, namentlich für ihre Benützung zu wissenschaftlichen Zwecken, sei noch hervorgehoben, daß überall die Quellenbelege in Fußnoten beigegeben sind.

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Futtermangel Der Sommer hat durch seine außerordentliche Hitze und das Fehlen jeglichen Niederschlags dem Land den allerschwersten Schaden gebracht. Ist auch die Sonnenglut der Ernte an Getreide weniger verhängnisvoll gewesen, und ist ein, wenn auch in der Qualität etwas geringeres, so doch ganz vorzügliches Korn gewonnen worden, so sieht es doch mit den Hackfrüchten und den Futtermitteln äußerst trübe aus. Kartoffeln und Hackfrüchte haben sich zwar ein wenig wieder erholt, seitdem am 15. August ein Temperaturumschwung und, wenn auch noch nicht in genügendem Maß, Niederschläge eintraten. Aber um die Futtermittel ist es böse bestellt. Schon die erste Heuernte war nur gering; von einem zweiten Schnitt ist nur auf wenigen direkt am Wasser gelegenen Wiesen die Rede. Vielfach wurde das Vieh, da die Weiden nicht genug Nahrung bieten, auf die Wiesen und Kleefelder gelassen oder auch schon ganz in den Stall genommen, und es zehrt von den für den Winter bestimmten Vorräten. Der preußische Saatenstandbericht bezeichnet die Futtermittelverhältnisse als ganz trostlos. Um dieser namentlich für den Winter drohenden Futternot zu begegnen, sind die Eisenbahnfrachtsätze der preußischen Bahnen für Futtermittel auf die Hälfte herabgesetzt worden. Das ist aber ein ganz ungenügendes Mittel, zumal die Frachtsätze sich nicht auf Futtergerste und Mais erstrecken, und durch die schwierigen Wasserverhältnisse auf den Strömen der in so umfangreichem Maß als Viehfutter verwandte Mais jetzt auch

nicht mehr den billigen Wasserweg bis mitten in das Land nehmen kann sondern zu den hohen Bahnfrachten versandt werden muß.

Für die Volksernährung ist diese Futterknappheit von schwerwiegender Bedeutung. Ist das Vieh nicht durch den Winter zu bringen, wird eine Fleischknappheit im nächsten Frühjahr und damit eine erhebliche Steigerung der Fleischpreise die Folge sein. Dies wird aller Erfahrung nach eine Zunahme des Brotkonsums mit sich bringen. Zugleich aber besteht bei der guten Qualität des Brotgetreides die Gefahr einer erhöhten Ausfuhr. Schon im letzten Jahr war dieser Export außerordentlich hoch. Weiter aber wirkt die Kartoffelknappheit auf erhöhten Brotkonsum ein, und ebenso die für den Tisch des kleinen Mannes so bedeutungsvolle Gemüseknappheit. Kohl und Bohnen haben einen Preisstand erreicht, der den in normalen Jahren um das Dreifache übertrifft.

X **Binnenschiff-** **fahrt** /

Der durch die außerordentlichen Trockenheit dieses Jahres verursachte niedrige Wasserstand in allen deutschen Stromgebieten hat die Binnenschiffahrt so erschwert, daß selbst das so trockene Jahr 1904 kein Beispiel bietet. Während noch Anfang Juli alle Dampfer und Kähne vollständig im Betrieb waren, und auch die Schiffsmannschaften volle Beschäftigung hatten, ging gegen Ende Juli der Wasserstand so weit zurück, daß er zum Beispiel auf der Elbe und Oder um mehr als 2 Meter, auf dem Rhein um 1,25 Meter unter Normalnull stand. Ein geordneter Betrieb war auf keiner der deutschen Wasserstraßen einzuhalten. Die Neckarschiffahrt hörte am 23. Juli gänzlich auf, und Ende Juli mußte die *Sächsisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft* streckenweise den ganzen Frachtverkehr einstellen. Der Personenverkehr war nur in beschränktem Maß aufrechtzuerhalten. Auf den märkischen Wasserstraßen war es ebenso. Überall waren die Schleppdampfer und -kähne zur Untätigkeit verurteilt, und an allen Hafenplätzen lagen die Schiffe still; in Hamburg allein zirka 1500 Fahrzeuge. Die Rheinschiffahrt hat noch neuerdings Einschränkungen vornehmen müssen. Wo der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte, haben die Schiffe auch nicht im entferntesten ihre volle Ladefähigkeit ausnutzen können, oft nur zu einem Fünftel. Die Frachtsätze sind infolgedessen ganz außerordentlich ge-

stiegen. Aber weder die Schiffer noch die Verfrachter kommen auf ihre Kosten. Eine Menge Waren wartet auf Weiterbeförderung und verschlingt beträchtliche Lagerungskosten. Viele sonst zu Schiff bewerkstelligte Transporte haben auf die Bahn übergehen müssen und sind dadurch erheblich verteuert worden.

X **Börse**

In den letzten Julitagen hatten politische Besorgnisse merklichen Einfluß auf die Börse gewonnen. Die Tatsache der eingeleiteten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wirkte an sich zwar wieder beruhigend, doch lähmte die Ungewißheit der Dinge den Verkehr. Auch im August erfolgte eine ziemlich allgemeine und teilweise erhebliche Abschwächung des Kursniveaus. Die 3prozentige Reichsanleihe verlor 1 %; die Verkehrsaktien sanken bis um 13 %. Mit Ausnahme der Aktien der *Nationalbank* erlitten die Aktien aller Großbanken Einbußen bis zu 1,5 %. Noch viel größer war der Rückgang bei den Montanaktien, obwohl doch der Zusammenschluß des *Essener Roheisenverbands*, der kürzlich erfolgt ist, eine Steigerung hätte erwarten lassen. Die Senkung des Kursniveaus war gerade bei den führenden Werken ganz beträchtlich, zum Beispiel *Harpener Bergbaugesellschaft* 3,55 %, *Bochumer Verein* 3,5 %, *Gelsenkirchen* 4,25 %, *Phönix* 7 %. Dabei lauten im allgemeinen die Stimmungsberichte aus der Industrie recht günstig. Schließlich hat sich eben doch die Überzeugung durchgesetzt, daß sich die so hoch gestiegenen Erwartungen auf die geschäftlichen Ergebnisse nicht im vollen Umfang erfüllen werden. Infolgedessen ist dann auf die spekulative Preissteigerung der Aktien, durch die das finanzielle Erträgnis der Geschäfte vorweggenommen ist, der Rückschlag erfolgt.

An der Produktenbörse hat die Trockenheit teilweise geradezu eine wilde Spekulation entfesselt. In der ersten Augusthälfte sind die Preise von Roggen und Weizen um zirka 10 Mark in die Höhe gebracht worden. Der Witterungsumschlag hat nun einen Preisrückgang bewirkt, der um zirka 4 Mark unter den Höchstsätzen bleibt. Auf dem Zuckermarkt hat die durch die Hitze hervorgerufene Hemmung und Schädigung der Rübenpflanzen erhebliche Preissteigerungen namentlich für Terminware herbeigeführt, die sich in lebhaften, geradezu von jeder Wolke am Himmel abhängigen

Schwankungen durchsetzten. Um zirka 12 Mark stehen die Preise zum Beispiel höher als zu Beginn dieses Jahres.

× **Kurze Chronik** Die große Streikbewegung in England hat auch Wirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben gezeitigt. Der Schifffahrt von den Elb-, Weser- und Rheinhäfen ist fühlbarer Abbruch getan worden. Der Rückgang der Kohleneinfuhr ist andererseits der deutschen Kohlenindustrie willkommenen Anlaß gewesen in den sonst von England mitversorgten Gebieten die Preise, wenn auch nur vorübergehend, zu erhöhen. × Der Geschäftsbericht der Ascherslebener Kaliwerke weist darauf hin, daß neben den zurzeit bestehenden 74 Kaliwerken, die am Absatz beteiligt sind, weitere 73 Unternehmen im Schachtbau begriffen sind, und noch weitere 79 Gesellschaften Kali erbohrt haben. × Der Überschuß der Geldeinfuhr über die Geldausfuhr beträgt in den ersten 7 Monaten dieses Jahres 402,64 Doppelzentner im Wert von 112 739 200 Mark. × In den ersten 7 Monaten stellte sich die Auswanderung über Hamburg auf 48 738 (1910 74 404), über Bremen auf 74 882 (1910 117 747), insgesamt auf 123 620 (1910 192 151) Personen. × Die Steinkohlenproduktion betrug im 1. Halbjahr 1911 (gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs) 92 278 434 (86 360 970) Tonnen, die Koksproduktion 14 580 632 (13 388 070) Tonnen.

× **Literatur** Die Frage der Einführung ausländischer Wertpapiere nach Deutschland ist seit der Interpellation im Frühjahr mehrfach literarisch erörtert worden. In einem Büchlein *Die Kapitalanlage in ausländischen Wertpapieren vom Standpunkt des Volkswirts und Kapitalisten* / Berlin, Puttkamer & Mühlbrecht/ meint Dr. Hermann Zickert, daß den Staaten nicht das Recht abgesprochen werden könnte sich um die Verwendung des Nationalvermögens zu kümmern. Die lokalen Zulassungsstellen der Börsen seien nicht imstande gewesen die nationalen Interessen zu schützen, weil in ihnen die Interessen der Emissionshäuser den Ausschlag geben. Auch das jetzige Einspruchsrecht der Landesregierungen hätte sich als ungenügend zur Verhinderung einer unerwünschten Wertpapiereinfuhr erwiesen. Auf die Dauer wür-

den die gesetzgebenden Faktoren an der Schaffung einer zentralen deutschen Zulassungsstelle für auswärtige Emissionen nicht vorübergehen können. In dieser aber müßten auch Vertreter der Regierung und des Parlaments sitzen. Eine solche Zentralstelle würde sich wohl ohne weiteres die vom Geheimrat Rießer aufgestellten Richtlinien zu eigen machen (siehe diese Rundschau, 1911, 1. Band, pag. 267). Doch seien diese noch durch den Punkt zu erweitern, daß für die betreffenden Papiere bereits an einer Börse des Heimatlands oder einem andern ausländischen Markt eine Notiz bestehe, so daß die Möglichkeit vorhanden sei die Effekten bei Erfordernis wieder aus Deutschland abzuschieben. Eine sehr nützliche erzieherische Wirkung auf die Emissionsinstitute würde auch von der Vorschrift erwartet werden können, daß die Verhandlungen der Zulassungsstellen öffentlich stattfinden haben. Dann könnten wenigstens die von einzelnen Mitgliedern erhobenen sachlichen Bedenken auch zur Kenntnis des kaufenden Publikums gelangen.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Holzarbeiter Die Vertreter der Holzarbeiter und des *Arbeiterschutzesverbands für die Holzindustrie* haben in diesem Frühjahr in wochenlangen, schwierigen Beratungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen, einschließlich der Arbeitszeit für eine ganze Anzahl von Städten geregelt. Für Hamburg konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, weil außer dem Lohn und der Arbeitszeit auch die Frage der Arbeitsvermittlung strittig war. Im vorigen Jahr war ein Kampf um den Arbeitsnachweis mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises beendet worden, den beide Parteien, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, anerkannten und benutzten. Dieses Verhältnis wollten die Unternehmer beim Abschluß eines neuen Tarifvertrags jedoch nicht wieder eingehen. Der Kampf dauert nun bald ein halbes Jahr, und keine der Verhandlungen führte bisher zu einem Resultat. Inzwischen war eine Anzahl von Firmen bereit mit dem Holzarbeiterverband einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, und sie gründeten zu dem Zweck den *Arbeitgeberverein der Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Umgegend*, mit dem dann ein Tarifvertrag zum Abschluß kam. Am

21. August wurde von den Vertretern der beiderseitigen Organisationen, in Gegenwart von 500 arbeitslosen Holzarbeitern der neu errichtete paritätische Arbeitsnachweis eröffnet. Mit dem *Arbeitsbeschützungsverband* wird der Kampf weiter geführt, so daß die Zahl der Ausständigen immerhin noch gegen 1600 beträgt. Die Position des Holzarbeiterverbands ist aber durch den oben erwähnten Tarifabschluß bedeutend gebessert worden. Man sieht hieraus wieder, welch großen Wert die Arbeitgeber auf den Alleinbesitz des Arbeitsnachweises legen.

× **Französisch-deutsche Kundgebung** Eine Delegation von 35 Mitgliedern der französischen Gewerkschaften war vom 24. bis zum 29. Juli in Berlin, um die Organisationseinrichtungen der deutschen Zentralverbände kennen zu lernen. Wegen einer unbedachten Redewendung in seiner Begrüßungsansprache (in geschlossener Versammlung) wurde der Führer der französischen Gewerkschaften Yvetot von der Berliner Polizei ausgewiesen. Über den Erfolg ihrer Studienreise haben die französischen Genossen, Zeitungsnachrichten zufolge, nur Gutes berichtet; sie feiern ihre Reise sogar als ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung und wollen uns in der Organisation, Disziplin, Einigkeit und den hohen Beiträgen nacheifern. Am 28. Juli veranstalteten aus Anlaß der Anwesenheit der französischen Gewerkschaftsvertreter die *Berliner Gewerkschaftskommission* gemeinsam mit der Partei eine Friedensdemonstration, in der Jouhaud-Paris eine französische Rede halten durfte, die dann übersetzt wurde. Eine ähnliche Demonstration fand am 4. August in Paris statt, zu der die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, die *Berliner Gewerkschaftskommission* und der deutsche Parteivorstand ebenfalls Vertreter entsandt hatten.

× **Kongresse und Verbandstage** Der 8. Verbandstag der Stukkateure fand im Juli in Dresden statt. Der Verband hat 8310 Mitglieder und war in den letzten 2 Jahren an 143 Lohnbewegungen beteiligt, die eine Ausgabe von insgesamt 482 000 Mark erforderten. Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von 742 476 und eine Gesamtausgabe von 706 572 Mark. Der wichtigste Beratungspunkt war die Angliederung

an den Bauarbeiterverband, die durch eine Urabstimmung den Mitgliedern zur Entscheidung unterbreitet werden soll. Vorbedingung ist, daß mindestens zwei Drittel der Mitglieder sich daran beteiligen, und von diesen 60 % sich für die Angliederung erklären.

Die 12. Generalversammlung der Lagerhalter tagte im Juli in München. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 2500. Das Vermögen des Verbands hat sich in der Berichtsperiode 1909-1911 um 20 000 Mark vermehrt und beträgt rund 64 000 Mark. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildeten die Tarifverhandlungen mit dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine*. Die auf dem Leipziger Verbandstag beschlossene Resolution über diesen Gegenstand wurde erneut mit 62 gegen 14 Stimmen angenommen. Zur Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Transportarbeiter und der Handlungsgehilfen wurde der Vorstand beauftragt mit dem Handlungsgehilfenverband, der sich zu weitgehendem Entgegenkommen bereit gezeigt hatte, Verhandlungen einzuleiten, während die Transportarbeiter zunächst abgelehnt hatten.

Eine Konferenz der im Bergarbeiterverband organisierten Kaliarbeiter hat im Juni in Hildesheim stattgefunden. Sie war von 56 Delegierten aus allen deutschen Kalibergwerken, mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen, besetzt. Der Reichstagsabgeordnete Hue referierte über das Reichskaligesetz und die Lage der Kaliarbeiter. Nach eingehender Diskussion, in der schwere Anklagen gegen die Mißstände in der Kaliindustrie und die Umgehungen des Gesetzes seitens der Werkbesitzer erhoben wurden, wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert bei der Materialiensammlung für die vom Reichstag beschlossene Denkschrift über die Verhältnisse in der Kaliindustrie auch von der Arbeiterschaft vorgeschlagene Sachverständige zu vernehmen und ihre Gutachten bei der dringend notwendigen Revision des Gesetzes vom 25. Mai 1910 zu verwerten.

× **Schweiz** Nach dem Jahresbericht für 1910 sind 20 Verbände, die 63 863 Mitglieder, darunter 58 820 männliche und 5 043 weibliche zählen, dem *Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* angeschlossen. Gegen das Jahr 1909 ist ein Rückgang von 2311 Mitgliedern zu ver-

zeichnen. Die Einnahmen der Verbände betragen 1 815 283 Francs, die Ausgaben 1 629 251, wovon 530 000 Francs für die verschiedenen Unterstützungszwecke, 555 099 für Streiks, Gemäßregelte und Aussperrungen, 143 941 für die Verbandsorgane, 233 829 für die Verwaltung, 68 560 für Agitation und Delegationen ausgegeben wurden. Die Kasse des *Gewerkschaftsbundes* vereinnahmte 43 453 und verausgabte 39 259 Francs; das Vermögen betrug 12 332,63 Francs. Die Zahl der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen belief sich auf 326, an denen 2 488 Betriebe mit 36 184 Personen an 398 Orten beteiligt waren. Errungen wurden insgesamt 907 192 Stunden jährliche Arbeitszeitverkürzung für 7 395 Arbeiter in 1 148 Betrieben und 1 723 890 Francs jährliche Lohnerhöhung für 16 748 Arbeiter in 1 517 Betrieben. In 105 Fällen mit 11 318 Beteiligten in 1 445 Betrieben wurden Tarifverträge abgeschlossen.

✕ **England: Ver-** In England haben in den **kehrstreik** letzten Wochen große umfangreiche Streiks der Transportarbeiter aller Branchen stattgefunden. Dem Streik der Seelente schlossen sich in den Hafenstädten die Schiffsstewards, die Dockarbeiter und verwandten Berufe an, und darauf folgten die Transportarbeiter der größeren Städte und schließlich noch die Eisenbahner verschiedener Linien. Der gesamte Handel großer Industriezentren, wie Hull, Liverpool, Manchester, Cardiff und London, war lahmgelegt, und in allen diesen Städten war die Gefahr einer Hungersnot in bedenkliche Nähe gerückt. Die Regierung suchte denn auch, vielleicht schneller als sonst, zu vermitteln. Wenn auch nicht alle Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden, so wurden doch allen Branchen Konzessionen gemacht. Die geringsten Zugeständnisse erhielten die Eisenbahner zugestilligt, weil erst eine Untersuchungskommission eingesetzt werden soll, um die Verhältnisse zu prüfen. Seit der Dockerbewegung in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat England und namentlich London so gewaltige Demonstrationen wie die jetzigen Streikversammlungen nicht gesehen.

✕ **KurzeChronik** Auf Betreiben des *Verbandes des thüringischer Metallindustrieller*, den das sächsische Kartell der Metallindustriellen

unterstützt, ist eine große Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie verfügt worden. ✕ Im Verband der Dachdecker ist bei der Urabstimmung der Anschluß an den Bauarbeiterverband mit 3430 gegen 1328 Stimmen abgelehnt worden. ✕ Eine Revision des Buchdrucker tariffs ist beim Tarifamt beantragt worden (siehe auch Döblin *Die Lehren des Berliner Buchdruckerstreiks* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 1069 ff.). Die Verhandlungen beginnen am 25. September. Der Vorstand des Buchdruckerverbands wendet sich deshalb in einer Erklärung an die Mitglieder und fordert sie auf die Streitigkeiten wegen der Berliner Angelegenheit einzustellen und in dem Bestreben das Errungene zu fördern und zu befestigen einig zu sein. ✕ Ein Streik der Breslauer Konfektionsarbeiter, der 5 Wochen dauerte, endete mit einer Lohnerhöhung und dem Abschluß eines Tarifvertrags, der bis zum 30. Juni 1914 Gültigkeit hat. ✕ Die bereits angeordnete Aussperrung der Glasarbeiter der Beleuchtungsindustrie wurde noch im letzten Augenblick dadurch verhütet, daß nach zowöchigem Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern in Rauscha eine Einigung zustande kam. ✕ Eine internationale Konferenz der Hotelangestellten etc. soll vom 4. bis zum 6. Oktober in Amsterdam stattfinden.

✕ **Literatur** Die 288 Seiten umfassende *Geschichte des großen Bauarbeiterkampfes (Der große Kampf im deutschen Baugewerbe / Hamburg, Deutscher Bauarbeiterverband)*, die Aug. Winnig im Auftrag des Verbandsvorstands verfaßt hat, ist zunächst für die Mitglieder des Bauarbeiterverbands geschrieben, interessiert darum aber nicht weniger auch alle, die nicht nur den hier beschriebenen sondern auch die gewerkschaftlichen Kämpfe überhaupt verfolgen. Der Verfasser beginnt mit der Entwicklung der Arbeitskämpfe im Baugewerbe überhaupt und geht von ihren ersten Anfängen aus. Im Gegensatz zu dem Standpunkt des Genossen Bringmann auf dem letzten Verbandstag der Zimmerer allen Bestrebungen die Tarifverträge zu zentralisieren den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, heißt es in dieser Schrift: »Es mußte an der Hand der gewichtigen Tatsachen dieses großen Kampfes gezeigt werden, daß der Kampf auf zentraler

Grundlage der Kampf der Zukunft ist, daß es hier kein Ausweichen, keine Rückkehr zu den älteren Kampfmethoden geben kann, daß sich die Arbeiterschaft vielmehr darin üben muß auch mit diesen Methoden fertig zu werden: Eine Entwicklung, die man nicht verhindern kann, sucht man zu meistern, indem man sich ihr anpaßt.« Es wird aber auch nachgewiesen, daß bei den Verhandlungen in der Praxis keine Gegensätze zwischen den Vorständen des Maurer-, Bauarbeiter- und Zimmererverbands bestanden haben. Die Anlagen geben eine Übersicht über die außergewöhnlichen Maßnahmen der Maurer und Bauhilfsarbeiter, über die Entscheidungen des Schiedsgerichts und anderes. X In seiner Schrift *Der moderne französische Syndikalismus* /Jena, G. Fischer/ hat sich Dr. Anton Acht die Aufgabe gestellt den französischen Syndikalismus nach der ihm vorliegenden Literatur zu schildern. Das Buch enthält in seiner Einleitung eine kurze Übersicht über die Entwicklung der sozialen Bewegung in Frankreich und in seinem allgemeinen Teil eine Studie über die geschichtliche Entwicklung der syndikalistischen Bewegung. Während der Entstehung des Buchs brach der bekannte Eisenbahnerstreik aus; deshalb lautet das Schlußkapitel *Die lex Briand als Frucht des Eisenbahnerstreiks*. Im übrigen wird zwischen dem *revolutionären* und dem reformistischen Syndikalismus unterschieden, deren Grundsätze und Methoden beschrieben werden. Zur Bereicherung der Kenntnisse über das Wesen des Syndikalismus ist die Lektüre zu empfehlen.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

England Dem britischen Genossenschaftskongreß, der, wie gewöhnlich, in der Pfingstwoche, und zwar diesmal in Bradford abgehalten wurde, wurde vom Zentralausschuß der Jahresbericht vorgelegt, dem die folgenden Ziffern entnommen seien. Es bestanden in England und Schottland:

	1909	1910	Zu- oder Abnahme
Zahl der Genossenschaften	1561	1557	- 4
Darunter berichterstattende	1558	1555	- 3
Mitgliederzahl	2585293	2661799	+ 76506
Anteilkapital (in Mark)	682719280	701441500	+18722220
Umsatz (in Mark)	2178245280	2231655580	+53410300
Reingewinn (in Mark)	240222460	240496320	+ 273860

Die einzelnen Genossenschaftsarten nehmen an diesen Gesamtzahlen in folgender Weise teil:

Art und Jahr	Zahl	Mitglieder	Umsatz (in Mark)	Reingewinn (in Mark)
Großeinkaufsgesellschaften	1909	1 439	662 661 480	18 455 120
	1910	1 434	686 119 820	16 871 660
Konsumgenossenschaften	1909	2 469 039	1 497 501 500	216 958 900
	1910	2 542 532	1 437 227 600	218 766 620
Produktivgenossenschaften	1909	31 806	62 840 940	3 083 180
	1910	32 660	63 065 780	3 792 640
Bezugs- genossenschaften	1909	81 755	7 575 840	1 040 120
	1910	83 906	7 542 800	970 600
Besondere Genossenschaften	1909	1 254	3 148 940	85 140
	1910	1 267	3 691 980	114 800

Von den durch die Statistik erfaßten Genossenschaften gehören 1267 = 81,3 % mit 2 520 916 Mitgliedern = 94,7 % aller Mitglieder dem Bund an. Bei dem großen Umfang, den das Genossenschaftswesen in England bereits erlangt hat, geht jetzt die Weiterentwicklung in einem verhältnismäßig ruhigen Tempo vor sich. Doch sind speziell die Konsumvereine und ihre Großeinkaufsgesellschaften immer noch entwickelungsfähig. Der Bericht gibt auch wieder einen Überblick über den Umfang der von Konsumvereinen und von besonderen Genossenschaften betriebenen landwirtschaftlichen Produktion. 898 Konsumvereine und außerdem die englische Großeinkaufsgesellschaft bewirtschafteten im letzten Jahr 665 1 Acres Land, von denen ihnen 4287 zu eigen gehörten. Diese Produktion, in der 5 783 260 Mark Kapital investiert ist, schloß bei einer Anzahl von Genossenschaften mit Gewinnen in Höhe von 107 420 Mark ab, denen jedoch bei anderen Vereinen Verluste in der Gesamthöhe von 84 760 Mark gegenüberstanden. Die Großeinkaufsgesellschaft hatte auf ihrer Lancasterfarm einen Gewinn von ganzen 400 Mark zu verzeichnen, vor Ver-

teilung von irgendwelchen Zinsen auf das Betriebskapital. Eigentliche Farmgenossenschaften gab es nur 2, die zusammen 806 gepachtete Acres Land bewirtschafteten. Die eine schloß mit 4020 Mark Gewinn, die andere mit 240 Mark Verlust ab.

Weit besser haben die landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften abgeschnitten, die in der *Agricultural Organisation Society* organisiert, und deren Zahlen in der oben gegebenen Übersicht nicht mit enthalten sind. Es wurden ihrer Ende 1910 441 gezählt gegen 367 Ende 1909. Diese Genossenschaften hatten zusammen einen Umsatz von 39 498 000 Mark im Jahr 1910 gegen 34 206 000 Mark im Jahr 1909.

× England: Genossenschaftstag 1911 ×
 Am Kongreß nahmen zirka 1400 Delegierte teil, darunter eine große Zahl ausländischer Gäste. Nachdem der stellvertretende Bürgermeister von Bradford die Tagung begrüßt hatte, hielt George Thorpe, einer der Direktoren der Großeinkaufsgenossenschaft, eine Eröffnungsrede, die eine stark sozialistische Tendenz hatte. An eine scharfe Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die darauf hinauslaufe die Massen dauernd am Rande des Existenzminimums zu erhalten, knüpfte er den Nachweis, daß das Genossenschaftswesen in seiner letzten Entwicklung das eigentliche Befreiungsmittel von dieser Ausbeutung sei, indem es die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeiführe. Die Rede fand großen Beifall, woraus indessen nicht zu schließen ist, daß alle Anwesenden in ihrer Überzeugung mit dem Redner übereinstimmten. Vielmehr sind im englischen Genossenschaftsverband alle politischen Richtungen vertreten. Das zeigte sich in der an den Bericht des Zentralvorstands anschließenden Diskussion, bei der es zu einer hitzigen Aussprache über das Vorgehen des parlamentarischen Komitees bei den letzten Wahlen kam. Das Komitee hatte nämlich einen Aufruf erlassen, in dem die Genossenschafter aufgefordert wurden ihre Stimmen nur solchen Kandidaten zu geben, die für die Aufrechterhaltung der gesetzgeberischen Superiorität des englischen Unterhauses gegenüber dem Oberhaus einzutreten versprächen. Einige Genossenschafter, an ihrer Spitze der alte E. O. Greening, sahen in diesem Vorgehen eine Verletzung der Neutralität. Von anderen

wurde betont, daß früher oder später die Verhältnisse die Genossenschaften doch zwingen würden sich um die Politik zu kümmern. Bemerkenswert war, daß eine Rede Maddisons, eines frühern liberalen Arbeitervertreters und Sozialistengegners, gegen die Sozialisten bei der Mehrzahl der Delegierten auf lebhaften Protest und Entrüstung traf. Ein Antrag zu diesem Punkt wurde nicht angenommen. Mit großer Mehrheit wurde sodann der Ausschluß des Konsumvereins von Bewick aus dem Bund beschlossen, weil er seine im Gebiet der Konsumvereine von Manchester und Salford gelegenen Filialen nicht aufgeben wollte. Doch wurde die Verurteilung nur *bedingt* beschlossen: 9 Monate soll der halsstarrige Verein noch Zeit haben darüber nachzudenken, ob er nicht nachgeben will.

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Abänderung der Bundesstatuten. Es wurde dabei vor allem die Beitragspflicht der Mitglieder und die Vertretung der Genossenschaften am Kongreß neu geregelt. Beim letzten Punkt wurde auf Antrag des Zentralvorstands jede Genossenschaft für berechtigt erklärt für je 1000 Mitglieder einen Delegierten zu schicken; die Höchstzahl der Delegierten einer Genossenschaft dürfe aber nicht mehr als 6 betragen. Es wurden ferner Resolutionen gefaßt zugunsten des Weltfriedens, für die Abschaffung des Borgsystems, für die bessere Ausgestaltung des genossenschaftlichen Versicherungswesens und für ein engeres Zusammengehen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der 2. Verhandlungstag brachte ein Referat von Professor McGregor über die Trusts und die Möglichkeit ihrer Bekämpfung durch die Genossenschaften, das jedoch keine neuen Gesichtspunkte brachte. Endlich wurde noch ein Antrag eingebracht, der angesichts der von Lloyd George geplanten englischen Kranken- und Invalidenversicherung, die bekanntlich auf durchaus demokratischer Basis aufgebaut werden soll, forderte, daß die Einrichtungen der Genossenschaften dieser Versicherung dienstbar gemacht werden sollen. Da es sich um eine noch keineswegs spruchreife Materie handelt, so fand der Antrag trotz vorzüglicher Begründung keine Annahme.

× Österreich: Genossenschaftstag 1911 ×
 Der am 26. Juni in Wien abgehaltene 8. Verbandstag des Zentralverbands österreichischer Konsumvereine war von einer

geringern Zahl von Teilnehmern besucht als frühere Genossenschaftskongresse. Die Tagesordnung behandelte diesmal mehr interne, für die Entwicklung der österreichischen Bewegung aber natürlich sehr wichtige Gegenstände. Die wichtigsten Zahlen und Daten des Tätigkeitsberichts sind bereits in dieser Rundschau (1911, 2. Band, pag. 917 ff.) mitgeteilt worden. Berichtigend ist dazu noch zu bemerken, daß die für Ende 1910 angegebenen Zahlen sich in Wirklichkeit auf Ende 1909 beziehen. Ende 1910 war die Zahl der Verbandsmitglieder auf 512 angewachsen. Berichtet haben diesmal nur 337 Konsumvereine, die zusammen 235 597 Mitglieder zählten und 73 734 794 Kronen Umsatz hatten. Eine Gesamtstatistik der Verbandsvereine konnte noch nicht aufgestellt werden, da zu viel Vereine mit ihren Angaben rückständig waren. Ferner ist die Errichtung eines Landessekretariats in Prag und der Abschluß von Kollektivverträgen in Wien und den einzelnen Distrikten für die in den Verkaufsstellen tätigen Angestellten zu erwähnen. Die Versicherungsabteilung des Verbands (für die Angestellten) funktioniert bereits. Vor neue Aufgaben wird der Verband durch das Wohnungsfürsorgegesetz gestellt, das speziell den Genossenschaften die Errichtung von Wohnbauten sehr erleichtert.

Kokrda beschäftigte sich mit der Lage der Konsumvereine, und zwar auf Grund einiger Vorkommnisse der letzten Zeit, bei denen sich Konsumvereine etwas übernommen hatten. In der vom Referenten vorgelegten Resolution, die vom Verbandstag einstimmig angenommen wurde, werden den Vereinen die genossenschaftlichen Grundsätze: Barzahlung, reichliche Dotierung der Reserven, rege Propagandatätigkeit, gewissenhafte Buchführung, regelmäßiger Besuch der Einkaufstage, Deckung des Warenbedarfs durch die österreichische Großverkaufsgesellschaft in Erinnerung gerufen. Sodann sprach Sekretär Wilhelm über die Revisionsstätigkeit des Verbands. Die von ihm vorgeschlagene und einstimmig angenommene Resolution verpflichtet die Konsumvereine bei Aufnahme von Leihkapitalien, Erweiterung der geschäftlichen Tätigkeit, insbesondere Inangriffnahme der Eigenproduktion, zunächst eine gutachtliche Äußerung respektive die Zustimmung des Zentralverbands österreichischer Konsumvereine einzuholen. Der Verband soll auch darüber entscheiden, welche Produk-

tionszweige Einzelvereinen überlassen und welche der Großverkaufsgesellschaft vorbehalten bleiben sollen. Sodann wird mitgeteilt, daß Genosse Exner, einer der hervorragendsten Konsumgenossenschaftler Österreichs, der Mitbegründer und Organisator des Zentralverbands, wegen Überbürdung seinen Posten als Obmann nicht mehr ausfüllen kann. An seiner Stelle wird der Abgeordnete Dr. Renner einstimmig gewählt. Zum Schluß wurde noch der Beitritt sämtlicher verbandsangehöriger Genossenschaften zum Internationalen Genossenschaftsbund beschlossen.

Der Umsatz der österreichischen Großverkaufsgesellschaft hat sich von 16 056 824 Kronen im Jahr 1909 auf 20 082 752 Kronen in 1910 erhöht, ein sehr befriedigendes Ergebnis. Der weitaus größte Teil dieses Umsatzes entfällt auf die Wiener Verbandsvereine; dann folgen die Konsumvereine des Distriktsverbands Niederösterreich. Das wachsende Vertrauen, das die Gesellschaft in den Kreisen der Genossenschaftler genießt, dokumentiert sich darin, daß die bei ihr gemachten Spareinlagen eine Erhöhung von 103 % auf 806 434 Kronen erfahren haben. Der Reingewinn beziffert sich diesmal auf 75 048 Kronen. Durch die von der Generalversammlung beschlossene Aufteilung im Sinn der Satzungen erhöht sich der Reservefonds auf 107 644 Kronen.

× ×
Kurze Chronik In seinem letzten Geschäftsjahr, vom 1. Juli 1909 bis zum 31. Dezember 1910, hat der *Internationale Genossenschaftsbund* erhebliche Fortschritte gemacht. Es schlossen sich ihm 303 neue Genossenschaften an, während nur 13 Austritte erfolgten. × Der italienische Gewerkschaftskongreß befaßte sich auch mit der Genossenschaftsfrage, die ja in diesem Land in erster Linie eine Frage der Produktivgenossenschaften ist. Ricciardi legte eine Resolution vor, in der die Genossenschaftsbewegung als die fortgeschrittenste Form der Ausschaltung des parasitären Unternehmertums bezeichnet, aber die Gefahr ihrer Degeneration anerkannt und der Vorstand der *Confederazione del Lavoro* beauftragt wird ein Reglement auszuarbeiten, das die finanziellen und moralischen Obliegenheiten der Genossenschaften gegenüber den Gewerkschaften festsetzt. Für diese Reso-

lution stimmten die Sozialisten, und zwar sowohl Reformisten als auch Intransigente, dagegen nur die Syndikalisten. X In Indien bestehen zurzeit 93 städtische und 676 landwirtschaftliche Genossenschaften, die über 3 Zentralkreditinstitute in Mainpuri, Budaun und Fatehpur verfügen. Außerdem gibt es noch 15 Bezugs-, 1 Produktiv- und 1 Konsumgenossenschaft.

X Literatur

X Eine im besten Sinn wissenschaftliche Arbeit hat Professor Dr. W. Wygodzinski in seinem in den Teubnerschen *Handbüchern für Handel und Gewerbe* veröffentlichten Buch *Das Genossenschaftswesen in Deutschland* geliefert. Die Aufgabe, die sich der Verfasser nach seinen eigenen Worten gestellt hat, war die »eine umfassende Darstellung des deutschen Genossenschaftswesens in seinen verschiedenen Richtungen zu geben und dabei zu zeigen, welche Rolle die Genossenschaft im Wirtschaftsleben der Gegenwart spielt«. Die Unbefangenheit, mit der der Verfasser an seinen Gegenstand herangeht, verdient in der Tat alle Anerkennung. Verliert auch das Buch dadurch etwas an persönlicher Färbung und fortreibendem Pathos, so gewinnen die Angaben dafür an Objektivität und Glaubwürdigkeit. Wygodzinski schildert zunächst die geschichtliche Entwicklung der Genossenschaft seit den ältesten Zeiten der Dorf- und Markgenossenschaft über die mittelalterlichen Zünfte hinweg bis zur jüngsten Gegenwart. Recht wertvoll ist das 2. Buch, das von der Struktur der Genossenschaften, ihrer ökonomischen Wesenheit, gesetzlichen Bestimmungen und der Zusammenfassung der Genossenschaften in die verschiedenen Zentralverbände handelt. Im 3. Buch endlich bekommen wir die einzelnen Genossenschaftsarten vorgeführt. Die Ansicht des Verfassers geht dahin, daß sich eigentlich nur 3 Genossenschaftsformen als erfolgreich erwiesen haben: die Kreditgenossenschaft, die landwirtschaftliche Genossenschaft und die Konsumgenossenschaft. Zu bedauern ist es, daß Wygodzinski nicht zu der Frage der gesetzlichen Schikanierung der Konsumvereine klare Stellung eingenommen hat, daß er trotz seines Nachweises, daß der Kleinhandel auch unter der Konkurrenz der Konsumvereine sich immer weiter, und zwar in durchaus ungesunder Weise entwickelt hat, die prin-

zipielle Seite der Frage nur mit den Worten abtut: »Ob nun in der Tat ein zwingendes Bedürfnis zu einem Eingreifen des Staates zugunsten der Kleinhändler zu behaupten sei, möge dahingestellt bleiben.« Wenn man, wie der Verfasser, prinzipiell die genossenschaftliche Wirtschaftsform als gleichberechtigt neben der individualistischen anerkennt, dann muß man auch, wie auch immer in dem Kampfe beider die Würfel fallen, jede staatliche Einmischung zugunsten der einen oder der andern für unberechtigt halten. Zum Schluß behandelt Wygodzinski die Entwicklungstendenzen des Genossenschaftswesens, wobei er der Ansicht zuneigt, daß speziell in den Konsumvereinen sich eine prinzipiell neue Ordnung des Wirtschaftslebens, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durchsetze. Ob diese Perspektive eine anmutende sei, will er nicht entscheiden; die Antwort auf diese Frage werde je nach der Gesamtstellung des Fragenden verschieden sein. Immerhin hält es der Verfasser für angebracht auf die Gefahren hinzuweisen, die entweder aus einer von einigen hervorragenden Persönlichkeiten ausgeübten Tyrannei oder aus einer Bürokratie der Bewegung drohen. Haben wir es also in Wygodzinski mit keinem ausgesprochenen Parteigänger der Genossenschaftsbewegung zu tun, so verdient doch sein Buch als eine Materialquelle ersten Ranges einen Ehrenplatz in jeder Genossenschaftsbibliothek.

Sozialpolitik / Johannes Helden

Invalidenversicherung Die Reichsversicherungsordnung macht den Versicherungsanstalten zur Pflicht mindestens den 4. Teil ihres Vermögens in Anleihen des Reichs oder eines Bundesstaats anzulegen. Bisher bestand diese Pflicht nicht, sondern es wurde nur verlangt, daß das Vermögen wie Mündelgeld zinstragend angelegt werden müsse. Bis zur Hälfte des Vermögens konnte auch in anderer Weise angelegt werden, und zwar auch für Veranstaltungen, die ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zugute kommen. Wollte eine Versicherungsanstalt von dieser Befugnis Gebrauch machen, so war die Zustimmung der Aufsichtsbehörde (Reichsversicherungsamt) erforderlich, und wenn mehr als der 4. Teil des Vermögens in dieser Weise verwandt werden sollte, auch noch die Genehmi-

gung des Kommunalverbands oder des Bundesstaats, für den die Anstalt errichtet ist. Die *Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts* haben vor kurzem eine Übersicht über die bis zum Schluß des Jahres 1910 für gemeinnützige Zwecke gemachten Vermögensanlagen veröffentlicht. Danach beträgt die Gesamtsumme, die hierfür verwandt worden ist, 937 Millionen Mark, von denen 124,1 Millionen Mark zurückgezahlt worden sind, so daß tatsächlich noch 812,9 Millionen für gemeinnützige Zwecke gebraucht wurden. Von dem Gesamtaufwand von 937 Millionen Mark entfielen 59,9 auf eigene Veranstaltungen (Bau von Lungenheilstätten, Sanatorien, Krankenhäusern, Invalidenheimen usw.) der Versicherungsträger und 877,1 auf andere Zwecke. Die Darlehen sind nach 3 Hauptgruppen geschieden: Wohnungsbaudarlehen, Darlehen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses, Darlehen zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Für Arbeiterfamilienhäuser sind 301,3, für Ledigenheime 18,8 zusammen also für den Bau von Arbeiterwohnungen 320,1 Millionen gegeben worden. Außerdem erhielten Genossenschaften, Gesellschaften, Aktienbauvereine, sonstige gemeinnützige Vereine und Stiftungen 200,2, Kommunalverbände (Provinzen, Kreise), Gemeinden, Sparkassen und sonstige Anstalten oder Verbände des öffentlichen Rechts 39,9 Millionen Mark. Von den Versicherungsanstalten gewährte die der Rheinprovinz mit 56 Millionen Mark den größten Betrag an Darlehen für den Bau von Arbeiterwohnungen; ihr folgen die von Hannover mit 34,8, Westfalen mit 33,7, Königreich Sachsen mit 25,5, Baden mit 22,6, Württemberg mit 17,8, die Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft mit 14,7 und die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau mit 13,7 Millionen Mark. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses sind insgesamt bis Ende 1910 109,6 Millionen Mark Darlehen gewährt worden. Hier steht die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt mit 16,3 Millionen Mark an der Spitze. Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege gewährte man 447,4 Millionen Mark. Davon sind zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen, also für Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege 152,2 Millionen Mark gegeben worden, für Erziehung, Unterricht und Hebung der Volksbildung 82,3, für den Bau von

Krankenhäusern und Genesungsheimen usw. 97 und für sonstige Wohlfahrtszwecke 116 Millionen Mark. Bis Ende 1910 hatten alle Versicherungsträger zusammen 45,9 % des Gesamtvermögens für gemeinnützige Zwecke als Darlehen gewährt, waren also von der gesetzlichen Grenze von 50 % nicht weit entfernt geblieben. Zu prüfen ist nur, ob die Auffassung darüber, was gemeinnützige Zwecke sind, nicht in den Vorständen mancher Anstalten einer Revision unterzogen werden muß. Die Gewährung von Darlehen zum Bau von Kleinbahnen, Wegen, Lokal- und Straßenbahnen, Kanälen, Häfen, Brücken und andern dient zwar auch der allgemeinen Wohlfahrt; aber die Mittel hierzu müssen doch in erster Linie aus anderen Quellen als aus dem Vermögen der Versicherungsanstalten genommen werden. Richtiger wäre wohl, wenn für Zwecke des Wohnungsbaus noch größere Beträge bereitgestellt würden. Die Hergabe von Darlehen zum Bau von Kirchen, kirchlichen Gemeindehäusern, christlichen Vereins- und Versammlungshäusern läßt sich überhaupt nicht rechtfertigen, denn diese Einrichtungen kommen nicht ausschließlich oder vorzugsweise der versicherungspflichtigen Bevölkerung in ihrer Allgemeinheit zugute.

× **Krankenversicherung** Das *Statistische Jahrbuch* × für 1911 veröffentlicht die Ergebnisse der Krankenversicherung des Jahres 1909. Danach bestanden insgesamt 23 279 Krankenkassen mit 12 519 Mitgliedern. Die Mehrzahl der Versicherten, nämlich 6 504 585, gehörte den 4775 Ortskrankenkassen an. Die Betriebskassen (7974) zählten nur 3 159 169 Mitglieder und die 8254 Gemeindekrankensicherungen nur 1 625 542. Den größten Zuwachs an Mitgliedern hatten die Ortskrankenkassen, nämlich 185 000, dann die Gemeindekrankensicherung mit 37 000, die Innungskrankenkassen mit 15 000. Eingeschriebene Hilfskassen, Betriebskrankenkassen und Baukrankenkassen zeigen Abnahme der Mitglieder um 23 000, 15 000 und 4000. Die Einnahmen der gesamten Krankenversicherung betragen rund 351 Millionen Mark, die Ausgaben rund 334 Millionen. Hier von waren 305 Millionen Krankheitskosten. Es erforderten ärztliche Behandlung 71 335 248 Mark, Arznei und sonstige Heilmittel 44 470 182, Krankengelder 134 456 435, Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen 6 107 107,

Sterbegelder 7 424 403, Anstaltsverpflegung 41 706 517, Fürsorge für Rekonvaleszenten 210 492 Mark. Im Durchschnitt kamen auf 1 Mitglied an Krankheitskosten bei den Baukrankenkassen 40,81 Mark, Betriebskrankenkassen 31,09, Ortskrankenkassen 24,27, Innungskrankenkassen 23,15, eingeschriebenen Hilfskassen 22,15, landesrechtlichen Hilfskassen 18,26 und bei den Gemeindekrankenkassen 13,46 Mark. In der Fürsorge für die Erkrankten besteht also noch immer ein großer Unterschied, je nachdem sie (zwangsweise) der einen oder andern Kassenart angehören. Die Unterschiede sind nicht allein in den verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen der Mitglieder (Lohnhöhe) begründet sondern wesentlich durch das Gesetz bedingt, das zum Beispiel den Gemeindekrankenversicherungen nur Unterstützung im engsten Rahmen gestattet. Die Reichsversicherungsordnung beseitigt den Unterschied nicht vollständig.

× Lohnbeschlagnahme

Das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohns wird seinem Zweck den Angestellten und Arbeitern den Lohn so weit vor Zugriffen von Gläubigern zu sichern, daß ihnen das Existenzminimum verbleibt, seit langem nicht mehr gerecht. Von den verschiedensten Seiten wird darum Änderung des Gesetzes verlangt. Nach dem geltenden Recht sind Lohn und Gehalt vor Pfändung so weit geschützt als sie 1500 Mark jährlich nicht übersteigen. Die Festsetzung der Grenze von 1500 Mark ist im Jahr 1877 erfolgt. Seither ist die Lebenshaltung wesentlich verteuert worden. Einige Forderungen besitzen ein Privileg. Für sie kann auch der Lohn unter 1500 Mark gepfändet werden. Ganz ungeschützt ist er gegen Unterhaltsforderungen der Ehefrau und ehelichen Kinder und gegen Steuern, die noch nicht länger als 3 Monate fällig sind. Bei Beschlagnahmen für Alimente unehelicher Kinder muß dem Schuldner so viel belassen werden als der eigene Unterhalt und der für Frau und eheliche Kinder erfordert. Eine Reform ist dringend notwendig. Der jetzige Zustand nützt dem Gläubiger wenig und ruiniert die wirtschaftliche Existenz vieler Familien. Die Reform darf sich aber nicht auf Erhöhung der pfandfreien Summe beschränken sondern muß auch die Unterhaltspflichten des Schuldners gegen seine Angehörigen und die Teue-

rungsverhältnisse des Wohnorts berücksichtigen. Das Privileg der Steuerforderungen wird am besten beseitigt, und das der Ehefrau und ehelichen Kinder beschränkt. Der Reichstag hat sich kürzlich mit mehreren Petitionen beschäftigt, die Abänderung des Lohnbeschlagnahmegesetzes wünschen. Die Forderungen der Petenten gehen auf Erhöhung der pfandfreien Summe auf 1800 Mark und Gleichstellung mit den Beamten, denen der Überschuß des Gehalts über die pfandfreie Summe zu zwei Dritteln verbleiben muß. Die Petitionen sind dem Reichskanzler als Material überwiesen worden; eine Petition des Bäckerinnungsverbands *Germania*, die eine Verschärfung der Lohnpfändung wünscht, ist durch Übergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt worden. Es ist zu wünschen, daß die Neuregelung bald in die Wege geleitet wird.

× Kurze Chronik Am 14. Juni hat eine vom Reichsamt des Innern einberufene Konferenz Beratungen über einen Entwurf von Grundzügen für die Einrichtung und den Betrieb für Fabriken von Anilin und Zwischenprodukten gepflogen. An der Konferenz haben Referenten vom Reichsamt des Innern, Vertreter mehrerer Bundesregierungen, Ärzte, Gewerbeinspektoren sowie Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber der chemischen Industrie teilgenommen. Der vom Reichsamt des Innern vorgelegte Entwurf soll nach unwesentlichen Änderungen die Zustimmung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefunden haben. × Das internationale Übereinkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholzindustrie haben bis jetzt ratifiziert: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz. Am 1. Januar 1912 wird das Übereinkommen in diesen Staaten in Kraft treten. × Das internationale Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen ist von Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Schweiz und Ungarn ratifiziert worden; es wird für diese Staaten am 14. Januar 1912 in Kraft treten. × Das *Soziale Museum* in Frankfurt am Main veranstaltet in der Zeit vom 18. September bis zum 7. Oktober einen Ausbildungskurs für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen,

in dem auch besonders die neue Reichsversicherungsordnung behandelt werden wird. X Der preußische Justizminister hat mit Verfügung vom 24. Juni den Referendaren die Mitwirkung bei gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen gestattet. Die Beteiligung darf den Vorbereitungsdiens nicht beeinträchtigen oder gar unterbrechen.

X
Literatur In seiner Schrift *Die Lage der Arbeiter im Kalisalbergbau* /München, Wolf/

gibt Dr. Fritz Darmstädter eine ausführliche Darstellung der Herkunft und der Zusammensetzung der Arbeiter dieser Industrie und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Tägliche Arbeitszeit und Beschäftigungsgrad, Schichtlohn und Jahresverdienst werden eingehend, zum Teil in Tabellen zusammengefaßt, dargestellt. Untersuchungen der Wohnungsverhältnisse und Ernährung nebst Wiedergabe der Zahlen über Unfallhäufigkeit, Krankheitsfälle und durchschnittliche Aktivitätsdauer der Arbeiter vervollständigen das Bild. Es ist ein recht graues Bild, das der Verfasser bietet: Niedrige Löhne, mangelhafte Wohnungsverhältnisse, und besonders aus dem mitgeteilten Haushaltungsbuch eines Arbeiters mit mehr als Durchschnittseinkommen spricht viel Not und Entbehrung. Animalische Nahrungsmittel gehören danach zu den seltensten Genüssen in der Bergarbeiterfamilie. Und das Budget ist nach dem Verfasser typisch für den besitzlosen Bergarbeiter, das heißt, für den, der nicht noch kleinen Landwirtschaftsbetrieb sein eigen nennt. Der Umstand, daß ein Teil der Arbeiter aus kleinbäuerlichen Schichten stammt und selbst noch nebenbei etwas Feld und Gartenland bearbeitet, hat die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation gehindert, was wiederum für die Grubenbesitzer die angenehme Folge hatte, daß für sie die Arbeiterfrage »vorläufig noch nicht in dem Maß brennend ist wie im Kohlenbergbau«. Von der fortschreitenden Proletarisierung erwartet der Verfasser, daß sie die Arbeiter zwingen wird den Kampf um den Arbeitsvertrag in schärferer Weise zu führen als bisher.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Arbeitslosen-
fürsorge Der Dresdener Gewerkschaftskongreß beschäftigte sich unter anderen wichtigen Fragen mit dem Arbeitsnachweis

und der Arbeitslosenunterstützung. Vorbereitet wurden die Verhandlungen durch eine Denkschrift, die das vorhandene Material in allerdings nicht ganz vollständiger, aber doch durchaus ausreichender Weise zusammenträgt. Wertvoll für die Benutzer ist besonders der Anhang C, der die Gesetze über Arbeitslosenkassen in Dänemark und Norwegen, die Verordnung Frankreichs betreffend Leistung von Zuschüssen des Staats zugunsten der Arbeitslosenkassen, das Baseler Gesetz sowie die Statuten der verschiedenen deutschen und ausländischen Städte mit Arbeitslosenkassen zum Ausdruck bringt. Hier ist auch noch das alte Kölner Statut abgedruckt, obschon seit dem 1. Juli die neue Kasse ihre Tätigkeit begonnen hat, die weiter unten erwähnt wird.

Von Bedeutung scheint mir das Zugeständnis der Denkschrift — trotz des Festhaltens an dem Gedanken einer Reichsarbeitslosenversicherung —, daß das System der Zahlung gemeindlicher Beihilfen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auch für Deutschland die meiste Aussicht auf Verwirklichung in der nächsten Zukunft habe, obgleich es eine befriedigende Lösung nicht gewährleiste. Mit Recht weist dabei die Denkschrift darauf hin, daß das System in der Praxis allen möglichen Modifikationen ausgesetzt ist, in denen das größere oder geringere Maß von Voreingenommenheit der Stadtverwaltungen gegen die Gewerkschaften sich ausdrückt. Die Denkschrift weist ferner darauf hin, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Forderung eines Zuschusses zu der von ihnen geleisteten Arbeitslosenversicherung als einer Entschädigung für die von ihnen im Interesse des Gemeinwohls gemachten Aufwendungen erheben. Die kommunale Versicherung ist dieser Forderung nicht entgegengekommen; sie gewährt vielmehr Zuschüsse an die versicherten Arbeitslosen, wenn auch durch Vermittlung der Gewerkschaftskasse. Dazu bemerkt die Denkschrift: »Diese Entwicklung wird man nicht ganz unberücksichtigt lassen können. So wünschenswert es gewiß wäre, wenn die Gewerkschaften für ihre bedeutenden Aufwendungen wenigstens teilweise schadlos gehalten würden, so dürfte dies doch nicht überall im Rahmen kommunaler Arbeitslosenfürsorge durchgeführt werden können.« In der Tat ist bei den augenblicklichen politischen Verhältnissen sowohl in den

Staaten wie in den Kommunen an eine Gewährung direkter Zuschüsse an Arbeiterberufsvereine, einerlei welcher Richtung, zurzeit nicht zu denken. Eben- sowenig kann auch irgend ein Fortschritt in der Richtung einer staatlichen oder Reichsarbeitslosenversicherung für die nächsten Jahre in Aussicht genommen werden. So bleibt in der Tat als das auch vom Standpunkt der organisierten Arbeiterschaft aus immerhin noch günstigste System das Genter übrig, etwa in der Form, wie es in Straßburg zur Durchführung gekommen ist.

Etwas abweichend von dem Genter System hat neuerdings die Stadt Köln in Verbindung mit den Arbeiterorganisa- tionen die städtische Arbeitslosenver- sicherung organisiert. Die Einzelheiten dieser Neuorganisation hat bereits August Erdmann in seinem Artikel *Eine Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit in den Sozialistischen Monatsheften* (1911, 2. Band, pag. 1045 ff.) dargestellt, so daß sie an dieser Stelle als bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Das Kölner Gewerkschafts- kartell hat den Gewerkschaften empfoh- len der Versicherungskasse korporativ beizutreten. Da die Einrichtung der Kasse zunächst nur versuchsweise auf 2 Jahre stattfindet, steht einer Revision des Statuts auf Grund der gemachten Erfahrungen dann nichts im Weg. Die Stadt Köln, die zu der alten Kasse bis- her jährlich 20 000 Mark Zuschuß lei- stete, erhöht ihren Zuschuß zur neuen Kasse auf 80 000 Mark im 1. und 100 000 Mark im 2. Jahr. Das Vermögen der alten Kasse geht an die neue über.

× **Berlin: Stra-
ßenbahnver-
trag** ×

Der langjährige Kampf zwischen der Stadt Berlin und der *Großen Berliner Straßenbahn* ist nunmehr durch einen Vergleich beendet worden, dem die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 3. Juli zustimmte. Er en- dete mit einem vollen Erfolg der pri- vaten Gesellschaft. Das ist nicht wun- derbar, wenn man überlegt, daß diese Gesellschaft stets der Unterstützung der staatlichen Aufsichtsbehörden sicher war und innerhalb des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine große Zahl einflußreicher Gönner besaß. Der Kampf konnte daher von der Stadt Ber- lin nie mit voller Kraft geführt werden. Es ist kein Geheimnis, daß der Ober- bürgermeister Kirschner schließlich vor der Übermacht die Waffen streckte und

dem Abschluß des Vergleichs nichts mehr in den Weg legte. Die Niederlage der Stadt war entschieden, nachdem der Straßenbahngesellschaft vor einigen Jah- ren von der staatlichen Aufsichtsbehörde die Verlängerung der Bau- und Betriebs- genehmigung bis zum Jahr 1949 erteilt worden war, ohne daß man es überhaupt nur für nötig gehalten hatte die Stadt Berlin darüber zu hören. Nach dem neuen Vertrag wird der Straßenbahn- gesellschaft die Konzession für die Strecken, die sie bereits besaß, und die Konzession für eine Reihe von Ergän- zungsstrecken bis zum Jahr 1939 erteilt. Das bedeutet also, da die Stadt Berlin ein Heimfallsrecht zum Jahr 1919 hatte, eine Verlängerung um 20 Jahre. Die Gesellschaft verzichtet dagegen auf die ihr bis zum 31. Dezember 1949 erteilte staatliche Bau- und Betriebsgenehmigung zugunsten der Stadt oder auf Verlangen der Stadt zugunsten der Wegeunterhal- tungspflichtigen und verpflichtet sich die- sen Verzicht auf Erfordern der Stadt- gemeinde den staatlichen Aufsichtsbe- hörden anzuzeigen und ohne Zustimmung der Stadtgemeinde bei den staatlichen Behörden keinen Antrag auf Verlänge- rung oder Erneuerung der staatlichen Genehmigung zu stellen. In den be- stehenden Verträgen hatte sich die Stadt- gemeinde für Ende 1919 den unentgelt- lichen Heimfall des Bahnkörpers ausbe- dingungen. Jedoch hatte die Gesellschaft die Rechtsgültigkeit dieser Bestimmun- gen und die vorliegenden Schätzungen des Wertes des Bahnkörpers bestritten. Sie zahlt nunmehr an die Stadtgemeinde eine Barzahlung von 23 Millionen Mark. In der Stadtverordnetenversammlung wurde diese Leistung als zu niedrig be- zeichnet, da der Bahnkörper sicherlich im Jahr 1919 einen Wert von über 33 Millionen Mark haben werde, wie die Gesellschaft selbst anerkenne.

Der Stadtgemeinde Berlin oder auf ihr Verlangen dem Zweckverband ist das Recht ausbedungen worden das Unter- nehmen der Gesellschaft als ganzes abzu- kaufen, und zwar jeweils im Jahr 1920, 1930, 1935 und 1940. Der Erwerbspreis wird in der folgenden Weise festgesetzt: Es wird der in den letzten 7 Jahren vor dem Eintritt des Erwerbs durchschnitt- lich an die Aktionäre als Dividende zur Verteilung gelangte Prozentsatz des Aktienkapitals zugrunde gelegt. Das Jahr mit der höchsten und mit der nie- drigsten Dividende scheiden aus. Ferner kommt derjenige Teil der Dividenden

nicht in Ansatz, der aus außergewöhnlichen Einnahmen des Unternehmens herrührt. Der 25fache Betrag des auf diese Weise ermittelten Durchschnittsprozentsatzes stellt den von der Stadtgemeinde zu zahlenden Erwerbspreis dar. Wird das Erwerbsrecht bereits am 1. Januar 1920 ausgeübt, so soll der Kaufpreis keinesfalls weniger als 200 und keinesfalls mehr als 250 % des Aktienkapitals betragen. Macht die Stadtgemeinde bis zum 1. Januar 1940 keinen Gebrauch von dem Erwerbsrecht, so ist der gesamte Bahnkörper nebst Zubehör innerhalb und außerhalb des Weichbildes von Berlin, die zum Bahnunternehmen gehörigen Grundstücke und Gebäude, die Betriebsmittel, Maschinen, Utensilien etc. der Stadt oder auf ihren Wunsch der Gesamtheit der Wegeunterhaltungspflichtigen zu übereignen. Die Stadtgemeinde hat der Gesellschaft in diesem Fall nach ihrer Wahl entweder den Buchwert oder den Taxwert der zu übereignenden Vermögensstücke zu erstatten. Bei Abgeltung nach Buchwert wird der Betrag für den Bahnkörper nebst Zubehör um 40 % gekürzt, bei Abgeltung nach Taxwert der Herstellungswert des Bahnkörpers um 50 %. Außerdem gehen die Erneuerungsfonds unentgeltlich an die Stadtgemeinde über. Setzt die Stadtgemeinde das Vertragsverhältnis bis zum 31. Dezember 1949 fort, so steht ihr am 1. Januar 1945 und am 1. Januar 1950 ein Erwerbsrecht zu. Wird das Erwerbsrecht nicht ausgeübt, so geht am 1. Januar 1950 das gesamte Unternehmen in den Besitz der Stadt über. Sie hat nur den Wert der Grundstücksflächen ohne Gebäude und nur den Wert der Betriebsmittel, entweder nach Buchwert oder nach Taxwert, zu bezahlen. Für die übrigen Vermögensstücke ist ein Entgelt nicht zu gewähren. Besonders wichtig sind die Bestimmungen über die Tarife. Nach § 16 soll es bis zum Jahr 1919 bei dem bestehenden Tarif verbleiben. Wird also zu diesem Zeitpunkt von dem Erwerbsrecht Gebrauch gemacht, so würde der Erwerbspreis nicht durch die Einnahmen aus höheren Fahrpreisen gesteigert werden. Vom 1. Januar 1920 ab soll es der Gesellschaft gestattet sein für Fahrten von mehr als 5 Kilometer höchstens 15 Pfennig, solche von mehr als 10 Kilometer höchstens 20 Pfennig zu erheben. Alle 10 Jahre soll eine Revision der Tarife eintreten. Führt sie zu keiner Verstän-

digung, so bleibt es bei den jeweils bestehenden Tarifen. Im Fall der Tarifierhöhung erhöht sich die der Stadtgemeinde als Entgelt zu gewährende Abgabe der Bruttoeinnahme von 8 % auf 10 %. Außerdem wurde die Gewinnbeteiligung der Stadt dahin erweitert, daß ihr von dem übersteigenden Betrag statt der Hälfte zwei Drittel zufallen sollen, wenn der verteilbare Reingewinn auf mehr als 10 % des gesamten Aktienkapitals steigt. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Gesellschaft auf jeden Konkurrenzenwand verzichtet und damit auch den Widerstand aufgibt, dem sie bisher der Herstellung neuer Schnell- und Flachbahnen in Berlin durch Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen Verkehrsziehung entgegengestellt hatte. Ferner läßt sie die Schadensersatzansprüche fallen, soweit sie bereits festgestellt waren. Doch ist diese Konzession der Gesellschaft nur von begrenzter Tragweite. Im innern Teil der Stadt, der durch die alte Ringbahnlinie begrenzt wird, bleibt die Möglichkeit neuen Wettbewerbs durch Flachbahnen, abgesehen von der Verbindung der Berliner elektrischen Straßenbahnen, deren Aktien die Stadt größtenteils besitzt, im wesentlichen auf eine neue Verbindung und auf die längst geplanten städtischen Südlinien und ihre Verlängerung, insbesondere aber den Tunnel am Opernhaus, also auf neue Verbindungen in nördlicher Richtung beschränkt. In der Richtung von Westen nach Osten dagegen sollen die Gesellschaften in ihrem Besitzstand nicht durch neue Unternehmungen von Flachbahnen beeinträchtigt werden.

Die Beurteilung des Vertrags ist nicht einfach. Auch wenn man zugeben muß, daß er der Stadt für die Gegenwart nicht unbedeutende Vorteile gewährt, so muß doch auf der andern Seite besonders hervorgehoben werden, daß er das Monopol der *Großen Berliner Straßenbahn* neu stabilisiert und den Erwerb des Unternehmens durch den neuen Zweckverband sicherlich nicht erleichtert hat. Die schweren Mängel, die in der Stadtverordnetensitzung vom 29. Juni der sozialdemokratische Stadtverordnete Heilmann an der Vorlage ausgestellt hat, und sein Gesamturteil über den Vertrag sind sicherlich berechtigt. Er sieht in ihm eine vollständige Abdankung der Stadtgemeinde auf dem großen Gebiet der Flachbahnen.

X

X

Kurze Chronik Die Stadt Aachen hat die Errichtung eines städtischen Hypothekenamts beschlossen zwecks Vergebung von zweiten Hypotheken auf mittlere und kleinere Objekte zu mäßigem Zinsfuß. X Die Stadt Düsseldorf errichtet eine Akademie zur Ausbildung von Kommunalbeamten, die im Herbst eröffnet werden soll. Die Ausgaben sind auf 30 000, die Einnahmen auf 7000 Mark veranschlagt. X Der Bürgerausschuß der Stadt Mannheim hat Erbbauverträge mit dem Spar- und Bauverein und der Gartenstadtgossenschaft genehmigt. Der letzteren wird ein Grundstück von zirka 20 Hektar gegen einen Erbbauzins von 27 Pfennig pro Quadratmeter zur Verfügung gestellt. X Die Stadtgemeinde Berlin beabsichtigt zur Fleisch- und Wurstversorgung der städtischen Kranken- und Arbeitshäuser, Erziehungsanstalten usw. eine eigene Schlächterei und Wurstmacherei zu errichten. X Zwischen den Städten Köln und Bonn schweben zurzeit Verhandlungen über die Lieferung von Gas. Köln erklärte sich bereit der Stadt Bonn Gas zu liefern, und zwar zu einem Preis von 4,5 Pfennig pro Kubikmeter für die ersten 10 Millionen Kubikmeter, von 4 Pfennig für die nächsten 2½ Millionen und von 3,5 Pfennig für die weiteren.

X
Literatur

X
Der Bericht *Entstehung, Organisation und Tätigkeit des Zentralarbeitsnachweises*

für den Bezirk der *Kreishauptmannschaft Dresden*, erstattet vom Geschäftsführer Dr. Graack, /Dresden, Heinrich/ gibt zu Beginn einen kurzen Abriss der Arbeitsnachweismbewegung im Königreich Sachsen und der Vorgeschichte des Zentralarbeitsnachweises. Das Zustandekommen des letzteren wurde durch den Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums zu Dresden, das den vorgeschlagenen Jahresbeitrag von 10 000 Mark ablehnte, im Jahr 1908 vereitelt. Auch im Jahr 1909 lehnte das Kollegium den Beitritt der Stadt abermals ab. Nur durch die jährliche Subvention seitens des Staates konnte der Nachweis Oktober 1909 ins Leben treten. Daran schließt sich eine Beschreibung der Einrichtung und Tätigkeit des Zentralarbeitsnachweises. Besonderes Interesse verdienen die Mitteilungen über die Bestimmungen, die das Verhalten des Arbeitsnachweises bei Streiks und Aus-

sperrungen regeln. Der Nachweis hat besonders mit der Feindschaft der Dresdener Innungen zu kämpfen, die die paritätische Verwaltung rücksichtslos bekämpfen.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Petroleummonopol Um die Mitte des Monats Juli wurde in der Presse angekündigt, daß der neue Reichstag sich mit dem Gesetzentwurf über die Einführung des Petroleummonopols zu befassen haben werde, womit den Schädigungen des deutschen Nationalvermögens durch das drohende Monopol der Amerikaner begegnet werden sollte. Wenn diese Nachricht auch offiziös dementiert wurde, so scheint es doch, daß dem Monopolgedanken Tatsachen zugrunde liegen; sonst würde sich auch nach der Ablehnung wohl kaum die Tagespresse eingehend mit der Frage beschäftigt haben. In Deutschland wurden 1910 insgesamt 989 336 Tonnen gereinigtes Petroleum im Wert von 55 020 000 Mark eingeführt, „weiter 146 450 Tonnen Rohnaphta und Rohbenzin im Wert von 16 891 000 Mark und schließlich 230 516 Tonnen mineralischen Schmieröls im Wert von 29 008 000 Mark. An dem Gesamtwert der Einfuhr in Höhe von 100 919 000 Mark nahmen die Vereinigten Staaten allein mit 64 872 000 Mark teil. Da Deutschlands Eigenproduktion an Petroleum nur 1/3 % der Weltproduktion ausmacht, also belanglos ist, so hätte ein Reichsmonopol sich auf den Ankauf des Produkts zu beschränken und dessen Vertrieb in die Hand zu nehmen. In dieser Hinsicht ist nun allerdings ganz ausgezeichnet vorgearbeitet worden. Wie bekannt ist, gibt es heute keinen Großhandel in Petroleum mehr, da die *Standard Oil Company* des Amerikaners Rockefeller schon seit Jahren die Händler verdrängt und den Verschleiß auf das beste organisiert selbst in die Hand genommen hat. Da der Konkurrenzkampf gegen das galizische Petroleum noch nicht zu Ende ist, so war bislang auch noch nicht von Monopolpreisen in Deutschland die Rede. Mit Ausnahme der Jahre 1893 und 1894, wo der Preis bis auf 9,5 und 9,7 Mark herunterging, ist vielmehr der Petroleumpreis seit rund 30 Jahren ziemlich stabil geblieben, wobei die Verteuerung durch den Zoll, an dem der Importeur keine Schuld trägt, außer Betracht bleiben muß. Es kosteten unverzollt in

Bremen und Hamburg 100 Kilogramm raffiniertes amerikanisches Petroleum 1881 15,8 Mark, 1891 12,6 Mark, 1901 13,6 Mark und 1910 12,3 Mark. Es mag dahinstehen, ob sich unter Beibehaltung der bisherigen Preise ein Reichsmonopol für den Fiskus lohnt. Der Gewinn, den die Amerikaner aus dem deutschen Petroleumhandel ziehen, wird auf mindestens 10 Millionen Mark angegeben, was bei dem Gesamtbedarf im Reich, keine erhöhten Vertriebsunkosten vorausgesetzt, einer Einnahme von 15 Millionen Mark entsprechen würde. Für den Privatunternehmer ist die angegebene Summe sehr beträchtlich, für das Reich mit seinem Jahresetat von 3 Milliarden Mark spielen unter den jetzigen Umständen die Einnahmen aus dem Petroleummonopol keine andere Rolle als die heutigen Erträge der Zündholzsteuer, wobei ein Preisaufschlag, der die Verminderung der Einnahmen ausgleicht, die durch den Zollaussfall entstehen, stillschweigende Voraussetzung ist. Eine wesentliche Erhöhung des Petroleumpreises hätte aber zur Folge, daß die Verbraucher anderer Leuchtmaterial, wie Gas, Elektrizität und auch Spiritus, mehr bevorzugt würden. Aber wahrscheinlich gäbe diese Folge für die Reichsregierung einen Grund ab auf Einführung der 1909 noch glücklich verhinderten Lichtsteuer zu drängen. Allerdings wäre auch eine andere Reform denkbar, nämlich die, daß ein einheimisches Industrieprodukt, der Brennspiritus, dem Publikum unter günstigeren Bedingungen als heute zugänglich gemacht würde. Ist der Verbrauch des zu gewerblichen Zwecken steuerfrei verabsolgt Spiritus doch ohnehin von 1,3 Liter auf den Kopf der Bevölkerung im Jahr 1893-1894 auf 2,9 Liter pro Kopf im Jahr 1909-1910 gestiegen, ein Quantum, das gegenüber dem Verbrauch von 17,67 Kilo Petroleum allerdings noch belanglos ist.

× ×
Frankreich Eine Auseinandersetzung wenig erbaulicher Art beschäftigte die französische Sozialdemokratie. Als das Gesetz über die Altersversicherung der Kammer vorgelegt wurde, beauftragte der Parteitag in Nîmes /1910/ die sozialdemokratische Fraktion für den Entwurf zu stimmen. Wenn das Gesetz auch schwere Fehler habe, so sei doch wenigstens ein Anfang in der staatlichen Sozialreform gemacht,

und fernerhin würde es Aufgabe der Partei sein sofort nach Annahme des Gesetzes dessen Verbesserung anzustreben. Ich habe seinerzeit in dieser Rundschau (1910, 1. Band, pag. 588) berichtet, wie Jules Guesde sich diesem Beschluß widersetzte, indem er die Streichung des Arbeiterbeitrags beantragte und eine leidenschaftliche Agitation gegen das Gesetz entfaltete, als die Kammer seinen nur von der Hälfte aller sozialistischen Abgeordneten unterstützten Antrag ablehnte. Guesde, der Führer der gelben Gewerkschaften Biétry und zwei Reaktionsäre waren dann die einzigen, die gegen das Altersversicherungsgesetz votierten. Als das Gesetz schon etliche Monate beschlossen war, erklärte sich im Herbst 1910 die *Confédération générale du Travail* auf ihrem Kongreß zu Toulouse mit Guesde zum Teil einverstanden. Auch in ihren Augen war das Gesetz gemeinschädlich. Während jedoch für Guesde, wie erwähnt, der Arbeiterbeitrag als Stein des Anstoßes galt, schien es den Gewerkschaftern bedenklich, daß durch das Kapitalisationsverfahren dem Gegenwartsstaat ungeheure Mittel, die für kriegerische Zwecke mißbraucht werden könnten, zur Verfügung gestellt würden. Ende Juni 1911 aber triumphierte die Anschauung Guesdes völlig, als auch die Konferenz der Arbeitsbörsen erklärte, daß die Beitragspflicht für die Arbeiter unannehmbar sei. Nach heftigen Auseinandersetzungen, an denen auf der Seite der Syndikalisten Guesde, auf der Seite der Fraktion Vaillant teilnahmen, beschloß ebenfalls der Vorstand der geeinigten Partei am 9. Juli 1911 mit 87 gegen 51 Stimmen sich für eine von der Seineföderation eingebrachte Resolution zu erklären, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß in allen Arbeiterfragen die sozialistische Partei im Einvernehmen mit den Beschlüssen der *Confédération* zu handeln und mit der Arbeiterklasse gemeinsam namentlich »1. gegen die obligatorischen Beiträge, 2. gegen die Kapitalisation, 3. gegen den lächerlichen Satz der Rente, 4. gegen das Bezugsalter, 5. gegen die Wiederherstellung des Arbeitsbuchs« zu protestieren hat. Hiermit haben die vereinigten Guesdisten und Syndikalisten über die Beschlüsse des Parteitags einen Sieg erfochten. Bei den zerfahrenen Zuständen in der französischen Arbeiterbewegung mag dieser Beschluß nicht allzu

hoch zu bewerten sein; auch ist er auf das Gesetz über die Arbeiterversicherung, das am 3. Juli in Kraft trat, wohl ohne Einfluß. Sachlich genommen interessiert der Beschluß insoweit als er von neuem von der Abneigung der Franzosen gegen Organisation und die damit verbundenen Pflichten Kunde gibt.

Wie wenig unsere Brüder jenseits der Vogesen zu regulären Opfern bereit sind, läßt der Bericht des *Vorwärts* vom 16. Juli erkennen. Danach zählt die geeinigste sozialistische Partei zirka 82 Föderationen mit ganzen 65 000 eingeschriebenen Mitgliedern; der Kassenbestand weist 103 000 Francs auf. Bei solcher Sachlage kann man begreifen, daß die Frage der Beitragszahlung zur Versicherung, die in Deutschland überhaupt nicht mehr diskutiert wird, in Frankreich eine sehr beträchtliche Rolle spielt. Vielleicht hat die Gastfreundschaft, die die französischen Gewerkschafter Ende Juli in Berlin genossen haben, dazu beigetragen, daß diesem und jenem von ihnen über die Bedeutung regelrechter Beitragsleistungen einige Aufklärung zuteil wurde.

× **Kurze Chronik** Am 22. August veröffentlichte der Gewerksvereiner Anton Erkelenz einen Artikel über seine Eindrücke auf einer Studienreise durch England. Er kommt zu dem folgenden Schluß: »Wenn mich meine Beobachtungen nicht sehr täuschen, so muß man für die nächsten Jahre in England ein starkes Anwachsen des Sozialismus erwarten . . . Es ist mit einiger Gewißheit anzunehmen, daß . . . in absehbarer Zeit England den Schritt tut, den noch kein Land der alten Welt getan: Es wird einen gesetzlichen Minimallohn zur Durchführung bringen. Der Eisenbahnerstreik wird die Engländer wachrufen für die Verstaatlichung der Eisenbahnen.« × Der hamburgische Staat will zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in der Altstadt Grundstücke im Wert von 28 Millionen Mark ankaufen. Aus dem Wiederverkauf werden nach Anlegung neuer, erweiterter Straßenzüge etwa 14 Millionen Mark erwartet.

× **Literatur** Für die Geschichte und die rechtliche Bedeutung der Wertzuwachssteuer hat die Schrift *Entwicklung und Ergebnisse der Wertzuwachsbesteuerung im Königreich*

Sachsen von Dr. H. Freiherrn Leuckart von Weißdorf /Leipzig, Röder & Schunke/ einen sehr erheblichen Wert. Ihr Inhalt ist weit vielseitiger als die Überschrift vermuten läßt. Der Verfasser äußert sich unter anderm über die hauptsächlichsten gegen die Wertzuwachssteuer geltend gemachten Bedenken, teilt die Beobachtungen in der Praxis mit und weist am Schluß auf den Wandel hin, der sich bei der Reichsregierung in der Frage der Wertzuwachsbesteuerung vollzogen hat. Beachtenswert sind ferner die kurzen Bemerkungen des Verfassers über den Einwand, daß die Wertzuwachssteuer sozialistisch sei und eine Vermögenskonfiskation bedeute.

Geltinge Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Kunstsprachenproblem Über die Fortschritte und die Bedeutung des Reformesperanto orientiert zusammenfassend die Schrift *Weltsprache und Wissenschaft*, mit Beiträgen von Couturat, Jespersen, Richard Lorenz, Ostwald und Pfandler /Jena, G. Fischer/. Im Anschluß an die Pariser Weltausstellung von 1900 konstituierte sich die *Délégation pour l'adoption d'une langue auxiliaire internationale*. Der Hauptpunkt ihres Arbeitsprogramms lautete: »Es ist wünschenswert, daß eine internationale Hilfssprache eingeführt werde, die, ohne die natürlichen Sprachen im inneren Leben der Völker ersetzen zu wollen, dem schriftlichen und mündlichen Verkehr zwischen Personen verschiedener Muttersprachen zu dienen geeignet ist.« Unter den 310 Organisationen, die im Herbst 1907 den Boden dieses Programms betraten, fanden sich Handelsschulen, Handelskammern, kaufmännische und Stenographenvereine, Korrespondenzbureaux, buchdruckergewerbliche Vereine, Beamtenvereine, Bürgermeisterämter, Schiffsahrtsgesellschaften, pädagogische und religiöse Korporationen, juristische und Offiziersvereine, Taubstummen- und Blindenanstalten, soziologische, ärztliche, sanitäre Gesellschaften, Friedensvereine, politische Organisationen, Sportorganisationen, Bibliotheksverwaltungen, wissenschaftliche Fachvereine und Kongresse usw. Diese Gruppen verteilten sich auf alle möglichen Länder; auch Peru, Mexiko, Argentinien, Algerien, Tunis sind vertreten. In einer besonderen, der *akademischen* Liste figurierten 1250 Hochschullehrer von 189 Instituten. Die internationale Assoziation der wissenschaft-

lichen Akademien ließ sich gleichwohl zu einem positiven Eingreifen nicht bereit finden. So oblag die Weiterarbeit der Delegation. Diese Arbeit ergab nach Lorenz, »daß keines der vorhandenen Systeme den Anforderungen Genüge leistet, die an die internationale Hilfssprache gestellt werden müssen, daß jedoch das in der Praxis verbreitete *Esperanto* geeignet ist als Grundlage für die Ausarbeitung der Hilfssprache zu dienen, sofern daran gewisse Änderungen vorgenommen werden.« Esperanto, die Erfindung des russischen Arztes Samenhof, datiert grammatisch formuliert von 1887, wurde aber zuerst wenig beachtet, weil das Volapük des Pfarrers Schleyer eben damals die Hochsaison hatte. Volapük scheiterte bald an der Maßlosigkeit der Ansprüche: es wollte nicht Hilfssprache sondern — und das hat das Kunstsprachenwesen überhaupt diskreditiert — Ersatzsprache sein. Esperanto erlangte nun das Übergewicht. Nach Samenhof wurde der Marquis de Beaufront der Hauptpropagandist. 1909 verfügte der Esperantismus über ein halbes Hundert Zeitschriften. Im weitem Verlauf der Bewegung entwickelte sich der Gegensatz zwischen den sogenannten *Fundamentisten*, die um der Einheit der Sprache zu rütteln verboten, und den sogenannten *Idisten*, die eine Fortbildung der Sprache Samenhofs für unerlässlich halten und diese Fortbildung einem besonderen Komitee übertrugen. In dieses Komitee wurden Gelehrte wie Ostwald, Beaufront, der Philosoph Couturat, der dänische Sprachforscher Jespersen entsandt. Das von diesem Komitee geschaffene Reformesperanto heißt *Internaciona lingua di la delegitaro*, kürzer, mit Kombination von Einzelbuchstaben, *Ilo, Ido, Lido*, meist *Ido*. Das Hauptorgan dieser Sprache ist der *Progreso*. Das Wörterbuch enthält etwa 5400 Stammwörter, die zum großen Teil romanisch sind. Eine besondere Akademie für das Reformesperanto ist mit der Fortbildung der Sprache betraut.

Soeben erschien nun ein größeres Werk zur Kritik der Kunstsprachenbewegung, das wohl als epochal bezeichnet werden darf. Es ist das ohne Nennung des Verfassers erschienene Buch *Auf dem Wege zur europäischen Sprache?* (Berlin, Liebheit & Thiesen/. Das Buch deckt die Problematik aller Kunstsprachenbewegung mit einer Eindringlichkeit auf, die

plausibel macht, daß in der Kunstsprachenbewegung ungefähr noch alles zu tun ist. Der Verfasser wählt einen sehr glücklichen Vergleich: Er stellt die bisherigen Versuche mit dem Vormärzsozialismus der Utopisten auf eine Linie. Und er versucht nun mit seinem Buch für die Kunstsprachenbewegung das vorzubereiten, was Marx mit seinem ökonomisch-historischen Denken für den Sozialismus geleistet hat: die Überführung des Problems aus der Sphäre rationalistischer Utopieenfindung in die Sphäre evolutionär orientierter Wissenschaftlichkeit. Der Verfasser verwirft jeden Versuch zu einer unmittelbar praktischen Lösung des Hilfssprachenproblems als utopisches Experimentieren mit einem Modell. Weiter verwirft er aufs unbedingteste jene Amateurlinguistik, die sich neben der Mitarbeit berufener Fachleute in den bisherigen Bewegungen sehr bemerkbar machte. Er verwirft weiter den Gedanken einer *Welthilfssprache* und läßt nur eine *europäische Hilfssprache* zu. Um die Unmöglichkeit einer tatsächlich internationalen Sprachkomposition zu zeigen, verweist er auf die absolute Inkongruenz zwischen dem japanischen Alphabet und dem chinesischen und zwischen diesen beiden und den europäischen Alphabeten, auf die sprengenden Differenzen zwischen den Pluralbildungen, Gattungsbildungen, Flexionen und — dies ist besonders wesentlich — Begriffsbildungen bei den einzelnen Völkern. Er legt die primären Voraussetzungen der Differenzierung des Vorstellungslebens und Begriffslebens dar: die ökonomischen, sozialen, rechtlichen, religiösen Umwelten. Eine Hilfssprache erscheint dem Verfasser nur für die Mitglieder eines wesentlich homogenen Kulturkreises denkbar. Nur eine solche Sprache ist ihm eine kulturell fundamentierte Notwendigkeit und Möglichkeit. Die Exoten werden sich der europäischen Sprache zu bedienen haben, wenn sie mit dem europäisch-amerikanischen Kulturkreis Berührung suchen. Auf der anderen Seite erscheint dem Buch die künstliche Schaffung allzu partieller Idiome, etwa einer panslawischen, einer panromanischen und einer pangermanischen Hilfssprache nicht gerechtfertigt. Als Kritiker des Esperanto und zumal des *Ido* wendet sich der Autor speziell gegen den »Köder der größtmöglichen Leichtigkeit«, das heißt gegen ein Prinzip, das Jespersen so formuliert: »Die beste internationale Sprache ist diejenige, die der

größten Anzahl Menschen die größte Leichtigkeit bietet.« Dies Prinzip verstößt vor allem gegen die wichtigere Forderung der größtmöglichen Leistungsfähigkeit des Kunstidioms. Außerdem wendet sich das Buch gegen die am Esperanto wie am Ido zahlenmäßig erweisliche unverhältnismäßige Begünstigung romanischer Sprachelemente.

Was schlägt der Verfasser nun positiv vor? Eine exakte, von linguistischen Fachkapazitäten — er hätte hinzufügen sollen: literarisch-künstlerischen — zu erledigende Herausarbeitung der Stammworte aller europäischen Sprachen. Diese Stammworte sind den Interessenten in synoptischen Vokabularien zur Verfügung zu stellen; die Interessenten selber sollen die Verwendung — jeder nach individuellem Ermessen — vornehmen. Hier einige der entscheidenden Stellen: »Die breiteste Öffentlichkeit muß Schöpfer und Erhalter der europäischen Sprache sein. . . . Die idistische Akademie soll . . . es weit von sich weisen die für sämtliche Begriffe in Betracht kommenden europäischen Wörter gebrauchsfertig anzugeben. Es gilt vielmehr nur das zu ihrer Bildung notwendige Material zusammenzustellen. Man hat also in dem deutsch-europäischen Wörterbuch nur neben dem jeweiligen deutschen Wort die sich damit deckenden Hauptwortstämme sämtlicher europäischen Sprachen tabellarisch aufzuführen . . . und dem Benutzer selbst zu überlassen, welchen dieser Stämme und welche Form derselben er als richtigste empfindet. . . . Die unzweifelhaft internationalen Elemente der europäischen Nationalsprachen sind so stark überwiegend, daß mindestens für die fundamentalen Gebiete des Wortschatzes, der Wortbildung und der Grammatik die Heranziehung willkürlicher [das heißt grammatisch-genereller, obligatorischer] Entscheidungen tatsächlich unnötig ist.«

In einem spezialmethodologischen Teil geschieht die paradigmatisch-philologische Anwendung. Dies einzelne würde hier zu weit führen. Wie steht es aber mit den Grundlagen? Ich bekenne, daß ich mich nicht in der Lage weiß ein promptes Urteil zu fällen. Diese Dinge sind zu heikel. Aber so viel ist mir klar: Die etwas paradoxe Idee einer, wenn ich so sagen will, organischen, gleichsam mit vegetativen, naturgeschichtlichen Werdemotiven durchsetzten Kunstsprache hat neben den älteren, anorganischen Bildungen etwas Bestechendes. Unter allen Sprach-

konstruktionen verspricht meines Erachtens die Methodologie dieses Buches mit ihrer entwicklungshistorischen Grundtendenz das Edelste. Ich möchte die Zukunft dieser Methodologie — einer Methodologie, die bei einer sozialisierten Menschheit zwiefach in ihre Rechte treten könnte — auch nicht in Frage stellen, wenn ich 3 Probleme anschließe. 1. Ist es restlos dokumentiert, daß keine der lebenden Sprachen für eine binneneuropäische Verständigung in Betracht kommt, wie alle Anhänger einer Kunstsprache mit Hinweis auf den bestehenden Sprachchauvinismus behaupten? 2. Ist es genügend erwiesen, daß die Erhebung einer lebenden europäischen Sprache zum internationalen Verkehrsmittel der Nation, die den Vorzug erhält, ein unmeßbares kulturelles Übergewicht verschaffen würde? 3. Ist eine vielsprachige Volkserziehung — das Gymnasium lehrt doch bis zu 6 Sprachen — eine Unmöglichkeit? Fremdsprachliche Anfänge in den Volksschulen scheinen auf das Gegenteil zu deuten. Ich neige zu der Annahme, daß eine Kunstsprache als Verkehrsmittel technischer Art notwendig ist und sich durchsetzen wird. Aber die erwähnten Fragen scheinen mir nicht systematisch genug beantwortet zu sein.

× **Kurze Chronik** Im Juni dieses Jahres wurde ein *Verband für internationale Verständigung* geschaffen, der die Aufgabe hat, die pazifistischen Bestrebungen zu konzentrieren. × In Italien, wo der Religionsunterricht in den Schulen nur auf Wunsch der Eltern erteilt wird, wurde 1909 auf 1910 in 481 Städten gar kein Religionsunterricht verlangt; in 1 Stadt (Rom) wurde er von 24 % der Eltern, in 2 Städten von 25 %, in 11 Städten von fast allen Eltern, in 4 Städten von allen Eltern, in 1 Stadt (Monza) von 40 % der Eltern verlangt. × Die *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung* hatte am 30. April 1911 7617 körperschaftliche und 5594 einzelne, im ganzen 13211 Mitglieder. × Von dem Prager Landesgericht wurde der Wiener Schriftsteller Wilhelm Börner zu 14 Tagen schweren Kerkers verurteilt, weil er zu Prag in einem wissenschaftlichen Vortrag die Tatsache erwähnt hatte, daß in Amerika, England und Deutschland Gelehrte die Hypothese aufgestellt haben, Jesus habe nie gelebt. Dieser Hinweis wurde als Gotteslästerung qualifiziert.

×

×

Literatur Bei Teubner erscheint eine neue wissenschaftlich - volkstümliche Bibliothek. Wie der Sammelitel, *Dr. Bastian Schmidts Naturwissenschaftliche Schülerbibliothek*, andeutet, wenden sich die Publikationen hauptsächlich an einen bestimmten Leserkreis. Doch sind Bände wie die *Großen Physiker* (Copernikus, Keppler, Galilei, Newton, Faraday, Robert Mayer, Helmholtz) von Professor Hans Keferstein und wie die *Himmelsbeobachtungen* von Franz Rusch auch sehr gut für Bibliotheken von Arbeiterbildungsvereinen, Gewerkschaften, Sektionen geeignet und nicht zuletzt für die Bibliotheken unserer Jugendorganisationen. Das gleiche gilt von dem Doppelband *Naturgeschichte für die Großstadt* von Walter Pfalz, einem Werk, das außerhalb dieser Kollektion im gleichen Verlag erschien. Alle genannten Werke sind gut illustriert.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Sexualfragen Unter den zahllosen Kongressen im Anschluß an die Dresdener Hygieneausstellung waren der des *Deutschen Zweiges der internationalen abolitionistischen Föderation* und der der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* von besonderm Interesse für die Frauen. Beide Tagungen standen zeitlich und inhaltlich in engem Zusammenhang.

Im Auftrag der Föderation hatte Pfarer Bruns aus Straßburg die dortigen Animierkneipen und ähnliche Lokale der nichtkasernierten Prostitution untersucht, um die Frage nach Wert oder Unwert der Reglementierung an einem bestimmten praktischen Beispiel zu studieren. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Kasernierung gerade ein Reizmittel für das gleichzeitige Anwachsen aller anderen Prostitutionsformen und deshalb in ihrer Wirkung außerordentlich schädigend sei. Eine Berliner Nervenärztin behandelte dann die Frage *Gibt es geborene Prostituierte?* Sie bestritt die Existenz eines derartigen Typus im Lombrososchen Sinn und behauptete nur nach ihren eigenen Erfahrungen, daß allerdings 50 bis 80 % aller früh und nicht aus rein sozialen Gründen der Prostitution verfallenen Mädchen körperlich Degenerierte, Hysterische und Epileptische, vielfach Abkömmlinge von Trinker und Geisteskranken seien. Nicht also mit einem bestimmten Weibtypus

sondern einfach mit Kranken habe man es hier zu tun. Die Mehrzahl der Diskussionsredner schloß sich dieser Auffassung an. Tatsächlich handelt es sich bei der Stellungnahme zu dem Prostitutionsproblem — abgesehen immer von der rein wirtschaftlichen Seite —, also soweit die Wertung der größeren oder geringern Unterdrückbarkeit des Sexualtriebs beim Weib in Frage kommt, vorläufig noch um meist sehr unabweisbare individuelle Meinungen und zufällige ärztliche Erfahrungen. Denn erst seit relativ recht kurzer Zeit und noch nicht annähernd in genügendem Maß wagen es die Frauen selbst, also die auf diesem Gebiet allein Zuständigen, von ihren sexuellen Empfindungen in der Öffentlichkeit zu sprechen. Auch hierin — und es ist das gewiß nicht der bedeutungsloseste Punkt — hat erst die Frauenbewegung dem weiblichen Geschlecht den Mut größerer Offenheit gegeben, den Mut das Leben bestimmende Leiden und Freuden ohne das sklavische Schamgefühl früherer Frauengenerationen zu bekennen. Noch aber stehen wir, wie gesagt, erst im Beginn dieser Entwicklung, und mit großem Recht weist Anna Pappritz in ihrer Berichterstattung über den zweiten eben genannten Kongreß darauf hin, wie dringend notwendig für das Studium aller derartigen Fragen, die das weibliche Geschlecht angehen, die Beteiligung weiblicher Ärzte und Psychiater sei.

Wie wenig wissenschaftlich begründet auch in ärztlichen Kreisen die Anschauungen über die Bedeutung des Sexuallebens für die Frauen noch erscheinen müssen, wie ausschlaggebend Zufälligkeiten und subjektive Wertschätzungen, vielleicht auch gewisse Zeitströmungen das Urteil der Gelehrten hier beeinflussen: das konnte nicht gut krasser hervortreten als durch die völlige Umkehrung der ärztlichen Ansichten über diesen Punkt innerhalb eines Zeitraums von nur 8 Jahren. *Die sexuelle Abstinenz und ihre Einwirkung auf die Gesundheit* lautete das Hauptthema der Generalversammlung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, das einen wahren Diskussionssturm entfesselte. Der Referent, Professor Eulenburg, behauptete, überraschenderweise in schärfstem Gegensatz zu der Stellungnahme der 1. Generalversammlung der Gesellschaft, jedoch in Übereinstimmung mit einer großen Zahl anderer Sexualforscher, daß die sexuelle

Abstinenz — wegen der für die Frau gravierenderen psychischen Entbehrungen, vor allem der Entbehrung der Mutterschaft — für das weibliche Geschlecht aller Altersstufen bis zum vollendeten Klimakterium von weit einschneidenderer Bedeutung sei als für das männliche. Schwere Schädigungen der geistigen Persönlichkeit und der körperlichen Gesundheit sollen sich nach der Meinung vieler ärztlicher Diskussionsredner fast durchweg durch die geschlechtliche Enthaltensamkeit für die Frauen ergeben. Diese Ansicht dürfte wahrscheinlich in einer so extremen und verallgemeinernden Form so wenig der Wirklichkeit entsprechen wie die vor 8 Jahren von ärztlicher Seite mit der selben Sicherheit behauptete sexuelle Gleichgültigkeit der meisten Frauen. Indessen liegt in dem jetzigen Standpunkt der Ärztwelt gegenüber dem frühern schon deshalb ein Fortschritt, weil er eine Loslösung von hergebrachten Moralanschauungen involviert. Die Frauenrechtlerinnen der verschiedenen Richtungen stellten sich den Verhandlungen und dem Problem selbst vorläufig auch weniger sachlich als — ihren Gesamtanschauungen entsprechend — nach dieser oder jener Seite voreingenommen gegenüber. Die Kämpferinnen für Sexualreform freuten sich der ärztlichen Bestätigung ihrer sexual-ethischen Forderungen, die konservativ gerichteten wandten sich aus umgekehrten Gründen empört gegen den Referenten. Schließlich muß auch wohl zugegeben werden, daß dies Problem vielleicht niemals ganz rein medizinisch zu betrachten sein wird, da psychische Eindrücke aller Art bei jedem einzelnen — Mann oder Weib — den Einfluß des geschlechtlichen Lebens komplizieren und aus der Sphäre des rein Körperlichen in die des Seelischen verlegen.

× **Hygiene und Frauenwahlrecht** ×
 Eine Konferenz für Hygiene und Frauenstimmrecht veranstalteten die fortschrittlichen Dresdener Frauenvereine im Anschluß an die Hygieneausstellung am 3. und 4. Juli. Eine Anzahl von Fragen aus dem Gebiet der Hygiene, die hauptsächlich das Frauen- und Kindesleben betreffen, wie Kinderschutz, Jugendfürsorge, Arbeiterinnenschutz, Rassenhygiene, Reglementierung der Prostitution usw. wurden behandelt. Die dringlichsten sozialhygienischen Forderungen, wie sie zuerst von der Sozialdemokratie allein vertreten wurden, haben sich längst auch in der bürgerlichen

Frauenbewegung durchgesetzt und kamen auch hier bei sämtlichen Themen zum Ausdruck. Errichtung einer genügenden Zahl von Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten durch die Kommunen, Einführung obligatorischer Schulspeisung, Erweiterung der Kinderschutzgesetzgebung, Wohnungsreform und Anstellung beamteter Wohnungsinspektorinnen werden neben anderem gefordert; bei sämtlichen Fragen wird auf die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts hingewiesen, das erst die Umgestaltung aller gesellschaftlichen Institutionen nach den Bedürfnissen des Frauenlebens ermöglichen könne.

Interessant, wenn auch gewiß nicht erstaunlich ist es, daß — wengleich sämtliche Rednerinnen die Schwierigkeit der Vereinigung von Mutterschaft und Beruf betonen — sich dennoch in diesem Kreis fast durchgängig berufstätiger Frauen nicht eine einzige Stimme zugunsten einer Rückkehr des weiblichen Geschlechts in die reine Familienarbeit erhebt, wie man sie sich ja schließlich ebenfalls vorstellen könnte, und sogar bekanntlich in manchen sozialistischen Kreisen tatsächlich vorstellt. Die gemeinsame Erfüllung von Berufs- und Mutterpflichten müsse nach Ansicht jener Frauen durch entsprechende soziale Einrichtungen erleichtert werden.

× **Kurze Chronik** ×
 In Norwegen ist die erhoffte Umwandlung des politischen Frauenwahlrechts zum allgemeinen Wahlrecht vorläufig nicht erreicht worden. Der Gesetzentwurf erhielt im *Folkething* nicht die notwendige Zweidrittelmajorität. Dagegen soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, nach dem den Frauen das Recht gewährt werden soll alle öffentlichen Ämter mit Ausnahme der diplomatischen, konsularen und militärischen zu bekleiden. × In Wisconsin haben beide gesetzgebenden Häuser einen Gesetzentwurf für Frauenwahlrecht angenommen. Die Entscheidung steht nunmehr auch dort bei der Volksabstimmung. × Einer weiblichen Stadtverordneten in Manchester, Frau Ashton, wurde für ihre Verdienste in der kommunalen Arbeit ein besonderer Universitätschrenrang verliehen.

× **Literatur** ×
 Nach wie vor spielen in der Frauenliteratur die Ehe- und Liebesfragen eine bedeutende Rolle. Eine ganze Anzahl

jüngst veröffentlichter Bücher sucht dem viel behandelten Problem neue Seiten abzugewinnen. *Ehe? Zur Reform der sexuellen Moral* (Berlin, Internationale Verlagsanstalt für Kunst und Literatur) ist eine Zusammenstellung von Aufsätzen schriftstellerisch oder in der Frauenbewegung hervorragender Frauen über das Ehe Thema. Der Verlag will die Ansichten der führenden Frauen »ohne Rücksicht auf Richtung und Partei« zusammentragen: doch sind wohl die mehr Linksstehenden vorwiegend herangezogen. Um so auffallender macht sich eine Erscheinung bemerkbar, die in den letzten Jahren überall in den öffentlichen Kundgebungen der Frauen zur Ehefrage zu erkennen war: ein gewisses Rückwärtsrevidieren der Meinungen. All diese radikalen Neuerinnen sind doch im Grund schrecklich wenig radikal; sie können gar nicht oft genug versichern, daß sie die Institution der Ehe nicht etwa zu stürzen gedenken, und alles, was sie wünschen, ist schließlich nur ein wenig Toleranz gegen staatlich nicht sanktionierte Ehen, die berühmte *Anerkennung des Konkubinats*. Hedwig Dohm ist wahrscheinlich die einzige, in deren Kopf wirklich revolutionäre Ideen wohnen; in diesem Buch ist sie nur durch ein paar kurze Seiten und einige Aphorismen vertreten. Einzelne Aufsätze, wie der Hans von Kahlenbergs — die früher einmal ganz andere Wege gingen —, bewegen sich in den ausgefahrenen Geleisen der *Gartenlaubmoral*.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Kurt Grelling

Naturphilosophie. Gemäß der Bedeutung, die die exakten Wissenschaften für unser ganzes Leben beanspruchen, können auch die Philosophen von Fach immer weniger umhin sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Dem kommt auch das noch immer lebhafteste Interesse an erkenntnistheoretischen Fragen entgegen; ist doch das Verhältnis zur exakten Wissenschaft der einzig sichere Prüfstein für den Wert erkenntnistheoretischer Untersuchungen. Eine Erkenntnistheorie, die der Wissenschaft nicht gerecht wird, ist von vornherein verurteilt. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der Philosoph den jeweiligen auch in der Wissenschaft wechselnden Strömungen getreulich folgen müsse, und vor allen Dingen sind die von den Naturforschern und Mathematikern vorgetragenen eigen-

nen erkenntnistheoretischen Spekulationen nicht sakrosankt.

Auf der Naturforscherversammlung in Königsberg hat Oswald Külpe, dem wir auf dem Gebiet der Psychologie die Abkehr von dem krassen Sensualismus verdanken, sehr verständige Worte über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Erkenntnistheorie gesprochen (*Erkenntnistheorie und Naturwissenschaft* / Leipzig, S. Hirzel/). Während in früheren Zeiten die Naturwissenschaft sich gegen Übergriffe der Philosophie zu wahren hatte, ist heutzutage die entgegengesetzte Tendenz zu bemerken. Allzu viele Vertreter der exakten Wissenschaften, bedeutende und unbedeutende, fühlen sich verpflichtet ihr Votum im Streit um die Theorie der wissenschaftlichen Erkenntnis abzugeben. Sehr mit Recht betont Külpe demgegenüber am Schluß seines Vortrags die Verschiedenheit der Aufgaben des Naturforschers und des Philosophen: »Dort ist Natur der Gegenstand, hier die Wissenschaft von ihr. Erkenntnis wird dort geschaffen, hier bloß begriffen.« Aber auch materiell kann man dem Verfasser im ganzen beistimmen. Verteidigt er doch endlich wieder einen gesunden Realismus gegen die Auswüchse des Phänomenalismus und Konzientialismus, wie sie neuerdings gerade von seiten der philosophierenden Naturforscher vertreten werden. Freilich kann ich ihm in der Begründung seines Standpunkts nicht immer folgen. So wenig wie die Mehrzahl der modernen Philosophen hat sich Külpe von dem Vorurteil befreit, daß Apriorität einer Erkenntnis gleichbedeutend sei mit Idealität des Erkannenen. Die Unabhängigkeit vom erkennenden Subjekt soll nach Külpe das Kriterium der Realität sein. Dabei wird aber übersehen, daß wir, um diese Unabhängigkeit zu konstatieren, den Gegenstand anderweitig kennen müßten, also einen Standpunkt außerhalb unserer Erkenntnis brauchten. Das angegebene Kriterium ist also nur relativ und von negativem Gebrauch. Das heißt, wenn wir im einzelnen Fall von einer Beschaffenheit des Gegenstands bemerken, daß sie mit gewissen Beschaffenheiten unserer selbst sich verändert — wobei wir außerdem Gründe haben müssen die Ursache der Veränderung nicht in dem Gegenstand zu suchen —, so können wir der Erkenntnis dieser Beschaffenheit objektive Gültigkeit absprechen. Aber zunächst hat jede unmittelbare Erkenntnis — von der willkürlichen Verbindung der Vorstellung-

gen im Urteil ist hier nicht die Rede —, juristisch gesprochen, die Vermutung der Wahrheit für sich. Der entgegengesetzte Standpunkt führt, konsequent durchgedacht, zu dem von Külpe bekämpften Konzessionalismus. Daß er selbst zu einem realistischen Ergebnis kommt, ist eine Inkongruenz, die ihm Ehre macht, weil sie zeigt, daß die irregeleitete erkenntnistheoretische Spekulation sein an der Naturwissenschaft gebildetes Wahrheitsgefühl nicht affiziert hat.

Dem gleichen Vorurteil wie Külpe huldigt auch Edmund König in seiner Schrift *Die Materie* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/. Er wird durch das Problem der Materie auf erkenntnistheoretische Fragen geführt. Ausgehend von dem Begriff des Dinges, wie ihn das alltägliche Denken auf die Wirklichkeit anwendet, beschreibt er zunächst die gewöhnliche Auffassung der Materie, die unmittelbar an die Sinnesanschauung anknüpft. Er zeigt, daß diese Auffassung notwendig über sich hinausführt, und zwar wegen der Unbeständigkeit der geometrischen Gestalt und der sinnlichen Eigenschaften der uns umgebenden Körper. Dadurch werden wir auf die mechanische Naturauffassung geführt, die nach König in der Maxime besteht alle Vorgänge in der Natur auf die Bewegung qualitätsloser Massen zurückzuführen. Völlig qualitätslos ist die Masse nun freilich nicht zu denken, nur sinnliche Qualitäten können wir ihr nicht zuschreiben, dagegen können und müssen wir sie mit Kräften ausgestattet denken. Welcher Art diese Kräfte sind, kann nur die Erfahrung lehren, und König verlangt zu viel von der Philosophie, wenn sie auch das noch erklären sollte; es scheint dies aber seine Meinung zu sein, wenn er sagt, daß »ein innerer Zusammenhang zwischen den sonstigen Eigenschaften der materiellen Substanz und dem Gesetz ihres mechanischen Wirkens nicht aufzufinden ist«. Der Widerspruch, den König hier in der mechanischen Naturauffassung findet, besteht also nur, wenn man die Natur als an sich bestehend betrachtet; dann ergibt sich auch noch eine Reihe anderer Widersprüche. Für König gibt es nun zunächst 3 Möglichkeiten zu dem hierdurch gestellten Problem Stellung zu nehmen: Agnostizismus, metaphysische Naturanschauung und Positivismus. Unter *Agnostizismus* versteht er die Lehre, daß wir über den »Urgrund der Dinge« nichts wissen können. Dabei scheint ihm aber Wissen und Erkennen

zusammenzufallen. Dann hält er dieser Lehre natürlich mit Recht vor, daß hier mit allgemeinen Redensarten über die Beschränktheit der menschlichen Erkenntnis nichts getan ist. Wie aber, wenn die Beschränktheit, nicht der Erkenntnis überhaupt sondern der Erfahrung, bestimmt nachgewiesen wird? Der Einwand, daß wir dann auch über Atome und Ätherschwingungen nichts aussagen könnten, verfängt hier nicht; denn es ist wohl möglich, daß die Erfahrung sich durch Induktion über das Gebiet der unmittelbaren Wahrnehmung hinaus erweitern läßt und doch an bestimmte Schranken gebunden bleibt. Von hier aus ergibt sich von selbst die Stellung zu jeder *metaphysischen Naturanschauung*. Die Natur läßt sich vollständig, wenn auch nur in unendlichem Fortgang, durch Erfahrung erkennen. Nur ob sie das Wesen der Dinge vorstellt, das heißt, ob sie an sich existiert, darüber entscheidet Metaphysik. Völlig anschließen kann ich mich dem Verfasser in seiner Polemik gegen den sogenannten *Positivismus*. Diesen drei von ihm verworfenen Standpunkten stellt er nun den *kritischen* Begriff der Materie gegenüber. Hier zeigt sich auch bei ihm jenes Vorurteil: »Entweder muß man annehmen, daß unsere Vorstellungen und Begriffe sich nach den Gegenständen richten, oder daß das Umgekehrte der Fall ist.« Daß wir Vorstellung und Gegenstand nicht vergleichen können, hat er eingesehen, aber er schließt daraus, daß der Gegenstand uns unbekannt bleiben muß, und daß die Wirklichkeit, die wir zu erkennen glauben, eigentlich ein Produkt unseres Denkens ist; er geht sogar so weit zu behaupten, daß, wenn unsere Ansichten von der Wirklichkeit sich änderten, die Wirklichkeit selbst es sei, die sich geändert hat.

× ×
Neuauflagen In der neuerdings bei Felix Meiner in Leipzig erscheinenden *Philosophischen Bibliothek* ist jetzt die *Nikomachische Ethik* des Aristoteles herausgekommen. Die mit einer Einleitung und Anmerkung versehene Übersetzung rührt von Dr. Eugen Rolfes her. Einige Stellen in der Einleitung und in den Anmerkungen betreffen denjenigen eigentümlich, der nicht beachtet, daß der Übersetzer katholischer Theologe ist. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß Rolfes in der Einleitung der, übrigens von ihm gelobten, Textausgabe von Susenmühl und Apelt den Vorwurf macht, daß dort in dem Verzeichnis

der Kommentatoren Thomas von Aquino »bezeichnenderweise« fortgelassen sei, woran sich eine Bemerkung schließt, die ungefähr besagt, Aristoteles und Thomas seien die beiden größten Philosophen aller Zeiten gewesen. Ich kenne die Gründe nicht, aus denen jene beiden Autoren Thomas nicht erwähnt haben, aber die Persönlichkeit Otto Apelts bietet mir Gewähr dafür, daß konfessionelle Voreingenommenheit, wie sie Rolfes anzudeuten scheint, dabei nicht mitgesprochen hat. Bei Otto Hendel in Halle erschien Ernst Friedrichs Apelts *Meta-physik*, neu herausgegeben und mit einer Vorrede sowie Anmerkungen und einem ausführlichen Register versehen von Rudolf Otto in Göttingen. Dieses lange vergessene Werk hat die ihm jetzt zuteil gewordene Auferstehung mehr verdient als so manches andere, das heute ausgegraben wird. Denn abgesehen davon, daß es vermöge der Reinheit seiner Sprache und der Klarheit seines Stils ebenbürtig neben den Meisterwerken der deutschen philosophischen Literatur steht, hat auch sein Inhalt kaum an Bedeutung verloren. Apelt, der bedeutendste Schüler von Fries, hat in diesem Werk die Hauptlehren der kritischen Philosophie nach der spekulativen und nach der praktischen Seite in gemeinverständlicher Form dargestellt, ohne im geringsten in jenen im schlechten Sinne populären Ton zu verfallen, der so häufig den Deckmantel der Seichtigkeit bildet. Jeder unbefangene Leser muß durch die Lektüre dieses Werkes, wenn nicht überzeugt, so doch, was wichtiger ist, zu eigenem Nachdenken angeleitet werden. Deshalb kann ich dem Herausgeber nur beistimmen, wenn er meint, daß sich das Buch dazu eignet »schon in den oberen Klassen unserer höheren Schulen als Lehrbuch und Unterlage philosophischen Unterrichts gebraucht zu werden. Gewissermaßen als Ergänzung zu dem Vorigen hat der gleiche Herausgeber ebenfalls bei Hendel die *Vorlesungen über das Wesen der Philosophie* von Heinrich Schmid neu ediert. Schmid war der Sohn des bekannten Kantsehülers K. Ch. E. Schmid und selbst, wie Apelt, ein Schüler von Fries. Er will mit diesem Buch eine Einleitung in die Philosophie geben; er verfällt aber nicht in den so häufigen Fehler solcher Einleitungen, um ja nicht in den Verdacht der Parteilichkeit zu kommen, dem Lernenden die verwirrende Mannigfaltigkeit der philosophischen Ansichten ohne Kritik

vorzuführen, sondern unbeschadet der gerechten Würdigung fremder Meinungen verleugnet er doch die eigene nicht. Vor allem aber kommt es ihm darauf an den Leser zum Selbstdenken anzuleiten, in dem Vertrauen, daß er dann schon von selbst den richtigen Standpunkt finden wird.

× **Kurze Chronik** In Sommersemester haben sich für Philosophie habilitiert: in Erlangen Dr. Mendelssohn-Bartholdy, in Marburg Dr. Horst, in Rostock Dr. Schlick, in Breslau Dr. J. Guttmann. × Die folgenden Neubesetzungen von Lehrstühlen fanden statt: Professor Schneider aus München geht nach Freiburg, Professor Heinrich Maier aus Tübingen nach Göttingen; nach Jena wurde Dr. Bruno Bauch, bisher Privatdozent in Halle, berufen.

× **Literatur** In der Krönerschen Taschenausgabe erschien *Epikurs Philosophie der Lebensfreude* von Dr. H. Schmidt. Der bekannte Monistenführer bringt hier die nach seiner Ansicht auch für uns wertvollen Elemente der epikureischen Philosophie in gewandter Form zur Darstellung. Auf eine philosophiegeschichtliche Einleitung über Epikur und seine Schule folgt zunächst eine allgemeine Charakteristik seiner Lehre und dann eine Darstellung seiner Erkenntnistheorie, Naturphilosophie und Ethik mit dem *Zwischenspiel* über die Götter, die ja in dem System Epikurs einen Fremdkörper zu bilden scheinen. Zur Erklärung dieser Erscheinung beruft sich der Verfasser auf F. A. Lange und Nietzsche. × Ein *Philosophenlexikon*, in Lieferungen erscheinend, hat Rudolf Eisler herauszugeben begonnen (Berlin, Mittler). Das Werk, das als Ergänzung des vom selben Verfasser herausgegebenen *Philosophischen Wörterbuchs* gedacht ist, führt die Philosophen in lexikalischer Anordnung auf. Von jedem Philosophen werden die hauptsächlichsten biographischen Daten angeführt, dann wird seine Lehre je nach der ihm vom Verfasser zugeschriebenen Bedeutung mehr oder weniger ausführlich charakterisiert, seine eventuelle Schulzugehörigkeit angegeben, und schließlich werden seine Schriften sowie die wichtigste Literatur über ihn aufgeführt. Trotz kleiner unvermeidlicher Mängel dürfte sich das Buch als Nachschlagewerk, besonders auch für Studierende und Schriftsteller, bewähren.

Naturwissenschaften / Frida Ichak

Materie Die Radioaktivität hat wieder eine uralte Frage in den Vordergrund gerückt: die nach der Einheit der Materie. Am Anfang des 19. Jahrhunderts wollte der englische Chemiker Prout den Wasserstoff für den Urstoff erklären. Er glaubte beweisen zu können, daß die Atomgewichte aller Elemente, bezogen auf Wasserstoff als Einheit, ganze Zahlen seien. Spätere genaue Atomgewichtsbestimmungen, die zur Begründung der Proutschen Hypothese unternommen wurden, namentlich die von Stas, haben jedoch ihre Unhaltbarkeit ergeben. In der modernen Elektronentheorie schien wieder eine Möglichkeit gegeben zu sein die Einheit der Materie zu fassen, indem die Atome aller Elemente in Ur-elemente oder Elektronen zerlegt wurden; weiter als über die ersten Ansätze kam aber diese Theorie nicht hinaus. Nun unternimmt es der Russe Nikolaj Morosow (*Die Evolution der Materie auf den Himmelskörpern* / Dresden, Steinkopff/), der in seinem Vaterland als Freiheitskämpfer und geistvoller Gelehrter gleich berühmt ist, eine neue Erklärung des periodischen Systems der Elemente zu geben. Er geht, ebenso wie die Vertreter der Desintegrationstheorie des Radiums, von der Unstabilität der Elemente aus und sieht den Stoff als Produkt einer langen Evolution an, an deren einem Ende der Äther, respektive die Elektronen, und an deren anderem Ende die jetzt auf der Erde vorhandenen Elemente stehen. Die Spektralanalyse der meisten Nebel, die nach der Nebularhypothese als Material zum Aufbau der Himmelskörper dienen, weist einige charakteristische Linien auf. Die eine davon rührt von dem sogenannten *Protowasserstoff* her, von Lockyer so genannt, weil »seine Atome noch vollständig ausgebildet« seien. Ähnlich dem Protowasserstoff nimmt Morosow zwei weitere Protoelemente an: das Protohelium und das Nebulium oder Archonium. Diese Elemente sollen nur in den kosmischen Nebeln vorkommen; sobald sich im Nebel Gestirne zu bilden anfangen, verschwindet das Archonium, und Protohelium und Protowasserstoff gehen in einfaches Helium und Wasserstoff über. Dem Archonium gibt Morosow ein Atomgewicht 4, dem Protohelium 2, das Atomgewicht des Protowasserstoffs soll geringer sein als das

des normalen Wasserstoffs, also etwas kleiner als 1. Durch die Kombination dieser 3 Urelemente erhält Morosow eine Tafel aller vorhandenen Elemente; so zum Beispiel, indem er das Atom des chemisch 8wertigen Archoniums mit je 1, 2, 3, bis 8 Atomen Protohelium paart, erhält er Elemente mit den Atomgewichten 6, 8, 10 bis 20, oder, mit anderen Worten, die erste Reihe des periodischen Systems: Lithium, Beryllium, Bor, Kohlenstoff, Stickstoff, Sauerstoff, Fluor, Neon. Einige Elemente dieser Reihe müssen jedoch sich noch im *unfertigen* Zustand befinden, so zum Beispiel das Lithium, denn sein jetziges Atomgewicht ist nicht 6 sondern 7. Durch Hinzufügen eines Atoms Protowasserstoff leitet Morosow das wirkliche Lithium von dem Protolithium ab. Das Verfahren, nach dem er die Elemente aus den 3 Protoelementen aufbaut, entspricht der Methode der organischen Chemie. Durch Anhängen von Protowasserstoff und Protohelium an ein oder mehrere Atome Archonium gelangt Morosow nach und nach zu allen Elementen. Dabei ergeben sich Erscheinungen wie wechselnde chemische Valenz oder die Bildung des Heliums aus Radium einfach als Folge einer veränderten Kombination der Grundelemente. Es muß jedoch bemerkt werden, daß das Morosowsche Strukturbild der Elemente keineswegs einfach ist. Dieses System der *Archohelide* ist nicht instande irgendwelche praktische Resultate zu ergeben. Interessant an der Hypothese ist lediglich der Weg, den sie einschlägt. Sie schreitet weiter als die Stereochemie, die das Molekül als räumliches Gebilde betrachtet, und geht von der Statik der Atomlehre zu einer Dynamik über.

× **Züchtung organischen Gewebes** ×
 Ein neues Licht auf das Wesen des Wachstums tierischen Körpergewebes werden Versuche, die in den letzten Jahren von einigen amerikanischen Physiologen angestellt werden. Schon 1907 hat Harrison von der *John Hopkins-Universität* gezeigt, daß das Zentralnervensystem eines Froschembryos, in einen Tropfen gerinnbarer Lymphe gebracht, sich darin weiter entwickelt und lange Nervenfasern erzeugt. In Verfolg dieser Untersuchungsmethode haben nun am *Rockefellerinstitut* Carrel und seine Mitarbeiter Burrow und Ruth weitere Wachstumsexperimente mit dem Gewebe erwachsener Tiere unternommen. Die Unter-

suchungstechnik hat viel Ähnlichkeit mit der in der Bakteriologie angewandten. Als Nährboden gebraucht man Blutplasma oder Serum oder auch künstliche Lösungen mit und ohne Zusatz von Bouillon und Agar. Das Plasma stammt vom Tier her, das das Gewebe liefert, kann aber auch von einem fremden Tier herühren. Die Gewebestücke, die dem Tier während des Lebens oder unmittelbar nach dem Tod entnommen werden, werden auf den Nährboden gebracht und bei Körpertemperatur aufbewahrt. Stammt die Kultur von einem reifen normalen Gewebe, so macht die Aussaat zuerst eine Zeit der Unbeweglichkeit durch, die 1 bis 4 Tage dauert. Bei embryonalen Geweben und Bruchstücken von pathologischen Geschwülsten ist die latente Periode sehr kurz. Durch Teilung und Vermehrung der Zellen fängt das Gewebe an sich zu entwickeln; nach allen Seiten des Gewebestücks gehen neue Zellen aus, das Gewebe wächst förmlich in seine Umgebung hinein. Dieses Wachstum geht außerordentlich lebhaft vor sich, so daß zum Beispiel in einer künstlich gezüchteten Milzkultur nach Verlauf von 27 Stunden die von den neuentstandenen Zellen eingenommene Fläche 40mal größer war als das ursprüngliche Milzfragment. Auf das Wachstum folgt eine Zeit des Wachstumsstillstands und schließlich der Tod, der wesentlich hinausgeschoben werden kann, wenn man die Kultur auf neuen Nährboden überträgt. Carrel und seine Mitarbeiter haben diese Versuche erheblich variiert. Ja noch mehr: Sie haben Hautstückchen *in vitro* gezüchtet, denen in der Mitte kleine Wunden beigebracht wurden. Die Wunde heilt im Glas, und man kann im Mikroskop alle Phasen der Vernalung deutlich beobachten. Diese letzteren Experimente zeigen, welche große Bedeutung unter anderem die Carrel'schen Versuche für die Pathologie der Geschwülste, mithin auch für die Krebsforschung haben können. Die neue Methode bedeutet so viel wie die Möglichkeit außerhalb des Körpers den Wachstumsprozeß des krankhaften Gewebes zu beobachten und an ihm die Heilmittel zu erproben.

× **Kurze Chronik** Am 21. Mai starb in Boston die Astronomin **Williamina Fleming**, die das Amt des Kurators der astronomischen Photographieen an der *Harvard Sternwarte* bekleidete. Zu ihren Arbeiten

gehört ein Sternspektrenkatalog, der über 10 000 Sternspektren umfaßt; ferner entdeckte sie über 300 veränderliche und 10 neue Sterne. × Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin hat aus Mitteln der Böttingerschen Stiftung ein radioaktives Thoriumpräparat von Dr. O. Hahn erworben; dieses soll an deutsche Forscher verliehen werden. × Auf der Jahresversammlung des *Vereins deutscher Chemiker* wurde von Professor His der Vorschlag gemacht eine Kontrollstelle für Radiumpräparate zu schaffen, die zum Zweck haben soll zahlreiche bereits vorkommende Schwindereien im Radiumhandel zu verhüten. × Die Berliner Akademie der Wissenschaften hat folgende Preisaußgabe erneuert: »Der Entwicklungsgang einer oder mehrerer Ustiloginien soll möglichst lückenlos verfolgt werden, wobei besonders auf die Überwinterung der Sporen und Myzelien Rücksicht zu nehmen ist.« Der Preis beträgt 2000 Mark.

× **Literatur** Ein besonders nützlich Werk ist das *Jahrbuch der Naturwissenschaften*, unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben von Dr. Joseph Plafmann /Freiburg, Herder/. Der 450 Seiten starke Band für 1909-1910 behandelt alle Gebiete der exakten, beschreibenden und angewandten Naturwissenschaft in einzelnen Aufsätzen. Ohne sich bei den einzelnen Problemen allzulange aufzuhalten, bekommt der Leser eine ziemlich genaue Vorstellung von dem Arbeitsgebiet und den Fortschritten der behandelten Disziplin im genannten Zeitabschnitt. Am besten geglückt scheint in diesem Sammelwerk der Abschnitt *Physik* zu sein, der Professor Konen zum Bearbeiter hat. Hier wird nicht nur eine Übersicht des rein Tatsächlichen gegeben, sondern es werden auch die allgemeinen Gesichtspunkte gewiesen, nach denen die Physik der letzten Jahre gearbeitet hat, wie das Relativitätsprinzip, die Lichttheorien etc. Die Abschnitte *Zoologie* und *Botanik* beschränken sich dagegen mehr auf die Berichterstattung einzelner Arbeiten und Probleme und verzichten auf eine theoretische Anleitung des Lesers.

Psychologie / Otto Bobertag

Geopsychologie Die Gesamtheit der Einwirkungen von Wetter, Klima und Landschaft auf das Seelenleben hat neuerdings zum ersten-

mal W. Hellpach zum Gegenstand einer systematischen Untersuchung gemacht, deren Resultate er in einem Buch *Die geopsychischen Erscheinungen* /Leipzig, Engelmann/ niedergelegt hat. Man muß dem Verfasser recht geben, wenn er in der Einleitung zu seinem Werk die Aktualität der geopsychischen Fragestellung, und zwar in theoretischer wie in praktischer Hinsicht, betont. In theoretischer: da es für alle völkerpsychologische Arbeit notwendig sei den eigentlich sozialpsychologischen Anteil von dem nichtsozialpsychologischen zu trennen, der seinerseits in einen anthropopsychischen (die psychophysische Anlage der Völker, ihre Rasse behandelnden) und einen geopsychologischen Teil zerfällt. In praktischer: da einerseits gewisse Wendungen im Lebensstil der Kulturvölker, gebunden an das Vordringen der städtischen, namentlich der groß- und weltstädtischen Zivilisation, einen immer wachsenden Drang erzeugt haben klimatische und landschaftliche Faktoren der körperlichen und seelischen Erholung dienbar zu machen (Klimatotherapie etc.), andererseits die soziale und politische Entwicklung die Menschen in zunehmendem Maß gezwungen hat sich ihr Leben unter ungewohnten klimatischen und landschaftlichen Bedingungen einzurichten, so daß für die Beziehungen zwischen Mensch und Erde gegenwärtig ein weitverbreitetes und lebhaftes Interesse herrscht.

Aus der Gesamtheit dieser Beziehungen scheidet Hellpach zunächst eine engere Gruppe aus, die allein den Gegenstand seiner Untersuchung ausmacht, nämlich die unmittelbaren Einwirkungen, die von der Beschaffenheit der Atmosphäre, die uns umgibt, und des Bodens, auf dem wir leben, auf das Seelenleben ausgeübt werden. Sie müssen wieder in 2 Hauptgruppen eingeteilt werden; in der 1. Gruppe handelt es sich um tonische Einflüsse: Wirkungen atmosphärischer Erscheinungen auf das zentrale Nervensystem und damit auf die Seele, durch physikalisch-chemische Beeinflussung der Gewebespannung und des Stoffwechsels; in der 2. um sinnliche Eindrücke: Erzeugung von Gemütsstimmungen durch sinnliche Wahrnehmungen (Landschaft).

In dem 1. Hauptabschnitt des Buches, *Wetter und Seelenleben*, beginnt Hellpach mit den seelischen Wirkungen der Wetterformen, wie die vulgäre Erfahrung sie überliefert: Gewitter, Schneefall,

Wetterwechsel überhaupt etc. Auf dem Weg der meteorologischen Analyse ergeben sich aus den Wetterformen die Wetterelemente, und zwar 1. die atmosphärischen Elemente: Lufttemperatur, -bewegung, -zusammensetzung, -feuchtigkeit, -druck, -elektrizität, -durchstrahlung; 2. die tellurischen Elemente: Erdtemperatur, -bewegung, -elektromagnetismus, -zusammensetzung, -feuchtigkeit. Da die Wetterelemente niemals isoliert gegeben sind, so läßt sich ihre Wirkung nicht beobachten sondern nur durch Vergleichung und Aussonderung erschließen, wobei als eine Hauptfehlerquelle der Umstand zu vermeiden ist, daß für die tonische Wirkung einer Wetterform das sinnlich am stärksten sich aufdrängende Wetterelement verantwortlich gemacht wird. Von den vielen geopsychologischen Spezialproblemen, die Hellpach im Lauf seiner Untersuchung über die Wetterelemente berührt, nenne ich hier nur die folgenden: Beziehung zwischen sogenannter *strahlender* und Luftwärme in ihrer Wirkung auf den Menschen; Bestehen von einander abweichender Differenzoptima zwischen der unsern Körper unter den Kleidern und der den freien Kopf umgebenden Temperatur für geistige Leistungen, für psychomotorische Leistungen und für Wohlfinden bei physischer und geistiger Ruhe; Erfrierungstod; *frische* und *verdorbene* Luft; Bedeutung der absoluten und der relativen Luftfeuchtigkeit für das Wohlfinden; Bergkrankheit als Folge der Luftdruckverminderung; Mondsüchtigkeit und Nachtwandeln; Seekrankheit; Problem der Wünschelrute.

Der 2. Hauptabschnitt des Buches, betitelt *Klima und Seelenleben*, behandelt zunächst die Frage, wie sich die Änderungen des Jahresklimas im seelischen Befinden äußern; hier werden, entsprechend ihrer seelischen Reaktion auf die verschiedenen Klimaarten, 4 klimatopsychische Typen unterschieden: Kontrast-, Ausgleichs-, Wärme- und Kühlemenschen. Daran schließt sich die Erörterung der verschiedenen Formen seelischer Veränderungen, die sich, im Anschluß an den Ortswechsel, aus dem Klimawechsel ergeben, bei dem 4 Hauptrichtungen zu unterscheiden sind: aus dem gemäßigten in das arktische und subarktische, in das tropische und subtropische Klima, aus dem Binnen- ins Secklima und umgekehrt, aus dem Berg- ins Tieflandklima und umgekehrt. In dem Kapitel über

seelische Akklimatisation wird diese definiert als Erreichung eines Zustands in einem neuen Klima, der seelisches Wohlbefinden mindestens im früher gewohnten Maß verbürgt und Änderungen der objektiven Beschaffenheit nur so weit umschließt als damit die Grenzen des seelisch Gesunden nicht überschritten werden. Die hier zur Diskussion stehenden 3 Teilprobleme sind: die Gewöhnung ans Klima, die Umbildung seelischer Eigenschaften durchs Klima und die seelische Abnormisierung durchs Klima. Von besonderem Interesse ist dann die Untersuchung über klimatische und seelische Perioden, der die Fragestellung zugrunde liegt, ob und wie weit die seelische Periodik eine Wirkung der klimatischen ist. Bei der Tagesperiodik des Seelenlebens kommen folgende Themata in Betracht: Wachen und Schlaf, die normale Schlaftiefenkurve, der Tagesgang der geistigen Arbeit und die *abnormen Tagesperioden* (Morgen- und Abendarbeiter); bei der Jahresperiodik: Jahreskurve der normalen geschlechtlichen Triebsschwankungen, der Selbstmorde, Sexualverbrechen und Psychosen (die Scheitelpunkte dieser 3 Kurven fallen im Mai und Juni zusammen), Jahresschwankungen der Zyklopathen und Nervösen, Jahresschwankung der geistigen Arbeit. Bei allen diesen Fragen wird die Unterscheidung einer Eigenperiodik und einer Außenperiodik von Wichtigkeit: die einmal durch äußere klimatische Einwirkungen auf den Organismus von diesem erworbene Eigenperiodik kann später auch einer mittlerweile veränderten Außenperiodik gegenüber bestehen bleiben. Durch den Gegensatz der natürlichen, und einer konventionellen oder sozialen Periodik kann gelegentlich eine Divergenz von Eigenperiodik und Klimaperiodik vorgetäuscht werden.

Der 3. und letzte Hauptabschnitt *Landschaft und Seelenleben*, beginnt mit den Landschaftselementen, das heißt den elementaren Sinneswahrnehmungen, die den Gesamteindruck *Landschaft* seelisch konstituieren: Farben (einschließlich Farbenkontrast und -induktion usw.) und Formen, deren Gemütswirksamkeit hinter derjenigen der Farben weit zurückbleibt, aber beim Übergang von der Ruhe zur Bewegtheit merklich gewinnt; ferner Töne und Geräusche, Gerüche und Hautsinnesreize. Im Bereich dieser Empfindungen geschieht es, daß landschaftliche und meteorisch-klimatische Wirkung am

dichtesten zueinandertreten und schließlich ohne rechte Grenze ineinander spielen. Es folgt dann ein Kapitel über Landschaftsbilder und Landschaftscharaktere, in dem sich mancher wertvolle Beitrag zur elementaren Ästhetik findet. Hellpach spricht hier von einer »Synthese des Landschaftsbildes« und schildert, wie die einzelnen Eigenschaften der Landschaft, durch die der naiv empfindende Mensch einfach angezogen oder abgestoßen wird, durch sensitivere, phantasiereichere Naturen zu einem stimmungsmäßigen Gesamteindruck zusammengefaßt werden: landschaftliche Symbolisierung und Ethisierung. Sodann werden einige *Landschaftstypen*, das heißt Landschaftsbilder von ziemlich feststehender Wirkung auf die menschliche Seele, besprochen: sonnige Landschaft, Aussicht, Berg und Tal, Abenddämmerung, Spätherbst, exotische Landschaft. Ein Schlußkapitel handelt von der Landschaft in der geistigen Entwicklung: Landschaftsempfänglichkeit der Lebensalter, der Zeitalter und Einfluß der Landschaft auf Volkscharakter und Völkerschicksal. Hellpach ist hier der Ansicht, daß an dem, was die Bestimmtheit eines Volkslebens durch die Natur oder durchs Klima oder den Wohnsitz genannt wird, in zahlreichen Fällen die Eigentümlichkeit der Landschaft von wesentlich stärkerer Bedeutung ist als die des Klimas im eigentlichen Sinn. Für Volksbrauch, Volksglaube, Volksgeschmack dürfte, zwar sehr verschieden im einzelnen Fall, aber doch im großen ganzen der Landschaftseinfluß das wichtigste geopsychologische und ein neben Stammesbegabung und sozialpsychologischen Faktoren bemerkenswertes, oft vielleicht ebenbürtiges Bestimmungsstück sein.

×
KurzChronik Auf dem 1. Kongreß des Bundes für Schulreform, der vom 6. bis zum 8. Oktober in Dresden tagt, wird auch das Thema *Intelligenzproblem und Schule* behandelt werden. × Im kommenden April wird in Gießen unter der Leitung des Professors Sommer der 2. Kurs und der 1. Kongreß für Familienforschung, Vererbungslehre und Rassenhygiene stattfinden.

×
Literatur *Die Entstehung des Denkvermögens* nennt sich ein aus dem Französischen übersetztes, recht lesenswertes Buch von

Georges Bohn, das von der äußerst rührigen *Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft* herausgegeben worden ist /Leipzig, Thomas/. Vom *Denkvermögen* selbst ist darin zwar lange nicht so viel die Rede, wie man erwarten sollte, desto mehr aber von *Tierpsychologie*, in die das Buch einführen soll. Namentlich werden, durch zahlreiche Illustrationen erläutert, die interessanten Experimente Jacques Loeb's, seiner Anhänger und Gegner an niederen Tieren in sehr anregender Weise geschildert. Die Hauptrolle spielt dabei der Begriff des *Tropismus*, vermittelt dessen, als Erklärungsprinzips, der Verfasser einen scharfen Kampf gegen diejenigen führt, die in den primitivsten tierischen Lebensäußerungen bereits Wirkungen von *Willen* und *Verstand* sehen. Von den Tropismen führt dann nach der Ansicht des Verfassers die seelische Entwicklung zur Unterschiedsempfindlichkeit und zuletzt zum assoziativen Gedächtnis; erst wenn dieses vorhanden ist, darf man von Psychismus sprechen. Obwohl einige seiner psychologischen Begriffsbildungen nicht ganz einwandfrei sind, muß man das Buch zur Einführung in die Tierpsychologie durchaus empfehlen.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Eingänger

Das Geschlecht der gläubigen Erfinder, die abseits von der Heerstraße, dem Strombett, das sich die moderne Arbeiterbewegung mit innerer Notwendigkeit gegraben hat, irgendwelche verborgenen Seitenpfade entdeckt zu haben meinen, auf denen sie die Menschheit, der es noch immer an der richtigen Aufklärung gebricht, ins Land der Zukunft führen wollen, stirbt nicht aus. Jahr aus Jahr ein werden neue, oder doch mit neuen Floskeln ausgestattete Patente zur Lösung der sozialen Frage angemeldet: meist nur Erzeugnisse eines dilettantischen Doktrinarismus, zuweilen aber auch Dokumente, die bei gehäufter Unlogik durch einen Einschub temperamentvoll individueller Eigenart ein psychologisches Interesse bieten.

Als ein in seiner Naivetät kaum noch zu übertreffender Typ der ersten Sorte präsentiert sich der Schweizer Silvio Gesell mit seinem Buch *Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform* /Hauts-Geneveys, Selbstverlag/. J. Lebenswürdig bescheiden schiebt der

Verfasser das Verdienst an seiner bahnbrechenden Entdeckung »dem tollen blinden Zufalla zu, der ihn weise auf die richtige Spur leitete. Er habe schlicht und einfach seine Untersuchungen begonnen und in den Hauptzügen durchgeführt »ohne einen Führer und ohne [hier ist der glückliche Zufall] eine Ahnung davon zu haben, daß es in der Welt ein Wertproblem gibt«. Und siehe da, das Wertproblem, jenes »geheimnisvolle Wesen der Volkswirtschaftslehre«, ist ihm auf allen seinen Wegen »nicht begegnet«, und hierdurch ist nun nach Silvio Gesell auch der Beweis erbracht, daß jenes Kreuz, mit dem die Ökonomen sich so quälen, ein bloßes »Phantasiagespinnst, eine Bierhalluzination, ein Spuk, ein sinnloser Laut ist«. Wer nicht fragt, braucht sich auch nicht um Lösungen zu sorgen. Diese verblüffend einfache Einsicht bildet die Eingangspforte zu dem nicht weniger verblüffend einfachen System. Wenn es dem Verkäufer heutzutage so schwer fällt für seine Ware den Käufer zu finden, wenn Absatzschwierigkeiten die freie Entfaltung der Produktion und des Konsums überall verhängnisvoll einschütern, so kann daran, erklärt der Überwinder des *Wertproblems*, nur die allzu große Annehmlichkeit der Geldware, des Goldes schuld sein. Man führe ein Geld ein, das sich durch irgendeine recht fatale Eigenschaft auszeichnet, und die Überlegenheit der geldbesitzenden Käufer, die Wurzel aller Absatzkrisen, wird verschwinden, der Austausch sich unter allgemeiner Harmonie vollziehen. Wie aber bringt man diese erlösende Kalamität ins Geld hinein? Der Staat ersetzt seine Währung durch jährliche Ausgabe von uneinlöslichen Papiergeldscheinen und verfügt dabei, daß diese von Monat zu Monat um so und so viel an Kurswert einbüßen! Wird da noch jemand Geld aufhäufen wollen? Wird da nicht jeder trachten es so bald wie möglich gegen Konsummittel loszuwerden? Werden da also die Käufer nicht eben so eifrig hinter den Verkäufern wie diese hinter jenen her sein, so daß infolge dieses vereinigten Bemühens der Umsatz glatt und elegant im Handumdrehen zum Heil aller Welt) erfolgt? Ein wenig Pffiffigkeit und allen ist geholfen. Der abgründige, schon von Marx gebührend gekennzeichnete Unsinn, der in Proudhons konfusser Polemik gegen das Geld und in seinen Tauschbankideen steckt, hätte von keinem böswilligen Parodisten

schlagender verspottet werden können als durch diese neue Utopie.

Ästhetisch liegt zwischen dem dicken Gesellschaften Opus und Gustav Landauers *Aufruf zum Sozialismus* /Berlin, *Sozialistischer Bund*/ eine Welt. In klangvollerer Rhetorik, mit schwungvoll begeisterten Prophetenworten ist selten der Glaube an eine soziale Panacee verkündet worden als durch ihn. Um so lebhafter muß man bedauern, daß dieser feurige Wille, diese große agitatorische Kraft sich in maßlos eigensinniger Subjektivität um jede Möglichkeit einer fruchtbaren Wirkung bringt. Der Haß, in den er sich gegen den Marxismus hineingearbeitet hat, macht ihn vollkommen blind. Die haarsträubendsten Übertreibungen und Sophismen sind ihm nicht zu schlecht, wenn sich daraus nur Waffen gegen diesen Erbfeind schmieden lassen. Seit Schopenhauer hat kaum jemand so erfinderisch geschimpft. Der großartige Marxsche Versuch den Sozialismus in innere Verbindung zu einer ökonomisch fundamentierten sozialgeschichtlichen Entwicklungsansicht zu setzen, die sozialistische Bewegung als eine durch die kapitalistische Wirklichkeit in ihren Zielen, Mitteln und Erfolgsaussichten bedingte und so in diesem Sinn als eine geschichtliche Notwendigkeit zu begreifen gilt ihm nur als der fratzenhafte Ausdruck blind gläubigen Dogmenfanatismus, als ein Popanz und Reizmittel zu immer neuen rhetorischen Entrüstungsexerzitien. Der Marxismus, das ist »der Philister, der Professor . . . ein negierender, zersetzender und lähmender Appell an die Ohnmacht, die Willenlosigkeit und die Ergebung in das Geschehenlassen. . . Wozu denn noch leben, wenn wir wüßten, aber auch wirklich wüßten, was kommt? . . . Heißt denn nicht leben neu werden, . . . sind wir denn Leser oder Zuschauer? Oder nicht vielmehr der schreitende Fuß und die packende Hand, der Wirkende und nicht das Bewirkte? . . . O ihr Marxisten, wenn ihr auch nur für euer privates Leben Fülle und Lebensfreude hättet, wolltet und könntet ihr das Leben nicht zur Wissenschaft machen wollen.« Von Anfang bis zum Ende wimmelt es von solchen logischen Sottisen und Donquixoteschwerthieben in die leere Luft. Nicht minder unausstehlich als die Marxisten sind ihm natürlich die »Einzelheiterkramer des Revisionismus«. Alle entbehren sie des »Geistes«. Ein tönendes Wort, in dem

allerhand Reminiszenzen an Constantin Brunners ebenso verschwommene wie stilistisch glänzend vorgetragene *Lehre von den Geistigen und vom Volk* /Berlin, Schnabel/ nachklingen, ein Buch, das Landauer bei dem Erscheinen wie eine Art von Offenbarung pries. Sein Schlachtroß ist der Pegasus, sein Sozialismus das Reich, in dem die blaue Blume der Romantik blüht. »Wir sind Dichter«, jubiliert er, »und die Wissenschaftsschwindler, die Marxisten, die Kalten, die Hohlen, die Geistlosen wollen wir wegräumen, damit das dichterische Schauen, das künstlerisch konzentrierte Gestalten, der Enthusiasmus und die Prophetie ihre Stätte finden.«

Und wo landet er nach diesem schwärmenden Ekstasenrausch? Dicht neben dem hausbacken wackern Schweizer, der nach eigenem Zeugnis den gesellschaftserlösenden Einfall seiner theoretischen Jungfräulichkeit und dem Zufall verdankt. Proudhon ist Landauers Prophet, und Herr Gesell gilt ihm als einer der Apostel für des Meisters Lehren. »Das Geld«, heißt es bei Landauer, »ist der zum lebendigen Ding, zum Unding gewordene Geist, der zum Wahnsinn gewordene Sinn unseres Lebens.« Und woher hat es seine verhängnisvolle Ausnahmestellung? Durch seine »Unverbrauchbarkeit, sein Nichtverschwinden im Konsum«. »Sehr wertvolle«, sagt er wörtlich, »sind darum die Vorschläge, die Silvio Gesell gemacht hat, um ein Geld zu finden, das nicht wie heute mit den Jahren an Wert gewinnt sondern umgekehrt von Anfang an progressiv an Wert verliert.« So offenbart sich jener »Geist«, der den marxistischen Dogmatismus auflöst, die »Fähigkeit des Allgemeinen«, des großzügigen intuitiven Ineinschauens. Die anderen Heilmittel, mit denen der Prophet der kranken Menschheit auf die Beine helfen möchte, sind ungefähr von gleichem Wert. Der Dichter schließt sein Auge und überwindet durch sein Nichtsehen — wie Silvio Gesell das Wertproblem — die ganze große Industrie. »Grundform der sozialistischen Kulture«, erklärt er einfach, »muß der Bund selbständig [1] wirtschaftender und untereinander tauschender Gemeinden sein. . . . Das Kapital, das zum Betrieb, zur Verarbeitung der Rohprodukte, zum Transport von Waren und Menschen gebraucht wird, ist in Wahrheit nichts anderes als der Gemeingeist.« Auch zu agrarisch sozialistischen Siedelungen im Gegenwarts-

staat wird aufgefordert, »die sich nach Möglichkeit vom kapitalistischen Markt abschließen sollen«. Warum dann nicht gleich lieber, wie ehemals, die Gründung kommunistischer Gemeinden im Urwald oder in den Prärien propagieren?

Zu guter Letzt erklingt ein rauschendes Finale, das das dunkle Bewußtsein von der kümmerlichen Oberflächlichkeit all dieser Argumente übertönen, in einer enthusiastischen Vision wegfeigen soll: ein Appell an alle die, denen die Enge solcher idealisierten Dorfgemeinden eigentlich am unerträglichsten sein müßte: »Grüß euch, ihr Schweifenden, ihr Rastlosen, ihr Wanderer und Landstreicher und Pflastertreter, die ihr kein Wirtschaften und kein Einfügen in diese unsere Zeit vertragen. Grüß euch, ihr Künstler, die ihr über den Zeiten gestaltet. Grüß euch, ihr Krieger aller Zeiten, die ihr nicht wolltet, daß das Leben hinter der Ofenbank verhützele usw.« Jede nähere Bestimmung und Kontur, die Landauer für seinen Sozialismus suchte, taucht wieder in die wallenden Urnebel eines poetisch-visionären Nirgendheims unter.

× **Kurze Chronik** von Charles Anders ×

Werk über den deutschen Staatssozialismus (*Les origines du socialisme d'Etat en Allemagne* /Paris, Alcan/) ist die 2. Auflage erschienen. × Die Broschüre *Das Persönliche im modernen Unternehmertum* von Kurt Wiedenfeld /Leipzig, Duncker & Humblot/ bringt — anscheinend auf Grund eigener Eindrücke — anregende Reflexionen über charakteristische Besonderheiten des Unternehmertyps in Frankreich, England, Nordamerika und Deutschland. × Eine Arbeit *Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre* in den *Freiburger Volkswirtschaftlichen Abhandlungen* /Karlsruhe, Braun/ von Carl Ergang gibt, mit den Merkantilisten beginnend, einen instruktiven Überblick der Beurteilungen, die die Wirkung des Maschinenwesens in der ökonomischen Literatur namentlich Englands gefunden hat. Den Abschluß des historischen Teils bildet ein Kapitel über Sismondi und Marx. × Auf das Preiszuschreiben mit dem Thema *Einflüsse der klassischen Philosophie Deutschlands auf die deutsche Wirtschaftswissenschaft im 19. Jahrhundert* sind bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität

Freiburg 3 Arbeiten eingelaufen, von denen aber keiner der Preis zuerkannt wurde.

× **Literatur** ×

In seinem Buch *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* /Leipzig, Klinkhardt/ hat Robert Michels ein reiches Material zusammengetragen und es, auch wo er zum Widerspruch herausfordert, in anziehend interessanter Weise gruppiert. Seine Ausführungen, daß eine große Reihe sachlich begründeter Faktoren wie auch rein psychische Momente dahin wirken die Macht der gewählten, im Beruf oder Nebenberuf parteipolitischen Vertrauensmänner und der Führer der Masse der Parteimitglieder gegenüber dauernd zu verstärken, stehen in Parallele zu den Tendenzen, die die Webbs in ihrem bekannten Buch *Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine* schildern. Je mehr eine Bewegung ins Breite wächst, um so mehr Vollmachten und Entscheidungen muß sie an gewählte Funktionäre und Delegationen übertragen. Indessen schätzt der Autor die Gefahren, die damit verbunden sind, zweifellos zu schwer und auch direkt unrichtig ein (siehe darüber auch Kampffmeyer *Arbeiterdemokratie* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1180 ff.). An Kontrolle der Erwählten durch die Massen fehlt es vorläufig in Deutschland gewiß nicht. Daher ist nicht zu befürchten, daß der demokratische Charakter der Bewegung durch die Führer Schaden leidet.

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Japaner Die abgrundtiefe Differenz zwischen dem Denken und Empfinden des Europäers und des Ostasiaten erschließt uns das feinsinnige Buch Percival Lowells *Die Seele des fernen Ostens* /Jena, Diederichs/. Etwas ganz Unpersönliches liegt im Wesen des Ostasiaten, und diese Unpersönlichkeit prägt sich in der ganzen sozialen Organisation des Ostasiaten, namentlich in der Struktur seiner Familie und dann in seinem ganzen Denken und Fühlen und in seiner Sprache aus. Der japanische Neugeborene erfreut sich nicht der persönlichen Ehre eines Geburtstags sondern nur der unpersönlichen des Geburtsjahrs. Zu dem Knaben redet aus allen Schulbüchern die absolute Pflicht sich für die Familie, namentlich für deren Oberhaupt, aufzuopfern. In einer der

Schulbuchgeschichten läßt sich ein Japaner von seiner Frau scheiden, nur weil sie ihren harmlosen Scherz mit den hölzernen Abbildern seiner Eltern trieb. Der Knabe wächst zum Mann heran, und er, dem als Ostasiaten die individuelle Geschlechtsliebe fernblieb, wird von seinen Eltern verheiratet. »Das Heiraten ist so eine Art Kapitalsanlage der gegenwärtigen Familie für die kommende, wobei die jeweiligen Partner bloß Figuranten bei der Sache sind.« Wird der Japaner dann zum Familienhaupt emporgehoben, so ist er damit nicht der Hörigkeit der Familie entrückt. Zwischen den Familien der Vergangenheit und der unendlichen Reihe der kommenden Familien steht er als vorübergehende Erscheinung da. »In diesem sozialen Kosmos gibt es für etwas so Absonderliches wie das *Ego* absolut keinen Raum.«

Dem Unpersönlichen, diesem eigentlichen Wesen der Seele des fernen Ostens, spürt Lowell nun in der Sprache des Japaners nach. Der japanischen Sprache fehlen alle persönlichen Fürwörter, das *Ich* macht sich »bloß durch seine Abwesenheit bemerkbar«, und das *Du* ist vollkommen unterdrückt. Im Gespräch ist das Persönliche durch unpersönliche allgemeine Höflichkeitsfloskeln verdrängt. Die Unpersönlichkeit offenbart sich selbst im Zahlensystem. »Grammatikalisch ist die Zahl im fernen Osten nicht anerkannt. Etwas derartiges wie Pluralformen existiert bei ihnen nicht.«

Der Japaner lebt und webt in der Kunst, und dem eingeborenen künstlerischen Anschauen und Gestalten des Ostasiaten hat Lowell in hinreißend begeisterten Zeilen Ausdruck verliehen. Wir sehen ein ganzes Volk vom Kaiser bis zum Kuli herunter dem schwärmerischen Kultus der Natur und Kunst hingeben. Nicht auf einer gewissen materiellen Überfülle erblüht diese Kunst, sie ist nicht das kurzlebige Luxusprodukt eines gesättigten, reichen Wirtschaftslebens, sondern sie ist eine ursprüngliche Betätigung der ostasiatischen Seele, und wir verspüren sie in der Existenz selbst des Allerärmsten. Künstlerische Anschauung ist bei dem »Fernorientalen . . . ein Instinkt, dem er sich intuitiv hingibt, und für den er die Begabung zahlloser Generationen erbt hat. Er ist Künstler durch und durch, von den Fingerspitzen bis zu den Zehenspitzen, in deren Gebrauch er erstaunlich gewandt ist. So bewunderns-

würdig jedoch seine manuelle Geschicklichkeit sein mag, muß man seine geistige Höhe noch mehr bewundern, denn er ist künstlerisch bis zur Vollendung.« Und doch spricht Lowell diesem kunstbegeisterten Volk die Einbildungskraft ab. Kunst und Einbildungskraft sind nach Lowell nicht notwendig mit einander verbunden. Welterobernd war bei den Ostasiaten der Geschmack, »Geschmack und Feinheit der Beobachtung haben absolut nichts mit Einbildungskraft zu tun«. Der Satz Lowells von der fehlenden Einbildungskraft des Ostasiaten ist zweifellos recht anfechtbar. Es ist unerfindlich, wie der ausgesprochen humoristische Zug der japanischen Malerei ohne starke Betätigung der Einbildungskraft zustande kommen kann. Aus der mangelnden Einbildungskraft des Ostasiaten folgert aber Lowell weiter dessen fehlende Begabung für die Wissenschaft. Mit dem Pulver revolutionierte der Ostasiate nicht wissenschaftlich-technisch die Welt, sondern er produzierte mit ihm nur kunstvolle Feuerwerke. Schießpulver, Kompaß, bewegliche Typen waren nach dem ebenfalls sehr angreifbaren Satz von Lowell nicht Ergebnisse der Wissenschaft sondern der Künste.

Nach seiner feinsinnigen Analyse der unpersönlichen ostasiatischen Seele führt Lowell den sprichwörtlich gewordenen chinesischen Konservatismus auf dieses unpersönliche Moment zurück. Nur im Individualismus liegt nach ihm die Triebkraft zur Entwicklung zu höheren Menschheitszielen, und die Unpersönlichkeit ist mit dem Untergang bedroht. Und diesen Untergang kündigt Lowell der Welt der Ostasiaten an, wenn in ihr nicht die »neueingeführten Ideen« Wurzel schlagen.

Indes, gerade von dieser Seite scheint dem fernen Osten die Vernichtung nicht zu drohen, denn mit rapider Schnelligkeit senken sich westeuropäische Ideen in den ostasiatischen Boden. Erst seit dem Jahr 1868 hat Japan die Bahnen der europäischen Länder betreten, und in kaum 35 Jahren schoß es zu einer neuzeitlichen Macht empor. Und was es selbst durch die Aneignung gigantischer Massen technisch-ökonomischer Kenntnisse in der Überwindung weißer Männer leistete, das beweisen die dramatisch wuchtigen Schilderungen Karl Larsens (*Japan im Kampf* / Frankfurt, Rütten & Loening/). Aber die todesmutige Hingabe der Japaner im Kampf mit Rußland zeigt

zugleich, daß noch das in der ostasiatischen Psyche lebendig ist, dessen eigenartiges Wesen Lowell so tageshell beleuchtete: das Unpersönliche, das Gebundensein an Familie, Rasse, an die Vergangenheit und an die Zukunft der Geschlechter. Im Unpersönlichen ist nicht nur — und das übersah Lowell — ein Moment der Niederlage sondern auch des Sieges gegeben. Und wir können hier nicht entscheiden, wie es zum Triumph Japans über Rußland mitgewirkt hat. Im Hinblick auf die heroischen Kämpfe Japans, an dessen Pforten 1853 der Westen mit seinen Ideen anklopfte, fragt Larsen jetzt mit Recht: Wie hat jetzt Japan bei uns angeklopft?

×
Ancien régime

In dem stehenden faulen Sumpf des untergehenden *ancien régime* gediehen soziale Schmarotzerexistenzen vortrefflich. Der ersten Arbeit entfremdet, führte die alte Gesellschaft eine rein spielerische Existenz, und aus dieser gewannen leichtsinnige Lebensspieler überreichliche Mittel für eine luxuriöse Lebensführung. In den *Denkwürdigkeiten* Giacomo Casanovas, die jetzt Hans Landsberg in 2 prächtigen Bänden herausgegeben hat, /Berlin, Panverlag/ spiegelt sich ein Stück jener leichtlebigen, ethisch-materialistischen Weltanschauung wieder, mit der die alte Gesellschaft fast heiter tändelnd ihrer Götterdämmerung entgegenschritt. Mit den schwersten Ungewittern war die soziale Atmosphäre der Zeit geladen, und doch verspürt man in den Memoiren Casanovas kaum etwas von einem schwülen, eine nahe Katastrophe kündenden Hauch. Der große Weltumwälzer Rousseau, den Casanova persönlich aufsuchte, wird bei ihm zu einer komisch bäuerischen, manierlosen Person, und als aalglatter, oberflächlicher Höfling schreibt er das Urteil nieder: »Rousseau schien uns nicht das zu sein, was man einen liebenswürdigen Menschen nennt, und da er nicht die feine Höflichkeit der guten Gesellschaft besaß, so fand ihn Madame d'Urfé roh. Wir sahen hier die Frau, mit welcher er lebte, und von welcher wir hatten sprechen hören. Als wir ihn verlassen hatten, erheiterte das sonderbare Wesen des Philosophen unsere Unterhaltung.« Seicht sind die kurzen Bemerkungen Casanovas über den *Geist* des Helvetius, kein Verständnis hat er für die Völker aufklärende und befreiende Tätigkeit Voltaires.

Er ruft in einer Unterhaltung mit Voltaire diesem Philosophen zu: »Ein Volk ohne Aberglaube würde aus Philosophen bestehen, und Philosophen wollen nicht gehorchen. Das Volk kann nur insofern glücklich sein als es gedrückt, mit Füßen getreten und an der Kette gehalten wird.« Das Weib, das doch bereits in dem letzten Lebensabschnitt Casanovas nach 1789 Revolution machte, scheint in den Memoiren dieses Zynikers ein bloßes Lustobjekt des Mannes zu sein, es ist zu einem sexuellen Amusement entmenscht. Casanovas Denken und Empfinden wurzelt ganz im Erotischen, und aus seinen derben Abenteuern erhalten wir den Eindruck, daß sich das zur feinen spielerischen Kunst erhobene Liebesleben der galanten Zeit nur auf winzige Kreise beschränkte, einen Eindruck, den uns schon die Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Bayreuth vermittelten.

Zahlreiche charakteristische Beispiele von dem im 18. Jahrhundert blühenden Geister-, Gespenster- und Zauberspekulum häuft Casanova in seinen Memoiren, namentlich in den Kapiteln, die sich mit der wunderlichen Madame d'Urfé beschäftigen. Und so sind denn die Denkwürdigkeiten des venetianischen Abenteurers ein fesselnder Ausschnitt aus dem Kulturleben des 18. Jahrhunderts.

×
Kurze Chronik Am 11. Juni wurde in Frankreich die Tausendjahrfeier der Normandie festlich begangen. Im Jahr 911 wurde der räuberische Normanne Rollo als Herzog der Normandie im Vertrag von Sainte Claire anerkannt. × Am 13. Juni fand vor 25 Jahren die bayrische Königstragödie im Starnbergersee ihren Abschluß. × Die diesjährige Hauptversammlung des *Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine* tagt am 5. und 6. September in Graz.

×
Literatur Die Memoiren Sir Hudson Lowes *Napoléon auf Sankt Helena* zeigen uns den gefesselten Korsen immer noch als Kaiser und den Gouverneur Lowe von Sankt Helena als niedrigsten Henkersknecht, der durch raffinierte Bosheit einen Großen grausam zu Tode quälte. Viele interessante Einzelzüge aus dem Gefangenleben Napoléons bringen die Denkwürdigkeiten Lowes, die in der Sammlung *Kulturgeschichtliche Doku-*

mente /Stuttgart, Schwabacher/ erschienen sind. Um den Entthronten schart sich noch ein kleiner Hof, in dem peinlich genau eine höfische Etikette beobachtet wird. Sogar ein Lowe steht unter dem Bann Napoléons. »Selbst sein gewaltiger Sturz«, so schreibt er, »bannte den Zauber nicht, und der Widerhall seiner Stimme ließ die Welt noch erbeben, als der Löwe krank und gefangen war.« Lowe wurde als Kerkermeister Napoléons der Gegenstand allgemeiner Verachtung. Er mußte England verlassen und wurde öffentlich angespien. X Die Herdersche Verlagshandlung in Freiburg hat die *Bekenntnisse* des heiligen Augustinus in 4. und 5. Auflage als handlichen und geschmackvollen kleinen Band erscheinen lassen. Das berühmte Buch wird auch dem Nichtkatholiken stets als ein schönes Zeugnis eines leidenschaftlich religiösen Geistes wert sein. Die musterhafte Übertragung des Freiherrn von Hertling umfaßt nur die ersten 10 Bücher, die das Leben des Augustinus behandeln, und in denen auch die Wirkung der *Confessiones* sich ausschöpft. X In dem Schriftchen *Aus dem Schuldbuch des Jesuitenordens* /Leipzig, Strauch/ hat der Pfarrer Gustav Mix einige Dokumente aus der Geschichte des Jesuitenordens zusammengestellt. In dieser Zusammenstellung spricht sich der einseitige Wartburgstandpunkt des Verfassers sehr kraß aus. Die kulturelle Bedeutung des Ordens tritt ganz in den Hintergrund. X Die Publikation *Der Modernismus* /Berlin, Protestantischer Schriftenvertrieb/ enthält 4 modernistische Vorträge, die von Paul Sabatier, Romolo Murri, A. L. Lilley und D. Philipp Funk auf dem 5. internationalen Religionskongreß gehalten wurden. Der interessanteste Vortrag ist der von Murri *Kirche und Demokratie oder der politische Modernismus*. Murri legt unter anderem dar, daß sich das demokratische Prinzip gar nicht anders als auf die Kirche ausdehnen kann, soweit sie eine äußere und rechtliche Organisation ist, und diese Ausdehnung ist der politische Modernismus. X Eine große Zahl *Gelehrtenanekdoten* hat Dr. W. Ahrens gesammelt und bei Hermann Sack in Berlin-Schöneberg herausgegeben. Das Buch bietet mehr als eine amüsante Lektüre für müßige Stunden. In diesen kleinen Geschichten kann man eine ganze Menge Material zur Psychologie des Gelehrten, aber

auch zur Kenntnis von Kultur und Milieu des Universitätslebens finden. Es wäre zu wünschen, daß der bekannte Verfasser auch Anekdoten aus anderen intellektuellen Schichten (Künstler, Politiker etc.) zusammenstellte.

Hygiene / Benno Chajes

Mutterschutz Daß der *Bund für Mutterschutz* die kritischen Zeiten des letzten Jahres gut überwunden hat, zeigte der Verlauf seiner 3. Generalversammlung, die im Mai in Breslau tagte. Die Referate auf dieser Tagung erhoben sich weit über das Niveau einer gewöhnlichen Generalversammlung und boten eine Fülle von bemerkenswerten Anregungen. Daß ein wirksamer Mutterschutz sich nicht allein auf die Hilfe für uneheliche Mütter und Kinder beschränken dürfe, daß auch hier mit dem Ausbau der hygienischen Einrichtungen die Aufklärung der heranwachsenden Generation Hand in Hand gehen müsse, daß man zu zielbewußter Verbesserung der Rasse kommen und nur so einen wirklichen Schutz von Mutter und Kind erreichen kann, betonte vor allem der Breslauer Arzt Dr. Chotzen in seinem Referat über Mutterschutz durch Erziehung und Aufklärung. Die Aufgaben der Sozialpolitik auf dem Gebiet des Mutter- und Kinderschutzes wurden in den Referaten beleuchtet, die Professor Spann über die Schicksale und die Sterblichkeit der unehelich Geborenen sowie Dr. Tugendreich hielten, der die Forderungen an die Sozialpolitik speziell vom Standpunkt des Arztes behandelte. Nachdem Justizrat Rosenthal und Dr. Helene Stöcker über Ehe und Konkubinat gesprochen hatten, erörterten am Schluß der Tagung Dr. W. Schallmayer und Dr. Eduard David die Beziehungen zwischen Mutterschaft respektive Mutterschutz und Rassenverbesserung. Schließlich wurde noch der Beschluß gefaßt im Anschluß an den internationalen Neomalthusianerkongreß im September einen internationalen Kongreß für Mutterschutz und Sexualreform einzuberufen. Als ein Erfolg der systematischen Propaganda für den Mutterschutz ist die Errichtung der ersten kommunalen Mutterschutzkasse, in Sebnitz in Sachsen, anzusehen: daher sei sie in dieser Rubrik, die es ja nur mit der Wissenschaft der Hygiene zu tun hat, registriert.

X

X

Rassenhygiene Als vor 7 Jahren Dr. Wilhelm Schallmayer für seine Beantwortung der Preisfrage *Was lernen wir aus den Prinzipien der Deszendenztheorie für die innerpolitische Entwicklung und Gesetzgebung der Staaten?* den 1. Preis erhielt, war das Gebiet der Eugenik verhältnismäßig noch Neuland, und seine Ansichten fanden damals recht heftigen Widerspruch. Inzwischen ist gerade auf dem Gebiet der Rassenhygiene viel gearbeitet worden. Die nun vorliegende 2. Auflage seines Werkes (*Vererbung und Auslese in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung* /Jena, G. Fischer/) hat nun ein erheblich anderes Aussehen gewonnen, da Schallmayer die zahlreichen wichtigen Arbeiten seiner Freunde und Gegner mit in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hat. Sowohl der biologische wie der soziologische Teil des Buches ist von Grund auf neu bearbeitet, wobei der Verfasser besonders auf leichte Verständlichkeit Wert legte und den Gebrauch von Fachausdrücken nach Möglichkeit einschränkte. Nach einem kurzen, klaren und präzisen Abriss der Darwinschen Lehre, die er zum Ausgangspunkt seiner Theorien nimmt, bespricht er die Faktoren, die der Hebung der Rasse dienen respektive ihr schädlich sind, und kommt, wenn auch mit Einschränkungen, zu einer Verurteilung unserer sozialen Fürsorgetätigkeit. Nach Ansicht des Verfassers liegt der Hauptwert für das Gedeihen einer Rasse in ihrer Fruchtbarkeit, und er exemplifiziert hier auf China, das durch sie über 4 Jahrtausende seine eigenartige Kultur bewahrt habe und vielleicht bei der gleichen Weiterentwicklung der Rassen in fernen Zeiten der Repräsentant aller Kultur sein werde. Die Zukunft eines Volkes hänge von der Art seiner Weiterentwicklung in rassenhygienischer Hinsicht ab, und wenn die Zahl der organisch Wohlgeborenen ständig zunimmt, was nur durch Auslese geschehen könne, werde sich eine Aufwärtsentwicklung zeigen, werde auch das Glück des einzelnen mit dem der Gesamtheit steigen. Zwar gehe eine eugenische Entwicklung nur sehr langsam vonstatten, doch gäbe es eine Reihe von Maßnahmen, die uns diesem Ziel näher bringen können. Wie man sich auch zu den Theorien des Verfassers stellen mag: Selbst sein Gegner wird dies Werk nicht aus der Hand legen, ohne eine Fülle von Anregungen empfangen, ohne aus seinem

überaus reichen Material neue positive Kenntnisse geschöpft zu haben. Über Ziele und Aufgaben der Rassenhygiene orientiert in vortrefflicher Weise der bei Vieweg in Braunschweig veröffentlichte Vortrag, den Dr. A. Ploetz auf der 35. Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege gehalten hat.

Alkoholbekämpfung Auf der Dresdener Hygieneausstellung liegt jetzt eine überaus große Fülle von Material aus, das jedem Einsichtigen in einwandfreier Weise die Schädigungen des Alkoholismus und den hohen Wert der Abstinenzbewegung demonstriert. Als Beispiel seien hier nur die tabellarischen Zusammenstellungen des Baseler statistischen Amtes erwähnt. Eine der Tafeln zeigt, daß in den Jahren von 1891 bis 1899 9,07 % aller Todesfälle bei Männern durch Trunksucht (als alleinige respektive mitwirkende Ursache) verursacht waren; auch bei Frauen ist der Alkoholismus als Todesursache mit 1,06 bis 1,57 % der Fälle relativ häufig. Während das Maximum der Todesfälle normalerweise auf das 60. Lebensjahr fällt, tritt es bei den Alkoholikern schon um die Mitte der vierziger Jahre ein.

Hier sei gleich auf ein jüngst in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ veröffentlichtes Büchlein *Der Alkoholismus* von Dr. Georg B. Gruber hingewiesen, das eine umfassende Schilderung der Wirkungen und Schädigungen des Alkohols bringt. Durch die einfache und objektive Darstellung ohne jeglichen Fanatismus und durch die Fülle des statistischen Materials wird das Büchlein zu einem wirksamen Kampfmittel gegen den Alkoholismus. Es sei hier noch besonders auf das letzte Kapitel *Trinkerfürsorge und Trinkerheilung* hingewiesen.

Auf der letzten Tagung der deutschen Berufsvormünder in Berlin propagierten die meisten Fachleute auf dem Gebiet der Trinkerfürsorge die Berufsvormundschaft für Trinker, da ein Berufsvormund, der auf diesem überaus schwierigen Gebiet der Fürsorgetätigkeit erfahren ist, für seinen Pflegebefohlenen und dessen Familie unendlich mehr tun kann als es ein Einzelvormund — auch den allerbesten Willen vorausgesetzt — vermag. Im übrigen wird diese Frage auf der nächsten Tagung der Berufsvormünder in Dresden

von dem weitem Gesichtspunkt der Bevormundung von Geisteskranken aus behandelt werden.

× **Kurze Chronik** An der Straßburger Universität ist eine neue Professur für soziale Hygiene errichtet und dem Professor E. Levy in Heidelberg übertragen worden. × Der leitende Arzt des Charlottenburger Krankenhauses, Professor Grawitz, ist gestorben. Er hat sich einen Namen durch seine Arbeiten über die Pathologie des Blutes geschaffen und hat auch in populären Schriften und Vorträgen viel zur Hebung der Volkshygiene getan. × Aus Südfrankreich, Italien, den Küstenprovinzen Osterreichs werden zahlreiche Cholerafälle gemeldet; ebenso aus der Türkei, wo infolge der schlechten hygienischen Verhältnisse und der fatalistischen Anschauungsweise der Mohammedaner Hunderte von der Seuche dahingerafft sind.

× **Literatur** Unter den Neuerscheinungen nimmt Dr. Wilhelm Hanauers kurzgefaßtes Handbuch *Die soziale Hygiene des Jugendalters* /Berlin, Schoetz/ eine hervorragende Stelle ein. Es bringt dem Hygieniker und Sozialpolitiker eine knappe und klare Darstellung des gesamten Gebiets der hygienischen Jugendfürsorge und ist so für jeden, der auf diesem Gebiet tätig ist, ein wertvolles Hilfsmittel. Nachdem der Verfasser in der Einleitung das statistische Material behandelt hat, bespricht er in den Kapiteln über die soziale Hygiene der verschiedensten Kindesaltersstufen die einschlägigen Einrichtungen und Verhältnisse, wobei er sich freilich hauptsächlich auf deutsche Verhältnisse beschränkt und die des Auslands nur streift. Daß die einzelnen Institutionen etc. nur kurz besprochen sind, liegt an der kompensösen Abfassung des kleinen Werkes. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und alphabetisches Register erleichtert die Benutzung des Buches, das jedem, der sich mit sozialer Hygiene beschäftigt, angelegentlichst empfohlen werden kann.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Kirchengesetzgebung In der öffentlichen Diskussion des Falles Jatho ist vielfach übersehen worden, daß die Amtsetzung des Kölner Geistlichen nur im Zusammenhang mit

dem Gesetz, auf Grund dessen die Maßregelung erfolgte, richtig gewürdigt werden kann. Einige Bemerkungen über die preußische Gesetzgebung sind deshalb vielleicht dem einen und andern Leser willkommen.

Im Jahr 1886 wurde das *Kirchengesetz betreffend die Dienstvergehen der Kirchenbeamten und die unfreiwillige Versetzung in den Ruhestand* erlassen (mit Geltung nur für die älteren Provinzen). Das Gesetz verpflichtet jeden Geistlichen »das ihm übertragene Amt in Gemäßheit der bestehenden allgemeinen und besonderen kirchlichen Ordnungen gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amt der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens würdig zu erzeigen, welche sein Beruf erforderte. Verletzung dieser Pflicht wird je nach der Schwere der Verfehlung bedroht mit Warnung, Verweis, Geldstrafe, Amtsversetzung, Amtsenthebung und im schlimmsten Fall mit dem Verlust aller Rechte eines Kirchenbeamten. Als Disziplinarvergehen galt danach auch die Irrlehre, das heißt die Abweichung vom kirchlichen Bekenntnis. Zuständig zur Einleitung des Disziplinarverfahrens wegen Irrlehre war der evangelische Oberkirchenrat; also nicht auch das Konsistorium.

Diese Ordnung der Dinge wurde von seiten der Geistlichen mehrfach und namentlich auf der evangelischen Kirchenkonferenz vom Jahr 1908 in Eisenach beanstandet. Das dagegen geäußerte Bedenken wurde aber nicht etwa aus der vielberufenen *evangelischen Geistesfreiheit* hergeleitet. Vielmehr wurden nur dagegen Bedenken erhoben, daß die Abweichung von der kirchlichen Lehre als Disziplinarvergehen behandelt und mit Disziplinarstrafe bedroht werde. Das Disziplinarvergehen schließe eine sittliche Verschuldung in sich; die Abweichung von der kirchlichen Lehre könne aber recht wohl aus tiefem religiösem Drang, aus dem Ringen nach Erkenntnis und Wahrheit, aus sittlicher Notwendigkeit hervorgehen. Andererseits aber sei zu beachten, daß der Geistliche, der eine vom Bekenntnis seiner Kirche abweichende Lehre predige, die mit dem Kirchenamt übernommene Pflicht nicht mehr erfülle. Wenn er nicht freiwillig die Konsequenz daraus ziehe und sein Amt niederlege, so müsse die Kirche das Recht für sich in Anspruch nehmen ihn gegen seinen Willen seines Amtes zu entkleiden.

Auf diesen Boden stellt sich das preussische Kirchengesetz betreffend das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen vom 16. März 1910, an dessen Ausarbeitung namentlich der Professor Kahl beteiligt war. Das Gesetz stellt an die Spitze den vernünftigen Grundsatz: »Wegen Irrlehre eines Geistlichen findet fortan ein disziplinares Einschreiten nicht statt.« Die Fortsetzung aber lautet: »Dagegen ist nach Abschnitt 1 dieses Kirchengesetzes zu verfahren, wenn auf Grund von Tatsachen die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß ein Geistlicher in seiner amtlichen oder außeramtlichen Lehrtätigkeit mit dem Bekenntnis der Kirche dergestalt in Widerspruch getreten ist, daß seine fernere Wirksamkeit innerhalb der Landeskirche mit der für die Lehrverkündung allein maßgebenden Bedeutung des in der Heiligen Schrift verfaßten und in den Bekenntnissen bezeugten Wortes Gottes unvereinbar ist.«

Das Verfahren, dem der Irrlehrer sich zu unterziehen hat, ist folgendermaßen geregelt: Zunächst versucht das Konsistorium die Beseitigung der Bedenken. Gelingt ihm das nicht, so übergibt es die Sache dem Oberkirchenrat. Dieser stellt nun die ihm erforderlich scheinenden Ermittlungen an und unterbreitet alsdann den Fall dem sogenannten *Spruchkollegium für kirchliche Lehrangelegenheiten*. Dieses Kollegium setzt sich aus 13 glaubensfesten Mitgliedern zusammen: aus Vertretern des Oberkirchenrats und der General- und Provinzialsynode und 2 Theologieprofessoren. Vor dem Spruchkollegium findet eine mündliche Verhandlung statt, in der der Angeschuldigte sich durch 2 Geistliche oder Hochschullehrer verteidigen lassen darf. Alsdann stellt das Spruchkollegium »nach seiner freien, aus dem Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Überzeugung« fest, ob eine weitere Wirksamkeit des Geistlichen innerhalb der Landeskirche mit der Stellung, die er in seiner Lehre zum Bekenntnis der Kirche einnimmt, vereinbar ist. Diese Feststellung hat von Gesetzes wegen den Verlust des von dem Geistlichen bekleideten Amtes und der Rechte des geistlichen Standes zur Folge. Es wird ihm ein Jahresgeld in der Höhe des gesetzlichen Pensionsanspruchs gewährt, jedoch nur auf Wohlverhalten hin. Das Jahresgeld wird ihm entzogen, wenn Tatsachen eintreten, die, falls er noch Geistlicher wäre, die Dienstentlassung nach

sich ziehen würden. Andererseits kann der Gemaßregelte in seine früheren Rechte wieder eingesetzt werden, wenn er sich nachträglich eines Bessern besinnt und in den Schoß der evangelischen Kirche zurückkehrt.

Auf den ersten Blick möchte es wohl scheinen, das neue Gesetz bedeute eine wesentliche Änderung des frühern Rechtszustandes: An die Stelle des Disziplinarverfahrens trat ein Feststellungsverfahren, und wenn früher die Irrlehre als Disziplinarvergehen mit Strafe bedroht war, so wird jetzt, wie Professor Kahl sich ausdrückte, »ohne allen entwürdigenden und strafenden Beigeschmack die Erledigung des Kirchenamts [das heißt die Amtsentsetzung] als objektive Selbstfolge der nachgewiesenen Irrlehre im Gesetz ausgesprochen«. Gleichwohl ist das Wesen der Sache auch im neuen Gesetz durchaus unverändert geblieben. Seine Urheber beseitigten nur die Außenseite und tauschten dagegen für die Orthodoxie den Vorteil ein, daß das neue Verfahren gegen die Irrlehrer weniger Anstoß erregen und leichter zu handhaben ist, wie sich jetzt auch im Fall Jatho gezeigt hat. Über den Fall selber braucht in dieser Rundschau nicht näher eingegangen zu werden, da seine Bedeutung schon von Göhre in einem Artikel in den *Sozialistischen Monatsheften* (1911, 2. Band, pag. 939 ff.) dargestellt wurde.

✕ **Jugendgerichtsbarkeit** ✕

Vor kurzem ist das Protokoll über die Verhandlungen des 2. Jugendgerichtstags im Druck erschienen /Leipzig, Teubner/. Vergleicht man es mit dem Protokoll des 1. Jugendgerichtstags (siehe diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 537), so läßt sich ein Fortschritt in der Auffassung des Problems nicht verkennen. Viel entschiedener als früher ist diesmal das Postulat verfochten worden, daß die Jugendfürsorge wichtiger ist als die Untersuchung und Bestrafung der von Jugendlichen verübten Vergehen. Diesen Standpunkt vertrat namentlich mit erfreulicher Bestimmtheit der Dresdener Staatsanwalt Wulffen: Nicht Vergeltung sondern Erziehung und Beseitigung der Einflüsse, unter denen der Jugendliche zum Verbrecher wurde. Zu diesem Zweck Verbesserung der Jugendfürsorgeerziehung. Wulffen zitiert das Urteil eines preussischen Landgerichts, das den Antrag einen Jugendlichen einer Fürsorgeerziehungsanstalt zu überweisen mit der Begründung ablehnte,

die Einweisung könnte leicht die Folge haben, daß der Angeklagte nur viel mehr verdorben würde«. Er verschließt sich auch nicht der Einsicht, daß die Reform schon in der Volksschule einsetzen muß, und daß mit solchen erzieherischen Maßnahmen viel mehr gewonnen ist als mit der Bestrafung.

Leider blieben diese Anschauungen nicht unwidersprochen. Zum Teil rührte der Widerspruch gerade von denjenigen her, in deren Händen die Jugendgerichtsbarkeit ruht. Sie sehen in ihr immer noch in erster Linie ein Problem der Prozeßordnung und mühen sich damit ab die Jugendgerichtsorganisation in den Strafprozeß hineinzuzwängen und im Rahmen des Strafrechts nach einer Lösung zu suchen. Man hat mit Recht einen großen Fortschritt darin erblickt, daß § 373 des Strafprozeßentwurfs dem Gericht die Befugnis einräumt das Verfahren gegen einen schuldigen Jugendlichen einzustellen, »wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind«. Staatsanwalt Dr. Elwert in Stuttgart erblickte darin »ein starkes Stück unklarer Humanitätsduselei« und eine Verkennung der Notwendigkeit »dem jugendlichen Rechtsbrecher die ganze Strenge der staatlichen Strafgewalt in bleibende Erinnerung zu bringen«.

Im ganzen aber hinterläßt das Protokoll doch den Eindruck, daß der Einfluß der Erzieher, Ärzte und Sozialpolitiker im Wachsen begriffen ist.

×
Kurze Chronik Im September findet in Dresden der 2. deutsche Richtertag statt. Unter anderem ist ein Referat vorgesehen, das der Versammlung Gelegenheit geben soll zu der sogenannten *Freirechtsbewegung* Stellung zu nehmen. × Im Jahr 1910 sind bei den deutschen Amtsgerichten 1 615 649 Prozesse anhängig gemacht worden, gegenüber 1 542 000 im Jahr 1909. Dazu kommen noch 212 096 Wechsel- und Urkundenprozesse. × Die Professoren Kahl, Goldschmidt, von Lienthal und von Liszt haben einen Gegenentwurf zum Vorentwurf für das neue Strafgesetzbuch ausgearbeitet (siehe Heine *Strafrecht gegen Koalitionsrecht* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 747 ff.). × Die Frage, ob durch schriftliche Äußerungen eine Körperverletzung verübt werden könne, ist von den Gerichten neuerdings bejaht worden. Ein Beamter, der in einem Blatt angegriffen wurde, regte sich darüber derartig auf,

daß er erkrankte. Das Gericht verurteilte den Verfasser des Artikels wegen Beleidigung und wegen fahrlässiger Körperverletzung. × Das Kölner Gewerbegericht feierte sein 100jähriges Bestehen.

×
Literatur Gerade jetzt, wo für Beibehaltung der Todesstrafe geworden wird, ist einer Broschüre Verbreitung zu wünschen, die in der Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ erschienen ist. Es ist Wladimir Korolenkos Schrift *Die Todgeweihten, nach Mitteilungen zum Tode Verurteilter*. »Die Todesstrafe«, sagt da Professor Radbruch im Vorwort, »ist für ihre Gegner ein absolut Schlechtes, dessen Verwerflichkeit nicht erst durch seine Zweckwidrigkeit erwiesen werden muß, vielmehr einfach aufzuzeigen ist. Dazu dient aber besser als die gehaltene Ataraxie des Denkers der heilige Zorn des Dichters.« × In eingehender Weise setzt sich Justizrat Dr. Richard Wolff in der Schrift *Was ist unzüchtig? Was ist unsittlich? Was ist normal?* /Berlin, Walther/ kritisch mit dem § 184 des Strafgesetzbuchs, der die Verbreitung unzüchtiger Schriften und Darstellungen mit Strafe bedroht, auseinander. × Dem gleichen Zweck dient die Broschüre des Rechtsanwalts Dr. Alsberg *Der Fall des Marquis de Bayros und Dr. Semerau* /Berlin, Pulvermacher/. Der Verfasser bespricht darin den Prozeß gegen Dr. Semerau, der wegen Verbreitung *unsüchtiger* Schriften vom Münchener Schwurgericht zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. × Wer sich über die staatsrechtlichen Verhältnisse des Deutschen Reichs an der Hand eines kurzen Leitfadens unterrichten will, findet in dem 231 Seiten starken, gut ausgestatteten und sehr wohlfeilen Buch des Amtsgerichtsrats W. Coermann *Die Reichsverfassung und Reichsverwaltung* /Kempten, Kösel/ einen zuverlässigen Führer.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Israels † Mit Israels ist einer von jenen großen Künstlern hingegangen, die still und selbständig ihren Platz behaupteten, unangefochten von all den übermannigfachen Kunstströmungen, die meist auf etwas programmatische Art das Seelenheil hier oder da verkündigten. Israels hat seinen

Weg selbst gewußt. Allerdings soll er ihn erst inmitten seines Lebens gefunden haben. In jüngeren Jahren soll er, wie damals üblich, Historienbilder gemalt haben, und erst, als eine Krankheit ihn zu einem langen Aufenthalt in einem kleinen Fischerdorf zwang, ist ihm seine Zusammengehörigkeit mit jenen Leuten, mit dem holländischen Land und vor allem mit dem Meer aufgegangen. Durch seine ganze weitere Kunst zeigt sich nun dieses sein eigenstes Wesen. Für mich gipfelt es vielleicht in einer Art Frömmigkeit; nicht etwa fromm im Sinn einer Kirche sondern fromm dem wirklichen Leben gegenüber. Wie ein alter, weiser Jude sitzt er da und sieht es an, und alles Ruhige und Weite der Natur wie auch der menschlichen Beziehungen läßt er in seine Seele hineinfließen: wo es sich dann in diese seine Art Kunst umsetzen mag. Es kehren bei ihm immer die selben Motive wieder: einzelne Fischer oder Bauern bei der Arbeit, oder Frauen, die auf das Meer heraussehen, das stets mit seinem weiten Horizont den Grundton gibt; oder er malt Innenräume mit dem aufgelösten Dunkel, das wir von Rembrandt her kennen. Es sind auch fast noch die selben Menschen wie bei Rembrandt. In gleichmäßigem Schritt schließt sich ihnen eine Generation an die andere, und in der kleinen ungeschickten Wiege liegt wie bei Rembrandt das Kindchen mit den kleinen Fäustchen, und das alte müde Mütterchen ist auch das selbe. Und aus dieser schlichten und wahren Seele, die jede Extravaganz und jede Propaganda als etwas ihr Unmögliches mied, schuf Israels sich eine Malweise, die in jener Zeit fast revolutionär war. Für ihn, dem solche Tendenzen gänzlich fremd waren, ergab sie sich einmal daraus, daß er sich als Fortsetzung der alten Holländer gefühlt haben mag, besonders Rembrandts, an dessen Technik er deutlich anknüpft. Aber der eigentlich lebendige Quellgrund seiner Technik liegt sicher auch in seiner Ehrlichkeit. Was er am Meer und an den Fischern dort sah und empfand, konnte er nicht vor Ateliermodellen zu Ende malen, und es war für ihn unmöglich den Zusammenhang von Luft, Land und Mensch auseinanderzureißen. Ehrlichkeit ist es auch, daß er nicht die Konzessionen an das Publikum und die Ansprüche der Ausstellungen machte seine Bilder fertig zu malen. Mit ganz absoluter Strenge machte er Halt, wo die weitere Ausführung der Lebendigkeit

seiner Auffassung nicht mehr zu entsprechen und seinem Werk das Leben zu entziehen drohte. Wie konzentriert Israels arbeitete, und wie er immer bereit war das Ergebnis von Monaten umzuwerfen um eines neuen Versuchs willen, das erzählt Liebermann in seiner Schrift über Israels. Dieses gerade ist ein Ding, vor dem ich stets den unmittelbarsten Respekt gehabt habe: daß nicht ein Schritt weiter gegangen wird als die Grenze des Ausdrucksvermögens reicht, und nicht eine Routine, eine Mache erhalten muß, um die Lücke zu überdecken. Tausendmal mehr ist ein Bruchstück von wirklichem Leben als ein Ganzes, dem der lebendige Konnex mit dem Künstler durchschnitten ist. Und diese Ehrlichkeit und den Mut, der damals zu ihr gehörte, hat Israels in vollem Maß gehabt; daß er sich so absolut rein gehalten hat, das ist ein herrlicher Gewinn, den er seiner Zeit gegeben hat.

✕ **Künstlerprotest und Antwort** Vinnens wohl ziemlich harmlos gemeinter *Protest deutscher Künstler* — der gleichwohl sofort zurückgewiesen werden mußte und auch in dieser Zeitschrift zurückgewiesen wurde (siehe Blei *Der Protestmaler*, 1911, 2. Band, pag. 636 ff.) — hat sich durch die Wirkungen, die er rings nach sich zog, zu einem ganz andern Wesen herausgewachsen. Was von Vinnens selber wahrscheinlich nur so als eine Art Toast auf unsere deutsche Kunst gemeint war, ist nun der Anstoß zu einem eigentlichen Kunstkampf geworden. Die Gärungen und die kleinen Plänkeleien, die bisher unter der Oberfläche blieben, sind ans Licht gezogen, und in einer Antwortschrift (*Im Kampf um die Kunst* / München, Piper/) ist jetzt ein ernstlich prinzipielles Gegenüber geschaffen. Es wird um die französische Kunst als Führerin in der Moderne gekämpft, auch um Meier-Graefe und schließlich auch um Cassirer. Es wird überscharf geschlagen, und es ist auch gut so. Übertreibungen und Verschärfung der gegen einander tretenden Prinzipien sind nicht etwa nur ein Kampfmittel; sie hängen unmittelbar mit dem Sturm zusammen, den neue Ideen mit sich bringen: Was Hausenstein in dieser Beziehung über die Polemik Meier-Graefes sagt, ist durchaus wahr. Es ist meist nur Schwäche und allzu große Bedächtigkeit, wenn das Überwältigende des Neuen nicht mit solcher Kraft gefühlt wird, daß von einem vorsichtigen Abwägen des Lobens

und Tadelns nicht mehr die Rede sein kann. Angesichts dieses Neuen, das von Frankreich herüberkommt, in erster Reihe die Geschmacklosigkeiten der Nachahmer zu sehen, wie Vinnen es tut, ist töricht und schwach. Der wesentlichste Fehler aber scheint mir in der Pädagogik zu liegen, die Vinnen treiben wollte. Der Vorwurf der geschäftlichen Spekulation ist durch verschiedene Antworten, besonders durch die Cassirers, endgültig widerlegt und ebenso die Behauptung von den immensen Summen, die von deutschen Galerien für die Franzosen ausgegeben seien. So bleibt, nachdem die Irrtümer richtiggestellt sind, nunmehr noch Vinnens allgemeine Behauptung, auf die er wohl in erster Reihe Gewicht legt; daß die deutsche Art durch ausländische Einflüsse litte. Es ist das eine Sache, gegen die ich im allgemeinen nichts einzuwenden habe. Eine geprägte Sonderheit wirkt stets stärker als irgendeine Vervollkommnung nach einem höhern, aber fremdblütigen Ziel; und die Kunst Dürers und Holbeins war mir lieber, bevor die italienischen Einflüsse fühlbar wurden. Worauf es für die Fruchtbarkeit eines solchen Einflusses ankommt, ist, daß jenes, was die ausländische Kunst bietet, gleichsam die Konzentrierung und Verschärfung dessen bedeutet, was in unbestimmtem Drang einheimische Kunst erstrebt. Nur dagegen möchte ich mich wehren, was Liebermann in seiner Broschüre über moderne Kunst ausführt, daß nämlich der Gegenstand der eigentlichen Malerei jetzt und von jeher das Spiel des Lichtes auf den Objekten gewesen sei, und gegen ähnlich klingende Behauptungen. Hier scheint mir jene Einseitigkeit und Übertreibung, von der Hausenstein spricht, zum Ausdruck zu kommen, zu der der Enthusiasmus des Neuen seine Bekenner treibt. Jeden Kampf, jede Polemik wirklich beiseite gelassen, muß man wohl sagen: Es gibt ebenso eine erzählende Kunst wie es auch eine Kunst Cézannes gibt. Natürlich kann diese so gut oder so schlecht sein wie jene. Auch kann ich mir denken, daß man mit Bedauern jetzt eine Kunst so ganz schweigen sieht, die, wie Altdorfers, vielleicht in Deutschland besonders Boden hatte. Aber das alles gibt beileibe keinem Menschen ein Recht den Jungen andere Wege weisen zu wollen, wie es Vinnen tut. Im Grunde ist die Besorgnis überflüssig, da sie weit entfernt sind sich führen zu lassen. Sie können und dürfen natürlich nicht anderes tun als sich dem, was ihren Augen

eingegangen ist, auch mit ganzer Seele hinzugeben und, wo sie lernen wollen, wie jetzt bei den Franzosen, auch zu lernen. Sie unter den Einflüssen der deutschen Kunst zu halten, wie Vinnen es ersehnt, ist natürlich sinnlos: Die Augen sehen jetzt anders als früher — ob dadurch, daß wir Cézanne und Manet aufgefaßt haben, oder durch andere seltsame Entwicklungen, weiß ich nicht —, es wäre töricht und auch schlecht nicht offen auszusprechen, was man den Franzosen verdankt: Und das ist mit dieser Antwort auf jenen *Protest* geschehen. Ernsthaft und groß ist der Ton geworden, und eine Art Bekenntnis ist abgelegt. Die Galeriedirektoren haben in erster Reihe sachlich und klug auf alle gegen sie erhobenen Vorwürfe geantwortet; die Maler haben meist in etwas überholerischem Ton geschrieben; vor allem treffend ist aber die Antwort einiger Kunstschriftsteller; Hausenstein hebt vor allen Dingen die Bedeutung Meier-Graefes für die moderne Kunstentwicklung hervor, und Alfred Walter Heymel läßt in einem Schlußwort in seiner geistreich witzigen Weise die Fülle der Argumente, die diese 75 Antworten der deutschen Künstler, Sammler und Gelehrten vorbringen, noch einmal Revue passieren.

× **Kurze Chronik** Kurz nach der Feier seines 80. Geburtstags ist Reinhold Begas gestorben. ×

In Oviedo ist das erste authentische Porträt des Cervantes entdeckt worden. Es ist von Juan de Jauregni in Sevilla im Jahr 1600 gemalt und stellt den Dichter in seinem 53. Lebensjahr dar.

× In Frankfurt am Main wurde ein Selbstporträt Dürers aus dem Jahr 1525 entdeckt. × In Basel ist eine neuentdeckte kolorierte Zeichnung des jungen Hans Holbein ausgestellt: ein Selbstporträt des Künstlers vom Jahr 1538. × Ein Triptychon Segantinis ist vom schweizerischen Bundesrat in Verbindung mit der *Gottfried Keller-Stiftung* für $\frac{1}{2}$ Million Francs angekauft. × Der belgische Staat hat 3 Gemälde aus dem Nachlaß Fritz von Uhdes erworben.

× **Literatur** In seiner *Allgemeinen Kunstgeschichte* (Leipzig, Veit/, einem kleinen Band von wenig mehr als 300 Seiten, gibt Salomon Reinach eine gedrängte Übersicht der europäischen Kunst. Das Buch

ist zur Verdeutlichung seiner Bemerkungen mit einer großen Menge allerdings kleiner Bilder versehen. Auffallend ist es, wie hier alle üblichen Schulbeispiele fehlen, und unter den Bildern viel Unbekanntes herausgegriffen ist. Aus allem, aus dieser Art der Illustration wie namentlich auch aus den theoretischen Ausführungen spricht eine glänzende Lebendigkeit. Nichts in dem Buch trägt das geringste Merkmal irgendeiner Gelehrtenweisheit an sich, sondern viel eher klingt es wie von einem geistvollen Laien geschrieben, dessen Sinne gewöhnt sind frei zu schalten und nicht hier- oder dorthin sich von irgend welchen kunsthistorischen Dogmen kommandieren zu lassen. Und so frei Reinachs Sinne sind, so frei ist auch seine Art Verbindungen zwischen den verschiedenen Kunstbewegungen zu ziehen, frei und vor allem eine Intelligenz bezeugend, die in gutem Konnex mit den Sinnen geblieben ist. Allerdings ist seine ganze Person ausschließlich auf den Geist der europäischen Kunst eingestellt, und der Darstellung gerade dieser kann eine solche Ausschließlichkeit nur zugute kommen. Für Reinach gipfelt das Wesen der Kunst in der Erfassung des lebendigen Körpers in seiner klaren Gliederung und in der Wiedergabe seiner Bewegung. Dieses einseitige Betonen des Individuellen läßt ihn zum Beispiel an der asiatischen Kunst vorbeigehen; er berücksichtigt sie nur insofern als er einen Einfluß auf unsere Kunst sieht. Als Gipfel der Vollendung steht ihm unbedingt die Antike, danach kommen vereinzelte Anläufe in der modernen Kunst.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Skandinaven Vor Jahren hat Herman Bang einen Band *Exzentrischer Novellen* erscheinen lassen. *Seltene und andere Geschichten* /Berlin, S. Fischer/, die er jetzt sammelt, sind eine ärmliche Nachlese. Und nur eine Erzählung ist wertvoll. Sie behandelt einen seltenen Fall aus dem dunklen Gebiet der Suggestion. Indem ein Theaterregisseur einen armen kranken Teufel in seinen Bann zwingt, macht er aus ihm einen guten Schauspieler. Allerdings nur für einen Abend. Denn dies Erlebnis setzt dem Opfer der Suggestion so böse zu, daß es ihm das Leben abschneidet. Der Kopenhagener Otto Rung wurde hier schon als ein Schriftsteller eingeführt, der jeder Sentimentalität aus-

weicht, der Menschen schafft, die von allen Erschütterungen der Gegenwart berührt worden sind. Rungs stilistischer Ausdruck ist sehr bedeutend, aber es geht auch ein ungewöhnlicher stofflicher Reiz von seinen Büchern aus. Zwei sind bei Rütten & Loening in Frankfurt erschienen: *Die weiße Yacht* und *Das Vermächtnis des Frank Thagma*. Auf der *Weissen Yacht* sind einige junge Männer mit ihren Geliebten vereinigt, und während sie nun über die Meere kreuzen, blickt einer in das Gemüt des andern. Da sind Nichtstuer, die nur ihr Inneres liebkoson, da ist ein Maschinenbauer, da ist ein Richter. Sie haben alle etwas zu erzählen, eine Anekdote oder auch eine tiefer bohrende Lebenserfahrung. Diese Erzählungen sind etwas ganz Ungewöhnliches, da Rung die Wunder der Technik, der Elektromotoren, der Automobile, sogar die Kriminalwissenschaft als sehr fesselnde Elemente zu verwenden weiß. Da ist eine Episode von dem Mädchen, das die Liebe des genialen Erfinders verwirft, um den verstaubten, beschmutzten, stumpfen Chauffeur sehnsüchtig zu küssen. In dieser Geschichte wird ein Automobilrennen vorzüglich geschildert. Die meisten Schriftsteller, die ihre Feder auf das Kriminelle wenden, sind roh; sie schildern nur das Materielle, ohne es in die Geschichte als pulsierendes Glied einzusetzen. Rung ist ein viel taktvollerer Erzähler von Kriminalfällen. So ist die Erzählung vom Geständnis eines Mädchenmörders allerbeste Kunst. In dem andern Buch wird das Andenken des Jünglings Thagma gefeiert, dessen Vater seine Reichtümer aus amerikanischen Urwäldern heimbrachte. Der Knabe Thagma ist ein Wunder an Schönheit und Geistesgaben. Doch er stirbt ganz jung, und er hinterläßt eine Erbschaft, deren Ertrag nach 30 Jahren seinen Jugendkameraden zufallen soll. Die Kameraden müssen dann nur in die Hände des Testamentvollstreckers ein Bekenntnis liefern, in dem sie von den Erfahrungen und den Zwecken ihres Lebens reden. Und nun beichten ein Künstler, ein vereinsamter und verarmter Optiker, der aber geheimnisvolle Spiegel und Gläser konstruiert, und ein in langer Ehe verträckneter Schulmeister. Es wird klar, daß der Künstler nichts als ein Ideenjäger war, daß der Lehrer sein Bestes, sein Höchstes, die Sedensschönheit der Frau, niemals erkannt hat, daß endlich der Glasschleifer ein Narr oder-

ein Halbgott gewesen ist. Denn er wollte Werkzeuge bilden, die tausendmal schärfer sein sollten als unsre feinsten Mikroskope.

Rungs Landmann, Emil Rasmussen, ist in seinem Roman *Sultana/Berlin, Juncker/* größer als in den früheren Büchern. Das arabische Frauenschicksal, das er berichtet, könnte auch Routine im Exotischen erfunden haben. Die Araberin liebt einen französischen Arzt. Doch sie heiratet einen Mann ihres Stammes, und wie sie dann dennoch zu dem fränkischen Geliebten eilt, mordet sie der eigene Gatte. Erst langsam kommt der Roman aus dem Ethnographischen in die höhere Sphäre des Seelischen. Dann wird er sehr gut. Es gibt da ein Kapitel, das Sultanas Vorbereitung zur Hochzeit beschreibt, wie sie gebadet und gesalbt wird, wie die erfahrenen Künstlerinnen durch Kneten und Schaben ihrer Haut Glanz und Zartheit herrichten. Und dann ist da eine sehr spannende Hinrichtungsszene, die Rasmussens Realismus sehr wirksam beschreibt. Und doch zeigt sich in diesem Buch ein Mangel an jener feinen Psychologie, über die der Däne in seinen früher hier gerühmten Büchern ver fügte.

Frisch fabulieren ist etwas sehr Herrliches, wenn die Phantasie des Erzählers aus dem Überfluß quillt. Diese Gabe besaß allezeit der jetzt selige Jonas Lie. Seine Erzählung *Rutland*, die der Verlag Merseburger in Leipzig gleichzeitig mit einem Band Märchen und Novellen aus dem Nachlaß herausbrachte, schießt auch lauter kleine Episoden in einen Rahmen. *Rutland* heißt der Segler, der bald 100 Jahre alt ist, der von einem kruzbraven Kapitän, seiner prächtigen Frau, seinem abenteuerfrohen Sohn und zwei mächtig verknöcherten Seebären gefahren wird. Alle haben sie was Seltsames von Schiffbruch, von Gespenstern, von Liebes sachen zu erzählen. Das geht ohne Faden, doch es geht famos, und am aufregendsten ist die Geschichte, wie aus der sittigen Jungfer ein Steuermann wurde, der die Brigg *Rutland* einmal vom Untergang gerettet hat. Die Jungfer Steuermann wurde dafür später auch die Frau Kapitänin. Ein sehr fröhliches, ein sehr erfreuliches Buch.

Viel Humor liegt auch in der Seemannsgeschichte, die Karin Michaelis *Däumelinchen* taufte /Berlin, *Concordia*/. Hier ist sie weder dogmatisch noch

psychologisch. Hier wird schlechtweg ein Frauenzimmerchen geschildert, das in die Ehe mit einem ersten starken Mann einläuft. Das Mädchen ist ein Kindskopf, und es hat zu Gedankentollheit viel Zeit, wenn der Mann im japanischen Meer umherschwimmt. Da bringt er der lieben Närrin einen Giftdolch mit, dessen leisester Stich jeden Menschen mausetot macht. Nimmt der Kindskopf vor lauter ungezügelter Phantasterei nicht den Dolch, um ihn am Gatten zu erproben! Zum Glück hat der Gute gelogen, und als sie eben die Welt rebelliert, um ihn, den so sehr Geliebten, den so sehr Gehabten zu ertreten, da lacht er sie aus. Der Dolch war gar nicht giftig.

Diese Geschichte war sehr schön und gut zu lesen. Dagegen war es wohl nicht notwendig, daß Karin Michaelis ihrem Buch vom *Gefährlichen Alter* in dem Roman *Elsie Lindtner* /Berlin, *Concordia*/ eine Fortsetzung gab. Die von dem kritischen Alter so arg mißhandelte Elsie ist ruhiger geworden. Sie schwimmt nach Athen und sogar in die neue Welt und schreibt von dort aus allerhand Briefe an die Freunde in der Heimat. Sie erblickt ihr höchstes Ziel in der aufopfernden Erziehung eines mit angeborener Geisteschwäche und Verbrecherinstinkten belasteten Knaben. Sie spiegelt sich sehr zufrieden in all diesen Beschäftigungen. Aber das ganze Buch ist eine Marotte der Verfasserin, die von nicht klugen Lesern unterstützt wird.

Auch die Norwegerin Barbara Ring hat viel Humor. In der kleinen Geschichte *Anne Karine Corvin* /München, Langen/ ist die Rede von einem Mädchchen, das als Junge zwischen, einem Kauz von Onkel und einem Original von Vater aufwuchs, das sich aufs Fluchen, aufs Reiten, Pferdekaufen, Schweineschachern und den Kuhhandel vorzüglich versteht. Da wird das Mannsmädel plötzlich weich, zart, sehnsüchtig, melancholisch in der Liebe, die sie nicht begreift, die auf einen Leutnant gerichtet ist. Der Leutnant stirbt sogar für Anne Karine. Es endet tragisch, es endet ein wenig gegen die Erwartung, und es ist doch gut so.

X
Arbeiter-
anthologie

X
Franz Diederich, der ja selber ein begabter Lyriker ist, war zur Auswahl einer

Arbeiteranthologie von vornherein der Berufenste. Er hatte das Poetenherz,

und er hatte das Proletarierherz. Er würde es nicht über sich gebracht haben schlechte Verse nur deshalb zu drucken, weil der Verseschmied ein braver Mann gewesen ist. Diederich hat Geschmack, und groß sind auch seine Kenntnisse. Die Arbeiteranthologie heißt *Von unten auf* und ist in 2 schönen Bänden gesammelt /Berlin, Vorwärts/. Und wenn Diederich seinem Titel hinzusetzt *Ein neues Buch der Freiheit*, dann klingt das sehr verführerisch und ermunternd. Sein Buch soll anfeuern, ermutigen, der modernen Erbauung dienen, poetische Kräfte und Stimmungen anspornen. Durch die Weltliteratur wandert Diederich. Zu seinem Zweck findet er Lieder des Gabriele d'Annunzio ebenso wie Weisen der französischen Revolution. Die jüngste Zeit des politischen Kampfes hat russische Dichter auführerischer, ergreifender Lyrik geschaffen. Der tiefe, traurige jüdische Arbeiterdichter Morris Rosenfeld fehlt nicht. Und deutsche Arbeiter, die poetisch zu formen wußten, durften neben Goethe und Heine reden. Poetisch begabt ist der Bandflechter Carl Bluhm. Erst jüngst wurde von Levenstein der Bergarbeiter Max Lotz entdeckt, der seltsam innige Prosa und auch Verse geschrieben hat, die sich zur rührenden künstlerischen Höhe hinaufheben. Um dem Werk Diederichs eine Formel zu geben: Gute Gesinnung und guter Geschmack halfen ihm treu seine beiden Bände der Arbeiteranthologie zusammenzustellen.

× **Kurze Chronik** Einer der feinsten russischen Lyriker, Konstantin Fozonow, ist gestorben. × Die wütende Kunstfeindlichkeit der deutschen Zensur hat einige tapfere Männer gezwungen an Abwehr zu denken. Frank Wedekind wird durch die vielen Zensurverbote seiner Stücke fast ganz aus der Öffentlichkeit verdrängt. Dagegen soll künftig gekämpft werden. × Die russische Regierung wird Jasnaja Poljana ankaufen, um dort eine Nationalstätte einzurichten. × Ein eigenartiges Heinebrevier hat Robert Rehlen herausgegeben (*Heinrich Heine, Aussprüche und Verse* /Leipzig, Zeitler/). Die Zusammenstellung will nur den »ganz positiven« Heine zeigen: nicht den blendenden Witz, mit dem der Dichter gegen andere kämpfte, und der die Generationen mit Begeisterung und mit dumpfem Haß erfüllte, sondern die innere Emp-

findung, in der er selber lebte, und die in den erschütternden *Letzten Gedichten* sich in ihrer ganzen Tiefe aufzut. Ein paar sehr sympathische und verständige Worte des Herausgebers leiten den hübschen Band ein; ein anziehendes Porträt des jungen Heine schmückt ihn. × Produkte empfindsamer Reisender, die um die Freude ihrer Augen phantasieren können, sind *Jahwe siegt* von Fritz Kempf /Spandau, Hopf/, *Quintales* von Otto Bürger /Leipzig, Dieterich/, *Capriccio* von Niels Kjaer /Leipzig, Merseburger/, *Die Cobra* von Karl Dove /Berlin, Hapke & Schmidt/. × Als Nachahmung der Ibsenschen Gespenster ist Joachim Delbrücks Drama *Der junge Herr* /München, Hans Sachs-Verlag/ anzusehen. × Die *Letzten Seiten aus dem Tagebuch einer Frau* von Valerij Brjussow /Freiburg, Fehsenfeld/ sind aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. × Der Roman *Mürrtrieb* von Richard Sexau /Berlin, Juncker/ handelt von vielen dekadenten, ihre Gefühle sehr hochachtenden Menschen. × Beiträge zur Liebespsychologie will Carl Ewald mit seinem Bändchen *Der Garten der Sulamith* /München, Langen/ liefern. × Alexander Castell sammelt kleine Schnurren, die nach der ersten Skizze *Die mysteriöse Tänzerin* genannt sind /München, Langen/.

× **Literatur** *Die Kunst stirbt* glaubt Victor Auburtin, und er verfiert in einer Broschüre /München, Langen/ die These, daß in einem Jahrhundert die sozialen Grundlagen der Poesie und aller andern Schönheit aus der Welt vertilgt sein werden. Das Schriftchen ist eine artige Improvisation des geistreichen Künstlers; aber Leute, die mutig sind, sollten sich vor dieser Todesverheißung nicht fürchten. × Geleitet von der Grundanschauung, daß in einem Drama die Gesetze positiver Psychologie erfüllt sein müssen, prüft Raphael Bazardjian Ibsens Werk in seiner Arbeit *Kritik über das Ibsensche Theater* /Leipzig, Fock/. An Sophokles und an Shakespeare wird gemessen, und Ibsen wird als sehr klein befunden. Des Herrn Bazardjian Psychologie ist weder in *Nora* noch in *Rosmersholm* noch im übrigen Theater Ibsens. Das verschmerzt sein Kritiker nicht, und er läßt als ausreichend nur den *John Gabriel Borkman* gelten. × Die beiden Essays, die Wilhelm Weigand

Stendhal und *Bulzac* gewidmet hat, wurden in einem schönen Band vereinigt /Leipzig, Inselverlag/. Die Psychologie des großen Egotisten und das märchenhafte Leben und Schaffen des Dichters der *Menschlichen Komödie* hat Weigand aus allen zugänglichen Quellen geschöpft. Die Essays sind schon früher geschrieben, aber nach den neuesten Forschungen ergänzt. So gehören diese Studien zu dem Besten, was wir Deutsche über die Franzosen lesen können. X Julius Petersen gibt in einer sehr schönen, sehr belehrend eingeleiteten Auswahl Lessings Briefe neu heraus /Leipzig, Inselverlag/. Und nun entsteht das herrliche Bild des jungen Lessing, des Sohnes, des sorgenden Bruders und vollkommenen Freundes. Und am Schluß stehen die Briefe, die Lessing an seine Gattin richtete, die er seinen Stiefkindern zukommen ließ, als er in wunderbarer Gefäßtheit die Gattin begraben hatte und wieder der Einsamkeit seiner Bücher ausgeliefert war. So entstand das rührendste, das zur Tugend und Männlichkeit am vollkommensten anfeuernde Buch. X Am Ausgang seines Lebens hat Friedrich Spielhagen das Buch *Finder und Erfinder* geschrieben, die Erinnerungen seines Lebens, das hart war und sehr arbeitsreich in der Jugend. Diese Selbstbiographie enthielt Parteeen, die auf keinen großen Leserkreis rechnen durften. Denn Spielhagen setzte sich da mit allerhand Theorien als wissenschaftlich gebildeter Mann gründlich auseinander. Er gab ein geistiges Bild seiner Geschichte, ein Bild, das Aufmerksamkeit nur bei den Ausdauernden fordern dürfte. Hans Henning, der Biograph Spielhagens, glaubte dem Andenken des Mannes gut zu dienen, indem er die philosophischen Parteeen aus dem Buch strich und dies gekürzte Werk als *Erinnerungen aus meinem Leben* /Leipzig, Staackmann/ zu wohlfeilem Preis auf den Markt brachte. Er kann sich darauf berufen, daß Spielhagen nur durch den Tod verhindert war diese Arbeit anstatt seines Nachlaßpflegers zu leisten.

Musik / Hugo Leichtentritt

Berlin: Sommeroper 1911 Die Sommeroper im Neuen königlichen Operntheater (unter der Leitung des Direktors Hagin) brachte fast ausschließlich Wagnersche Werke. Waren auch die Aufführungen zumeist nicht gerade hervorragend, so hatte diese Sommeroper doch immerhin einige Vorzüge, die

ins Gewicht fallen. Auch der minder begüterte Kunstfreund konnte sich bei den billigen Eintrittspreisen das Vergnügen einer leidlichen Wagneraufführung ab und zu leisten, ein Vergnügen, dem man sich bekanntlich in der winterlichen Saison des königlichen Opernhauses nur mit ganz besonderen Schwierigkeiten hingeben kann. Von Wert war es auch berühmte Wagnersänger und -sängerinnen Deutschlands als Gäste auftreten zu sehen, die Verkörperung der selben Rollen durch mehrere verschiedene Künstler zu beobachten. Von diesen seien als die hervorragendsten genannt: Alice Guszalezewicz aus Köln, Frau Leffler-Burckhardt aus Wiesbaden, Frau Preuse-Matzenauer aus München, Anton van Rooy, Fritz Feinhals, Heinrich Knotte usw. Nur selten wurde das Wagnerrepertoire einmal unterbrochen, so durch *Carmen* mit Fräulein Destinn in der Titelrolle und der für Berlin neuen Oper Bittners *Der Musikant*, die hier vollständig abfiel, nachdem sie an der Wiener Hofoper freundliche Aufnahme gefunden hatte. Der Wiener Bittner hat sich in seiner Heimatstadt mit mehreren Opern einen angesehenen Namen erworben, obwohl er eigentlich nicht Musiker von Profession ist sondern die Kunst nur neben einem andern Beruf pflegt.

X **Zentenaarfeiern** Die Lisztzentenaarfeiern sind in Sicht. Überall wird im kommenden Winter

Franz Liszt in den Konzerten gefeiert werden. Ein besonders reichhaltiges Programm bereitet der Allgemeine deutsche Musikverein vor, der ja bekanntlich nicht zum geringsten der Initiative Liszts sein Dasein verdankt. Am 22. Oktober, dem 100. Geburtstag Liszts, beginnt dieses 6tägige Lisztfest in Heidelberg. Das überaus reichhaltige Programm ist kürzlich veröffentlicht worden. Es enthält nicht nur einen beträchtlichen Teil der großen bekannten Werke des Meisters sondern auch eine Reihe sonst kaum gehörter Stücke. Die berufensten Lisztinterpreten werden sich in Heidelberg zusammenfinden.

Auch an die Wagnerzentenaarfeier denkt man schon, obwohl sie erst 1913 stattfindet. In München hat sich schon ein Festausschuß gebildet. Wie es heißt, sollen volkstümliche Aufführungen zu wohlfeilen Preisen vorbereitet werden.

X **KurzeChronik** Durch den Rücktritt Hans Richters ist der Dirigentenposten der *Hallé Concert-Society* in Manchester frei gewor-

den. Für die nächste Spielzeit wird man sich an eine Reihe Gastdirigenten halten, ehe die Stellung wieder fest besetzt wird. Außer einigen englischen Dirigenten ist eine Anzahl auswärtiger Künstler verpflichtet worden, darunter Michael Balling, Franz Schalk, Theodor Müller-Reuter, Oskar Fried, Ossip Gabrilowitsch. X In Berlin hat sich ein Komitee zur Errichtung eines Meyerbeerdenkmals gebildet. X Ein Regerfest fand in Bad Pyrmont im Juli statt. X Der *Jungdeutsche Verlag* hat vor einiger Zeit einen ansehnlichen Preis für die beste neue deutsche Oper ausgeschrieben. Im Preisrichterkollegium saßen Fachleute wie Richard Strauß, Ernst von Schuch, Leo Blech, Gustav Brecher. Jüngst ist die Entscheidung gefallen. Keine einzige der eingereichten Opern wurde des Preises für würdig befunden. Drei Opern, von Alfred Schattmann, Alfred Sormann, Gustav Krumpholtz, wurden als beachtenswert bezeichnet und vom Verlag mit einem ansehnlichen *Förderungshonorar* bedacht. X Nachdem an zahlreichen Orten Versuche mit dem Schauspiel im Freien, mit der Waldbühne gemacht worden sind, beginnt man nun auch die Oper in das Freilichttheater zu übertragen. Das Ostseebad Zoppot hat eine besonders schön gelegene Waldoper herrichten lassen, auf der man dieses Jahr Brülls *Goldenes Kreuz* und *Lobetanz* von Thuille aufgeführt hat. Die Urteile lauten widersprechend. Zwar wird allgemein der große Reiz dieses Waldtheaters zugegeben, doch auch mit Recht geltend gemacht, daß eine fein instrumentierte Orchestermusik, die mit Hinblick auf geschlossene Räume ganz bestimmter Art geschrieben ist, bei einer Aufführung im Freien doch erheblich Einbuße leidet. Für einen solchen Zweck muß die Musik von Haus aus eingerichtet sein.

X Literatur

Eine *Geschichte der Sonate von ihren Anfängen bis zur Gegenwart* bietet Otto Klawuwell in der *Universalsbibliothek für Musikkultur* / Leipzig, Leuckart/, Jahr des Erscheinens ist merkwürdigerweise nirgends in dem Buch angegeben, obschon gerade in diesem Fall Kenntnis des Erscheinungsjahrs zur richtigen Beurteilung der Arbeit notwendig wäre. Wenn sie nämlich schon vor Jahren erschienen ist, so könnte man ihr in manchem größere Anerkennung zollen, während man sie als historisch ungenügend fundiert bezeichnen müßte, falls sie eben

erst veröffentlicht wurde. Die Quellen, aus denen der Verfasser für die ältere Zeit schöpft, sind nach dem heutigen Stand der Forschung nicht mehr genügend maßgebend. Ganz unberücksichtigt ist zum Beispiel das reiche Material geblieben, das uns in den letzten Jahren geboten worden ist: durch die *Denkmäler der Tonkunst* in Deutschland, Bayern, Österreich, durch ähnliche Publikationen in anderen Ländern, durch Riemanns große Sammlung *Collegium musicum*. Dieser Mangel in der geschichtlichen Betrachtung der Form bedeutet jedoch nicht, daß dem Buch jeder Wert mangelt. In den Einzelheiten finde ich, zumal bei der Betrachtung der klassischen Sonaten, viel Fesselndes und gut Beobachtetes. Wer auf die geschichtliche Entwicklung nicht so großes Gewicht legt und sich mit treffenden Einzelurteilen begnügt, wird von der Klauwellschen Arbeit genug sich holen können. X Eine ungewöhnlich wichtige und gehaltvolle Publikation liegt in Arnold Scherings *Geschichte des Oratoriums* / Leipzig, Breitkopf & Härtel/, in der von Hermann Kretschmar herausgegebenen Serie *Handbücher der Musikgeschichte nach Gattungen* vor. In aller Ausführlichkeit — das Buch enthält gegen 650 Seiten — wird die Entwicklung der Form geschildert, von ihren ersten Anfängen früh im 17. Jahrhundert in Italien bis zur Gegenwart. Weite Strecken lagen bis vor kurzem ganz brach, zumal die Zeit bis zu Händel war sehr dunkel. Dank neueren Forschungen, an denen Schering selbst hervorragenden Anteil hat, ist es nun zum erstenmal möglich geworden eine zusammenhängende Darstellung des ältern Oratoriums zu geben, die im einzelnen wohl in Zukunft vervollständigt werden kann, im wesentlichen jedoch den Gang der Entwicklung schon ganz klar aufweist. Das gesamte weitschichtige Material beherrscht Schering in einer imponierenden Weise. Wo man das Buch auch aufschlagen möge, um welche Epoche, um welches Land es sich immer handeln möge, überall gehaltvolle, wohl-fundierte Betrachtung, reifes Urteil. Nicht nur der zünftige Musikhistoriker hat seine Freude an dem Buch, auch der musikverständige Laie wird ständig angeregt und gefesselt werden, und zwar ebenso durch den Gegenstand wie durch die ganz vortreffliche Darstellung. Das Buch wird auch zur Vorbereitung auf Oratorienaufführungen die besten Dienste leisten, bespricht es doch

in eingehender Weise jedes einzelne der großen Oratorien, neben vielen anderen bei uns wenig oder gar nicht bekannten Werken, die aber oft mehr Schätzung verdienten. Ich führe aus dieser Klasse als Beispiel etwa den *Mose* von A. B. Marx an, ferner die einschlägigen Werke von César Franck, von englischen Komponisten wie Mackenzie, Parry, Stanford, die gerade auf dem Gebiet der großen Chorkomposition ihr Bedeutendstes gegeben haben. Das Buch verdient es in der Bibliothek eines jeden gebildeten Musikfreundes zu stehen.

Bühnenkunst / Hans Winand

Operndarstellung Die Aufgaben der modernen Regiekunst auf der Opernbühne wurden in der letzten Rundschau (1911, 2. Band, pag. 1060 ff.) gestreift. Es mußte gesagt werden, daß Gregors Fortgang ein Verlust ist; nicht für das deutsche Musikleben, doch für die deutsche Opernbühne als den Apparat, der Musik mit Darstellung und Anschaulichkeit verbinden und begleiten möchte. Diese schlechte Erkenntnis leitet zu einer Frage, die größere praktische Bedeutung in sich trägt als das zufällige Scheiden eines einzelnen Regietalents. Der verdiente und unverdiente Rulm Reinhardts hat auf dem Gebiet der Regiekunst Unternehmungsgeist und Tatendurst neu erweckt. An allen Brennpolen des Theaterwesens walten hoffnungsvolle und ehrgeizige Männer keines Amtes; sie dürsten nach einem Arbeitsfeld für ihre Phantasie und ihren Ehrgeiz. Dies Phänomen zeigt einstweilen einen überwiegend literarischen Charakter. Die gärenden neuen Kräfte verfügen nur über Feder, Papier oder Zungen, um ihren Tatendrang zu verraten; sie ernten daher auch ein Mißtrauen, das in 8 von 10 Fällen wahrscheinlich seine Berechtigung hat. Nicht ohne Grund weichen die Praktiker der Darstellungskunst dem sogenannten *literarischen Regisseur* in mächtigen Bogen aus, und die gegenwärtige Springflut von *Dramaturgen* steigert alle ohnedies schon übertriebene Zurückhaltung. Doch tausend Anzeichen lassen spüren, daß eine neue Generation von Spielbildnern im Werden ist. Sie wartet nur auf den Augenblick, da der konservative Starrsinn der mittleren Direktoren ermattet und den jungen Kräften die Bahn zum freien Wettbewerb öffnet, bei dem jeder zeigen kann, was er vermag. Wir werden bei diesem Schauspiel gewiß zu erleben haben, wie schwächere

Temperamente sich an dem Licht Reinhardts die Flügel verbrennen. Gerade Leute, die über Farbe und Farbensinn verfügen, erliegen am schnellsten den raffinierten Gauklerkünsten von der Schumannstraße und verlieren in schöner Trunkenheit den Blick, der Spreu vom Weizen sondert. Der Regisseur der Zukunft muß ein doppelt starker Charakter sein, wenn er sich von den heute so süß einschmeichelnden Sirenenklängen der Reinhardtschule nicht verlocken lassen will. Den Traum von dem *Allkunstwerk* hat auch Reinhardt bisher nicht zu verwirklichen vermocht. Je mehr wir seine große und in vieler Beziehung fruchtbare Arbeit rückblickend überschauen können, desto stärker tritt die alte, gern vergessene Wahrheit ins Bewußtsein zurück, nach der Ton und Gebärde auf den Brettern doch das Primäre sind und über Kulisse und Farbe herrschen müssen, wenn wirklich dramatische Erschütterungen geschenkt werden sollen. Es ist begreiflich, daß gerade auf der Wortbühne die neue Regiekunst in dieser Richtung meist stolpert und fällt. Die Faktoren der Wortbühne sind schmiegsam, von einem klugen Geist leichter zu meistern und haben trotzdem bei dem Gesamteindruck schwereres Gewicht als auf der Opernbühne. Hier setzt schon die Musik von vornherein feste Schranken, gibt dem Ganzen so etwas wie ein Rückgrat, dem alle Einzelheiten sich anpassen müssen, wenn wirklich Eindrucksvolles ersteht. Die Schwierigkeiten sind hier größer; doch gerade auf diesem Gebiet hängen die Lorbeerreiser noch tiefer und sind leichter zu erreichen als auf der Wortbühne. Es bleibt erstaunlich, daß der unbefriedigte Ehrgeiz unserer Regiereformer (und all derer, die es werden wollen) sich wie hypnotisiert immer wieder auf die Wortbühne richtet: Im Reich der Oper ist viel mehr zu tun und fast gar nichts getan. Gerade die Bändigung der Phantasie, die die Musik dem Regisseur auferlegt, wäre eine Musterschule der Selbstbeherrschung. Sie würde die moderne Regiekunst vor jenen ganz undramatischen Verirrungen bewahren, die wir just bei modernen Regisseuren so oft miterleben. Fast alle Opernbühnen verfügen über einen verhältnismäßig größeren Etat als die Wortbühnen; und in der Regel verfügen sie auch über bessere Einnahmen: die Musik bewährt immer eine stärkere Anziehungskraft als das Drama. Betrachtungen über die Ursachen dieser Erscheinungen sind frucht-

los; wertvoller wäre es fröhlich die Konsequenzen zu ziehen und frisch den Eroberungszug in ein Land anzutreten, das einer künstlerischen Befreiung viel mehr bedarf als das Schauspiel. Wir erlebten gerade jetzt wieder in Berlin Sommeraufführungen, die, nach den Preisen zu urteilen, mit allen Präntionen einer erstklassigen Opernbühne auftraten; sie boten dabei Dinge, die jeder Beschreibung spotten. Und spottet es nicht auch der Beschreibung, wenn die königliche Oper beispielsweise mit großem Pomp eine neue Inszenierung der *Zauberflöte* bringt und diesen an sich gewiß löblichen Plan damit motiviert, man habe auf Grund wissenschaftlicher Studien festgestellt, daß die Handlung der *Zauberflöte* nicht in Ägypten spielen könne; aus historischen Gründen sei es unabweisbar die Handlung nach Persien oder weiß Gott welch anderem verklungenen Reich zu verlegen. Man kann dem Eifer und den ehrlichen Absichten des Generalintendanten Grafen Hülsen alle Gerechtigkeit widerfahren lassen: Aber jeder Versuch einer Kritik wird von vornherein zwecklos, wenn solche naiven Gesichtspunkte bei einem künstlerischen Werk überhaupt auftauchen können. Mit dem Etat, den unsere königliche Oper jährlich für Dekorationen und Kostüme auswirft, und mit dem Luxus an Samt und Seide, den wir dabei staunend und wehen Herzens miterleben, könnte ein halbwegs künstlerisch empfindender Opernregisseur Wunder leisten. Und er brauchte kein Genie zu sein.

Die Aufgabe eines modernen Regisseurs in der Oper beginnt mit Vereinfachung; mit einem radikalen Verkürzen aller Mittel, der Dekorationen wie der Kostüme; und nicht zuletzt der Gebärden der Sänger. Herrliche Ziele winken hier einem wirklich künstlerisch empfindenden Menschen. Das Theater kennt keine Kunstgattung, wo mit kleineren Mitteln größere Wirkungssteigerungen hervorgebracht werden können als die Oper. Welche Möglichkeiten bieten sich nicht einem feinsinnigen Spielleiter, der es wagte sich von den oft plump theatralischen Wagnerischen Regievorschriften freizumachen. Welche Verinnerlichungen und Vertiefungen der Musik und des Gesamteindrucks ließen sich auf solchen Wegen finden. Muß es sein, daß die Papierschwäne des Lohengrin die Illusion des Zuschauers stören? Geht die Wirkung des *Rings* verloren, wenn wir den Drachen Fafner nicht leibhaftig in prima

Papiermaché vor uns sehen? Der Phantasie bleibt ein viel größerer Spielraum, wenn wir die sinnliche Veranschaulichung solcher Vorgänge dem unbeschränkten Spiel unserer Vorstellung überlassen. Wir denken heute nicht daran die elisabethanischen Shakespeareaufführungen zu kopieren, die der Dichter durch eigene Mitwirkung sanktionierte. Auch die Bayreuther Schablone muß für ein Geschlecht keine unbedingte Geltung haben, das ein Menschenalter später ins Leben trat und andere Strömungen des künstlerischen Geschmacks in sich aufgenommen hat.

Es bleibt ein Armutszeugnis für unsere Opernregisseure, daß wir wie verzaubert dasitzen, wenn immer auf der Bühne ein Sänger erscheint, der nicht nur singt sondern auch die Gestalt seiner Rolle darzustellen weiß. Nur ein blinder Aberglaube kann die trostlose darstellerische Unzulänglichkeit unserer gewöhnlichen Opernvorstellungen auf eine generelle schauspielerische Talentlosigkeit der Sänger zurückführen. Die Ursachen liegen darin, daß fast bei keinem deutschen Opernunternehmen ein Regisseur waltet, der sich die Mühe nimmt nicht nur die Chorgruppen sondern auch das Spiel der einzelnen Sänger abzutönen und zu verbessern. Wir haben eine ganze Reihe begabter Schauspieler, die ohne die helfenden Anweisungen eines tüchtigen Regisseurs nichts Einheitliches hervorbringen, aber zu prächtigen Leistungen emporwachsen, sobald der ordnende Sinn eines künstlerischen Spielleiters ihrem Temperament die Wege weist, ihren Überschwang meistert und Leeren belebt. Wir haben auch mehr als einmal gesehen, wie auch auf der Opernbühne darstellerische Leistungen größten Formats möglich sind; wenn irgendein starres, trotziges Temperament auf eigenem Weg ausharrt und nicht dem traurigen Los verfällt in der Opernschablone unterzugehen. Man braucht dabei nicht an ein so einzigartiges schauspielerisches Phänomen wie die Bellinioni zu denken; auch nicht an einen Alvary oder einen d'Andrale oder — um in die allerletzte Zeit zu gehen — an Schaljapin, der auch auf der Wortbühne ohne Nebenbuhler dasteht und uns an das heilige Feuer Mitterwurzers zurückdenken läßt. Vor 2 Jahren sahen wir hier die Schoder-Gutheil aus Wien. Sie verdankt ihren Ruf bei Kennern nicht ihrer Stimme. Sie spielte eine Santuzza, die einen über die Oper hinaus hob; gab eine Carmen, die einen vergessen machen

konnte, daß man das herrliche Meisterwerk Bizetscher Musik schon dutzendmal gehört hat. Vor mehreren Wochen sahen wir hier in der *Komischen Oper* den Russen Baklanow, einen Riesen an Kraft und Wildheit der Leidenschaft, der allein durch die Gewalt seiner Darstellungskraft alle Mitspielenden zu schwachblütigen Schatten erniedrigte; als ein Held der Theaterkunst zieht er triumphierend in unsere Erinnerung ein. Wenige Tage vorher erinnerte die Akté daran, daß schauspielerische Virtuosität auch im Rahmen der Oper sich Wirkungen erobern kann. Und wem diese willkürlich herausgegriffenen Beispiele nicht genügen, mag sich erinnern, daß die Regiekunst der Russen selbst auf dem Gebiet der Balletts starke und reine künstlerische Wirkungen hervorbrachte, wie sie heute keine deutsche Opernbühne nachzuahmen versteht. Das sind Beispiele, wie Wort, Gebärde und Ton sich vereinigen lassen, ohne der Schablone in die Arme zu sinken. Und das sind auch Beispiele dafür, wie das Temperament eines Individuums oder das Auge des Regisseurs Wirkungen hervorlocken, indes unsere Opernregisseure ihre Zeit mit der Aufstellung von Kulissen und Konferenzen mit dem Schneider erschöpfen. Nur die Unfähigkeit der Regie kann immer wieder schwache darstellerische Begabung der Sänger für die Minderwertigkeit unserer gewöhnlichen Opernaufführungen verantwortlich machen. Gregor hat mit eisernem Fleiß diese oberflächliche Entschuldigung bereits entkräftet, hat oft mit Künstlern zweiten Ranges Aufführungen hervorgebracht, die darstellerisch vollkommen einheitlich waren und auf einem Niveau standen, das wir bisher auf einer deutschen Opernbühne niemals erlebten. Darin liegt die schönste Aufgabe des Regisseurs: aus blinden oder unausgereiften Kräften Schätze herauszuholen; dem noch tastenden kleinen Talent den Weg zu weisen, wie es sich dem stärker Begabten anschließen kann und ihm gleich wird. Es wäre eine schöne Aufgabe für die Musikkritik, wenn sie es den Opernleitern unerbittlich zur Pflicht machen würde neuen Geistern in dem Getriebe unserer Opernbühnen die Pforten zu öffnen. Es ist nicht damit getan an die Spitze eines guten Orchesters einen guten Kapellmeister zu setzen, der die Partitur musikalisch einwandfrei herunterdirigiert; es genügt auch nicht mit Bargeld ein Ensemble von Sängern zusammenzu-

stellen, das möglichst wenig Noten falsch singt; und es genügt auch nicht einen Theatermeister zu haben, der den Kulissenmaler zu immer prächtigeren Farbenergüssen reizt. Während unsere Wortbühnen fast an einem Zuviel des Regisseurs krankten, besitzen wir, besonders nach Fortgang Gregors, in Deutschland keine Opernregie. Warum öffnet man den tatenhungrigen jungen Talenten nicht die Pforten? Die Frage hat für Berlin noch eine besondere aktuelle Bedeutung, weil die Stadt Charlottenburg jetzt, mit kommunaler Garantie, eine neue Oper errichtet, die bestimmt ist auch den breiteren Volksschichten zu mäßigeren Preisen würdige Opernaufführungen zu schaffen. Das wäre die Gelegenheit neben dem rührigen Direktor, den man aus Essen geholt hat, auch einem modernen Regietalent ein Arbeitsfeld zu eröffnen. Und sei es auch nur, um der königlichen Oper zu zeigen, was sie verabsäumt. Vor 2 Jahren sahen wir im *Deutschen Theater* im Sommer einen Feriendirektor mit bescheidenen Mitteln Aufführungen veranstalten, die bewiesen, wie auch abseits von Reinhardt und unbeeinflußt von ihm starke junge Regietalente vorhanden sind. Und solcher Männer gibt es mehrere. Für einen modernen Operndirektor ist es heute beinahe ebenso wichtig ein echtes Regietalent zu entdecken wie einen jungen Tenor. Für die großen Operntheater, die mit 7stelligen Staatszuschüssen wirtschaften, ist es ein trauriges Zeugnis, wenn sie etwa zur Inszenierung des *Rosenkavaliers* sich den Direktor des Berliner *Deutschen Theaters* ausborgen müssen. Ein guter Regisseur beansprucht kaum ein Achtel dessen, was man heute bereitwilligst für einen Tenor oder eine Sopranistin aufwendet; und er kann für das Gesamtniveau eines Theaters mehr bedeuten.

×
Kurze Chronik Zum Leiter der neugeplanten Charlottenburger Oper ist der bisherige Direktor des Essener Stadttheater Hartmann berufen. × Anfang September führt Reinhardt in der großen Halle der Münchener Ausstellung die *Orestie* auf, und zwar in einer Bearbeitung von Vollmoeller, die die Trilogie in einen Theaterabend zusammenzieht.

×
Literatur In einem lesenswerten Büchlein *Schauspieler und Direktoren* (Berlin, Langenscheidt) versucht der temperament-

volle theoretische Kämpfer der *Bühnengenossenschaft* Gustav Rickelt eine sachliche Darstellung der Mißstände im deutschen Theaterbetrieb. Die Klagen, die er vorbringt, sind nicht neu und haben die Öffentlichkeit schon viel beschäftigt. Aber lehrreich für den Fernerstehenden sind immerhin die etwas summarischen statistischen Schätzungen und die Angaben über die Lohnverhältnisse im Theaterberuf. Freilich wird sich der Leser hüten müssen in allen Einzelheiten den Gliedern der Rickeltschen Beweisführung blind zu folgen. Der informierende Wert der kleinen Schrift wird meines Erachtens stark beeinträchtigt durch die menschlich vielleicht sympathische Einseitigkeit der Rickeltschen Betrachtungsweise. Rickelt schwächt die Überzeugungskraft seiner Anklage ab, wenn er zwischen den Zeilen immer wieder fühlen läßt, daß in seinem fanatischen Blick schlechthin jeder Arbeitgeber im Theaterberuf kein anderes Ziel kennt als sich seinen Künstlern gegenüber als ein Monstrum menschlicher Niedertracht zu enthüllen. Rickelt übersieht doch die mannigfachen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die auch den Bühnenleiter binden. Wir kommen nicht damit weiter, wenn wir uns mit moralischem Pathos darüber entrüsten, daß in unserem Theaterbetrieb die an folgenschweren Meinungsverschiedenheiten reiche Verbindung von Kunst und Geschäft in Permanenz herrscht. Ein bankrotter Theaterleiter kann bei bestem Willen sozialen Sinn nicht klingend betätigen. Mit einer einseitigen Verkenning der nicht zu beseitigenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die ebenso wie dem Bühnenkünstler auch dem kleinen Provinzdirector Grenzen vorzeichnen, kommen wir nicht zu praktischen Resultaten. Wenn aber das kleine Büchlein auch direkten Nutzen nicht stiften kann und neue Wege oder Gedanken nicht enthält, so eignet ihm doch, trotz aller Oberflächlichkeit der Argumentation, ein propagandistischer Wert, und schon seiner Tendenz nach wäre ihm Verbreitung zu wünschen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Gas erzeugung Bei dem harten Wettbewerb zwischen der Gasindustrie und der Elektrotechnik kommt das alte Verfahren der Stein-

kohlengasbereitung immer mehr ins Hintertreffen, da hier die Produktionskosten zu hoch sind. Die Erzeugung eines brennbaren Gases mit eigener hoher Leuchtkraft erscheint in der Ära des Gasglühlichts auch gar nicht mehr notwendig, denn zur Beheizung des Glühkörpers muß die Gasflamme ohnehin durch Beimischung von atmosphärischer Luft im Brenner vorher entleuchtet werden. Bei der Verwendung des Gases zu Heizzwecken sowie zum Motorbetrieb spielte seine Leuchtkraft überhaupt niemals eine Rolle. Aus diesen Gründen hat in den letzten 10 bis 15 Jahren die Erzeugung von brennbaren Gasen mit einem minimalen Gehalt an schweren Kohlenwasserstoffen oder ganz ohne solche eine immer größere Bedeutung gewonnen. Das wichtigste dieser Gase ist das sogenannte *Wassergas*, das im wesentlichen aus 3 bis 5 % Kohlendioxyd, 38 bis 40 % Kohlenoxyd, 50 bis 53 % Wasserstoff und 4 bis 6 % Stickstoff besteht. Dieses Wassergas kann in sehr einfachen Verfahren billig erzeugt werden, und seine Erzeugung lohnt schon im Kleinbetrieb. Für motorische Betriebe wird Wassergas oder das ähnlich zusammengesetzte *Generatorgas* in verhältnismäßig kleinen Apparaten erzeugt, die gerade immer nur so viel Gas produzieren wie die Motoren ihrer jeweiligen Belastung nach verbrauchen. Für Beleuchtungszwecke hat das Wassergas jedoch bisher nur beschränkte Anwendung gefunden, sofern es sich um reines Wassergas handelt, da dieses wegen seines hohen Gehalts an Kohlenoxyd überaus giftig ist. Dagegen wird es heute in fast allen Steinkohlengasanstalten erzeugt und dem gewöhnlichen Steinkohlengas beigemischt, wodurch die Produktionskosten des Steinkohlengases erheblich reduziert werden. Es erscheint nur eine Frage der Zeit, daß alle Steinkohlengasanstalten immer mehr zur Erzeugung und Verteilung von Wassergas übergehen werden. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings in erster Linie die Verwandlung des Wassergases in ein giftfreies Leuchtgas. Dieses Problem kann dadurch gelöst werden, daß das Kohlenoxyd des Wassergases in Methan verwandelt wird. Theoretisch bietet diese Umwandlung keine Schwierigkeiten. Es ist nur nötig 1 Volumen Kohlenoxyd 3 Volumina Wasserstoff hinzuzufügen und das Gemisch bei etwa 250° über fein verteiltes metallisches Nickel zu leiten. Im praktischen Betrieb

sind allerdings etwa 5 Volumina Wasserstoff erforderlich. Um im Wassergas nach Entfernung des Kohlendioxyds, die sich mühelos ausführen läßt, das Kohlenoxyd in Methan zu verwandeln, wären zu dem bereits vorhandenen Wasserstoff noch etwa 4 Volumina reinen Wasserstoffs hinzuzufügen. Hierdurch wird das Verfahren aber zu kostspielig. Von dem reinen Wassergas mit etwa 40 % Kohlenoxyd ausgehend, kann man aber auch so verfahren, daß man nicht reinen Wasserstoff zusetzt sondern dem Wassergas auf physikalischem Wege Kohlenoxyd entzieht. Und zwar genügt schon die Entziehung von so viel Kohlenoxyd, daß dessen Gehalt im Wassergas nur etwa 17 % beträgt. Hierzu ist nur erforderlich das Wassergas auf die Temperatur der flüssigen Luft zu bringen. Der Überschuß an Kohlenoxyd wird hierbei verflüssigt, und die gasförmig gebliebenen Bestandteile des Wassergases werden bei einer Temperatur von 250° über fein verteiltes metallisches Nickel geleitet, wobei eine vollkommene Verwandlung des Kohlenoxyds in Methan stattfindet. Neben den sanitären Vorzügen bietet das neue Gas auch noch erhebliche technische Vorteile. Das Gasvolumen wird bei dem Verfahren allerdings im Verhältnis von 2 zu 1 reduziert, dagegen ergibt sich eine Steigerung des Heizwerts von rund 2500 auf 8500 Kalorien per Kubikmeter, also auf mehr als das Dreifache. Das ist für die Fernleitung des Gases von allergrößter Bedeutung, denn man kann in der Form von Methan das Mehrfache an Kalorien in der gleichen Leitung fortleiten, ohne den Druck erhöhen zu müssen, als in der Form von Wassergas.

Das Verfahren, das unter der Leitung des Professors Dr. E. Erdmann in dem Universitätslaboratorium für angewandte Chemie in Halle von Dr. F. Bedford ausgearbeitet worden ist, wird von der *Cedford Gas-Process Company* in London ausgeübt.

X
Gasfernleitung

Neben der Verbesserung der Verfahren bei der Gas-erzeugung wird in den letzten Jahren der Gasfernleitung unter hohem Druck erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt, weil hierdurch die Wirtschaftlichkeit der Gaswerke erheblich gesteigert wird. Mit engeren, also wesentlich billigeren Gasleitungen lassen sich bei genügender Drucksteigerung größere Gas-mengen fortleiten, der Aktionsradius der

Gaswerke wird dadurch vergrößert. Die Zahl der Gaswerke kann dann reduziert und die Versorgung größerer Gebiete von einer einzigen Zentralstelle aus bewirkt werden. In technischer Hinsicht bietet die Fernleitung des Gases unter einer Spannung bis 1,5 Atmosphären heute keine besonderen Schwierigkeiten mehr, und auch die Qualität des Gases erleidet durch die stärkere Kompression keine Einbuße. Ganz besondere Bedeutung hat das Problem der Gasfernleitung für die Kokereien in der unmittelbaren Nachbarschaft von Steinkohlenbergwerken, bei denen Leuchtgas als Nebenprodukt abfällt. Die Abgabe des überschüssigen Gases verbilligt den Kokspreis um zirka 15 %, und dabei kann der Kubikmeter gereinigten Gases schon für zirka 2,5 Pfennig abgegeben werden, während die heutigen Steinkohlengasanstalten mit ihrem Gaspreis nur in Ausnahmefällen unter 10 Pfennig heruntergehen können. Freilich darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß die heutigen Gasanstalten den Gemeindebewohnern nicht nur Gas sondern auch Gaskoks liefern, und daß die Kokslieferungen eine sehr erhebliche Einnahmequelle der Gasanstalten respektive der Gemeinden bilden. Diese Erwägungen sollten bei den Verhandlungen der Gemeinden mit gewerblichen Kokereien nicht vernachlässigt werden.

Von Dr. Reichenbach wurde hierzu in der *Düsseldorfer Zeitung* vom 23. März dieses Jahres ausgeführt, daß die Gasversorgung der Städte durch die gewerblichen Kokereien schließlich die Gemeinden stärker belasten müßte als die eigene Gaserzeugung. Die Ausführungen sind wichtig genug, daß sie hier wenigstens im Auszug mitgeteilt werden sollen. Es heißt da: »Was wird nun geschehen, wenn alle oder der größte Teil der städtischen Gasanstalten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets stillgelegt sind? Die Gaskokserzeugung in den Städten hört vollständig auf, und der Gaskoks muß naturgemäß durch Hüttenkoks ersetzt werden. Nun ist aber jetzt schon der Hüttenkoks häufig um 30 % teurer als der Gaskoks, denn die Erzeugung von Hüttenkoks richtet sich nach der Marktlage. Wenn also — und dies ist der springende Punkt der ganzen Gasfernversorgung — diese einmal zum großen Teil durchgeführt ist, so werden die Kohlenzechen nicht nur das Gas sondern auch das Koksmonopol haben. Nehmen wir einmal ein konkretes Beispiel an: Eine

Stadt von 30 Millionen Kubikmeter Jahreskonsum wird 100 000 Tonnen Kohle vergasen und etwa 55 000 Tonnen Koks ihren Einwohnern zur Verfügung stellen. Wenn nun an Stelle des Gaskoks der Hüttenkoks tritt und, sagen wir, mit 5 Mark die Tonne höher bezahlt werden muß, so würden die Einwohner 275 000 Mark im Jahr für ihren Koks mehr zu bezahlen haben, mit anderen Worten: sie ständen sich pro Kubikmeter Gas um $\frac{7}{10}$ Pfennig schlechter als zu Zeiten ihres eigenen Gaswerks. Diese Sachlage wirkt auch ein interessantes Licht auf die Gründe allgemein volkswirtschaftlicher Art, welche die Befürworter der Gasfernversorgung in den Vordergrund gerückt haben. Gewiß hat es auf den ersten Blick etwas Bestrickendes an sich, wenn von den Hüttenleuten die Öffentlichkeit für den Gedanken interessiert wird, daß es eine volkswirtschaftliche Pflicht wäre die großen Mengen überflüssigen Koksofengases in den Städten zu verwenden. Daß dies aber ein Trugschluß ist, geht aus den obigen Ausführungen über den Koks hervor; denn, wenn erst allgemein der Gaskoks durch Hüttenkoks ersetzt worden ist, so müssen die Kokereien eben mehr Koks produzieren, und dementsprechend muß, wie oben nachgewiesen, auch die Gaserzeugung auf den Kokereien anwachsen. Nach wie vor werden also die Koksöfen mit dem gleichen Gasüberschuß zu rechnen haben.»

Die Ausführungen sind freilich nur so lange zutreffend, als sich das Verwendungsgebiet des Gases nicht über den gegenwärtigen Rahmen wesentlich verbreitert. Gerade das letztere aber ist der Fall; denn in der Industrie wird heute bereits vielfach zu Schmelz- und Schweißzwecken Gasfernung angewandt, wo vor einigen Jahren ausschließlich Koks- oder Kohlenfernung in Anwendung war. Auch in Wohnräumen, insbesondere in den modernen Häusern zur automatischen Warmwasserversorgung, nimmt die Leuchtgasverwendung ständig zu. Das Problem der Gasfernversorgung kann also nicht so ohne weiteres mit dem Hinweis auf die momentanen Absatzverhältnisse bei den gewerblichen Kokereien bekämpft werden; wenn auch die Mahnung zur Vorsicht bei den Gemeinden des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks durchaus am Platz sein mag. In der Tat nimmt denn auch die Gasfernversorgung täglich an wirtschaftlicher Bedeutung zu. So sind beispielsweise für die Fernversorgung von 25 Berliner Vorortgemeinden von den

städtischen Gasanstalten aus 79 Kilometer Rohrleitungen in Verwendung. Die Gasfernversorgungen, die an die Berliner Werke der englischen Gasanstalt angeschlossen sind, verbrauchen schon heute so erhebliche Gasmengen, daß sie für die Rentabilität der Gesamtanlage von wesentlicher Bedeutung sind. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Potsdam, Dessau, Lübeck, München-Gladbach, Breslau, Karlsruhe, Krefeld, Frankfurt am Main, Heidelberg usw.

× **Kurze Chronik** Bei Massenaufflieferungen von Briefen, Drucksachen usw. ist das Aufkleben der Briefmarken eine sehr zeitraubende und dadurch kostspielige Arbeit. Bayern hat deshalb seit vorigem Jahr bei einzelnen größeren Postämtern die Barfrankierung bei Massensendungen beseitigt und stempelt diese nur auf maschinellern Weg. Allein beim Postamt 2 in München sind bis Ende 1910 4691 Sendungen mit zirka 10 Millionen Einzelstücken eingegangen, die ohne Marke befördert wurden. Die Post ersparte Druckkosten und Papier für zirka 10 Millionen Marken, die Geschäftswelt ersparte Zeit und Geld. Für größere Geschäftshäuser würde sich die Anschaffung von Stempelapparaten empfehlen, die die Zahl der Abstempelungen genau registrieren, so daß ähnlich wie bei den Gas- oder Elektrizitätszählern nur gelegentliche Ablesungen durch die Postbeamten und Einziehung der Portobeträge vorgenommen zu werden brauchen. Einrichtungen dieser Art sind in Neuseeland bereits versuchsweise in Gebrauch. × Das neue Zeppelinluftschiff *Schwaben* ist 140 Meter lang und hat 14 Meter Durchmesser. Zum Antrieb dienen 3 150pferdige Benzinmotoren. Bei den ersten Fahrten wurde bei voller Ausnutzung eine Geschwindigkeit von zirka 69 Kilometer pro Stunde erzielt. × Um das von der Aktiengesellschaft *Weser* in Bremen erbaute neue Linienschiff *Thüringen* durch die *Weser* nach Nordenham befördern zu können, mußte, da der Tiefgang des Schiffes größer ist als die Tiefe des Fahrwassers, zu besonderen Hilfsmitteln Zuflucht genommen werden. Es geschah das in der Weise, daß auf jeder Seite des Schiffes 3 große Pontons an den Schiffskörper provisorisch angenietet wurden. Der Tiefgang des Schiffes wurde dadurch im Mittel um 1 Meter, am Hinterteil des Schiffes um $\frac{1}{4}$ Meter ver-

mindert. Das Abbringen vollzog sich ohne alle Schwierigkeit. In kurzer Zeit wurden die Pontons dann in Vegesack wieder entfernt.

X
Literatur Von allen technischen Disziplinen erregt gegenwärtig die Aeronautik das größte Interesse in Laienkreisen; dementsprechend wächst auch die Zahl populärer Schriften über Luftfahrzeuge. In der Franckhschen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart ist unter Mitwirkung bekannter Luftschiffer ein gut ausgestattetes Bändchen von Adolf Mehl herausgegeben worden, das den *Frei ballon in Theorie und Praxis* behandelt. In der Sammlung *Volksabende* /Gotha, Perthes/ erschien unter dem Titel *Vom Ballon zum Aeroplan* eine Sammlung von 6 volkstümlichen Vorträgen über die Entwicklung der Luftschiffahrt von ihren ersten Anfängen bis zu ihrer gegenwärtigen vervollkommnung. *Vogelflug, Luftfahrt und Zukunft* betitelt sich eine Abhandlung Otto Wieners /Leipzig, Barth/, der ein Anhang über Krieg und Völkerfrieden beigegeben ist. Das 300. Bändchen der hier wiederholt empfohlenen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ behandelt die *Luftschiffahrt, ihre wissenschaftlichen Grundlagen und technische Entwicklung*.

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Rentabilität In seinen Untersuchungen betreffend die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft im Erntejahr 1909-1910, /Bern, Wyß/ gestaltet Professor Ernst Laur die Rechnungsergebnisse von 276 bäuerlichen Betrieben, die im genannten Jahr dem schweizerischen Bauernsekretariat zuverlässig geführte Bücher abgeliefert haben, zu einem Gesamtbild der wirtschaftlichen Lage der schweizerischen Bauern. Im ganzen werden von Laur 1733 Rechnungsabschlüsse aus 9 Erntejahren verarbeitet, und zwar nach so mannigfachen Gesichtspunkten, daß sich die verschiedenartigsten Fragen der Betriebstechnik und der Agrarpolitik daraus empirisch beantworten lassen. Auch das landwirtschaftliche Betriebsproblem, über das in unserer Partei die Meinungen noch immer auseinandergehen, erhält durch die Berechnungen des schweizerischen Bauernsekretariats neues Licht.

Professor Laur unterscheidet 5 Betriebs-

größen: Kleinbetriebe von 3 bis 5 Hektar, kleine Mittelbauernbetriebe von 5 bis 10 Hektar, Mittelbauernbetriebe von 10 bis 15 Hektar, große Mittelbauernbetriebe von 15 bis 30 Hektar, Großbauernbetriebe von 30 bis 70 Hektar. Stellt man nun die Frage, welchen Rohertrag diese Betriebsgrößen im Mittel der Jahre 1901 bis 1909 aus einem Hektar Fläche ohne Wald herauswirtschafteten, so ergibt sich folgendes Bild:

Betriebsgröße	Rohrertrag in Francs
Kleinbetriebe	346,50
Kleine Mittelbauernbetriebe	739,25
Mittelbauernbetriebe	641,20
Große Mittelbauernbetriebe	608,65
Großbauernbetriebe	498,85

Es zeigt sich also ein gesetzmäßiges Zurückgehen des Rohertrags pro Hektar Kulturfläche mit steigender Betriebsgröße. Im Mittel der 9 Jahre betragen die Roherträge pro Hektar ohne Wald in Prozenten derjenigen der Großbauernbetriebe:

Betriebsgröße	Prozentualer Rohrertrag
Kleinbetriebe	169,70
Kleine Mittelbauernbetriebe	148,20
Mittelbauernbetriebe	128,55
Große Mittelbauernbetriebe	122,00
Großbauernbetriebe	100,00

Faßt man das privatwirtschaftliche Einkommen aus der Landwirtschaft pro Hektar der Kulturfläche ins Auge, so erhält man für die Jahre 1901 bis 1909 folgendes Resultat:

Betriebsgröße	Einkommen in Francs
Kleinbetriebe	509,70
Kleine Mittelbauernbetriebe	397,30
Mittelbauernbetriebe	493,55
Große Mittelbauernbetriebe	234,80
Großbauernbetriebe	149,70

Der Reinertrag pro Hektar Kulturfläche mit Wald stellt sich im gleichen Zeitraum wie folgt:

Betriebsgröße	Reinertrag in Francs
Kleinbetriebe	150,45
Kleine Mittelbauernbetriebe	172,25
Mittelbauernbetriebe	160,58
Große Mittelbauernbetriebe	165,80
Großbauernbetriebe	144,40

Zählt man zur Vermögensrente des Unternehmers (dem Reinertrag) die Lohnansprüche der Unternehmerfamilie, die Natural- und Barlöhne der Angestellten, die Schuld- und Pachtzinsen und die Steuern hinzu, so erhält man das volkswirtschaftliche Einkommen

aus der Landwirtschaft. Über dessen Höhe im Mittel der Jahre 1903 bis 1909 gibt folgende Aufstellung Aufschluß:

Betriebsgröße	Volkswirtschaftliches Einkommen pro Hektar in Francs
Kleinbetriebe	619,25
KleineMittelbauernbetriebe	527,85
Mittelbauernbetriebe	432,70
Große Mittelbauernbetriebe	414,25
Großbauernbetriebe	355,65

Die Berechnungen Laurs ergeben also das Resultat, daß Rohertrag, privatwirtschaftliches und volkswirtschaftliches Einkommen pro Hektar des landwirtschaftlich genutzten Bodens mit Steigerung der Betriebsgröße fallen, und daß daher ein Volk, das die Entwicklungsstufe des schweizerischen erreicht hat, seinen Boden am besten nutzt, wenn es ihn einer möglichst großen Zahl von bäuerlichen Familienwirtschaften zur Bebauung anvertraut.

Werden vom Einkommen aus der Landwirtschaft die Zinsansprüche des Reinvermögens zu 4 % abgezogen, so bleibt der Arbeitsverdienst übrig. Er stellte sich im Jahr 1909 im Mittel aller Betriebsgrößen auf 2,80 Francs pro Männerarbeitstag, war also im Vergleich zu anderen Berufen recht gering. Wird vom Einkommen aus der Landwirtschaft ein fester Lohn für die Arbeit der eigenen Leute (sowohl Barlohn als auch Verpflegung) abgezogen, so erhält man die Vermögensrente. Auch sie ist im Vergleich zu der Rente, die ein in der Industrie oder im Handel angelegtes Vermögen durchschnittlich abzuwerfen pflegt, recht gering; denn das in der Landwirtschaft angelegte gesamte Aktivkapital verzinste sich 1909 im Mittel von 276 Abschüssen mit nur 3,15 %.

Professor Laur hat übrigens vor kurzem ein umfangreiches Werk *Grundlagen und Methoden der Bewertung, Buchhaltung und Kalkulation in der Landwirtschaft* /Berlin, Parey/ veröffentlicht.

Wanderausstellung Die diesjährige Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft,

die vom 22. bis zum 27. Juni in Kassel stattfand und im übrigen als Jubiläumsausstellung besonders gut vorbereitet und umfassend besichtigt war, litt doch beträchtlich darunter, daß wegen der Maul- und Klauenseuche das Klauenvieh (Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen) ausgeschlossen werden mußte. Das Hauptinteresse konzentrierte sich daher auf die

540 zur Ausstellung gebrachten Pferde, die größtenteils dem kaltblütigen, und zwar in ihrer Mehrzahl dem belgisch-rheinischen Schlag angehörten. Auch in dem diesjährigen Ausstellungsgau ruht ebenso wie im vorjährigen (siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag. 1162 ff.) der Schwerpunkt der Landespferdezucht im bäuerlichen Besitz. Der Führer durch die Ausstellung der Landwirtschaftskammer im Großherzogtum Hessen, der in dankenswerter Weise zu einem Gesamtbild der hessischen Landwirtschaft erweitert wurde, schreibt hierüber: »Die Pferdezucht wird als Hauspferdezucht betrieben und liegt in den Händen der kleinen und kleinsten Besitzer, die meist nur eine Zuchtstute halten. Da die Stuten durch die Arbeit in den kleinen Betrieben meist nur unvollständig beschäftigt werden können, so werden die Stuten einmal, um ihre Haltungskosten zu verringern, zum andern aber wegen des großen Interesses und der Liebhaberei für die Pferdezucht den Hengsten zugeführt, um alljährlich oder ein über das andere Jahr ein Fohlen zu liefern.«

Infolge der Abwesenheit des Klauenviehs fanden die landwirtschaftlichen Maschinen noch mehr Beachtung als sonst. In unübersehbarer Fülle bedeckten mehr als 10 000 Maschinen und Geräte das Ausstellungsfeld, darunter etwa 920 Pflüge, 430 Eggen, 350 Dreschmaschinen, 220 Motore für flüssige Brennstoffe, 180 Mähmaschinen, 160 Drillmaschinen, 220 Häckselmaschinen, 670 Milchschleudern, 200 Butterfässer. Mir fiel besonders auf, daß immer mehr landwirtschaftliche Arbeitsmaschinen für den elektrischen Antrieb eingerichtet werden. Nur der elektrische Pflug fehlte; er ist noch immer nicht über das Versuchsstadium herausgekommen. Dagegen hatten nicht weniger als 5 Firmen Dampfplüge und 6 Firmen Motorplüge ausgestellt. Die Gespannplüge werden immer häufiger mit Vorrichtungen zur Untergrundlockerung versehen, um sie für die Tiefkultur brauchbarer zu machen. Bemerkenswert war es auch, daß Melkmaschinen bereits in 5 verschiedenen Konstruktionen gezeigt wurden, von denen 4 mit Saugluft und 1 mit Druckluft arbeiteten. Dieses wohl schwierigste Problem der landwirtschaftlichen Maschinenbautechnik kann jedoch noch immer nicht als gelöst gelten.

Ein großes volkswirtschaftliches Interesse bietet es zu beobachten, wie die englischen und amerikanischen Fabrikate, die in früheren Jahren die deutschen land-

wirtschaftlichen Maschinenausstellungen beherrschten, immer mehr den einheimischen Fabrikaten weichen müssen. In der Regel gingen deutsche Unternehmungen, auf Grund der Erfahrungen, die sie bei der Reparatur englischer und amerikanischer Maschinen machten, nach und nach zur Selbstfabrikation über und lern-ten bald für die deutschen Verhältnisse geeignete Maschinen bauen. Gegenwärtig behauptet sich nur noch die amerikanische Mähmaschinenfabrikation als starke Konkurrentin auf dem deutschen Markt. Doch ist nach einem Vergleich der Ein- und Ausfuhrziffern zu hoffen, daß die deutsche Landwirtschaft, die 1910 schon fast die Hälfte ihres Bedarfs aus deutschen Werken deckte, im Lauf der nächsten Jahre von der amerikanischen Mähmaschinenfabrikation noch unabhängiger werden wird.

Auch in Kassel traten die großen Düngemittelverkaufsorganisationen, das Kalisyndikat, der Verein der Thomasphosphatfabriken, die Delegation der Salpeterproduzenten, die Deutsche Ammoniakverkaufsvereinigung, die Anglokontinentalen Guanoverke mit ihren Reklambauten und Demonstrationsanlagen stark in den Vordergrund. Ebenso suchten die Verkaufsvereinigung für Stickstoffdünger dem Kalkstickstoff und die Norwegischen Salpeterwerke dem Norgesalpeter, den sie aus der durch elektrische Verbrennung des Luftstickstoffs gewonnenen Salpetersäure und aus Kalkstein herstellen, durch Demonstrationen und Massenverteilung von Werbeschriften Absatz zu verschaffen.

In einem besondern Gebäude war diesmal die Landarbeitsausstellung untergebracht. Sie enthielt viele lehrreiche graphische Darstellungen und Tabellen über inländische Landarbeiter, Binnenwanderungen, ausländische Saisonarbeiter, Landflucht, innere Kolonisation, Arbeitsverfassung, Lohnformen und Lohnhöhe und dergleichen. Der von der Betriebsabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bearbeitete, reichhaltige statistische Angaben enthaltende Führer durch die von ihr alljährlich veranstaltete Landarbeitsausstellung entwickelt sich mehr und mehr zu einem schätzenswerten Grundriß eines wichtigen Teilgebiets der Agrarpolitik.

✕ ✕
Kurze Chronik Zu der Heimsuchung durch die Maul- und Klauen-seuche, die in diesem Jahr die deutschen Landwirte um viele Milli-

onen Mark geschädigt hat, ist im Juli und August dieses Jahres eine ungewöhnliche Hitze und Dürre hinzugekommen. Die Aussichten auf eine Grummet-ernte sind vernichtet, die Kartoffel- und die Rübenenernte arg gefährdet, ein ungewöhnlicher Futtermangel steht bevor. ✕ Als Folge droht im ersten Stadium für den nächsten Herbst eine Verschleuderung der Viehbestände, im zweiten Stadium für das nächste Jahr eine neue Fleischteuerung. ✕ Um der Futternot und der sich daraus für später ergebenden Fleischnot möglichst vorzubeugen, sprach sich eine von der bayrischen Regierung am 12. August veranstaltete Konferenz von Vertretern der landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften des Landes dahin aus, daß der Bezug von Kraftfuttermitteln durch Frachtermäßigungen und staatliche Unterstützungen erleichtert, und daß auch vorübergehend der Maiszoll aufgehoben werden solle.

✕ ✕
Literatur In der bekannten Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* / Leipzig, Teubner/ gibt jetzt Heinrich Gerdes auf Grund der Vorarbeiten zu seinem 3bändigen Werk *Geschichte des deutschen Volks und seiner Kultur im Mittelalter* eine kurze, zur Vermittlung tieferer Einsicht zu kurze *Geschichte des deutschen Bauernstands*. Im Schlußkapitel erörtert der Verfasser auch noch die gegenwärtigen Aufgaben der Agrarpolitik, die er in zwei Sätze zusammenfaßt: »1. Der Getreidebau darf in Deutschland nicht erheblich vermindert werden, 2. Der Bauernstand muß erhalten werden.« Irrtümlicherweise läßt Gerdes den *Kongreß deutscher Landwirte*, der in Wahrheit seit Begründung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* nicht mehr getagt hat, noch heute fortbestehen.

Verkehr / Felix Linke

**Motoromni-
 busse als
 Zubringer** Der große Plan Scherls mit der Einschienebahn sah als letzte Glieder des Eisenbahnnetzes Motoromnibusse vor, die jedes kleine Nest mit der Bahn verbinden sollten. Diese Idee ist aus dem englischen Eisenbahnbetrieb übernommen worden, wo sie die weiteste Ausgestaltung erfahren hat. Die Bahnen befinden sich in England in den Händen großer Eisenbahngesellschaften, und diese sehen weniger auf einen Gewinn aus diesem Betrieb als darauf unter Benutzung dieses

Hilfsmittels den Betrieb und Verkehr auf ihren Eisenbahnlinien zu erhöhen und zu verbessern, selbst wenn sie für die Zubringerlinien einen Zuschuß zahlen müssen. Sie betrachten diese Opfer als gute Reklamen für ihre Linien. Staatliche Verwaltungen sind dazu nicht so leicht geneigt; daher kommt es denn auch, daß man außer in England solche Motoromnibusse nur wenig antrifft. Hauptsächlich haben sie sich auf der Großen Westbahn eingebürgert, doch auch noch eine Reihe anderer Gesellschaften bedienen sich ihrer. Die Große Westbahn verfügt über 96 Motoromnibusse, von denen täglich mindestens 50 im Betrieb sind. Die Gesamtzahl der jährlichen Fahrten aller Zubringeromnibusse geht in die 300 000. Die Länge mancher dieser Linien beträgt 40 Kilometer. Weil sie sehr häufig halten, ist die Reisegeschwindigkeit nicht sehr groß; sie beträgt 9 bis 16 Kilometer in der Stunde. Auch bei uns könnte in Gegenden, wo sich der Bau einer Vollbahn noch nicht lohnt, dieses Betriebsmittel vorteilhaft verwandt werden. Die wirtschaftlich schwächeren Gegenden müßten natürlich ein wenig unterstützt und der Betrieb im Interesse der Allgemeinheit auch dort aufrechterhalten werden, wo er noch Zuschüsse erfordert.

× **Wrightflieger** Die Wrightmaschinen sind bekanntlich Zweidecker, die bislang mit 2 Triebsschrauben gebaut wurden, die neben einander angeordnet sind und durch Ketten angetrieben werden. Beim Absturz des von Thelen geführten Wrightfliegers hat sich die ganze Gefährlichkeit dieser Anordnung gezeigt, denn der Apparat erhält ein Kippmoment nach der einen Seite, das unweigerlich zum Absturz führen muß. Die Wrightgesellschaft hat sich daher im Einverständnis mit den Brüdern Wright entschlossen diese Form aufzugeben und die Flugapparate nur noch mit 1 Schraube auszurüsten. Auch die für die Militärverwaltung zu liefernden Apparate erhalten diese Anordnung und einen der neuen etwa 50 bis 55 Pferdestärken leistenden Motor der deutschen Wrightgesellschaft. Die alte Anordnung war an sich vorzüglich. Da sich aber bei einem Ketten- oder Schraubenbruch der Motor nicht schnell genug abstellen läßt, bietet er ein Gefährsmoment, dem sich kein Flieger aussetzen darf.

Diese Entwicklung der Wrightflieger-

apparate ist höchst interessant. Von der ursprünglichen Anordnung ist eigentlich nunmehr nichts weiter übriggeblieben als die Verwindung und die kurzen Tragflächen. Auch hier zeigt sich wie fast überall, daß die bewährten Konstruktionen von Flugapparaten einander immer ähnlicher werden. Über die zahlreichen Anordnungen führt die Erfahrung auf einen Weg, der immer mehr auf Einheitlichkeit hinzielt. Man hätte sich eine große Reihe dieser Konstruktionen überhaupt sparen können, wenn man von Anfang an systematischer vorgegangen wäre, wenn man sich besser über die physikalischen Grundlagen orientiert hätte. So aber bauten viele darauf los; die meisten fielen ab; was übrig blieb, arbeitete unter ungeheuren Opfern an Gut und Menschenleben weiter, wobei jeder, natürlich auf Umwegen, die selben Erfahrungen machte, bis schließlich einige wenige Glückliche übrigblieben, deren Konstruktionen sich den Anforderungen gewachsen zeigten. Wann wird man endlich aus der Geschichte der Technik lernen, wie man's machen muß? Verrüstung und Zusammenschluß treten immer erst ein, wenn es gilt die wirtschaftlichen Erfolge einzunutzen: Warum erfolgt sie nicht wenigstens von Anfang an? Das wäre auch kapitalistisch viel rationeller.

× **Kurze Chronik** Die Nordbrücke über den Rhein bei Köln ist Ende Mai dem Verkehr übergeben worden. × Bei Schönebeck wird über die Elbe eine neue Straßenbrücke erbaut, wobei der gesamte eiserne Überbau eine Länge von 587 Meter erhält. Die Stromöffnung hat 133¼ Meter Länge; an sie schließen sich 4 Flutöffnungen von 56 Meter und 6 von 33,6 Meter Länge. Schließlich kommt noch eine Straßenunterführung von 27,5 Meter Stützweite dazu. Beiderseits werden Rampen von 240 respektive 140 Meter Länge herausgeführt. Die Nutzbreiten der Brücke betragen 7 Meter für die Fahrbahn und je 2,5 Meter für die Fußgängerwege. × Der Tunnel durch die Martinswand für die im Bau befindliche Mittelnwaldbahn ist am 16. Mai durchschlagen worden. Im kommenden Jahr wird der ganze Bau voraussichtlich vollendet sein. × Der Ausbau des zweiten Simplontunnels ist von den schweizerischen Bundesbahnen selbst in Angriff genommen worden. Die Erbauerin des ersten, die Firma Brandt, Brandau & Co., hat

sich geweigert den von ihr bis zum Rohbau hergestellten zweiten Tunnel für die ihr vertragsmäßig zustehende Summe fertigzustellen. Der Verkehr im Tunnel hat sich enorm gehoben, der Güterverkehr auf das 4fache, der Personenverkehr auf das Doppelte. X Die Elektrifizierung der schweizerischen Eisenbahnen kommt durch die Inbetriebsetzung des Elektrizitätswerkes der Berner Kraftwerke in Kandergrund im Berner Oberland, das die Wasserkraft der Kander wirtschaftlich ausnutzt, mehr und mehr in Fluß. Die Energie wird in Form von hochgespanntem Einphasenwechselstrom erzeugt. X Man geht mit dem Plan der Einführung des elektrischen Betriebs auf Strecken der französischen Staatsbahn im Pariser Vorortverkehr um. X Die Eisenbahn Tripolis-Homs ist amtlich dem Verkehr übergeben worden. Aleppo ist dadurch dem Weltverkehr wesentlich näher gerückt als bisher. Die Entfernung von Tripolis beträgt 319 Kilometer gegen 400 Kilometer nach Beirut. Die Waren können ohne Umladung befördert werden. X Die Erweiterungsanlagen des Hafens von Buenos Aires werden mit den Schutzanlagen über 100 Millionen Mark kosten.

X
Literatur

Eine recht bemerkenswerte Schrift zur Verkehrsfrage ist der jetzt von der Akademischen Verlagsgesellschaft in Leipzig veröffentlichte Vortrag Wilhelm Ostwalds *Sprache und Verkehr*. Ostwald legt dar, daß die Sprache ein Verkehrsmittel sei, und untersucht, in welchem Maß sie diese ihre Aufgabe erfüllt. Die zahlreichen Kombinationen, die selbst zwischen den Hauptsprachen möglich sind, beweisen, wie mangelhaft der Bestand vieler Nationalsprachen als internationales Verkehrsmittel ist. Der Internationalismus nimmt auf allen Gebieten, namentlich in der Wissenschaft und im Handel, fortwährend stark zu. Daher wäre ein internationales Verständigungsmittel, etwa gleich der Zeichnung oder der chemischen oder mathematischen Formel, von ungeahnter Bedeutung. Das legt den Gedanken einer internationalen Welthilfssprache nahe, die neben den Nationalsprachen für den internationalen Verkehr Verwendung findet. Ostwald kommt zur Forderung eines Welt-sprachenamts, das ähnliche Funktionen zu erfüllen hätte wie das Bureau des Weltpostvereins. Wie fast alle Ostwald-

schen Arbeiten so enthält auch diese eine große Fülle von Anregungen und Gedanken, die für jeden Kulturmenschen von Wichtigkeit sind. Im übrigen ist die Frage der Schaffung einer Kunstsprache noch nichts weniger als geklärt (siehe die Rubrik *Geistige Bewegung* in diesem Band, pag. 1274 ff.).

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Deutsch Ost-afrika Das Jahr 1908 hatte einen Rückgang der deutschostafrikanischen Lieferungen an den Weltmarkt um fast 2 Millionen Mark, von 12,5 auf 10,87 Millionen, gebracht, der den Gegnern der Kolonialpolitik noch einmal Gelegenheit bot die angebliche Wertlosigkeit dieser in Wirklichkeit sehr zukunftsreichen Kolonie als erwiesen zu behaupten. Schon damals wurde von Freunden der kolonialen Entwicklung darauf hingewiesen, daß dieser Rückgang im wesentlichen einem Zusammentreffen zufälliger Umstände seine Entstehung verdankte. Er betraf nämlich in der Hauptsache die Ausfuhr von Kopra, wildem Kautschuk, Insektenwachs sowie Häuten und Fellen und rührte zum Teil daher, daß die allgemeine Krisis von 1907 den Preis von Kautschuk und dergleichen vorübergehend stark drückte, zum Teil daher, daß die Eröffnung der Ugandabahn vorher die Ausfuhr von Häuten und Fellen sowie Insektenwachs aus dem Innern bis zur Erschöpfung der aufgespeicherten einmaligen Vorräte stimuliert hatte. Die folgenden Jahre haben denn auch zu einem erneuten Aufschwung geführt. 1909 erreichte die Ausfuhr 13,12 und 1910 sogar 20,8 Millionen Mark. Wie der Verkehr über die Ugandabahn nach dem ersten Ansturm von 1907 sich dauernd gehoben hat, geht aus der Gestaltung der Binnengrenzausfuhr deutlich hervor. 1907 betrug sie 3,52 Millionen Mark, 1908 infolge der erwähnten Verhältnisse nur noch 2,06 Millionen. Aber 1909 stieg sie wieder auf 3,02 und 1910 auf 4,98 Millionen. Bedenkt man, daß die gesamte Ausfuhr von Deutsch Ostafrika 1901 erst 4,62 Millionen betragen hat, so ist der Fortschritt offensichtlich. Ohne die englische Ugandabahn wäre er undenkbar. Aber auch die Ausfuhr über die Küstenzollstellen verdankt ihre Entwicklung in erster Linie dem Eindringen der beiden deutschen Bahnen ins Innere hinein. 1907 betrug die Ausfuhr über die Küstenzoll-

stellen 8,97 Millionen Mark, 1908 sank sie auf 8,81 Millionen. 1909 stieg sie wieder auf 10,10 und 1910 auf 15,82 Millionen. Hier ist im Verhältnis zu 1906 (7,81 Millionen) eine Verdoppelung eingetreten, wie denn überhaupt die Gesamtausfuhr Deutsch Ostafrikas sich in den 5 Jahren 1906 bis 1910 verdoppelt hat. Ich werde auf Grund meiner an dieser Stelle nun schon häufig wiederholten Bedenken gegen jede künstliche Förderung weißer Siedelung in deutschostafrikanischen Hochlandgebieten, gegen übermäßige Ausdehnung der Plantagenwirtschaft angesichts des ihr notwendig folgenden verstärkten Arbeitermangels, gegen einseitige Beschleunigung bestimmter Kulturen wie der von Baumwolle oder Kautschuk — namentlich auf der bisherigen wirtschaftlich unzulänglichen Grundlage des Kautschukanbaus — nicht im Verdacht stehen die Lieferungen Deutsch Ostafrikas um jeden Preis in die Höhe geschraubt sehen zu wollen. Aber neben der Notwendigkeit der Verkehrserschließung durch Bahnbauten ist nun doch auch schon ihre Wirksamkeit durch die Tatsachen so offenkundig bewiesen, daß man jetzt ernstlich dafür einzutreten vermag die auf augenblickliche Rentabilitätsrücksichten gegründeten Bedenken gegen eine Ausdehnung der Zentralbahn nach dem Tanganjikasee und gegen die vom *Kolonialwirtschaftlichen Komitee* vorgeschlagene Fortführung der Nordbahn nach Muansa um ihrer allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Folgen willen zurückzustellen. Im unmittelbaren Anschluß an die Vollendung dieser beiden großen Bahnen wäre aber auch die Einbeziehung des Nyassagebiets in den Bahnverkehr vorzunehmen. In dieser Hinsicht möge die Aufmerksamkeit auf die nachfolgenden Schilderungen aus dem Jahresbericht der *Berliner Missionsgesellschaft* für das Jahr 1910 gelenkt werden: »Wo auf den älteren Stationen die Baurbeit nachläßt, hält es nicht leicht den Eingeborenen, die durch die Mission zur Arbeitsamkeit erzogen und an gehobene Bedürfnisse gesitteten Lebens gewöhnt sind, weiterhin eine ausreichende Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Zwar werden die Plantagenversuche, über die in früheren Jahren berichtet wurde, eifrig und nicht ohne Erfolg fortgesetzt; weil aber das Nyassagebiet an den Bahnverkehr noch nicht angeschlossen ist, finden Plantagenprodukte auch noch nicht

den Absatz, bei dem allein durch Unternehmungen größeren Stils landwirtschaftliche Arbeitsgelegenheit für zahlreiche Eingeborene ermöglicht werden könnte. Es ist in der Tat richtig, daß die Mission, wenn sie durch rege Bautätigkeit der Anfangsjahre die Eingeborenen an Arbeit und Verdienst gewöhnt hat, mit dazu Anlaß gibt, daß die Leute, wenn die Periode des Stationsbaues zu Ende geht, in der Ferne Arbeitsgelegenheit suchen. Es hängt gleichfalls mit dem Absatzmangel für die Landesprodukte zusammen, daß auf vielen Nyassastationen die kultivierende Arbeit, abgesehen von dem Anbau für den eigenen Bedarf, vornehmlich in Aufforstung besteht, an der auf den meisten Stationen mit Eifer gearbeitet wird. Um die Anleitung der Eingeborenen zu Eigenkulturen sind die Missionare nach wie vor mit gutem Erfolg bemüht. Der von der Mission im Kingaland eingeführte Weizenbau dehnt sich unter kräftiger Förderung seitens der Regierung von Jahr zu Jahr weiter aus und bietet jetzt dem Gebirgsvolk sein Hauptnahrungsmittel. Leider gestaltet sich der Verkauf des für den eigenen Unterhalt nicht erforderlichen Getreides je länger desto schwieriger.« Bedenkt man dazu, daß über die Küstenzollstellen alljährlich für 3 Millionen Mark an Reis, Mehl und Backwaren eingeführt werden müssen, die durch die Entwicklung der inneren Verkehrswirtschaft wahrscheinlich gespart werden könnten, so ergibt sich, daß auch der Bahnbau im Süden oder nach dem Südwesten von Anfang an erhebliche kolonialwirtschaftliche und kulturelle Vorteile bieten würde.

Anders ist es mit den angeblichen Möglichkeiten der Europäersiedelung in den Hochländern des Südwestens. Der erwähnte Bericht warnt in dieser Hinsicht vor übertriebenen Hoffnungen, und es kann nur nützlich sein, wenn diese Warnungen weiter verbreitet und vor allem beachtet werden: »Wenn in der heimatischen Presse aus dem Gesundheitszustand einiger unserer Nyassastationen ohne Einschränkung der Schluß gezogen ist, daß europäischer Besiedelung der Nyassahochländer keinerlei gesundheitliche Bedenken entgegenständen, so können wir die Verantwortung nicht tragen, die in stillschweigender Zustimmung zu so optimistischem Urteil liegen würde... Eine vorurteilslose Prüfung unserer Erfahrungen [seit 1891] lehrt, daß eine einigermaßen gesundheitlich befriedigende

Lebenshaltung erst eintritt, wenn die Jahre des ersten Aufbaus der Station und der ersten Kultivierung des Bodens hinter den Missionaren liegen, daß sie auch dann nur durch eine planvolle, umfassende Gesundheitsfürsorge, wie sie weder der einzelne Ansiedler sich selbst noch die Regierung ihm bieten kann, ermöglicht wird, und daß trotz dieser Fürsorge und der dauernden Entlastung in äußerer Arbeit durch die Handwerkerbrüder weder ernste tropische Erkrankungen, auch auf den sogenannten *gesunden* Stationen, ausbleiben noch längerer Heimaturlaub nach gewissem Zeitraum, in vielen Fällen verbunden mit eingreifender ärztlicher Behandlung, entbehrlich ist.»

× **Kurze Chronik** Der Generalgouverneur von Französisch West-

afrika hat der Regierung

einen Plan unterbreitet, wonach die bestehenden und im Bau befindlichen Eisenbahnen durch umfangreiche Ergänzungsbauten zu einem einheitlichen System zusammengeschlossen werden sollen. Der Aufwand beträgt 480 Millionen Francs, wovon 136 Millionen alsbald zu bewilligen und zu verwenden wären. Nach Vollendung des Systems würden von Senegal, Französisch Guinea, Elfenbeinküste und Dahomey aus Bahnen ins französische Nigergebiet führen und sich dort vereinigen. Der Handel des französischen Westafrika betrug in der Einfuhr 1909 94,80 und 1910 122,40, in der Ausfuhr 1909 87,80 und 1910 99,60 Millionen Mark. Von den rund 100 Millionen Mark der letztjährigen Ausfuhr lieferte Senegal mehr als die Hälfte; Dahomey und Französisch Guinea war mit 14,3 und 14,6 Millionen Mark beteiligt, die Elfenbeinküste mit 12,6 und Obersenegal und Niger mit 7,2 Millionen Mark. × Aus Argentinien hat in diesem Jahr die erste Verschiffung von Baumwolle (200 Tons aus dem Chacoterritorium nach Spanien) stattgefunden. Der Industriezensus 1910 gibt die Anbaufläche auf 1758 Hektar an. Es handelt sich vorläufig noch um Versuche. × Der Aufschwung der Textilindustrie Britisch Indiens geht aus der ständigen Steigerung der Herstellung von Baumwollgeweben hervor. 1907 betrug die Produktion 165,77 Millionen englische Pfund, 1909 192,36 und 1911 bereits 244,84 Millionen englische Pfund Gewicht. Die Jahre schließen mit dem 31. März.

×

×

Literatur

Unter dem Titel *Die soziale Frage in Australien und Neuseeland* hat Dr. Robert Schachner seinem Buch über *Australien in Politik, Wirtschaft und Kultur* einen 2., ungefähr gleich starken Band folgen lassen (Jena, G. Fischer/). Der Inhalt gliedert sich in 4 Teile, die 1. den Arbeitsmarkt, 2. die Lebenshaltung und die Preise, 3. die Lohn- und Arbeitsbedingungen, 4. die Vorkehrungen für Zeiten der Verdienstlosigkeit behandeln. Dazu kommt noch ein teils feuilletonistischer, teils dokumentarisch-literarischer Anhang, der auch Ergänzungen zu beiden Bänden enthält. Das Buch enthält vor allem ein außerordentlich reichhaltiges Tatsachenmaterial, dessen Studium mir die unerläßliche Grundlage für eine zukünftige Beurteilung der Leistungen der gegenwärtigen australischen Arbeiterregierung zu bilden scheint. Es ist nämlich anzunehmen, daß die besonderen sozialpolitischen Einrichtungen im Sinn erhöhten Arbeiterschutzes und vermehrten Arbeitereinkommens zurzeit kaum sehr wesentlicher Ergänzungen und Verbesserungen fähig sind. Auch eine Arbeiterregierung wird gegenwärtig weniger Sozialpolitik im engeren Sinn als allgemeine Wirtschafts- und Kulturpolitik zu treiben und ihre Hauptstärke in bedeutenden Leistungen auf diesem Gebiet zu suchen und zu zeigen haben. Hier den Weg zu finden, der den Klippen eines skrupellosen Amerikanismus weit ausweicht, aber auch die Stagnation einer faulen, auf bloßen Lebensgenuß zugeschnittenen Bequemlichkeit dauernd vermeidet und den Fortschritten einer großen australisch-kontinentalen Gesamtentwicklung im Interesse dauernder Ausbreitung und Herrschaft der weißen Rasse in diesem ebenso abgelegenen wie bedrohten Erdteil dient, ist das Problem, um dessen Lösung es sich für die Arbeiterregierung wie für jede andere handelt. Der Premierminister Fisher hat nach seinem Verhalten auf der britischen Reichskonferenz zu urteilen volles Verständnis dafür bewiesen. Den Lesern der beiden wertvollen Bände Schachners ist zu wünschen, daß sie diesen großen politischen und kulturellen Gesichtspunkt fest im Auge behalten. Nur dann werden sie über der Anerkennung dessen, was in Australien und Neuseeland erreicht ist, den Maßstab für das nicht vergessen, was noch getan werden muß, um das Erreichte zu sichern.

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Tradition Ein plötzliches Aufgeben jedweder Tradition wird es in der Architektur niemals geben. Sie ist so sehr an das Stoffliche gebunden, daß es immer eines regelrechten Entwicklungsprozesses bedurfte, um neue geistige Elemente durchzusetzen. Man denke nur einmal an die Technik des Bauens. Alle Erfahrungen von gestern und vorgestern werden da genutzt; auf Bewährtes wird erst verzichtet, wenn etwas Besseres an dessen Stelle tritt. Dann aber ist die Anwendung auf der ganzen Linie gesichert. Wer den Eisenbeton hat, braucht nicht die schweren Steinmassen der romanischen Zeit zu schichten und wird es auch nicht tun; wer flache Decken in weiten Maßen spannen kann, mauert nicht ohne besonderen Grund schwerfällige Gewölbe. Diesem stetigen Entwicklungsprozeß kann sich der einzelne nur entgegenstemmen, wenn er beträchtliche Opfer bringt. Bei einem organischen Bauwerk müßte sich das alles in die Form- und Raumverhältnisse umsetzen. Aber da nun einmal der landläufige Baumeister nicht organisch zu gestalten vermag, da er die Konstruktion, mitunter sogar auch die Risse als etwas Gegebenes hinnimmt, um äußerlich Kunst dazu zu tun, erleben wir eine Architektur, die im Technischen das 20. Jahrhundert, in der Form, je nach der Laune des Ausführenden, irgendein früheres Säkulum zeigt. Da dieser Formprozeß ganz willkürlich ist, greift man mit immer größerer Vorliebe zu den sogenannten *traditionellen Elementen*. Man macht das nicht mehr so ganz äußerlich mit Ornamentchen wie vor 25 Jahren, aber man versteht es doch den Bau mit ältlichen Raumverhältnissen und ältlichen Dispositionen herzurichten. Das eine ist nicht weniger geistesarm als das andere. Da für solche Zwecke statt der Gotik und der Renaissance neuerdings das Barock und die Biedermeierei arg bevorzugt werden, da bei der Anlehnung an diese ornamental gemäßigten Stile ein paar Kubikmeter gipserner Adler weniger auf die Fassaden geschmiert werden könnten, sieht der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten Throne krachen. In einem Erlaß bestimmt er: »Gegenüber der in neuerer Zeit auftretenden Bewegung in der kirchlichen wie in der bürgerlichen Baukunst unter Abwendung von allem Herkömmlichen neue Ausdrucksmittel für die Baugedanken der Gegenwart zu suchen glaubt die Staatsverwaltung Zurückhaltung üben zu müs-

sen, in der Überzeugung, daß es als baukünstlerischer Verlust anzusehen ist, wenn der Boden geschichtlicher Überlieferung verlassen und damit auf die Verwertung des Reichtums an Gestaltungskraft verzichtet wird, den die Kultur früherer Jahrhunderte hinterlassen hat.« Herr Breitenbach ist über das, was seine Baubeamten machen, offenbar falsch unterrichtet. Sie fühlen sich ganz heimisch auf dem Boden geschichtlicher Überlieferung. Wer auf der *Großen Berliner* ihre jüngste Ernte gesehen hat, weiß, daß kein einziger von ihnen an ein selbständiges oder gar modernes Gestalten denkt. Und der *Bund deutscher Architekten*, der dem verschnörkelten Satzungstext eine beinahe ebenso gewundene Protesterklärung entgegengesetzt, beeilt sich zu erklären, daß auch die nicht beamteten Baumeister alles andere tun als »neue Ausdrucksmittel zu suchen«.

Bauzensur Die Wiener haben eben Gelegenheit ein merkwürdiges Schauspiel zu erleben. Am

Michaelerplatz, gegenüber der Hofburg, hat Adolf Loos ein Mietshaus gebaut, das eine aalglatte, ganz ornamentlose Fassade zeigt. Darob ein kleiner Entüstungsausbruch. Der Bau passe nicht in die Nachbarschaft der Hofburg; es sei, wie der Herr Minister Breitenbach das bezeichnen würde, eine Ausdrucksweise »unter Abwendung von allem Herkömmlichen«; kurz und gut, es sei ein Skandal ein modernes Mietshaus ganz ohne Rokokoformen zu bauen. Nach dem in Österreich üblichen Verfahren einem Theaterdirektor, der mißliebige Stücke aufführt, das Haus aus feuerpolizeilichen Gründen zu schließen knüpfte der Wiener Stadtmagistrat an eine noch zu erteilende Genehmigung die Bedingung, daß eine Kommission von *historischen* Baukünstlern dem Haus eine *anständige* Fassade gebe. Und diese Forderung wird erfüllt werden. Das Haus am Michaelerplatz kenne ich nicht. Uns interessiert an diesem Fall nur die Tatsache, daß eine Behörde das freie Schaffen unterbinden kann, daß ein Architekt sich von beamteten Menschen befehlen lassen muß, was für eine Fassade sein Bau erhalten soll. Es interessiert uns deshalb, weil gerade jetzt in Deutschland starke Strömungen dahin zielen eine derartige Bauzensur zu schaffen. Natürlich benennt man solche Absichten nicht mit einem so abschreckenden Wort; man spricht schamhaft von *Bauberatungsstellen*, deren Aufgabe

es wäre der schlechten Bauerei ein Ende zu machen. Der Gedanke hat auf den ersten Anblick etwas Bestechendes. Man stellt sich im Geist einen Areopag von ausgezeichneten Architekten vor, die dem weniger befähigten Kollegen und erst recht dem zum Baumeister avancierten Maurerpolier freundschaftlichst an die Hand gehen, sie auf die Mängel an ihren Projekten hinweisen, Verbesserungsvorschläge machen usw. Wer Phantasie hat, mag sich ausmalen, wie nun die schundige Bauerei verschwindet und nur noch Häuser von ausgezeichnete Qualität und harmonischer Schönheit entstehen. Dies und die Hoffnung durch diese Organisationen die nicht richtig gehenden, nicht akademischen Architekten zurückzudrängen — diese Möglichkeit besteht: denn mit den Schwierigkeiten, die ihnen vor der Genehmigung ihrer Projekte gemacht werden können, werden sie unbequem und unvorteilhaft für den als kapitalistischen Unternehmer auf schnelle Fertigstellung drängenden Bauherrn — mögen einen großen Teil der Architekten bestimmt haben sich für Bestrebungen einzusetzen, die im Grunde genommen doch gegen sie, gegen die Freiheit ihres Schaffens gerichtet sind; denn ganz so harmlos, so altväterlich liebenswürdig wollen die Beratungsstellen sich keineswegs aufstun. Bei allen vorbereitenden Verhandlungen ist mit Entschiedenheit ausgesprochen worden, daß es gar keinen Sinn hätte Auskunftsstellen zu schaffen, die auf Wunsch gute Ratschläge erteilen. Die würden doch nur von solchen Leuten in Anspruch genommen, die das Architektenhonorar sparen wollten oder sonstige in der Patsche säßen. Die Beratungsstellen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollten, müßten mit Machtbefugnissen ausgestattet werden. Die Baupolizei — die nebenbei sich über diesen Zuwachs an Macht keineswegs erfreut zeigt — dürfe ein Projekt erst dann genehmigen, wenn es die ästhetische Zensur der Beratungsstelle passiert und von ihr die Genehmigung erhalten habe. Von da ist nur ein Schritt zu der Forderung im Konfliktfall gegen den ursprünglichen Entwurf des Architekten die Ausführung der von der Beratungsstelle geforderten Abänderungen zu erzwingen. Den Urhebern dieser Ideen seien gern die reinlichsten und idealsten Motive unterstellt; es mag ihnen wirklich nur darum zu tun sein uns vor den Ausartungen minderwertiger Baumeister zu schützen, es ist auch denkbar, daß auf solche Weise der Welt ein paar der wüstesten Greuel er-

spart bleiben werden; allein das alles kann mich nicht hindern die Gefahren zu sehen, die der Bestand einer solchen Zensurbehörde birgt. Gefahren, weniger für den Troß der Nichtsköner — der bald heraushaben wird, welches Schema bei der Beratungsstelle beliebt ist, und der mit diesem Schema ebenso gern wirtschaften wird wie mit irgend einem andern — als für die wirklichen Künstler, die auf neuen Wegen wandeln, deren fortschrittliche Vorstöße und kühne Versuche zurückgehalten oder gar unterdrückt werden könnten von einem Kollegium, das dem Neuen sicherlich nicht böswillig, aber vielleicht doch verständnislos gegenüberstehen könnte. Man denke doch einmal, vor 10 Jahren, da die Renaissancepathetiker alle Macht in Händen hatten, wären diese Beratungsstellen schon da gewesen. Glaubt man denn, ein Bruno Schmitz oder gar ein Geßner hätte dann bauen dürfen? Zwischen den Teutonenbauten des Grunewalds wäre ein Muthesius genau so als Störenfried empfunden worden wie jetzt der Loos gegenüber der Hofburg. Wäre mit der Zustimmung einer von den anerkanntesten Größen jener Tage zusammengesetzten Zensurbehörde jemals das Olbrichsche Sezessionshaus gebaut worden? Oder man stelle sich einmal vor, vor 5 Jahren, als die Stübenschule die Allgemeinheit noch über ihre Unfruchtbarkeit zu täuschen imstande war, wäre für städtebauliche Entscheidungen eine solche Instanz dagewesen. Kein Zweifel, daß das eine platte Unterdrückung von Kräften wie Goecke, Henrici, Möhring oder Janßen bedeutet hätte. Mögen auch die Leute, die heute an die Spitze treten, wesentlich sympathischer und durch ihre Leistungen schätzenswerter sein, das Mißtrauen gegen ästhetische Zwangsmaßnahmen wird immer für den bleiben, der an eine künstlerische Fortentwicklung unserer Architektur glaubt. Wer weiß, welche Keime bei der Sorge um ein gleichmäßig anständiges Niveau zerstört werden, und wer könnte glauben, daß eine Behörde Talent und Neigung hätte der künstlerischen Fortentwicklung zu dienen, Zukunftsgeistern einmal nicht Steine in den Weg zu wälzen? Und auf eine Behörde, darüber gebe man sich keinen falschen Illusionen hin, läuft das doch hinaus. Glaubt man etwa, die Regierung gäbe solche Machtbefugnisse in die Hände einiger feinfühler Ästhetiker? Gewiß nicht, sie wird den von Herrn Breitenbach auf den Antimodernismus verpflichteten Regierungsbaumeistern schon das Übergewicht zu

sichern wissen. Die Übel, die man durch die Beratungsstellen ausrotten möchte, trifft man nicht. Dem künstlerischen Fortschritt, an dem zu verzweifeln doch noch keine Ursache ist, werden nur hemmende Barrikaden entgegengetürmt. Besser wäre es die Notwendigkeit der Bauberaterung durch eine gediegene Schulung der Architekten überflüssig zu machen. Die Hoch- und Baugewerkschulen müßten verpflichtet werden statt ungebildeter Dilettanten wirkliche Baumeister zu entlassen. Durch Aufträge und Agitation unterstütze man die Geister, die ehrlich der Entwicklung dienen wollen: Im übrigen scheinen ein paar Entgleisungen bei freiem Wettbewerb weniger schlimm als eine staatlich konzessionierte Anständigkeit, die doch nur die Mittelmäßigen gegen die paar Anregernaturen zu stützen geeignet ist.

X
Kurze Chronik Mit merkwürdiger Heimlichkeit wird der Berliner Opernhauswettbewerb weiter betrieben. Noch hat keines Sterblichen Auge die Entwürfe der von der preußischen Krone für gut befundenen 7 Männer erblickt. Viel Staat scheint man mit dem Ergebnis nicht machen zu können; denn unkontrollierbaren Nachrichten zufolge sollen nachträglich Ihne, Seeling und Littmann zur Ausarbeitung von Projekten aufgefordert worden sein. Und Seeling, der die Charlottenburger Schulen operettenhaft aufputzt, der neuerdings erst Freiburg durch einen von tausend unarchitektonischen Kinkerlitzchen strotzenden Theaterbau verunziert hat, soll der Favorit sein. X Über die Wanderausstellungen, die das Hagener Museum für Kunst in Handel und Gewerbe für das nächste Jahr zusammengestellt hat, ist der Prospekt erschienen. Der Jahresbericht gibt Auskunft über die Entwicklung dieser Ausstellungszentrale, der Illustrationszentrale, der Vermittlungsstelle und der neu angegliederten Verlagsabteilung. X Der in Stuttgart gegründete Verein Naturschutzpark errichtet mit Unterstützung der preußischen Regierung einen norddeutschen Naturschutzpark in der Lüneburger Heide.

X
Literatur In einer volkswirtschaftlichen Studie *Das Kunstgewerbe in München* (Stuttgart, Cotta) stellt Bruno Rauecker auch für München eine steigende Verwendung der Maschinenkraft und eine

Tendenz zum Großbetrieb fest. Er stützt diese Behauptung in erster Linie auf die Typenmöbelproduktion der *Vereinigten Werkstätten*, die bei dem interlokalen Charakter dieser Aktiengesellschaft mir nicht als typisch münchenerisches Gewächs erscheinen. Ziffernmäßig sind aber wohl auch in den übrigen Betrieben jene Tendenzen in der Zunahme begriffen, womit allerdings der ästhetische Betrachter einen Verlust zu befürchten hätte, denn in vielen Fällen — ich verweise nur auf die entzückenden Schmucktruhen, die der junge Wildhagen, ganz einer Laune nachgebend, schmiedet — ist gerade der enge Wirkungsbereich des Handwerksbetriebs die eigentliche Ursache für die Entstehung der interessantesten Münchener Arbeiten gewesen. Rauecker untersucht nach allen Richtungen hin, mit reichlichen statistischen Unterlagen versehen, die volkswirtschaftliche Seite des Münchener Kunstgewerbes, wobei er als ausschlaggebend für die Qualitätssteigerung die Arbeiterfrage und die Ausbildungsmöglichkeiten für die gewerblichen Arbeiter in den Vordergrund rückt. X Die bekannte Monographieenserie des Verlags A. Koch in Darmstadt ist um zwei schöne Publikationen erweitert worden. Der schreibfrohe Leiter des Stuttgarter Museums Gust. E. Pazaurek gibt, wohl im Anschluß an seine Glasperlenausstellung, einen Überblick über *Perlenarbeiten aus alter und neuer Zeit*. Man erfährt von ihm, wie die Kunst der Perlenbereitung und -verarbeitung sich an den einzelnen Orten entwickelt, wie das Geheimnis von Hütte zu Hütte getragen wird, welche Verwendungsarten für die verschiedenen Zeiten und Stätten typisch erscheinen. Der durch ein ausgezeichnetes Bildmaterial in erster Linie wertvolle Streife durch dieses Sondergebiet fehlen selbstverständlich nicht die Beispiele aus der Gegenwart, die eine von altväterlichen Spielereien freie Weiterentwicklung erhoffen lassen. Der andere Band, *600 Monogramme und Signets*, ist eine amüsante Sammlung von dekorativen Buchstabenzeichen, die keineswegs als Vorlagematerial für Graveure oder Monogrammzeichner angesehen sein will. Eine ganze Menge bekannter und nicht bekannter Schriftzeichner nutzen einmal ihr kalligraphisches Können zu einem artistischen Spiel von hunder Mannigfaltigkeit, lassen in diesen Buchstabenverschlingungen der Laune und Phantasie die Zügel schießen mit der Absicht gleichgesinnten Geistern künstlerische Anregungen zu bieten.